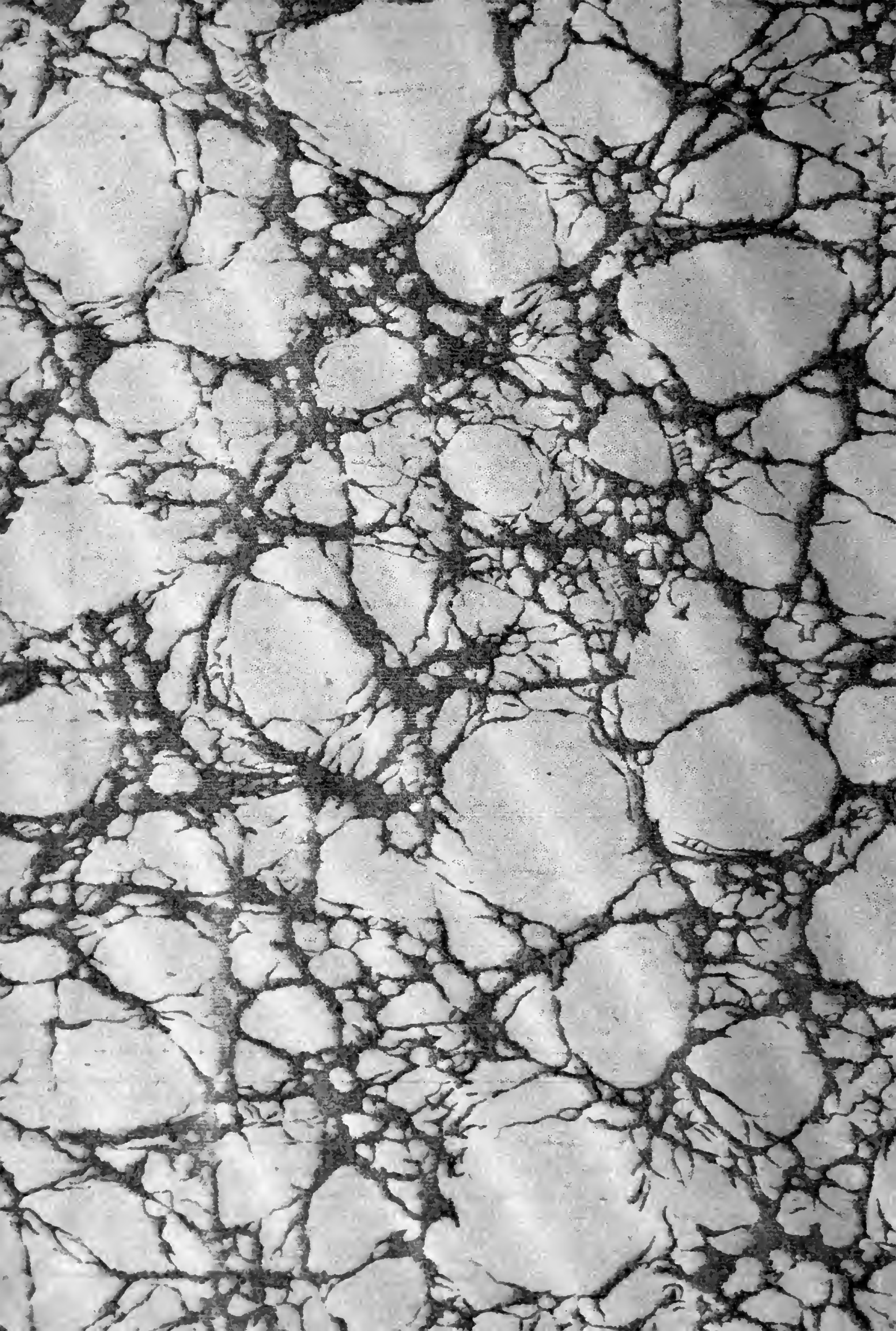
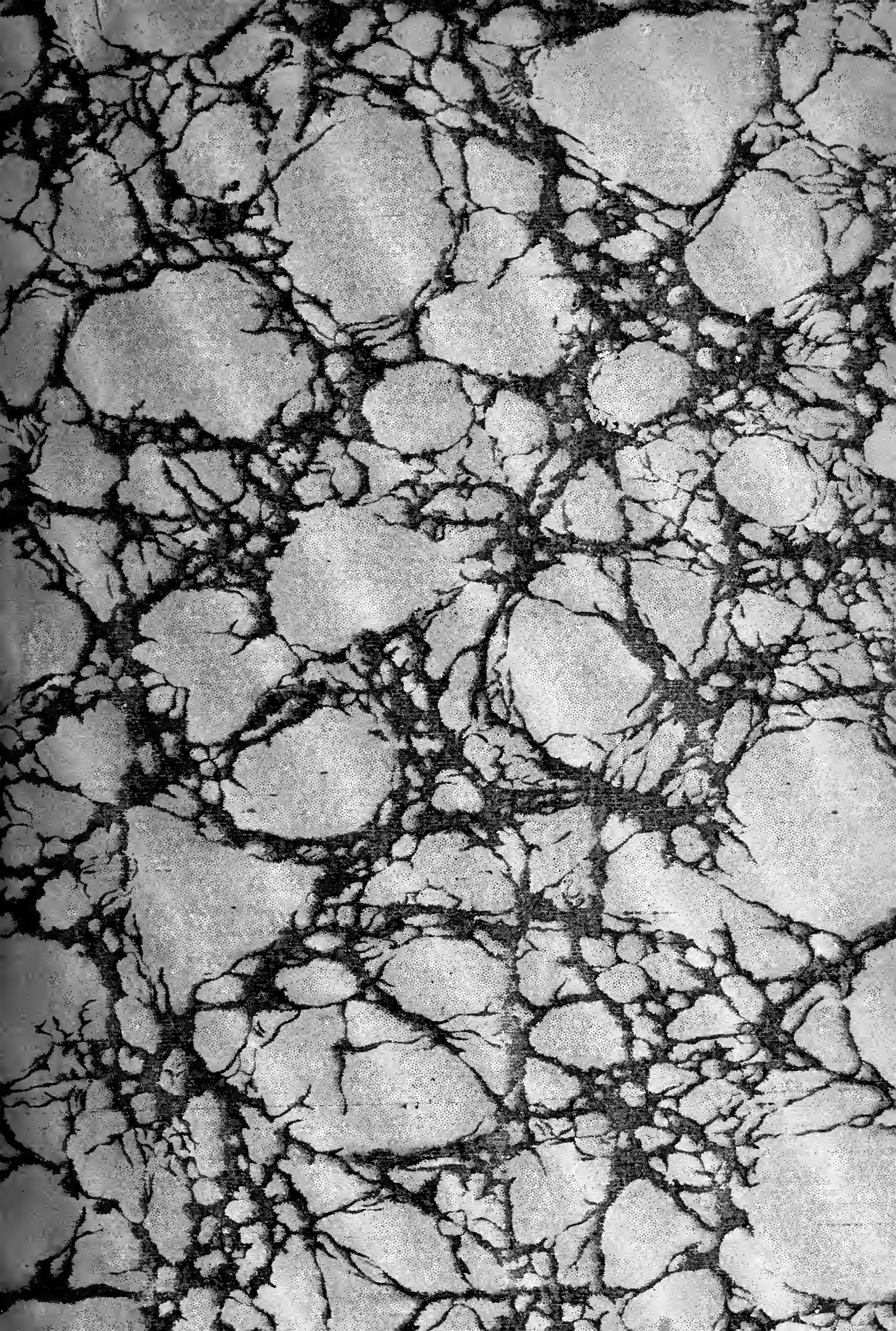
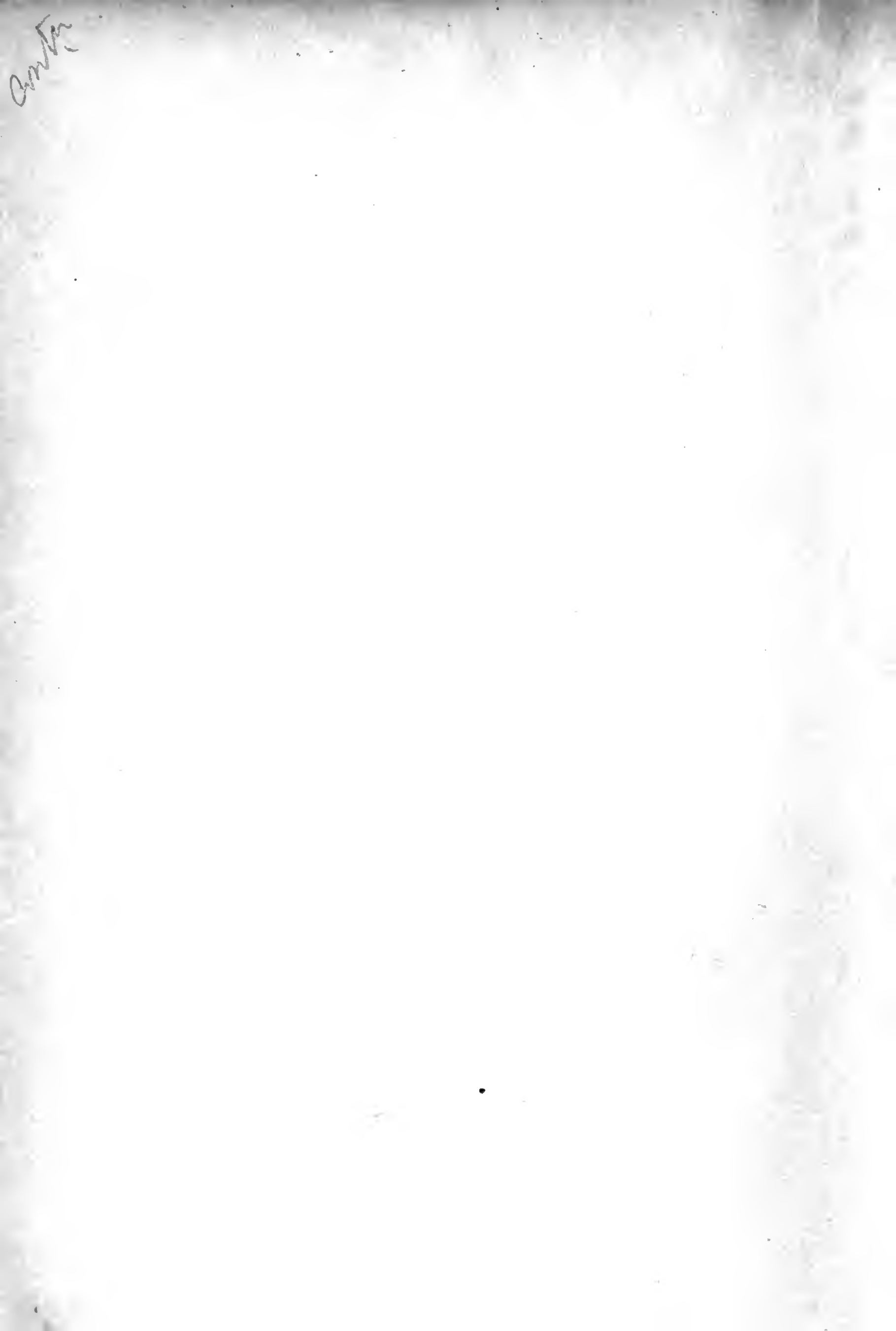








LÉGISLATION ALLEMANDE POUR LE TERRITOIRE BELGE OCCUPÉ

Législation Allemande pour le Territoire Belge Occupé

(TEXTES OFFICIELS)

RÉDIGÉE PAR

CHARLES HENRY HUBERICH

DOCTEUR EN DROIT, ANCIEN PROFESSEUR DE DROIT À L'UNIVERSITÉ STANFORD (CALIFORNIE), MEMBRE DU BARREAU DE LA COUR SUPRÊME DES ÉTATS UNIS DE L'AMÉRIQUE, AVOCAT

LA HAYE - PARIS - BERLIN - HAMBOURG

ET

ALEXANDER NICOL-SPEYER

DOCTEUR EN DROIT, AVOCAT À LA COUR DE CASSATION DES PAYS-BAS

LA HAYE - ROTTERDAM

HUITIÈME SÉRIE

2 Juillet 1916—29 Septembre 1916

(Nos 229—259)



LA HAYE
MARTINUS NIJHOFF
1917

Gesetz- und Verordnungsblatt
für die okkupierten Gebiete Belgiens.
Bulletin officiel des Lois et Arrêtés pour le territoire belge occupé.

Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België.

No. 229. — 2. JULI 1916. Pag. 2317

VERFÜGUNG,

Kapitel I.

Einschreibungen zur Prüfung in den modernen Sprachen.

Art. 1. Die Einschreibungen zu der durch Art. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 vorgesehenen Prüfung in den modernen Sprachen werden in der Hauptstadt einer jeden Provinz von den Beamten, die mit den Einschreibungen zu den in Gemässheit der Artikel 10 und 12 des Gesetzes vom 10. April 1890 eingerichteten Prüfungen beauftragt sind, entgegengenommen.

Die Einschreibungen erfolgen entweder durch die Beteiligten selbst oder durch die Leiter der von ihnen besuchten Anstalten.

Art. 2. Die Enschreibegebühr beträgt 20 Franken und ist von den Bewerbern oder ihren Bevollmächtigten dem am Orte der Einschreibung wohnenden Empfänger der indirekten Steuern auszuzahlen.

Die Kandidaten, welche die Prüfung nicht bestanden haben und sich erneut zur Prüfung melden, sowie diejenigen, welche ohne billigen Grund abwesend waren, haben die Einschreibegebühr von neuem ganz zu entrichten.

Die Kandidaten, welche rechtmässige Gründe für ihre Abwesenheit beibringen, die von dem Prüfungsausschuss angenommen werden, zahlen bei einer späteren Einschreibung nur noch die Hälfte.

Art. 3. Jeder Beauftragte hat eine doppelte Liste der von ihm entgegengenommenen Einschreibungen anzufertigen. Diese Liste muss enthalten:

1. Namen, Vornamen, Ort und Tag der Geburt und Wohnsitz der Kandidaten,
2. ihre genaue Adresse,
3. die Angabe der Anstalt, in welcher der Kandidat seine Studien vollendet hat,
4. die Sprachen, auf welche sich die Prüfung erstrecken muss. Eine der Listen wird sofort nach Abschluss derselben, nebst den Quittungen über die Zahlung der Einschreibegebühr, an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst eingeschickt.

Kapitel II.

Einsetzung des Prüfungssausschusses.

Art. 4. Gegebenenfalls wird jährlich in jeder Provinz eine Kommission eingesetzt zur Abhaltung der Prüfung in den modernen Sprachen für die Kandidaten der Provinz. Diese Kommission besteht aus 5 Mitgliedern, unter denen sich ein Vorsitzender und ein Schriftführer befinden. Der Vorsitzende wird von der Regierung gewählt auf einer doppelten Kandidatenliste, die nach dem Landesteil,

wo die Prüfung stattfindet, von der Königlich vlämischen Akademie oder von der Königlich Belgischen Akademie vorgelegt wird.

Von den 4 Mitgliedern der Kommission werden 2 von der Anstalt, in welcher der Kandidat seine Studien vollendet hat, bezeichnet; die beiden anderen werden von der Regierung ausgewählt, und zwar unter den Lehrern an staatlichen oder staatlicherseits unterstützen Anstalten, wenn der Kandidat seine Studien in einer freien Unterrichtsanstalt vollendet hat, unter der Lehrern des freien Unterrichts, wenn er seine Studien in einer staatlichen oder einer vom Staate unterstützten Anstalt vollendet hat.

Der Schriftführer wird vom Vorsitzenden unter den Mitgliedern gewählt.

Unter Beobachtung der für die Bezeichnung der wirklichen Mitglieder festgesetzten Grundsätze wird für den Vorsitzenden und für jedes Mitglied ein Stellvertreter bestimmt.

Art. 5. Niemand darf unter Strafe der Ungültigkeit als Kommissionsmitglied an der Prüfung eines Blutsverwandten oder Verschwägerten bis zum 4. Grade einschliesslich teilnehmen.

Kapitel III.

Sitzung des Prüfungssausschusses.

Art. 6. Der Prüfungsausschuss tritt an einem vom Vorsitzenden festgesetzten Datum in der Hauptstadt der Provinz zusammen. Die Einberufung der Kommissionsmitglieder, sowie der Kandidaten geschieht durch den Vorsitzenden.

Art. 7. Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Gegenstände:

A. für die Kandidaten, welche in vlämischen Landesteilen ihre Studien gemacht haben und die dem gewöhnlichen vlämischen Regime unterworfen sind:

1. die vlämische Sprache,

2. die französische, deutsche oder englische Sprache.

B. für die Kandidaten welche ihre Studien im vlämischen Landesteile gemacht haben, die aber dem durch Art. 7 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 vorgesehenen besonderen Regime zugewiesen werden können:

1. die französische Sprache,

2. die vlämische Sprache.

C. für die Kandidaten, welche ihre Studien im wallonischen Landesteile gemacht haben:

1. die französische Sprache,

2. die vlämische, deutsche oder englische Sprache

D. für die Kandidaten, welche ihre Studien in Gross-Brüssel gemacht haben:

1. die vlämische Sprache,

2. die französische Sprache,

oder

1. die französische Sprache,

2. die vlämische Sprache,

je nachdem die durch die Erklärung des Familienvorstandes bestimmte Mutter- oder Umgangssprache des Kandidaten die vlämische oder die französische ist.

E. für die Kandidaten, welche ihre Studien in den Verwaltungsbezirken Arel, Bastnach und Verviers gemacht haben:

1. die französische Sprache oder die deutsche Sprache,

2. die vlämische, englische oder diejenige der beiden Sprachen, auf welche die unter 1 erwähnte Prüfung sich nicht erstreckt hat.

Art. 8. Die Prüfung in der ersten Sprache umfasst:

1. einen ohne Wörterbuch anzufertigenden Aufsatz,

2. eine Prüfung über ein geschichtliches Thema aus dem Bereiche der Gymnasial-oder Oberreal-Prima. (Die Hauptperioden und wesentlichsten Tatsachen der vaterländischen Geschichte).

Die Prüfung in der zweiten Sprache umfasst:

1. einen ohne Hilfe des Wörterbuches anzufertigenden Aufsatz,

2. Lesen, mündliche Inhaltsangabe und Erklärung eines vom Prüfungsausschuss ausgewählten Textes.

Für die Fragen und Antworten bedient man sich ausschliesslich der Sprache, die den Gegenstand der Prufüng bildet.

Art. 9. Für jeden Teil der Prüfung werden die folgenden Punkte angerechnet:

A. 1. für den Aufsatz in der ersten Sprache: 70 Punkte,

2. für die Prüfung in der ersten Sprache: 30 Punkte,

B. 1. für den Aufsatz in der zweiten Sprache: 50 Punkte,

2. für die Prüfung in der zweiten Sprache: 25 Punkte.

Bei Lit. *A.* und *B.* wird für 1 und 2 zusammen die Hälfte der Punkte verlangt.

Art. 10. Dauer der Prüfung.

A. Schriftlicher Teil:

1. Aufsatz in der ersten Sprache: 4 Stunden,

2. Aufsatz in der zweiten Sprache: 3 Stunden.

B. Mündlicher Teil:

1. Prüfung über ein geschichtliches Thema: 20 Minuten,

2. Lesen, Inhaltsangabe und Erklärung eines Textes: 30 Minuten.

Von diesen 30 Minuten stehen jedoch den Kandidaten 15 Minuten zur Kenntnisnahme des vom Prüfungsausschuss ausgewählten Textes zur Verfügung.

Art. 11. Die schriftliche Prüfung findet immer vor der mündlichen Prüfung statt. Sie wird für sämtliche Kandidaten einer Provinz zu gleicher Zeit abgehalten.

Art. 12. Die Prüfungen sind öffentlich. Die von jedem Kandidaten für jeden einzelnen Prüfungsgegenstand gewonnenen Punkte werden öffentlich bekanntgegeben.

Art. 13. Das Zeugnis, wodurch der Erfolg der Prüfung festgestellt wird, hat folgenden Wortlaut:

Wir, Vorsitzender und Mitglieder der Prüfungskommission, die mit der Abhaltung der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 vorgesehenen Prüfung in den modernen Sprachen in der Provinz ...... beauftragt ist, bezeugen, dass Herr......, geboren zu...... am......, die obenerwähnte Prüfung in den hier bezeichneten Fächern mit Erfolg bestanden hat: (Hier sind die Sprachen anzugeben, in denen der Kandidat geprüft worden ist).

Das Zeugnis trägt die Unterschrift sämtlicher Mitglieder der Prüfungskommission, die der Prüfung beigewohnt haben.

Kapitel IV.

Einschreibungsgebühren und Ausgaben.

Art. 14. Der Ertrag der Einschreibungen zur Prüfung in den modernen Sprachen fliesst in die Staatskasse.

Art. 15. Für jeden Tag der Sitzung werden als Sitzungsgelder bewilligt: für den Vorsitzenden eine Vergütung von 25 Franken, für den Schriftführer eine Vergütung von 23 Franken und für jedes Mitglied eine solche von 18 Franken.

Die tägliche Sitzung dauert wenigstens 6 Stunden. Wenn infolge zwingender Umstände diese Dauer nicht erreicht werden kann, werden die Sitzungsgelder auf 20, 18 und 13 Franken herabgesetzt.

Art. 16. Die Vorsitzenden und Mitgleider, welche in einer Gemeinde wohnen, die mehr als 8 Kilometer von der Hauptstadt der Provinz entfernt ist, erhalten ausserdem Reise- und Aufenthaltsvergütung nach folgender Berechnung:

1. 1 Frank für je 5 Kilometer auf den Eisenbahnen und 2 Franken auf den gewöhnlichen Wegen.

2. 12 Franken für jeden Sitzungstag als Aufenthaltsentschädigung.

Dieselbe Vergütung wird ihnen bewilligt für die Sonntage und gesetzlichen Feiertage, die im Laufe einer Sitzungsperiode eintreten, sowie für die Tage, an denen die Arbeiten der Kommission notwendigerweise unterbrochen wären, insofern jedoch die daraus entstehende Aufenthaltsvergütung in ihrer Gesamtheit die Reisevergütung nicht übersteigt.

Art. 17. Die stellvertretenden Vorsitzenden und

Mitglieder erhalten, wenn sie zur Sitzung einberufen werden, dieselbe Vergütung wie die wirklichen.

Kapitel V.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 18. Jeder Prüfungsausschuss führt ein Protokollbuch. Dieses Protokollbuch ist von der ersten bis zur letzten Seite numeriert und jedes Blatt trägt den Namenszug des Vorsitzenden.

Das Protokoll einer jeden Sitzung wird vom Vorsitzenden, dem Schriftführer und sämtlichen Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet. Es erwähnt namentlich Namen, Vornamen und Geburtsort der Kandidaten, sowie die Stunde der Eröffnung und des Schlusses der Sitzung.

Das Protokollbuch ersetzt die Anwesenheitsliste.

In der Zeit zwischen den verschiedenen Sitzungen wird es, ebenso wie die Archive des Prüfungsausschusses, im Ministerium für Wissenschaft und Kunst hinterlegt.

Art. 19. Nach dem Schluss der Prüfungen berichtet der Vorsitzende an das Ministerium für Wissenschaft und Kunst über die erledigten Arbeiten während der Sitzung.

Diesem Berichte ist beizufügen:

1. eine namentliche Aufstellung des Ergebnisses der Prüfungen,

2. eine Aufstellung der den Mitgliedern des Prüfungsausschusses gebührenden Sitzungsgelder, Reise- und Aufenthaltsentschädigungen.

Brüssel, den 27. Mai 1916.
C. C. III. 1602.

VERFÜGUNG,

In Gemässheit der Gesetzes vom 10. April 1890—3. Juli 1891, betreffend die Erteilung der akademischen Grade und den Plan der Universitätsprüfungen, insbesondere des Artikels 6 des genannten Gesetzes, welcher lautet: „Die Form der Zeugnisse — der mittleren Studien —wird durch einen Königlichen Erlass geregelt";

in Gemässheit des Gesetzes vom 12. Mai 1910, betreffend die Erlernung der neueren Sprachen im mittleren Unterricht des höheren Grades, insbesondere der Artikel 5 bis 7 dieses Gesetzes, durch welche die Bedingungen bestimmt werden, von denen die Befreiung von der vorbereitenden Prüfung in den betreffenden Sprachen abhängig gemacht ist;

in Abänderung der Erlasse des Königs der Belgier vom 31. Januar und 28. Juni 1895, und vom 10. Februar 1897, durch welche die Form der Zeugnisse der mittleren Studien geregelt ist,

wird verfügt:

Art. 1. Die Formulare für die Zeugnisse der mittleren Studien und für deren Bestätigung werden folgendermassen abgeändert und ergänzt:

Formular Lit. A.

Zeugnis, wodurch festgestellt wird, dass der Inhaber in einer mittleren Unterrichtsanstallt einen vollständigen Gymnasial-Kursus durchgemacht hat.

1. Für die durch eine im vlämischen Landesgebiete gelegene Anstalt zu erteilenden Zeugnisse

(Artikel 5, 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1910) ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

4. Die vlämische Sprache;

5. Die französische, deutsche oder englische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls für die ganze Dauer der Studien,

1. das der Herr.... dem auf vlämisch erteilten Unterrichte in.... (mindestens zwei aus den Kursen in der lateinischen oder griechischen Sprache, der Religion, der Geschichte, der Geographie, der Mathematik, der Naturwissenschaften angeben) gefolgt ist,

oder

das wöchentlich.... Stunden (mindestens acht Stunden) dem Unterrichte in.... (der vlämischen Sprache *oder* den auf vlämisch gegebenen und in der obigen Aufstellung bezeichneten Fächern) gewidmet wurden.

2. dass wöchentlich.... Stunden (mindestens drei Stunden) dem Unterrichte in .... (der französischen, englischen oder deutschen Sprache) gewidmet wurden.

2. Für die durch eine im wallonischen Landesgebiete gelegene Anstalt zu erteilenden Zeugnisse (Artikel 5, 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist nach der Aufzählung der Fächer hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls, für die ganze Dauer der Studien des Herrn....,

1. das der Unterricht auf französisch erteilt wurde, (nötigenfalls hinzufügen) ausser dem Kur-

sus (oder den Kursen) in.... (der vlämischen, deutschen, englischen Sprache), für welche die Sprache (n), welche den Unterrichtsgegenstand bildete (n), angewendet wurde (n).

oder

dass wöchentlich.... Stunden (mindestens acht Stunden) dem Unterrichte in.... (der französischen Sprache

oder

den auf französisch gegebenen Kursen in....) gewidmet wurden.

2. dass wöchentlich.... Stunden (mindestens drei Stunden) dem Unterrichte in .... (der vlämischen, englischen oder deutschen Sprache) gewidmet wurden.

3. Für die Zeugnisse, welche durch eine in Gross-Brüssel gelegene Anstalt den Schülern erteilt werden, deren Mutter- oder Umgangssprache die vlämische ist (Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

4. Die vlämische Sprache;

5. Die französische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls:

1. dass aus der Erklärung des Familienvorstandes hervorgeht, dass die Mutter- oder Umgangssprache des Herrn ...... die vlämische ist;

2. dass der Herr...... während der ganzen Dauer seiner Studien ...... (siehe Formular 1, 1) gefolgt ist;

3. dass der Herr...... während derselben Dauer wöchentlich vier Unterrichtsstunden in ...... (der

französischen Sprache *oder* den auf französisch gegebenen Kursen in ......) gefolgt ist.

4. Für die Zeugnisse, welche durch eine in Gross-Brüssel gelegene Anstalt den Schülern erteilt werden, deren Mutter- oder Umgangssprache die französische ist (Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910) ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

5. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls:

1. dass aus der Erklärung des Familienvorstandes hervorgeht, dass die Mutter- oder Umgangssprache des Herrn.... die französische ist;

2. dass während der ganzen Dauer der Studien des Herrn ...... der Unterricht...... (Siehe Formular 2, 1),

3. dass der Herr ...... während derselben Dauer, wöchentlich vier Unterrichtsstunden in.... (der vlämischen Sprache *oder* den auf vlämisch gegebenen Kursen in ....) gefolgt ist.

N. B. Für die Schüler, welche teils in der Stadt Brüssel oder in einer der im Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 bezeichneten Gemeinden, teils in dem wallonischen oder vlämischen Landesgebiete studiert haben, bescheinigt das Zeugnis, dass die Bestimmungen des erwähnten Gesetzes in den beiden Gebieten befolgt wurden.

5. Für die Zeugnisse, welche durch eine Anstalt des vlämischen Gebietes den Schülern erteilt werden, die im wallonischen Gebiete geboren sind, oder deren Vater oder deren Mutter dort geboren ist, oder die daselbst während zwei Jahre dem mittleren Unterrichte gefolgt sind (Art. 7, 2, Paragr. 1

des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

5. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls:

1. das während der ganzen Dauer der Studien des Herrn......, der im wallonischen Landesgebiete geboren ist, *oder*, dessen...... (Vater *oder* Mutter) im wallonischen Landesgebiete geboren ist,

oder, den während...... Jahre (mindestens zwei Jahre) dem mittleren Unterrichte im wallonischen Landesgebiete gefolgt ist.... (Siehe Formular 2, 1)

2. dass während derselben Dauer,

oder während der Studien des Herrn...., im vlämischen Gebiete wöchentlich ...... Stunden (mindestens vier Stunden) .... (der vlämischen Sprache *oder* den auf vlämisch gegebenen Kursen in......) gewidmet wurden.

6. Für die Zeugnisse, welche durch eine Anstalt des vlämischen Gebietes den Schülern erteilt werden, die in der stadt Brüssel oder in einer der in Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 bezeichneten Gemeinden geboren sind, oder deren Vater oder Mutter daselbst geboren ist, und deren Mutter- oder Umgangssprache die französische ist (Artikel 7, 2 Paragr. 2 des genannten Gesetzes), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

5. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Ich bescheinige gleichfalls:

1. dass aus der Erklärung des Familienvorstandes hervorgeht, dass die Mutter- oder Umgangssprache des Herrn ......, der geboren ist in ....

oder, dessen...... (Vater *oder* Mutter) geboren ist in...... die französische ist;

2 (Siehe Formular 4, 2).

3. (Siehe Formular 5, 2).

Formular Lit. B.

Zeugnis, wodurch festgestellt wird, dass der Inhaber in einer mittleren Unterrichtsanstallt einen vollständigen Oberrealkursus durchgemacht hat.

1. Für die durch eine im vlämischen Landesgebiete gelegene Anstalt erteilenden Zeugnisse (Artikel 5, 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

1. Die vlämische Sprache;

2. Die französische, deutsche oder englische Sprache. Nach der Aufzählung der Fächer ist die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen. (Formular lit. A. 1).

2. Für die durch eine im wallonischen Landesgebiete gelegene Anstalt zu erteilenden Zeugnisse (Artikel 5, 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist nach der Aufzählung der Fächer die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen (Formular lit. A. 2.)

3. Für die Zeugnisse, welche durch eine in Gross-Brüssel gelegene Anstalt den Schülern erteilt werden, deren Mutter- oder Umgangssprache die vlämische ist (Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

1. Die vlämische Sprache;

2. Die französische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen (Formular lit. A., 3).

4. Für die Zeugnisse, welche durch eine in Gross-Brussel gelegene Anstalt den Schülern erteilt werden, deren Mutter- oder Umgangssprache die französische ist (Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

2. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen (Formular lit. A., 4).

5. Für die Zeugnisse, welche durch eine Anstalt des vlämischen Landesgebietes den Schülern erteilt werden, die im wallonischen Landesteile geboren sind, oder der Vater oder Mutter dort, geboren ist oder die daselbst während zwei Jahre dem mittleren Unterrichte gefolgt sind (Artikel 7, 2, Paragr. 1, des Gesetzes vom 12. Mai 1910), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

2. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen (Formular lit. A, 5.)

Für die Zeugnisse, welche durch eine Anstalt des vlämischen Gebietes den Schülern erteilt werden, welche in der Stadt Brüssel, oder in einer der in Artikel 6 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 bezeichneten Gemeinden geboren sind oder deren Vater oder Mutter dort geboren ist, und deren Mutter- oder Umgangssprache die französische ist, (Artikel 7, 2, Paragr. 2 des genannten Gesetzes), ist die Aufzählung der Fächer folgendermassen abzuändern:

2. Die vlämische Sprache.

Nach der Aufzählung der Fächer ist die Erwähnung betreffend die Erlernung der neueren Sprachen hinzuzufügen.

Formular Lit. C. und D.

Zeugnisse, wodurch festgestellt wird, dass der Inhaber einen Gymnasial- oder Ober-Real-Kursus in mehreren mittleren Unterrichtsanstalten durchgemacht hat.

Für die auf die Formulare lit. *C* und *D* anzuwendenden Abänderungen und Ergänzungen, siehe oben, Formulare lit. A. und B.

Formulare Lit. G.

Bestätigungserklärung der Zeugnisse des mittleren Unterrichts.

Nach der Aufzählung der Fächer ist hinzuzufügen:

Da der Herr........ die in den Artikeln 1 bis 4 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 vorgesehene vorbereitene Prüfung mit gutem Erfolge bestanden hat,

oder

da aus den erwähnten Urkunden hervorgeht, dass der Herr ...... die durch die Artikel 5 bis 7 des Gesetzes vom 12. Mai 1910 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, um von der durch die Artikel 1 bis 4 vorgesehenen vorbereitenden Prüfung befreit zu werden.

Art. 2. Die vorstehende Verfügung findet zum ersten Male Anwendung auf die Zeugnisse der

Schüler, die im Jahre 1916 ihre mittleren Studien beenden werden.

Brüssel, den 27. Mai 1916.

C. C. III. 1603.

Arrêté.

Chapitre Ier.

Des inscriptions à l'épreuve sur les langues modernes.

Art. 1er. Les inscriptions à l'épreuve sur les langues modernes prévue par l'article 1er de la loi du 12 mai 1910 sont reçues, au chef-lieu de chaque province, par les délégués chargés de procéder aux inscriptions pour les épreuves préparatoires organisées en vertu des articles 10 et 12 de la loi du 10 avril 1890.

Elles sont prises soit par les intéressés directement, soit par les chefs des établissements auxquels ils appartiennent.

Art. 2. Le droit à payer est de 20 francs. Cette somme est versée par les récipiendaires ou par leurs fondés de pouvoirs, entre les mains du receveur des produits divers et de l'enregistrement, établi dans la ville où se prend l'inscription.

Les récipiendaires qui n'ont pas subi l'épreuve avec succès et qui se représentent, de même que ceux qui ont été absents sans motifs légitimes, sont tenus de payer de nouveau la totalité du droit d'inscription.

Les récipiendaires qui ont justifié de motifs légitimes d'abstention, admis par le jury, ne paient plus que la moitié de ce droit, lors d'une inscription ultérieure.

Art. 3. Chaque délégué dresse en double une liste des inscriptions reçues. Cette liste comprend nécessairement:

1o) les nom, prénoms, date et lieu de naissance et domicile des récipiendaires;

2o) leur adresse exacte;

3o) la désignation de l'établissement dans lequel le récipiendaire a achevé ses études;

4o) les langues sur lesquelles l'épreuve doit porter. Immédiatement après la clôture des listes, l'une de celles-ci est transmise ainsi que les quittances du versement du droit d'inscription, au Département des Sciences et des Arts.

Chapitre II.

De la constitution du jury.

Art. 4. Il est constitué annuellement dans chaque province, s'il y a lieu, un jury chargé de procéder, pour les récipiendaires de la province, à l'épreuve sur les langues modernes. Ce jury se compose de cinq membres dont un président et un secrétaire. Le président est choisi par le gouvernement, sur une liste double de candidats présentés par l'Académie royal flamande ou par l'Académie royale de Belgique, selon la partie du pays où est subie l'épreuve.

Des quatre membres du jury, deux sont désignés par l'établissement où le récipiendaire a terminé ses études et les deux autres sont choisis par le Gouvernement parmi les professeurs de l'enseignement dirigé ou subsidié par l'Etat si le récipiendaire a terminé ses études dans un établissement d'enseignement privé et parmi les professeurs d'enseignement privé, s'il a terminé ses études dans un établissement d'enseignement dirigé ou subsidié par l'Etat.

Le secrétaire est choisi par le président parmi les membres du jury.

Il est donné, en suivant les principes établis pour la désignation des membres effectifs, un suppléant au président et à chaque membre du jury.

Art. 5. Nul ne peut, sous peine de nullité, prendre part, en qualité de membre du jury, à l'examen d'un parent ou allié jusques et y compris le quatrième degré.

Chapitre III.

De la session du jury.

Art. 6. Le jury se réunit au chef-lieu de la province à une date qui sera fixée par le président et après convocation par lui des membres du jury et des récipiendaires.

Art. 7. L'épreuve porte sur les matières suivantes:

A. pour les récipiendaires qui ont fait leurs études dans la région flamande du pays et qui sont soumis au régime flamand commun:

1o) la langue flamande;
2o) la langue française, allemande ou anglaise.

B. pour les récipiendaires qui ont fait leurs études dans la région flamande du pays mais qui sont admissibles au régime spécial prévu par l'article 7 de la loi du 12 mai 1910:

1o) la langue française;
2o) la langue flamande.

C. pour les récipiendaires qui ont fait leurs études dans la région wallonne du pays:

1o) la langue française;
2o) la langue flamande, allemande ou anglaise.

D. pour les récipiendaires qui ont fait leurs études dans l'agglomération bruxelloise:

1o) la langue flamande;
2o) la langue française;
ou

1o) la langue française;
2o) la langue flamande;
selon que la langue maternelle ou usuelle du récipiendaire, déterminée par la déclaration du chef de famille, est la langue flamande ou la langue française.

E. pour les récipiendaires qui ont fait leurs études dans les arrondissements administratifs d'Arlon, de Bastogne et de Verviers:
1o. la langue française ou la langue allemande;
2o. la langue flamande, anglaise ou celle des langues sur laquelle n'a pas porté l'épreuve mentionnée au 1o.

Art. 8. L'épreuve sur la première langue comprend:
1o. Une composition sans dictionnaire;
2o. Une interrogation sur un sujet d'histoire se rattachant au cours de rhétorique ou de 1re scientifique (principales périodes et faits essentiels de l'histoire nationale).

L'épreuve sur la deuxième langue comprend:
1o. Une composition sans dictionnaire;
2o. La lecture, le résumé et le commentaire oraux d'un texte choisi par le jury.

Pour les questions et les réponses on se servira exclusivement de la langue qui fait l'objet de l'épreuve.

Art. 9. Il est attribué à chaque partie de l'épreuve une cote déterminée comme il suit:

A. 1o) Composition de 1re langue: 70 points
2o) Interrogation sur la 1re langue: 30 points

B. 1o) Composition de 2e langue: 50 points
2o) Interrogation sur la 2e langue: 25 points.

Les 50/100 des points sont exigés sur les 1o et 2o réunies de chaque littera *A* et *B*.

Art. 10. La durée suivante est assignée à chaque partie de l'épreuve:

A. Partie écrite:

1o) Composition de 1re langue: 4 heures
2o) Id. de 2e id. : 3 heures.

B. Partie orale:

1o) Interrogation sur un sujet d'histoire: 20 minutes
2o) Lecture, résumé et commentaire d'un texte: 30 minutes.

Toutefois les récipiendaires pourront prendre connaissance du texte choisi par le jury pendant au plus 15 minutes prises sur la durée de l'épreuve.

Art. 11. L'épreuve écrite précède toujours l'épreuve orale. Elle a lieu simultanément pour tous les récipiendaires d'une même province.

Art. 12. Les épreuves ont lieu en public. Les points obtenus par chaque récipiendaire, pour chacune des matières sur lesquelles porte l'épreuve, sont publiquement proclamés.

Art. 13. Le certificat constatant le résultat de l'épreuve est rédigé comme il suit:

Nous président et membres du jury chargé de procéder dans la province de ......, à l'épreuve sur les langues modernes, prévue par l'article 1er de la loi du 12 mai 1910, attestons que M. ...... né à ...... le ......: a subi avec succès l'épreuve susdite sur les matières désignées ci-après: (indiquer les langues sur lesquelles le récipiendaire a été examiné).

Le certificat porte la signature de tous les membres du jury qui ont assisté a l'épreuve.

Chapitre IV.

Du produit des inscriptions et des dépenses.

Art. 14. Le produit des inscriptions à l'épreuve sur les langues modernes est versé dans le Trésor public.

Art. 15. Il est alloué, par journée de séance, à titre

de frais de vacation: une indemnité de 25 francs au président du jury, de 23 francs au secrétaire et de 18 francs à chaque membre.

Les journées de séances sont de 6 heures au moins. Si, par suite de circonstances de force majeure, cette durée ne peut être atteinte, les indemnités de vacations sont respectivement réduites à 20, 18 et 13 francs.

Art. 16. Les présidents et les membres qui résident dans des communes situées à plus de 8 km. du chef-lieu de la province reçoivent, en outre, des indemnités de route et de séjour, calculées comme il suit:

1o) 1 franc par 5 km. sur les chemins de fer et 2 francs sur les routes ordinaires;

2o) 12 francs par journée de séance à titre d'indemnité de séjour.

La même indemnité leur sera allouée pour les dimanches et les jours de fêtes légales intervenus au cours de la session ainsi que pour les journées où les travaux du jury seraient forcément suspendus pour autant toutefois que l'indemnité de séjour à résulter de ce chef, ne soit pas supérieure dans son ensemble à l'indemnité de voyage.

Art. 17. Chaque fois qu'ils sont appelés à siéger, les présidents et les membres suppléants reçoivent les mêmes indemnités que les titulaires.

Chapitre V.

Dispositions générales.

Art. 18. Chaque jury tient un registre pour les procès-verbaux. Ce registre est coté par première et dernière et paraphé sur chaque feuillet par le président.

Le procès-verbal de chaque séance est signé par le président, par le secrétaire et par tous les membres du

jury. Il mentionne notamment les nom, prénoms et lieu de naissance des récipiendaires ainsi que l'heure de l'ouverture et de la clôture de la séance.

Le registre aux procès-verbaux tient lieu de registre de présence.

Dans l'intervalle des sessions, il est, ainsi que les archives du jury, déposé au Ministère des Sciences et des Arts.

Art. 19. Après la clôture des épreuves, le président adresse au Ministère des Sciences et des Arts, un rapport sur les opérations de la session. Il joint à ce rapport:

1o) Un relevé nominatif du résultat des épreuves.

2o) Les états des frais de vacation, de route et de séjour dus aux membres du jury.

Bruxelles, le 27 mai 1916.

C. C. III. 1602.

Vu la loi du 10 avril 1890—3 juillet 1891 sur la collation des grades académiques et le programme des examens universitaires et spécialement l'article 6 de cette loi, ainsi conçu: „La forme des certificats d'études moyennes est réglée par un arrêté royal";

Vu la loi du 12 mai 1910 concernant l'étude des langues modernes dans l'enseignement moyen du degré supérieur et spécialement les articles 5 à 7 de cette loi déterminant les conditions auxquelles est subordonnée la dispense de l'épreuve préparatoire sur les langues susdites;

Revu les arrêtés du Roi des Belges des 31 janvier et 28 juin 1895 et du 10 février 1897 réglant la forme des certificats d'études moyennes;

Arrêté:

Art. 1er. Les formules de certificats d'études moyen-

nes et d'homologation desdits certificats sont modifiées et complétées comme il suit:

Formule Litt. *A*.

Certificat constatant un cours complet d'humanités, fait dans un établissement d'enseignement moyen.

1. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la partie flamande du pays (art. 5, 1o de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

4o. La langue flamande;

5o. La langue française, allemande ou anglaise.

Ajouter après l'énumération des matières:

Je certifie également, pour toute la durée des études,

1o que M.... a suivi les cours de .... enseignés en flamand (indiquer deux cours, au moins, choisis parmi les cours de latin, de grec, de religion, d'histoire, de géographie, de mathématiques, de sciences naturelles)

ou bien

que ...... heures (huit heures au moins) par semaine ont été consacrées à l'enseignement ...... (du flamand *ou* des cours de ...... donnés en flamand) (cours compris dans la liste ci-dessus).

2o. que ...... heures (trois heures au moins) par semaine ont été consacrées à l'enseignement d........ (du français, de l'anglais ou de l'allemand).

2. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la partie wallonne (art. 5, 2o de la loi du 12 mai 1910), ajouter après l'énumération des matières:

Je certifie également, pour toute la durée des études de M........

1o que l'enseignement a été donné en français (ajouter s'il y a lieu) sauf pour le(s) cours d.... (flamand,

allemand, anglais) pour le(s) quel(s) il a été fait usage de la langue (*ou* des langues) même(s) sur laquelle (*ou* lesquelles) a porté l'enseignement.

ou bien:

que ...... heures (huit heures au moins) par semaine ont été consacrées à l'enseignement ...... (du français *ou* des cours de ...... donnés en français).

2o. que ...... heures (trois heures au moins) par semaine ont été consacrées à l'enseignement d........ (du flamand, de l'anglais ou de l'allemand).

3. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la ville de Bruxelles ou dans une des communes de l'agglomération bruxelloise aux élèves dont la langue maternelle ou usuelle est le flamand (art. 6 de la loi du 12 mai 1910), modifier de la manière suivante l'énumération des matières:

4o. la langue flamande;

5o la langue française.

Ajouter après l'énumération des matières:

Je certifie également:

1o. qu'il résulte de la déclaration du chef de famille que la langue maternelle ou usuelle de M...... est le flamand;

2o que pendant toute la durée de ses études, M...... a suivi (le reste comme à la formule 1, 1o);

3o que, pendant cette même durée, M...... a suivi quatre heures de cours par semaine consacrées ...... (à la langue française *ou* aux cours de ...... donnés en langue française).

4. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la ville de Bruxelles ou dans une des communes de l'agglomération bruxelloise aux élèves dont la langue maternelle ou usuelle est le français (art. 6 de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

5o la langue flamande.

Ajouter, après l'énumération des matières:

Je certifie également:

1o qu'il résulte de la déclaration du chef de famille que la langue maternelle ou usuelle de M...... est le français;

2o que pendant toute la durée des études de M...... l'enseignement (le reste comme à la formule 2, 1o);

3o que, pendant cette même durée, M...... a suivi quatre heures de cours par semaine consacrées ...... (à la langue flamande *ou* aux cours de ...... donnés en langue flamande).

N.B. — Pour les élèves qui ont fait leurs études partie dans la ville de Bruxelles ou dans l'une des communes énumérées à l'article 6 de la loi du 12 mai 1910, partie dans la région wallonne ou dans la région flamande du pays, le certificat atteste que les dispositions de la susdite loi ont été observées dans chaque région.

5. Pour les certificats délivrés par un établissement de la partie flamande du pays aux élèves qui sont nés ou dont l'un des parents est né dans la partie wallonne du pays ou qui y ont poursuivi pendant deux ans leurs études moyennes (art. 7, 2o § 1er de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

5o la langue flamande.

Ajouter après l'énumération des matières:

Je certifie également:

1o que pendant toute la durée des études de M...... qui est né dans la partie wallonne du pays

ou bien

dont l........ (le père *ou* la mère) est né(e) dans la partie wallonne du pays,

ou bien

qui a poursuivi pendant .... ans (deux ans au

moins) ses études moyennes dans la partie wallonne du pays, l'enseignement (le reste comme à la formule 2, 1o).

2o que pendant cette même durée,

ou bien

pendant les années d'écolage en pays flamand, ... heures (quatre heures au moins) ont été consacrées, par semaine ...... (à la langue flamande *ou* aux cours de ...... donnés en langue flamande).

6. Pour les certificats délivrés par un établissement de la région flamande aux élèves qui sont nés à Bruxelles ou dans l'une des communes énumérées à l'article 6 de la loi du 12 mai 1910 ou dont l'un des parents est né dans cette agglomération et dont la langue maternelle ou usuelle est le français (art. 7, 2o § 2 de la loi susdite), modifier de la manière suivante, l'énumération des matières:

5o la langue flamande.

Ajouter après l'énumération des matières:

Je certifie également:

1o qu'il résulte de la déclaration du chef de famille que la langue maternelle ou usuelle de M. ..... qui est né à ...... *ou bien* dont l...... (le père *ou* la mère) est né(e) à ...... est le français;

2o (comme à la formule 4, 2o)

3o (comme à la formule 5, 2o).

Formule Litt. *B.*

Certificat constatant un cours complet d'études professionnelles fait dans un établissement d'enseignement moyen.

1. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la partie flamande du pays (art. 5, 1o de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante. l'énumération des matières:

1o la langue flamande;

2o la langue française, allemande ou anglaise.

Ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes (formule litt. *A*, 1).

2. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la partie wallonne du pays (art. 5, 2o de la loi du 12 mai 1910), ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes (formule litt. *A*, 2).

3. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la ville de Bruxelles ou dans une des communes de l'agglomération bruxelloise, aux élèves dont la langue maternelle ou usuelle est le flamand (art. 6 de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

1o la langue flamande;

2o la langue française.

Ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes (formule litt. *A*, 3).

4. Pour les certificats délivrés par un établissement situé dans la ville de Bruxelles ou dans une des communes de l'agglomération bruxelloise aux élèves dont la langue maternelle ou usuelle est le français (art. 6 de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

2o la langue flamande.

Ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes (formule litt. *A*, 4).

5. Pour les certificats délivrés par un établissement de la partie flamande du pays aux élèves qui sont nés ou dont l'un des parents est né dans la partie wallonne du pays ou qui y ont poursuivi pendant deux ans leurs

études moyennes (art. 7, 2o § 1er de la loi du 12 mai 1910), modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

2o la langue flamande.

Ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes (formule litt. *A*, 5).

6. Pour les certificats délivrés par un établissement de la région flamande aux élèves qui sont nés à Bruxelles ou dans l'une des communes énumérées à l'article 6 de la loi du 12 mai 1910 ou dont l'un des parents est né dans cette agglomération et dont la langue maternelle ou usuelle est le français (art. 7, 2o § 2 de la loi susdite) modifier, de la manière suivante, l'énumération des matières:

2o la langue flamande.

Ajouter, après l'énumération des matières, la mention relative à l'étude des langues modernes.

Formules Litt. *C.* et *D.*

Certificats constatant un cours d'humanités ou d'études professionnelles fait dans plusieurs établissements d'enseignement moyen.

Pour les modifications et les compléments à apporter aux formules litt. *C* et *D*, voir ci-dessus, formules litt. *A* et *B*.

Formule Litt. *G.*

Déclaration d'homologation des certificats d'études moyennes.

Ajouter, après l'énumération des matières:

Considérant que M.... a subi avec succès l'épreuve

préparatoire prévue par les articles 1 à 4 de la loi du 12 mai 1910

ou bien

Considérant qu'il résulte des mêmes documents que M.......... réunit les conditions prescrites par les articles 5 à 7 de la loi du 12 mai 1910 pour être dispensé de l'épreuve préparatoire prévue par les articles 1 à 4 de cette loi.

Art. 2. Le présent arrêté sera pour la première fois applicable aux certificats délivrés aux jeunes gens qui termineront leurs études moyennes en 1916.

Bruxelles, le 27 mai 1916.

C. C. III. 1603.

BESCHIKKING.

Hoofdstuk I.

Inschrijvingen voor de proef over de moderne talen.

Art. 1. De inschrijvingen voor het bij artikel 1 der wet van 12 Mei 1910 voorziene examen over de moderne talen worden aanvaard, in de hoofdplaats van elke provincie, door de afgevaardigden die gelast zijn over te gaan tot de inschrijvingen voor de op grond van artikelen 10 en 12 van de wet van 10 April 1890 ingerichte voorafgaande examens.

De inschrijvingen worden genomen hetzij rechtsstreeks door de belanghebbenden, hetzij door de hoofden van de onderwijsinrichtingen waartoe zij behooren.

Art. 2. Het te betalen recht beloopt 20 frank en wordt door de recipiendi of dezer gemachtigden gestort in handen van den ontvanger der registratie in de plaats waar de inschrijving genomen wordt.

De recipiendi die het examen niet met goed gevolg afgelegd hebben en zich opnieuw aanmelden, evenals zij die zonder voldoende redenen afwezig bleven,

moeten andermaal geheel het inschrijvingsrecht betalen.

De recipiendi, die door de jury aangenomen wettige redenen van afwezigheid aanvoeren, betalen, bij een latere inschrijving, nog slechts de helft van dit recht.

Art. 3. Elk afgevaardigde maakt een dubbele lijst op van de door hem aangenomen inschrijvingen. Deze lijst moet bevatten:

1o. Naam, voornamen, datum en plaats van geboorte, en woonplaats van de recipiendi,

2o. hun juist adres,

3o. de opgave van de onderwijsinrichting waar de recipiendus zijne studiën voleind heeft,

4o. de talen waarover het examen moet loopen. Onmiddellijk na afsluiting der lijsten, wordt eene daarvan met de kwijtbrieven der storting van het inschrijvingsrecht, aan het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten overgemaakt.

Hoofdstuk II.

Aanstelling der jury.

Art. 4. Desgevallend wordt jaarlijks in iedere provincie een jury aangesteld, om, voor de recipiendi uit de provincie, over te gaan tot het examen over de moderne talen. Deze jury bestaat uit vijf leden, waaronder een voorzitter en een sekretaris. De voorzitter wordt door de regeering gekozen uit een dubbele voordracht van kandidaten, welke gedaan wordt door de Koninklijke Vlaamsche Academie of door de Koninklijke Academie van België, volgens het gedeelte des lands waar het examen plaats heeft.

Van de vier leden der jury, worden er twee aangeduid door de inrichting waar de recipiendus zijne stu-

diën voleind heeft; de twee andere gekozen door de regeering onder de leeraars uit het door den Staat bestuurde of ondersteunde onderwijs, zoo de recipiendus zijne studiën voleind heeft in een private onderwijsinrichting en onder de leeraars uit het privaat onderwijs, zoo hij zijne studiën voleind heeft in eene door den Staat bestuurde of ondersteunde onderwijsinrichting.

De sekretaris wordt door den voorzitter onder de juryleden gekozen.

Met inachtneming van de beginselen die voor de keuze der werkende leden zijn aangegeven, wordt een plaatsvervanger aangeduid voor den voorzitter en vóor elk der juryleden.

Art. 5. Op straf van nietigheid, mag niemand als jurylid deelnemen aan het examen van een bloed- of aanverwant tot en met den vierden graad.

Hoofdstuk III.

Zitting der jury.

Art. 6. De jury vergadert in de hoofdplaats van de provincie op een datum welke door den voorzitter bepaald wordt. De voorzitter roept de leden der jury en de recipiendi op.

Art. 7. Het examen loopt over volgende vakken:

A. *Voor de recipiendi, die hunne studiën in de Vlaamsche gewesten des lands gedaan hebben, en die aan het gewoon Vlaamsch stelsel onderworpen zijn:*

1o. de Vlaamsche taal,

2o. de Fransche, Duitsche of Engelsche taal;

B. *voor de recipiendi, die hunne studiën in de Vlaamsche gewesten des lands gedaan hebben, doch aanspraak mogen maken op de toepassing van het bijzonder stelsel voorzien onder art. 7 der wet van 12 Mei 1910:*

1o. de Fransche taal,
2o. de Vlaamsche taal.
C. *voor de recipiendi, die hunne studiën in de Waalsche gewesten des lands gedaan hebben:*
1o. de Fransche taal,
2o. de Vlaamsche, Duitsche of Engelsche taal;
D. *voor de recipiendi, die hunne studiën in Groot-Brussel gedaan hebben:*
1o. de Vlaamsche taal,
2o. de Fransche taal,
of
1o. de Fransche taal,
2o. de Vlaamsche taal,
naarvolgens de verklaring van het gezinshoofd, als moedertaal of gebruikelijke taal van den recipiendus, de Vlaamsche of de Fransche taal opgeeft;
E. *voor de recipiendi, die hunne studiën in de bestuurlijke arrondissementen Aarlen, Bastenaken en Verviers gedaan hebben:*
1o. de Fransche taal of de Duitsche taal,
2o. de Vlaamsche taal, de Engelsche taal of een der beide talen waarover het onder 1o vermeld examen niet geloopen heeft.
Art. 8. Het examen over de eerste taal omvat:
1o. een opstel zonder woordenboek,
2o. een ondervraging over een geschiedkundig onderwerp in verband met den cursus uit de rhetorica of met dien uit de 1e wetenschappelijke klas. (Voornaamste tijdperken en hoofdfeiten van de vaderlandsche geschiedenis).
Het examen over de tweede maal omvat:
1o. een opstel zonder woordenboek,
2o. het lezen en het mondeling samenvatten en verklaren van een door de jury gekozen tekst.
Voor de vragen op de antwoorden zal uitsluitend ge-

bruik worden gemaakt van de taal waarover de proef loopt.

Art. 9. Voor elk gedeelte van het examen worden punten toegekend als volgt:

A. *1o. opstel in de 1e taal: 70 punten,*

2o. ondervraging over de 1e taal: 30 punten,

B. *1o. opstel in de 2e taal: 50 punten,*

2o ondervraging over de 2e taal: 25 punten.

Voor 1o en 2o van elk der littera's A *en* B *is te zamen de helft der punten vereischt.*

Art. 10. Duur der proef:

A. *Geschreven gedeelte:*

1o. opstel in de 1e taal: 4 uren,

2o. opstel in de 2e taal 3 uren.

B. *Mondeling gedeelte:*

1o. ondervraging over een geschiedkundig onderwerp: 20 m.,

2o. lezen, samenvatten en verklaren van een tekst: 30 m.

De recipiendi mogen evenwel gedurende 15 van deze 30 minuten kennis nemen van den door de jury gekozen tekst.

Art. 11. Het geschreven gedeelte gaat steeds het mondelinge vooraf. Het heeft te gelijker tijd plaats voor al de recipiendi uit een zelfde provincie.

Art. 12. De examens hebben in het openbaar plaats. Het aantal punten, door de recipiendi behaald voor elk vak waarover het examen loopt, wordt in het openbaar afgekondigd.

Art. 13. Het getuigschrift, waarbij de uitslag van het examen wordt vastgesteld, luidt als volgt:

Wij, voorzitter en leden der jury, gelast over te gaan in de provincie.... tot het bij artikel 1 der wet van 12 Mei 1910 voorzien examen over de moderne talen, bevestigen dat de heer...., geboren te....

den.... met goed gevolg bedoeld examen heeft afgelegd over navermelde vakken: (de talen aangeven waarover het examen van den recipiendus geloopen heeft).

Het getuigschrift wordt onderteekend door al de juryleden die bij het examen aanwezig waren.

Hoofdstuk IV.

Inschrijvingen en Uitgaven.

Art. 14. De opbrengst van de inschrijvingen voor het examen over de moderne talen wordt in de Staatskas gestort.

Art. 15. Per zittingsdag wordt, onder vorm van aanwezigheidspenning, 25 fr. vergoeding toegekend aan den voorzitter der jury, 23 fr. aan den sekretaris en 18 frank aan elk lid.

De zittingsdagen zijn van ten minste 6 uren. Kan, ten gevolge van gevallen van overmacht, deze duur niet bereikt worden, zoo zijn de aanwezigheidspenningen onderscheidenlijk tot 20, 18 en 13 frank te verminderen.

Art. 16. De voorzitters en leden, die in een gemeente wonen, welke meer dan 8 km. van de hoofdplaats der provincie gelegen is, trekken daarenboven reis- en verblijfkosten naar volgenden maatstaf berekend:

1o. 1 fr. voor elke 5 km. per spoorweg en 2 fr. per gewonen weg.

2o. 12 fr. per zittingsdag voor verblijfkosten.

Dezelfde vergoeding wordt hun toegekend voor de Zondagen en de wettelijke feestdagen die in den loop van een zittijd vallen, alsmede voor de dagen waarop de werkzaamheden der jury noodzakelijkerwijze zouden

geschorst zijn, dit echter voor zoover de daardoor ontstaande verblijfkosten in hun geheel niet meer bedragen dan de reiskosten.

Art. 17. Telkens als de plaatsvervangende voorzitters en leden opgeroepen zijn om zitting te houden, ontvangen zij dezelfde vergoedingen als de titelvoerders.

Hoofdstuk V.

Algemeene beschikkingen.

Art. 18. Elke jury houdt een boek voor de processen-verbaal. Dit boek wordt bij eerste en laatste genummerd en op ieder blad door den voorzitter gewaarmerkt.

Het proces-verbaal van elke zitting wordt door den voorzitter, den sekretaris en al de leden der jury onderteekend. Het vermeldt inzonderheid de namen, de voornamen en de geboorteplaats van de recipiendi, alsmede het openings- en het sluitingsuur van de zitting.

Het boek der processen-verbaal dient als aanwezigheidsboek.

Tusschen de zittijden in, berust het, evenals het archief der jury, in het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten.

Art. 19. Na het sluiten der examens, dient de voorzitter bij het Ministerie van Wetenschappen en Kunsten, een verslag in over de werkzaamheden gedurende den zittijd.

Hij voegt bij dit verslag:

1o. een naamopgave met den uitslag der examens,

2o. de staten voor de aan de juryleden verschuldigde aanwezigheidspenningen, reis- en verblijfkosten.

Brussel, den 27n Mei 1916.

C. C. III 1602.

BESCHIKKING.

Gezien de wet van 10 April 1890—3 Juli 1891 betreffende de begeving der academische graden en het programma der universiteitsexamens en inzonderheid artikel 6 van gemelde wet, luidende als volgt: „De vorm van de getuigschriften van middelbare studiën wordt bij een Koninklijk besluit bepaald";

Gezien de wet van 12 Mei 1910 betreffende de studie der moderne talen in het middelbaar onderwijs van den hoogeren graad, en inzonderheid de artikelen 5 tot 7 van gemelde wet, waarbij de voorwaarden bepaald zijn van dewelke de vrijstelling van de voorbereidende proef over bedoelde talen afhankelijk is gemaakt;

Herzien de besluiten van 31 Januari en 28 Juni 1895 en van 10 Februari 1897 van den Koning der Belgen tot regeling van den vorm der getuigschriften van middelbare studiën;

Wordt beschikt:

Art. 1. De formulieren voor de getuigschriften van middelbare studiën en voor de goedkeuring van gemelde getuigschriften worden als volgt gewijzigd en aangevuld:

Formulier Litt. A.

Getuigschrift waarbij vastgesteld wordt, dat de houder een volledigen humaniora-cursus, in een middelbare onderwijsinrichting gevolgd heeft.

1. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting (Art. 5. 1o., van de wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:

4o. de Vlaamsche taal;

5o. de Fransche, Duitsche of de Engelsche taal.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Ik bevestig insgelijks, voor gansch den duur der studiën,

1o. dat de heer.... de in het Vlaamsch gegeven leergangen in.... (ten minste twee leergangen opgeven, gekozen onder de leergangen in het Latijn, het Grieksch, den godsdienst, de geschiedenis, de aardrijkskunde, de wiskunde, de natuurlijke wetenschappen) gevolgd heeft

of wel

dat.... uren (ten minste acht uren) per week gewijd zijn geweest aan het onderwijs in.... (de Vlaamsche taal of *leervakken in.... in het Vlaamsch gegeven) (op bovenstaande lijst voorkomende leervakken);*

2o dat .... uren (ten minste drie uren) per week gewijd zijn geweest aan het onderwijs in.... (het Fransch, het Engelsch of het Duitsch)..

2. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Waalsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting (Art. 5, 2o van de wet van 12 Mei 1910), na de opsomming der leervakken toevoegen:

Ik bevestig insgelijks, voor gansch den duur der studiën van den heer....,

1o. dat het onderwijs in het Fransch gegeven werd (desgevallend bijvoegen) behalve voor den leergang (de leergangen) in.... (het Vlaamsch, Duitsch, Engelsch) voor denwelken (dewelke gebruik werd gemaakt van de taal (de talen) zelf waarover het onderwijs liep.

of wel

dat.... uren (ten minste acht uren) per week gewijd zijn geweest aan het onderwijs in.... (de Fransche taal of leervakken in.... in het Fransch gegeven);

2o. dat.... uren (ten minste drie uren) per week gewijd zijn geweest aan het onderwijs in.... (het Vlaamsch, het Engelsch of het Duitsch).

3. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in Groot-Brussel gelegen onderwijsinrichting aan de leerlingen wier moedertaal of gebruikelijke taal het Vlaamsch is (Art. 6 der wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:*

4o. de Vlaamsche taal;

5o. de Fransche taal.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Ik bevestig insgelijks:

1o. dat uit de verklaring van het gezinshoofd blijkt, dat de moedertaal of de gebruikelijke taal van den heer .... het Vlaamsch is;

2o. dat de heer...., gedurend gansch den duur zijner studiën, (het overige zooals in formulier 1, 1o.) .... gevolgd heeft;

3o. dat de heer .... gedurende denzelfden duur, vier aan .... (de Fransche taal of Fransch in het gegeven leergangen in ....) gewijde lesuren per week gevolgd heeft.

4. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in Groot-Brussel gelegen onderwijsinrichting aan leerlingen wier moedertaal of gebruikelijke taal het Fransch is (art. 6 der wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:*

5o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Ik bevestig insgelijks:

1o. dat uit de verklaring van het gezinshoofd blijkt dat de moedertaal of de gebruikelijke taal van den heer.... het Fransch is;

2o. dat, gedurende gansch den duur der studiën van

den heer .... het onderwijs in .... (het overige zooals in formulier 2, 1o);

3o. dat de heer .... gedurende denzelfden duur, vier aan .... (de Vlaamsche taal of in het Vlaamsch gegeven leergangen in ....) gewijde lesuren les per week gevolgd heeft.

N. B. — *Voor de leerlingen die hunne studiën deels in de stad Brussel of in een der onder artikel 6 van de wet van 12 Mei 1910 opgesomde gemeenten, deels in de Waalsche of in de Vlaamsche gewesten van het land gedaan hebben, bevestigt het getuigschrift dat de bepalingen van voormelde wet in elk gewest nageleefd werden.*

5. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting, aan de leerlingen die geboren zijn of wier vader of moeder geboren is in het Waalsch gedeelte des lands of die aldaar gedurende twee jaar hunne middelbare studiën gedaan hebben (art. 7, 2o., paragr. 1 van de wet van 12 Mei 1910) als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:*

5o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Ik bevestig insgelijks:

1o. dat gedurende gansch den duur der studiën van den heer...., die in het Waalsch gedeelte des lands geboren is

of wel

wiens.... (vader of moeder) in het Waalsch gedeelte des lands geboren is

of wel

die gedurende .... jaren (ten minste twee jaren) zijn middelbare studiën gedaan heeft in het Waalsch gedeelte des lands, (het overige zooals in formulier 2, 1o.)

2o. dat, gedurende denzelfden duur,
of wel
gedurende de schooljaren van den heer .... in het Vlaamsch land .... uren (ten minste vier uren) per week gewijd zijn geweest aan .... (de Vlaamsche taal of in het Vlaamsch gegeven leergangen in ....).

6. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten gelegen onderwijsinrichting, aan de leerlingen die geboren zijn te Brussel of in een der onder artikel 6 der wet van 12 Mei 1910 opgesomde gemeenten of wier vader of moeder aldaar geboren is, en wier moedertaal of gebruikelijke taal het Fransch is (art. 7, 2o § 2 van voormelde wet), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:* ,

5o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Ik bevestig insgelijks:

1o. dat uit de verklaring van het gezinshoofd blijkt dat de moedertaal of de gebruikelijke taal van den heer...., die geboren is te ...., of wel, *wiens.... (vader of moeder) geboren is te ...., het Fransch is;*

2o. (zooals in formulier 4, 2o)

3o (zooals in formulier 5, 2o)

Formulier Litt. B.

Getuigschrift waarbij vastgesteld wordt, dat de houder een volledigen beroepscursus in een middelbare onderwijsinrichting gevolgd heeft.

1. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting (art. 5, 1o. van de wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:*

1o. de Vlaamsche taal;

2o. de Fransche, de Duitsche of de Engelsche taal.

Na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen (formulier litt. A., 1 toevoegen.

2. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Waalsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting (art. 5, 2o van de wet van 12 Mei 1910), na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen (formulier litt. A,, 2 toevoegen.

3. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in Groot-Brussel gelegen onderwijsinrichting, aan de leerlingen wier moedertaal of gebruikelijke taal het Vlaamsch is, (art. 6 der wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:

1o. de Vlaamsche taal;

2o. de Fransche taal.

Na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen (formulier litt. A., 3) toevoegen.

4. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in Groot-Brussel gelegen onderwijs-inrichting, aan de leerlingen wier moedertaal of gebruikelijke taal het Fransch is, (art. 6 der wet van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:

2o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen (formulier litt. A. 4) toevoegen.

5. Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten van het land gelegen onderwijsinrichting, aan de leerlingen die geboren zijn of wier vader of moeder geboren is in het Waalsch gedeelte des lands, of die aldaar gedurende twee jaar hun middelbare studiën gedaan hebben (art. 7 2o. § 1 der wet

van 12 Mei 1910), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:

2o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen (formulier litt. A, 5) toevoegen.

6. *Voor de getuigschriften afgeleverd door een in de Vlaamsche gewesten gelegen onderwijsinrichting, aan de leerlingen die geboren zijn te Brussel of in een der onder artikel 6 der wet van 12 Mei 1910 opgesomde gemeenten, of wier vader of moeder aldaar geboren is, en wier moedertaal of gebruikelijke taal het Fransch is (art. 7, 2o., paragr. 2 van voormelde wet), als volgt de opsomming der leervakken wijzigen:*

2o. de Vlaamsche taal.

Na de opsomming der leervakken, de vermelding betreffende de studie van de moderne talen toevoegen.

Formulieren Litt. C. en D.

Getuigschriften waarbij vastgesteld wordt, dat de houder een cursus van humaniora of van beroepsstudiën in verschillende middelbare onderwijsinrichtingen gevolgd heeft.

Voor de aan de formulieren litt. C. en D toe te brengen wijzigingen en aanvullingen, zie hiervoren formulieren litt. A en B.

Formulier Litt. G.

Goedkeuringsverklaring van de getuigschriften van middelbare studiën.

Na de opsomming der leervakken, toevoegen:

Overwegende dat de heer.... het voorbereidend

examen, voorzien bij artikelen 1 tot 4 der wet van 12 Mei 1910, met goed gevolg heeft afgelegd.

of wel

Overwegend dat uit gemelde stukken blijkt, dat de heer.... voldoet aan de eischen welke bij artikelen 5 tot 7 der wet van 12 Mei 1910 gesteld zijn om vrijstelling te bekomen van het voorbereidend examen, voorzien bij artikelen 1 tot 4 der wet.

Art. 2. Dit besluit zal voor de eerste maal toegepast worden op de getuigschriften, welke afgeleverd zullen worden aan de leerlingen die hunne middelbare studiën in 1916 eindigen.

Brussel, den 27n Mei 1916.

C. C. III. 1603.

BEKANNTMACHUNG.

Die Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 24. Juni ds. Js., betreffend Erhebung der Eingangsabgaben für Branntwein im Gebiete von Maubeuge, wird nachstehend zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Brüssel, den 28. Juni 1916.

VERORDNUNG,
betreffend Erhebung der Eingangsabgaben für Branntwein im Gebiete von Maubeuge.

Art. 1. Die Vorschriften des französischen Zolltarifs über die Entrichtung der Eingangsabgaben für Branntwein werden für das dem General-Gouvernement angegliederte Gebiet von Maubeuge mit rückwirkender Kraft vom 3. Oktober 1914 ab aufgehoben.

Art. 2. Bei der Einfuhr von Branntwein in das Gebiet von Maubeuge ist an Zoll zu entrichten:

1. für Liköre und sogenannte apéritifs aller Art . . . . 330 Fr.
für den Hektoliter Flüssigkeit ohne Rücksicht auf den Alkoholgehalt;

2. für anderen Branntwein:

a) in Fässern . . . . 310 „
für den Hektoliter reinen Alkohol nach dem Alkoholometer von Gay-Lussac bei 15° C.,

b) in anderen Umschliessungen . . 310 „
für den Hektoliter Flüssigkeit ohne Rücksicht auf den Alkoholgehalt.

Art. 3. Zu gewerblichen Zwecken in Fässern eingeführter Branntwein bleibt zollfrei, sofern er unter amtlicher Aufsicht vergällt (denaturiert) wird.

Die Art der Vergällung bestimmt der Präsident der Zivilverwaltung in Maubeuge.

Art. 4. Bereits eingeführter, zum Verkauf bestimmter Branntwein ist binnen acht Tagen nach Bekanntmachung dieser Verordnung bei der deutschen Zollstelle in Maubeuge zur Nachverzollung anzumelden. Bei der Nachverzollung werden die in Art. 2 bestimmten Zollsätze zugrunde gelegt; nachweislich bereits bezahlte Eingangsabgaben sind abzurechnen.

Art. 5. Wer es unternimmt, die nach Artikel 2 und 4 zu entrichtenden Eingangsabgaben zu hinterziehen, wird mit einer dem vierfachen Betrage der vorenthaltenen Abgaben gleichkommenden Geldstrafe bestraft; daneben sind die zollpflichtigen Waren einzuziehen. Die Bestrafung schliesst die Erhebung der Zölle für die eingeführten Waren nicht aus.

Art. 6. Die Festsetzung der in Artikel 5 ange-

drohten Strafen und die Einziehung der zollpflichtigen Waren wird von dem Präsidenten der Zivilverwaltung in Maubeuge verfügt.

Kann eine Geldstrafe nicht beigetrieben werden, so ist sie durch den bei der Kommandantur in Maubeuge eingesetzten französischen Gerichtshof in eine entsprechende Freiheitsstrafe umzuwandeln. Hierbei ist der Betrag von 3 bis 15 Fr. einer eintätigen Freiheitsstrafe gleichzuachten. Das Höchstmass der auf diese Weise eintretenden Freiheitsstrafen beträgt 1 Jahr.

Art. 7. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Brüssel, den 24. Juni 1916.

C. C. II*a* 6392.

L'arrêté suivant du 24 juin 1916 de Son Excellence le Gouverneur général, concernant la perception de droits d'entrée sur les eaux-de-vie importées dans le district de Maubeuge, est porté à la connaissance de tous les intéressés.

Bruxelles, le 28 juin 1916.

Arrêté concernant la perception de droits d'entrée sur les eaux-de-vie importées dans le district de Maubeuge.

Art. 1er. Les dispositions du tarif français des douanes concernant les droits d'entrée à acquitter sur les eaux-de-vie sont abrogées dans le district de Maubeuge dépendant du Gouvernement général, avec effet rétroactif jusqu'au 3 octobre 1914.

Art. 2. Les eaux-de-vie importées dans le district de Maubeuge sont soumises aux droits de douane suivants:

1. liqueurs et apéritifs de tout genre . . . fr. 330.—
   par hectolitre, sans qu'il soit tenu compte
   de la teneur en alcool.
2. autres eaux-de-vie:
   a) en fûts . . . . fr. 310.—
   par hectolitre d'alcool pur, mesuré avec l'alcoomètre de Gay-Lussac à la température de 15o centrigrades,
   b) dans d'autres récipients . . . . . fr. 310.—
   par hectolitre, sans qu'il soit tenu compte de la teneur en alcool.

Art. 3. L'eau-de-vie importée en fûts dans un but industriel est exempte de droits si elle est dénaturée sous la surveillance de l'autorité.

Le président de l'administration civile à Maubeuge déterminera la manière dont se fera la dénaturation.

Art. 4. Les eaux-de-vie déjà importées et destinées à être vendues doivent être déclarées, dans les 8 jours de la publication du présent arrêté, au bureau allemand des douanes (Zollstelle) à Maubeuge, afin que le supplément de droits à percevoir puisse être acquitté. On calculera ce supplément en se basant sur les droits établis par l'art. 2; les droits d'entrée déjà acquittés seront décomptés à la condition qu'on puisse prouver que le payement a eu lieu.

Art. 5. Quiconque agit en vue de soustraire à la douane les droits d'entrée dus conformément aux art. 2 et 4 sera puni d'une amende s'élevant au quadruple du montant des droits soustraits; en outre, les marchandises ayant formé l'objet de l'infraction seront confisquées. La peine n'exclut pas la perception des droits grevant les marchandises importées.

Art. 6. Les peines prévues par l'art. 5 et la confiscation des marchandises soumises aux droits seront pro-

noncées par le président de l'administration civile à Maubeuge.

Toute amende qui ne pourra être recouvrée sera transformée, par le tribunal français institué près la „Kommandantur" de Maubeuge, en un emprisonnement subsidiaire à raison d'un jour pour un montant de 3 à 15 francs. Les emprisonnements subsidiaires ainsi prononcés ne pourront excéder un an.

Art. 7. Le présent arrêté entrera en vigueur le jour de sa publication.

Bruxelles, le 24 juin 1916.

C. C. II*a* 6392.

De Verordening van 24 Juni jl. van den Heer General-gouverneur, betreffend het heffen van invoerrechten op brandewijn binnen het gebied van Maubeuge, wordt hieronder ter algemeene kennis gebracht.

Brussel, den 28n Juni 1916.

Verordening, betreffend het heffen van invoerrechten op brandewijn binnen het gebied van Maubeuge.

Art. 1. De voorschriften van het Fransch toltarief op het betalen van invoerrechten op brandewijn worden, voor het bij het General-Gouvernement aangesloten gebied van Maubeuge van 3 Oktober 1914 af met terugwerkende kracht opgeheven.

Art. 2. Bij het invoeren van brandewijn in het gebied Maubeuge moet als tolrecht worden betaald:

1. *voor allerhande likeuren en zoogenaamde „apéritifs" . . . . 330 Fr. per hektoliter vocht, onverschillig welk het alkoholgehalte zij;*
2. *voor anderen brandewijn:*

a) *in vaten . . . . 310 Fr.*
per hektoliter zuiveren alkohol volgens den alkoholmeter van Gay-Lussac op 15° C.,

b) *in ander vaatwerk . . . . 310 „*
per hektoliter vocht, onverschillig welk het alkoholgehalte zij.

Art. 3. Brandewijn, die voor beroepsdoeleinden in vaten wordt ingevoerd, blijft tolvrij, zooverre hij onder ambtelijk toezicht vergald wordt. De Voorzitter van het Burgerlijk Bestuur te Maubeuge bepaalt de wijze waarop het vergallen zal geschieden.

Art. 4. Reeds ingevoerde, tot den verkoop bestemde brandewijn, moet binnen acht dagen na de bekendmaking van deze Verordening, op het Duitsche tolkantoor te Maubeuge ter návertolling aangegeven worden. Bij het navertollen worden de onder artikel 2 bepaalde tolrechten tot grondslag genomen; invoerrechten, waarvan bewezen wordt dat zij reeds betaald zijn, worden afgetrokken.

Art. 5. Wie poogt, de op grond van artikels 2 en 4 te betalen invoerrechten te ontduiken, wordt met een boete van viermaal het bedrag der ontdoken tolrechten gestraft; daarbij zullen de tolplichtige waren worden verbeurd verklaard. De bestraffing ontslaat niet van het betalen der rechten op de ingevoerde waren.

Art. 6. Het vaststellen van de onder artikel 5 bepaalde straffen en de verbeurdverklaring der tolplichtige waren ligt in de bevoegdheid van den Voorzitter van het Burgerlijk Bestuur te Maubeuge.

Kan het bedrag eener boete niet geïnd worden, dan zal het Fransche gerechtshof aangesteld bij de Kommandantur te Maubeuge, de boete in een daarmee gelijkstaande gevangenisstraf veranderen. Hierbij moet het bedrag van 3 tot 15 frank met één dag gevangenis

worden gelijkgesteld. De op deze wijze uit te spreken gevangenisstraf mag ten hoogste 1 jaar bedragen.

Art. 7. De Verordening wordt met den dag harer bekendmaking van kracht.

Brussel, den 24n Juni 1916.

*C. C. II*a. *6392.*

BEKANNTMACHUNG.

Auf Grund des Art. 3 der Verordnung vom 17. Februar 1915, Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 41 vom 20. Februar 1915, habe ich an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Hermann Schoeneberg Herrn Dr. Fritz Wunder zum Zwangsverwalter der Société Immobilière d' Anvers, Soc. An., Antwerpen, ernannt.

Brüssel, den 28. Juni 1916.

B. A. 2205. A.

En vertu de l'article 3 de l'arrêté du 17 février 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé no. 41 du 20 février 1915), j'ai nommé M. le Dr. Fritz Wunder séquestre de la Société Immobilière d'Anvers, Soc. An., à Anvers, en remplacement de M. Hermann Schoeneberg, ancien séquestre.

Bruxelles, le 28 juin 1916.

B. A. 2205 A.

Op grond van art. 3 der Verordening van 17 Februari 1915 (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, nr. 41 van 20 Februari 1915), heb ik, in vervanging van den afgetreden Heer Hermann Schoeneberg den Heer Dr. Fritz Wunder tot dwangbeheerder der „Société Immobilière d'Anvers Soc. An.," te Antwerpen, benoemd.

Brussel, den 28n Juni 1916.

B. A. 2205. A.

No. 230. — 5. JULI 1916. Pag. 2341

VERORDNUNG,

Art. 1. Mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen bei der Tätigkeit des Belgischen Rechnungshofes ist der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr von Gagern, Mitglied des Rechnungshofes des deutschen Reichs, beauftragt.

Art. 2. Dieser Beauftragte hat das Recht, den gesamten Schriftverkehr des belgischen Rechnungshofes einzusehen, erläuternde Berichte zu den von ihm getroffenen Massnahmen einzufordern sowie den Sitzungen des Rechnungshofes beizuwohnen und dort das Wort zu ergreifen.

Art. 3. Beschlüsse, welche der belgische Rechnungshof auf Grund der Artikel 8 und 10 des Organisationsgesetzes fasst, bedürfen der Visierung seitens des Beauftragten.

Art. 4. Die Entwürfe von Bemerkungen zur Allgemeinen Rechnung, soweit die Rechnung für die Zeit der Besetzung des Landas aufzustellen ist, sind dem Beauftragten unter Begründung des Standpunktes des Rechnungshofes vorzulegen.

Brüssel, den 1. Juli 1916.
C. C. II*a*. 5985.

Art. 1er. Est chargé de sauvegarder les intérêts allemands ayant rapport au fonctionnement de la Cour des comptes de Belgique, le Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr von Gagern, membre de la Cour des comptes de l'Empire Allemand.

Art. 2. Ce mandataire a le droit de prendre connaissance de toute la correspondance de la Cour des comptes de Belgique, de réclamer, à titre d'éclaircissements,

des rapports sur les mesures prises par elle, d'assister à ses séances et d'y prendre la parole.

Art. 3. Les décisions que la Cour des comptes de Belgique prend en vertu des art. 8 et 10 de la loi organique doivent être visées par ledit mandataire.

Art. 4. La Cour des comptes doit, en motivant sa manière de voir, soumettre audit mandataire les projets d'observations concernant le compte général, pour autant que ce compte se rapporte à la période de l'occupation.

Bruxelles, le 1er juillet 1916.

C. C. II*a* 5985.

Art. 1. De Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Freiherr von Gagern, lid van het Rekenhof van het Duitsche Rijk, is belast met het waarnemen van de Duitsche belangen met betrekking tot de werking van het Belgisch Rekenhof.

Art. 2. Deze lasthebber heeft het recht, de gezamenlijke geschriften van het Belgisch Rekenhof in te zien, ophelderende verslagen bij de door dit Rekenhof genomen maatregelen te eischen, evenals dezes zittingen bij te wonen en aldaar het woord te voeren.

Art. 3. De besluiten, door het Belgisch Rekenhof op grond van art. 8 en 10 der organieke wet genomen, moeten door den lasthebber voor gezien geteekend worden.

Art. 4. Ontwerpen van opmerkingen betreffend de algemeene rekening, zooverre de rekening voor den tijd bezetting van het land op te maken is, moeten, onder toelichting van het standpunt van het Rekenhof, den lasthebber worden voorgelegd.

Brussel, den 1n Juli 1916.

*C. C. II*a. *5985.*

No. 231. — 8. JULI 1916. Pag. 2347

VERORDNUNG,

betreffend die Einrichtung eines Kuratoriums für die Deutsche Volksschule in Lüttich.

§ 1. Zur Führung der Geschäfte der deutschen Schule in Lüttich und zur Verwaltung der erforderlichen Mittel wird ein Kuratorium eingesetzt.

§ 2. Das Kuratorium besteht:

1) aus dem jeweiligen Präsidenten der Zivilverwaltung in Lüttich als Vorsitzenden sowie,

2) aus einem höheren Beamten der Zivalverwaltung in Lüttich, der zugleich Stellvertreter der Vorsitzenden ist,

3) aus dem Leiter der deutschen Schule in Lüttich,

4) aus zwei der deutschen Kolonie angehörenden in der Provinz Lüttich ansässigen Personen als Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums werden von dem Vorsitzenden ernannt.

§ 3. Dem Kuratorium wird die Eigenschaft einer juristischen Persönlichkeit verliehen. In Rechtsgeschäften wird das Kuratorium durch den Vorsitzenden oder durch den Stellvertreter des Vorsitzenden vertreten.

§ 4. Das Kuratorium muss in jedem Schultertial mindestens einmal zu einer Sitzung berufen werden. In diesen werden die Entscheidungen mit Stimmenmehrheit getroffen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Das Kuratorium ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

§ 5. Die laufenden Geschäfte führt der Vorsitzende, der verpflichtet ist, das Kuratorium in allen wichtigeren Angelegenheiten, insbesondere aber bei Anstellung und Entlassung von Lehrpersonen, zu hören.

§ 6. Die Kassengeschäfte werden von einem Kassenführer geführt. Dieser wird von einem Vorsitzenden ernannt und soll möglichst dem Kreis der bei der Deutschen Volksschule angestellten Lehrpersonen entnommen werden.

§ 7. Der Kassenführer hat alljährlich dem Kuratorium gegenüber Rechnung zu legen. Dieses erteilt die Entlastung.

§ 8. Der Kassenführer darf Zahlungen nur auf Anweisung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters leisten.

§ 9. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Oktober jedes Jahres und endigt am 30. September des darauf folgenden Jahres. Für jedes Geschäftsjahr ist ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Der Voranschlag unterliegt der Genehmigung des Verwaltungschefs beim Generalgouverneur in Belgien. Die Befugnis des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters auf Anweisung von Zahlungen ist auf die im Voranschlag aufgeführten Beträge beschränkt.

§ 10. Innerhalb zweier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres ist von dem Kuratorium an den Verwaltungschef beim General-gouverneur in Belgien ein Geschäftsbericht zu erstatten, der über alle wichtigeren Ereignisse im Laufe des letzten Schuljahres, über die Ausführung des Schulbetriebes und über die Höhe des Schulbesuches Auskunft zu geben hat. Dem Berichte ist ein auf Grund der Rechnung aufgestellter Ab-

schluss der Schulkasse für das abgelaufene Geschäftsjahr beizufügen.

Brüssel, den 15. Juni 1916.

C. C. II*a* 6531.

Arrêté concernant la constitution d'un Conseil d'administration à l'Ecole primaire allemande de Liége.

§ 1er. Il est constitué un Conseil d'administration chargé de diriger les affaires et d'administrer les fonds de l'Ecole allemande de Liége.

§ 2. Ce Conseil d'administration est formé par:

1) le président, en fonctions, de l'administration civile (Präsident der Zivilverwaltung) de Liége, en qualité de président,

2) un fonctionnaire supérieur de l'administration civile de Liége, en même temps à titre de vice-président,

3) le directeur de l'Ecole allemande de Liége,

4) deux personnes appartenant à la colonie allemande de la province de Liége, en qualité de membres. Les membres du Conseil d'administration sont nommés par le président.

§ 3. Le Conseil d'administration a la personnalité civile. Dans les transactions juridiques, le Conseil d'administration est représenté par le président ou le vice-président.

§ 4. Le Conseil d'administration doit être convoqué en séance au moins une fois par trimestre scolaire. Dans ces séances, les décisions sont prises à la majorité des voix. En cas de parité de voix, la voix du président est prépondérante. Le Conseil d'administration peut délibérer quel que soit le nombre des membres présents.

§ 5. Le président est chargé des affaires courantes; lorsqu'il s'agit d'affaires plus ou moins importantes, telles que la nomination ou le relèvement de fonctions

d'un membre du personnel enseignant, il doit entendre le Conseil d'administration.

§ 6. Un trésorier est chargé de tenir la caisse. Ce trésorier est nommé par le président, si possible parmi les membres du personnel enseignant de l'école primaire allemande.

§ 7. Chaque année, le trésorier rend compte de sa gestion au Conseil d'administration, qui lui donne décharge, s'il y a lieu.

§ 8. Le trésorier n'est autorisé à effectuer des payements que sur l'ordre du président ou du vice-président.

§ 9. L'exercice annuel commence le 1er octobre et prend fin le 30 septembre suivant. Pour chaque exercice, on dresse un projet de budget des recettes et dépenses. Ce projet est soumis à l'approbation du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique. Le droit du président ou du vice-président d'ordonner des payements est limité aux montants inscrits au budget.

§ 10. Dans les deux mois suivant la fin de chaque exercice, le Conseil d'administration envoie au Chef de l'administration civile près le Gouverneur général un rapport exposant tous les événements importants de l'année scolaire écoulée, le fonctionnement de l'école et le nombre d'élèves. On joint à ce rapport un arrêté de compte de la caisse scolaire, dressé conformément au compte de l'exercice écoulé.

Bruxelles, le 15 juin 1916.

C. C. II*a* 6531.

Verordening betreffend het oprichten van een schoolraad voor de Duitsche lagere school te Luik.

§ 1. Voor de leiding der zaken der Duitsche school

te Luik en voor het beheer der noodige geldmiddelen, wordt een schoolraad opgericht.

§ 2. Deze schoolraad bestaat:

1. *uit den dienstdoende voorzitter van het Burgerlijk Bestuur te Luik als voorzitter en*
2. *uit een hoogeren ambtenaar van het Burgerlijk Bestuur te Luik, die tevens plaatsvervanger is van den voorzitter,*
3. *uit den bestuurder der Duitsche school te Luik,*
4. *uit twee personen, behoorende tot de Duitsche Kolonie en in de provincie Luik woonachtig, als leden.*

De leden van den schoolraad worden door den voorzitter benoemd.

§ 3. Den schoolraad wordt de eigenschap eener rechtspersoonlijkheid toegekend. In rechtszaken wordt de schoolraad vertegenwoordigd door den voorzitter of door dezes plaatsvervanger.

§ 4. De raad moet in elk schoolkwartaal ten minste eenmaal tot een zitting opgeroepen worden. In de zittingen worden de besluiten bij meerderheid van stemmen genomen. Bij staking van stemmen beslist de stem van den voorzitter. De schoolraad mag steeds besluiten nemen, om 't even hoeveel leden er aanwezig zijn.

§ 5. De voorzitter leidt de loopende zaken; hij is gehouden den schoolraad te raadplegen in alle aangelegenheden van eenig belang, inzonderheid echter bij benoeming of ontslaging van onderwijskrachten.

§ 6. De geldzaken worden door een kashouder geleid. Deze wordt door een voorzitter benoemd en zal, zoo mogelijk, genomen worden onder de onderwijskrachten der Duitsche lagere school.

§ 7. De kashouder moet jaarlijks rekenschap geven bij den schoolraad. Deze verleent ontlasting.

§ 8. De kashouder mag alleen op aanwijzing van den

voorzitter of van dezes plaatsvervanger betalingen doen.

§ 9. Het bedrijfsjaar begint op 1 Oktober van elk jaar en eindigt den 30n September van het volgend jaar. Voor elk bedrijfsjaar zal een begrooting der inkomsten en uitgaven opgemaakt worden. De begrooting moet door den „Verwaltungschef" bij den Generalgouverneur in België worden goedgekeurd. De bevoegdheid van den voorzitter of van dezes plaatsvervanger tot het aanwijzen van betalingen, blijft beperkt tot de bijdragen die in de begrooting voorkomen.

§ 10. Binnen twee maand na afloop van elk bedrijfsjaar, stuurt de schoolraad, aan den „Verwaltungschef" bij den Generalgouverneur in België, een zaakverslag over alle gebeurtenissen van eenig belang die in het afgeloopen schooljaar zijn voorgekomen, alsook over den gang van het schoolbeheer en over het aantal leerlingen. Bij dat verslag zal een op grond der kasboeken afgesloten rekening over het afgeloopen bedrijfsjaar gevoegd worden.

Brussel, den 15n Juni 1916.
*C. C. II*a *6531.*

VERORDENUNG,

betreffend Aenderung der Artikel 8 und 9 des des Grundgesetzes über das Volksschulwesen vom 15. Juni 1914.

Anstelle der Artikel 8 und 9 des Grundgesetzes über das Volksschulwesen vom 15. Juni 1914 treten auch für das Jahr 1916 die Bestimmungen der Verordnung vom 28. Juli 1915 (Ges. u. V. Bl. S. 841).

Brüssel, den 24. Juni 1916.
C. C. III. 1919.

Arrêté modifiant les articles 8 et 9 de la loi organique de l'enseignement primaire du 15 juin 1914.

Aux articles 8 et 9 de la loi organique de l'enseignement primaire du 15 juin 1914 sont substituées, pour l'année 1916 également, les dispositions de l'arrêté du 28 juillet 1915 (Bulletin off. des l. et ar., p. 841).

Bruxelles, le 24 juin 1916.

C. C. III. 1919.

Verordening, houdende wijziging der artikelen 8 en 9 van de organieke wet van 15 Juni 1914 op het lager onderwijs.

De artikelen 8 en 9 van de organieke wet van 15 Juni 1914 op het lager onderwijs, worden ook voor het schooljaar 1916 vervangen door de bepalingen der Verordening van 28 Juli 1915 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 841).

Brussel, den 24n Juli 1916.

C. C. III 1919.

BEKANNTMACHUNG. ***

In Ausführung des Artikels 5 der Verordnung

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

des Herrn Generalgouverneurs vom 27. Mai 1916 (G. & V. Bl. 2213) wird die nachbezeichnete Gemeinde in das Verzeichnis der dem Verladerbüro beim Zivilkommissar in Mecheln bezüglich der Frühkartoffelversorgung angeschlossenen Gemeinden aufgenommen. *Kreis Brüssel- Land.*

Gemeinde Muizen. Verladestation: Mecheln.

Brüssel, den 3n Juli 1916.

K. V. S. 6329.

En exécution de l'art. 5 de l'arrêté du 27 mai 1916 de Son Excellence le Gouverneur général (Bulletin officiel des lois et arrêtés p. 2213), la commune désignée ci-après est inscrite dans la liste des communes dépendant du bureau de chargement (Verladerbüro) institué près le commissaire civil à Malines en vue de l'approvisionnement en pommes de terre hâtives:

Arrondissement de Bruxelles-Campagne.

Commune: Muysen.

Commune: Muysen. Gare de chargement: Malines.

Bruxelles, le 3 juillet 1916.

K. V. S. 6329.

In uitvoering van artikel 5 der Verordening van 27 Mei 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2213) van den Heer Generalgouverneur, wordt de hierna vermelde gemeente opgenomen in de lijst van gemeenten, aangesloten bij het verzendingskantoor voor de bevoorrading met vroege aardappelen (Verladerbüro) bij den burgerlijken kommissaris te Mechelen. Arrondissement Brussel-Land.

Gemeente Muizen. Verzendingsstation: Mechelen.

Brussel, den 3n Juli 1916.

K. V. S. 6329.

VERORDNUNG, ***
betreffend die Ertragsschätzung des Getreidebaues im Jahre 1916.

§ 1. In der Zeit vom 20.—26. Juli 1916 findet eine Ertragsschätzung der sämtlichen mit Getreide (Winterweizen, Sommerweizen, Roggen, Mengekorn, Spelz, Wintergerste, Sommergerste, Hafer) angebauten Nutzflächen statt.

§ 2. Die Ausführung der Ertragsschätzung erfolgt gemeindeweise und liegt den Gemeindebehörden ob. Die Betriebsinhaber oder ihre Stellvertreter sind verpflichtet, der Gemeindebehörde und den von der deutschen Obrigkeit mit der Nachprüfung Beauftragten wahrheitsgemässe Angaben zu machen.

§ 3. Die Ertragsschätzung erfolgt in Form von Sammellisten, die den Bürgermeistern seitens der zuständigen Provinzial Ernte Kommissionen zugesandt werden und in die jeder Landwirt für jede von ihm angebaute Brotgetreide- und Haferfläche gesondert eine Eintragung zu machen hat. Dass diese Schätzung von ihm nach bestem Wissen gemacht worden ist, hat er durch eigenhändige Eintragung seines Namens in die Sammelliste zu bestätigen.

§ 4. Die Ertragsschätzung umfasst sämtliche landwirtschaftlichen Betriebe, die durch Verordnung vom 14. 4. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1921) zur Anbauflächenerhebung herangezogen wurden.

§ 5. Alle Angaben haben den voraussichtlichen Ertrag in Kilogramm für 1 ha anzugeben. Wo die Angaben von den Landwirten in dieser Hinsicht nicht ordnungsgemäss gemacht sind, hat sie der Bürgermeister richtig zu stellen.

§ 6. Die Bürgermeister sind verpflichtet, für eine ordnungsgemässe und vollständige Ausfüllung der ihnen übersandten Sammellisten Sorge zu tragen. Sie haben auf dem ihnen von der zuständigen Provinzial Ernte Kommission zugehenden Umschlagbogen, den sie mit den ausgefüllten Sammellisten bis zum 28. Juli 1916 der zuständigen Provinzial Ernte Kommission einzusenden haben, den Durchschnittsertrag der einzelnen Getreidearten für ihre Gemeinde anzugeben. Wo der von den Landwirten in der Sammelliste angegebene Durchschnittsertrag einer Getreideart wesentlich hinter dem Durchschnittsertrag der Gemeinde zurückbleibt, hat der Bürgermeister in der dafür vorgesehenen Rubrik der Sammelliste die Gründe hierfür einzutragen.

§ 7. Die Provizial Ernte Kommissionen erhalten die Sammellisten und Umschlagbogen in der erforderlichen Stückzahl von dem Agrarstatistischen Büro und haben das fertiggestellte Material bis zum 30. Juli 1916 an das Agrarstatistische Büro einzusenden.

§ 8. Die Verarbeitung des Materials ist Aufgabe des Agrarstatischen Büros. Nach beendeter Verarbeitung werden die sämtlichen Originallisten durch die zuständigen Provinzial Ernte Kommissionen an die Bürgermeister zurückgesandt werden, die sie zu jedermanns Einsicht im Gemeindehaus auszulegen haben.

§ 9. Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die vorsätzlich die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld-

strafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben der Gefängnisstrafe erkannt werden.

Betriebsinhaber oder Stellvertreter von Betriebsinhabern, die fahrlässig die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

§ 10. Zuständig sind die Militärbefehlshaber und Militärgerichte.

Brüssel, den 5. Juli 1916.
Z. E. K. 3730.

Arrêté *** concernant l'estimation du rendement des cultures de céréales en 1916.

§ 1. Du 20 au 26 juillet 1916, il sera procédé à l'estimation du rendement de toutes les cultures de céréales (froment d'hiver, froment d'été, seigle, méteil, épeautre, escourgeon, orge, avoine).

§ 2. Cette estimation se fera par commune, par les soins de l'administration communale. Les exploitants agricoles ou leurs remplaçants sont tenus de faire exactement les déclarations nécessaires à l'administration communale et aux mandataires de l'autorité allemande chargés du contrôle ultérieur de l'estimation.

§ 3. L'estimation se fera à l'aide de listes collectives qui seront envoyées aux bourgmestres par la commission provinciale de la récolte (Provinzial Ernte Kommission) de leur province et dans lesquelles chaque exploitant agricole devra inscrire séparément la superficie de ses cultures de céréales servant à la panification et de ses cultures d'avoine. Il devra, en outre, certifier, en inscrivant personnellement son nom dans la

liste collective, qu'il a fait son estimation consciencieusement et de bonne foi.

§ 4. L'estimation du rendement concerne toutes les exploitations agricoles dont les terres cultivées ont dû être l'objet du recensement prescrit par l'arrêté du 14 avril 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés p. 1921).

§ 5. Toutes les déclarations devront indiquer le rendement probable en kg. par hectare. Les bourgmestres sont tenus de rectifier les déclarations qui, sous ce rapport, n'auraient pas été faites régulièrement.

§ 6. Les bourgmestres sont tenus de veiller à ce que les listes collectives qui leur ont été envoyées soient remplies régulièrement et sans lacune. Ils doivent inscrire sur l'enveloppe qu'ils recevront par les soins de la commission provinciale de la récolte le rendement moyen, pour leur commune, des diverses catégories de céréales; ils devront ensuite, le 28 juillet 1916 au plus tard, renvoyer cette enveloppe, contenant les listes collectives dûment remplies, à la commission provinciale de la récolte compétente pour la province. Lorsque, dans la liste collective, le rendement moyen d'une des catégories de céréales indiqué par un exploitant est de beaucoup inférieur au rendement moyen de la commune, le bourgmestre doit en inscrire les motifs dans la colonne réservée à cette fin dans la liste collective.

§ 7. Les commissions provinciales de la récolte recevront les listes collectives et les enveloppes précitées en nombre suffisant, par les soins de l' „Agrarstatistisches Büro" (Bureau de statistique agricole); lesdites commissions devront renvoyer, le 30 juillet 1916 au plus tard, les listes et enveloppes dûment remplies à l' „Agrarstatistisches Büro".

§ 8. L' „Agrarstatistisches Büro" est chargé de classer et d'utiliser les renseignements résultant des listes et enveloppes. Lorsque ces travaux seront terminés,

les originaux de toutes les listes collectives seront envoyés, par les soins des diverses commissions provinciales de la récolte, aux bourgmestres compétents, qui les tiendront à la connaissance du public, à la maison communale.

§ 9. Les exploitants ou leurs représentants qui, intentionnellement, ne font pas ou font d'une manière soit inexacte soit incomplète les déclarations que leur imposent le présent arrêté et ses dispositions réglementaires sont passibles d'une peine d'emprisonnement de 6 mois au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

Les exploitants ou leurs représentants qui, par négligence, ne font pas ou font d'une manière soit inexacte soit incomplète les déclarations que leur imposent le présent arrêté et ses dispositions réglementaires sont passibles d'une amende pouvant atteindre 3 000 marcs.

§ 10. Les infractions seront jugées par les commandants ou les tribunaux militaires.

Bruxelles, le 5 juillet 1916.

Z. E. K. 3730.

Verordening, * betreffend schatting van de graanopbrengst in het jaar 1916.**

§ 1. Tusschen 20 en 26 Juli 1916, wordt de opbrengst geschat van al de akkers die met graan (wintertarwe, zomertarwe, rogge, masteluin, spelt, wintergerst, zomergerst, haver) werden bebouwd.

§ 2. De schatting moet in elke gemeente door het gemeentebestuur worden gedaan. De boerderijhouders of hun vertegenwoordigers zijn gehouden, juiste aangiften te doen aan het gemeentebestuur en aan de

ambtenaars die door de Duitsche overheid met het toezicht zijn belast.

§ 3. De schatting geschiedt door middel van invullijsten, die door de bevoegde Provinciale Oogstkommissies (Provinzial Ernte Kommissionen) aan de burgemeesters worden toegezonden en waarop elke landbouwer een afzonderlijke aangifte moet doen voor elk stuk land waarop hij koren en haver heeft gebouwd. Hij moet daarenboven, door eigenhandig zijn naam op de invullijsten te schrijven, bevestigen, dat deze schatting door hem naar zijn beste weten gedaan werd.

§ 4. De schatting der opbrengst omvat alle landbouwbedrijven die, volgens Verordening van 14 April 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1921), bij de opneming der landbouwvlakten in aanmerking komen.

§ 5. Alle aangiften zullen de vermoedelijke opbrengst in kilogram per hektaar aangeven. De aangiften, die door de landbouwers in dit opzicht niet behoorlijk gedaan werden, moeten door den burgemeester verbeterd worden.

§ 6. De burgemeesters moeten er voor zorgen, dat de hun toegezonden invullijsten behoorlijk en volledig ingevuld zijn. Op het omslagblad, dat zij van de bevoegde Provinciale Oogstkommissie ontvangen, schrijven zij de gemiddelde opbrengst der verschillende graansoorten voor hun gemeente; ten laatste den 28n Juli 1916, sturen zij dat blad, samen met de invullijsten, aan de bevoegde Provinciale Oogstkommissie. Waar de gemiddelde opbrengst eener graansoort, zooals zij door de landbouwers op de invullijst aangegeven is, merkelijk onder de gemiddelde opbrengst der gemeente blijft, zal de burgemeester de redenen daarvan opgeven in de daartoe voorbehouden kolom der invullijst.

§ 7. De Provinciale Oogstkommissies ontvangen het noodige aantal invullijsten en omslagbladen van het

„Agrarstatistisches Büro" (kantoor voor landbouwstatistiek) en zullen alles ingevuld ten laatste den 30n Juli 1916 aan dat kantoor overmaken.

§ 8. Het „Agrarstatistisches Büro" is gelast de gegevens der lijsten en omslagbladen te verwerken. Als dit gedaan is, zullen de Provinciale Oogstkommissies al de oorspronkelijke lijsten terugzenden aan de burgemeesters, die ze, in het gemeentehuis, ter algemeene inzage zullen houden.

§ 9. De bedrijfhouders of hun plaatsvervangers, die opzettelijk de aangiften, waartoe zij krachtens deze verordening en de uitvoeringsbepalingen gehouden zijn, niet of onjuist of onvolledig doen, worden met ten hoogste 6 maand gevangenis of met ten hoogste 10 000 mark boete gestraft. Ook kan boete naast gevangenisstraf uitgesproken worden.

De bedrijfhouders of hun plaatsvervangers, die uit nalatigheid de aangiften, waartoe zij krachtens deze verordening en de uitvoeringsbepalingen gehouden zijn, niet of onjuist of onvolledig doen, worden met ten hoogste drie duizend mark boete gestraft.

§ 10. Bevoegd zijn de krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken.

Brussel, den 5n Juli 1916.

Z. E. K. 3730.

VERORDNUNG, ***
betr. Zuwiderhandlungen bei Benutzung der Wasserstrassen.

Art. 1. Die zum Schutze der Wasserstrassen und zur Regelung des Verkehrs auf den Wasserstrassen bestehenden belgischen Bestimmungen sind ungültig und werden durch die in Anlehnung daran bereits erlassenen oder noch zu erlassenden Bestim-

mungen der Baudirektion beim Generalgouvernement ersetzt.

Art. 2. Wer den zum Schutze der Wasserstrassen, zur Regelung des Verkehrs auf den Wasserstrassen und zur Ueberwachung der Schiffer und Fahrzeuge erlassenen Vorschriften deutscher Militärbehörden, sowie wer den in Ausführung dieser Vorschriften getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wir mit Haft, mit Arrest oder mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 4000 Mark bestraft, falls nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Art. 3. Zuständig zur Bestrafung sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 5. Juli 1916.

G. G. III. 5438.

Arrêté * concernant les infractions commises sur les cours d'eau et canaux navigables.**

Art. 1er. Les dispositions des lois et règlements belges en vigueur jusqu'à présent pour la protection des cours d'eau et canaux navigables et réglant la circulation sur ces cours d'eau et canaux sont déclarées non valables et remplacées par les dispositions analogues que la „Baudirektion" (Direction des ponts et chaussées) près le Gouvernement général a déjà décrétées ou décrétera encore.

Art. 2. Quiconque aura enfreint les dispositions prises par les autorités militaires allemandes en vue d'assurer la protection des cours d'eau et canaux navigables, de régler la circulation sur ces cours d'eau et canaux et de surveiller les bateliers et les bateaux, quiconque aura enfreint les ordres donnés en vertu de l'application desdites dispositions sera passible soit d'un emprison-

nement (peine de police, arrêts ou peine correctionnelle) d'un an au plus, soit d'une amende pouvant atteindre 4 000 marcs, à moins que d'autres dispositions pénales ne prévoient une peine plus élevée.

Art. 3. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 5 juillet 1916.
C. C. III. 5438.

Verordening * betreffend overtredingen bij het benuttigen der waterwegen.**

Art. 1. De bestaande Belgische bepalingen betreffend bescherming der waterwegen en regeling van het verkeer op de waterwegen zijn ongeldig en worden vervangen door de bepalingen die, in aansluiting daaraan, door de „Baudirektion" (Bestuur van bruggen en wegen) bij het Generalgouvernement reeds uitgevaardigd zijn of nog zullen uitgevaardigd worden.

Art. 2. Wie de voorschriften der Duitsche krijgsoverheden betreffend bescherming der waterwegen, regeling van het verkeer op de waterwegen en bewaking van schippers en vaartuigen, of de bevelen tot uitvoering dier voorschriften, overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste 1 jaar hechtenis of opsluiting of gevangenis of met ten hoogste 4000 mark boete, zoover volgens andere wetsbepalingen geen hoogere straffen voorzien zijn.

Art. 3. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 5n Juli 1916.
G. G. III. 5438.

BERICHTIGUNG.

In Artikel VIII Abs. 2 der Verordnung vom 15. Juni 1916 betreffend die Beschlagnahme und Verwendung der Gerste (G. & V. Bl. S. 2275) ist statt „Gerstenmalz oder Malzkeime" zu lesen: „Gerste, Malz oder Malzkeime".

Brüssel, den 7. Juli 1916.
C. C. VII. 6448.

Dans l'article VIII, 2e alinéa, de l'arrêté du 15 juin 1916 concernant la saisie et l'emploi de l'orge (Bull. off. des l. et a., p. 2275), il faut lire, au lieu de „au malt d'orge et aux radicelles": „à l'orge, au malt et aux radicelles".

Bruxelles, le 7 juillet 1916.
C.C. VII. 6448.

Lees in artikel VIII, 2e lid, van de Verordening van 15 Juni 1916 betreffend inbeslagneming en gebruik van de gerst (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2275): „Gerst, mout of moutkiemen" in plaats van „gerstemout of moutkiemen".

Brussel, den 7n Juli 1916.
C. C. VII. 6448.

No. 232. — 10. JULI 1916. Pag. 2363

BEKANNTMACHUNG.

Behufs Vertretung des Frauenheims gegenüber Behörden und zur Beratung des Patronatsausschusses ernenne ich Herrn Landrat Dr. von

Woyna zum Kurator des Deutschen Frauenheims in Belgien.

Falls meine Entscheidung in Frage steht, sind Berichte und Anträge des Kurators mir durch den Herrn Verwaltungschef vorzulegen.

Brüssel, den 1. Juli 1916.
C. C. I. 2043.

M. le Dr. von Woyna, Landrat, est nommé administrateur du „Deutsches Frauenheim in Belgien"; à ce titre, il est chargé de représenter cette institution auprès des autorités et d'appuyer le Comité protecteur de ses conseils.

Lorsqu'il y aura lieu pour moi de prendre une décision en cette matière, les rapports et propositions dudit administrateur me seront soumis par les soins de Son Excellence le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef).

Bruxelles, le 1er juillet 1916.
C. C. I. 2043.

Met het oog op de vertegenwoordiging van het „Frauenheim" (Tehuis voor Vrouwen) bij de overheden, en het dienen van advies bij het beschermend komiteit, benoem ik den heer Landrat Dr. von Woyna tot beheerder van het Duitsch „Frauenheim" in België.

Voor gevallen, die aan mijn beslissing onderworpen zijn, moeten verslagen en voorstellen van den beheerder mij door den „Verwaltungschef" voorgelegd worden.

Brussel, den 1n Juli 1916.
C. C. I. 2043.

VERORDNUNG, ***

betreffend Abgabe von Patentssteuererklärungen.

Die durch Artikel 10 § 2 der Verordnung, betreffend Abänderung von Gesetzen über direkte Steuern vom 18. Mai 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 213) vorgeschriebene Frist zur Abgabe von Patentsteuererklärungen wird bis einschliesslich 31. Juli 1916 verlängert.

Brüssel, den 8. Juli 1916.

C. C. II*b* 1821.

BEKANNTMACHUNG. ***

Die durch Verordnung vom 18. Mai 1916 zur Deckung des Fehlbetrages des belgischen Staatshaushaltsplanes ausgeschriebenen neuen direkten Steuern führen unter anderen die Patentsteuerpflicht für alle Personen ein, die Ackerbau, Gemüsebau, Gartenbau, Blumen- und Baumzucht, Weinbau, Vieh- und sonstige Tierzucht oder eine andere landwirtschaftliche Tätigkeit betreiben; ferner

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

werden alle Patentsteuerpflichtigen, bei denen der Gesamtbetrag der in einer oder in mehreren Gemeinden erzielten Gewinne, Dienstbezüge und sonstigen Berufseinkünfte sich auf mindestens 10 000 Franken jährlich beläuft, einer steigenden Patentsteuer unterworfen.

Die durch diese Vorschriften Betroffenen haben bis zum 31. Juli 1916 besondere Steuererklärungen nach Massgabe der im Artikel 3 § 3 und im Artikel 4 § 5 vorgenannter Verordnung getroffenen Bestimmungen abzugeben, wofür ihnen Formblätter zugesandt werden. Diese Formblätter müssen baldmöglichst ordnungsmässig ausgefühlt und unterschrieben dem zuständigen Steuererheber zurückgesandt werden. Steuerpflichtige, denen ein Formblatt nicht zugesandt worden ist, haben trotzdem die erforderliche Steuererklärung spätestens bis zum 31. Juli 1916 bei dem Steuererheber ihrer Haupttätigkeit (Hauptbetriebsstätte) abzugeben.

Steuerpflichtige, die den vorgenannten Vorschriften nicht nachkommen, haben neben der geschuldeten Steuer die durch Artikel 37 des Gesetzes vom 21. Mai 1819 bestimmte Geldstrafe von 53 bis 848 Franken verwirkt.

Brüssel, den 8. Juli 1916.

C. C. II*b* 1821.

Arrêté *** concernant la remise des déclarations au droit de patente.

Est prolongé jusqu'au 31 juillet 1916 inclus le délai pour la remise des déclarations au droit de patente prévu par l'article 10, § 2, de l'arrêté du 18 mai 1916 modifiant la législation en matière d'impôts directs

(Bulletin des Lois et Arrêtés pour le territoire belge occupé No. 213).

Bruxelles, le 8 juillet 1916.
C. C. II*b* 1821.

Les nouveaux impôts directs créés par arrêté du 18 mai 1916 en vue de couvrir le déficit du budget belge concernent notamment l'obligation de payer patente, imposée aux cultivateurs, maraichers, horticulteurs, pépiniéristes, viticulteurs, éleveurs et à tous autres exploitants agricoles; d'autre part, tous les patentables dont l'ensemble des bénéfices, traitements ou profits professionnels réalisés ou obtenus dans une ou plusieurs communes atteint au moins 10.000 francs par an, sont soumis à un droit de patente progressif.

Il est accordé aux redevables visés par ces dispositions un délai jusqu'au 31 juillet prochain inclus pour faire les déclarations prévues aux articles 3, § 3, et 4, § 5, de l'arrêté précité, et des formulaires leur seront remis à cette fin. Ceux-ci doivent être renvoyés le plus tôt possible, dûment remplis et signés, au receveur des contributions du ressort. Toutefois les redevables qui n'auraient pas reçu de formulaire sont tenus de faire la déclaration requise au plus tard le 31 juillet prochain chez le receveur des contributions de leur principal établissement.

Les redevables qui ne se conformeront pas aux prescriptions qui précédent seront, indépendamment de l'obligation de payer le droit de patente, passibles de l'amende de 53 à 848 francs prévue par l'article 37 de la loi du 21 mai 1819.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.
C. C. II*b*. 1821.

Verordening * betreffend de overlegging der aangiften tot het patentrecht.**

Wordt verlengd tot en met 31 Juli 1916, het tijdsbestek dat voor de overlegging der aangiften tot het patentrecht wordt voorzien bij artikel 10, § 2, van het besluit van 18 Mei 1916, waarbij de wetgeving in zake rechtstreeksche belastingen wordt gewijzigd (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, Nr. 213).

Brussel, den 8n Juli 1916.

*C. C. II*b *1821.*

De nieuwe rechtstreeksche belastingen, ingevoerd bij besluit van 18 Mei 1916 ten einde het in de Belgische begrooting voorkomend tekort te dekken, betreffen namelijk de landbouwers, warmoezeniers, bloemen- en boomkweekers, wijngaardeniers, fokkers en alle andere landbouwexploitanten; anderdeels worden aan een klimmend patentrecht onderworpen alle patentplichtigen, wier gezamenlijke beroepswinsten, wedden of verdiensten, behaald of verkregen in een of meer gemeenten, ten minste 10,000 frank per jaar bedragen.

Er wordt aan de bij die bepalingen bedoelde schatplichtigen een tijdsbestek tot en met 31 Juli aanstaande verleend, om de aangiften over te leggen, voorzien bij artikelen 3, § 3, en 4, § 5, van voormeld besluit; zij zullen te dien einde formulieren bekomen. Deze moeten ten spoedigste, behoorlijk ingevuld en onderteekend, teruggezonden worden aan den bevoegden ontvanger der belastingen. De schatplichtigen, die geen formulieren zouden ontvangen hebben, zijn evenwel gehouden de vereischte aangifte ten laatste op 31 Juli aanstaande te doen, bij den ontvanger der belastingen hunner hoofdinrichting.

De schatplichtigen die de bovenstaande voorschriften niet naleven, hebben benevens de verschuldigde belasting een boete van 53 tot 848 frank, voorzien bij artikel 37 der wet van 21 Mei 1819, te betalen.

Brussel, den 8n Juli 1916.

*C. C. II*b *1821.*

No. 233. — 13. JULI 1916. Pag. 2371

VERORDNUNG,
betreffend die Wiederaufnahme des Post-Scheck- und Ueberweisungsdienstes.

Die Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien wird ermächtigt, den Post-Scheck- und Ueberweisungsdienst, wie er nach dem Gesetz vom 28. Dezember 1912 und den Königlichen Verordnungen vom 25. Februar 1913 und 27. Februar 1914 im Königreich Belgien eingerichtet war, für das Gebiet des General-Gouvernements vom 16. September 1916 ab mit folgenden Abweichungen wieder aufzunehmen.

I. Die Guthaben, die bei Kriegsbeginn auf belgischen Postscheckkonten vorhanden waren, können auf die neuen Konten nicht übertragen werden.

II. *1)* Anträge auf Eröffnung eines Postscheckkontos werden bei allen Postanstalten entgegengenommen.

2) Zur Annahme von Einzahlungen auf Zahlkarten und zur Auszahlung von Zahlungsanweisungen sind alle Postanstalten befugt.

3) Vordrucke zu Zahlkarten werden durch das Postscheckamt in Brüssel in Mengen von 50 Stück und darüber an Inhaber von Postscheckkonten nach dem Satz von 5 c. für je 5 Stück geliefert. Die

Postanstalten geben an jedermann einzelne Vordrucke unentgeltlich ab.

4) Auf den Abschnitten der Vordrucke für Zahlkarten, Schecks und Ueberweisungen ist ausser dem Namen und der Wohnung des Absenders nur die Angabe des Namens und der Wohnung derjenigen dritten Person zulässig, zu deren Gunsten oder Lasten die Zahlung erfolgt.

Die Hinzufügung anderer Angaben ist unzulässig und macht die Zahlkarte, den Scheck oder die Ueberweisung ungültig.

5) Mit der Auffüllung des Guthabens durch Quittungen, Wertpapiere und dgl. (Art. 12 der Verordnung vom 25. Februar 1913) befasst sich die Postverwaltung nicht; das Guthaben kann nur durch Zahlkarte, Postanweisung oder Ueberweisung von einem anderen Postscheckkonto erhöht werden.

6) Telegraphische Zahlkarten oder Zahlungsanweisungen sind nicht zulässig.

7) Der Post-Scheck- und Ueberweisungsdienst wird zunächst auf den Verkehr *innerhalb* des Generalgouvernements-Gebiets beschränkt.

III. Jeder Inhaber eines Postscheckkontos kann bei dem Postscheckamt in Brüssel beantragen, dass das den Betrag von 400 Mark übersteigende Guthaben in runden Hunderten täglich ohne weiteres auf das der Banque Nationale eröffnete Postscheckkonto überwiesen wird. Für diese Ueberweisungen ist die gewöhnliche Ueberweisungsgebühr zu zahlen (5 c.).

Abhebungen der auf solche Weise dem Postscheckkonto der Banque Nationale zugeflossenen Beträge sind gebührenfrei.

IV. Die für das Postscheckamt in Brüssel bestimmten Briefe können verschlossen versandt wer-

den; den militärischen Ueberwachungsstellen werden sie nicht zugeführt. Die Prüfung des Briefinhalts erfolgt beim Postscheckamt.

Brüssel, den 29. Juni 1916.

P. T. I. 284.

Arrêté concernant la reprise du service des chèques et virements postaux.

L'Administration impériale des postes et télégraphes en Belgique est autorisée à rouvrir, dans le territoire du Gouvernement général, à partir du 16 septembre 1916 et avec les modifications suivantes, le service des chèques et virements postaux organisé dans le Royaume de Belgique par la loi du 28 décembre 1912 et les arrêtés royaux des 25 février 1913 et 27 février 1914.

I. Les sommes qui, au commencement de la guerre, étaient inscrites à l'avoir des comptes belges de chèques postaux ne peuvent être reportées sur les nouveaux comptes.

II. 1) Les demandes d'ouverture de comptes postaux sont reçues par tous les bureaux de poste.

2) Tous les bureaux de poste sont autorisés à accepter les sommes déposées à l'appui de bulletins de versement et à payer les assignations (mandats de payement).

3) Les formules de bulletin de versement sont fournies à chaque titulaire de compte de chèques postaux par le Bureau des chèques postaux de Bruxelles, en quantités de 50 exemplaires ou plus et au prix de 5 centimes par 5 exemplaires. Les bureaux de poste donnent gratuitement des formules, à raison d'une formule à la fois, aux personnes qui le demandent.

4) Sur les coupons des bulletins de versement, des chèques et des virements, il n'est permis d'indiquer,

indépendamment du nom et du domicile de l'expéditeur, que le nom et le domicile du tiers au crédit ou au débit duquel le payement à lieu.

Il n'est pas permis d'y ajouter d'autres indications; celles-ci rendraient le bulletin de versement, le chèque et le virement non valables.

5) L'administration des postes ne se charge pas de l'inscription au crédit d'un compte du montant de quitances, de titres, etc. (art. 12 de l'arrêté du 25 février 1913); seuls peuvent être portés au crédit, les montants des bulletins de versements, les mandats-poste et les virements d'un autre bureau de chèques postaux.

6) Les versements par télégramme et les assignations télégraphiques ne sont pas admis.

7) Jusqu'à nouvel avis, le service des chèques et virements postaux ne fonctionnera qu'*à l'intérieur* du territoire du Gouvernement général.

III. Tout titulaire de compte de chèques postaux peut demander au Bureau de chèques postaux à Bruxelles que l'avoir supérieur à un solde créditeur de 400 marcs soit, sans avis préalable, versé chaque jour, à raison de 100 marcs ou d'un multiple de 100 marcs, au compte de chèques postaux ouvert à la Banque Nationale. Dans un tel cas, on payera la taxe applicable aux virements (5 centimes).

Le retrait des sommes ainsi versées au compte de chèques postaux de la Banque Nationale n'est soumis à aucune taxe.

IV. Les lettres destinées au Bureau de chèques postaux de Bruxelles peuvent être envoyées sous pli fermé; elles ne passent pas par les bureaux militaires de contrôle postal. Le contrôle de ces lettres se fait au bureau des chèques postaux.

Bruxelles, le 29 juin 1916.

P. T. I. 284.

Verordening betreffend het hernemen van den dienst der postchecks en postoverschrijvingen.

Het keizerlijk Duitsch beheer van posterijen en telegrafen in Belgie is gemachtigd, den dienst der postchecks en overschrijvingen, zooals deze in het koninkrijk België op grond van de wet van 28 December 1912 en van de koninklijke besluiten van 25 Februari 1913 en 27 Februari 1914 was ingesteld, van 16 September 1916 af voor het gebied van het General-Gouvernement met inachtneming der volgende afwijkingen, te hernemen.

I. Het tegoed dat bij het uitbreken van den oorlog op Belgische postcheckrekeningen geboekt was, kan niet overgeschreven worden op de nieuwe rekeningen.

II. 1) *Alle postkantoren nemen aanvragen aan voor het openen van een postcheckrekening.*

2) *Alle postkantoren kunnen gelden aannemen op stortingsbulletijns en uitbetalingen doen van betalingsmandaten.*

3) *Het kantoor van postchecks te Brussel levert aan titularissen van postcheckrekeningen formulieren voor stortingsbulletijns in hoeveelheden van 50 stuk en meer, tegen een vergoeding van 5 centiem per 5 stuk. Iedereen kan op de postkantoren kosteloos een formulier bekomen.*

4) *Op de scheurcoupons der stortingsbulletijns, der checks en der overschrijvingen mag, behalve de naam en de woonplaats van den afzender, alleen de naam en de woonplaats van den derden persoon aangegeven worden, ten gunste of ten laste van wien de betaling geschiedt.*

Geen andere aanduidingen zijn toegelaten; zij zou-

den het stortingsbulletijn, de check of de overschrijving ongeldig maken.

5) *Het beheer van posterijen belast zich niet met het inschrijven van de bedragen van kwijtbrieven, waardepapieren en dergel. (art. 12 van het besluit van 25 Februari 1913) op het tegoed eener rekening; dit tegoed kan alleen door stortingsbulletijns postwissels of overschrijvingen van een andere postcheckrekening vermeerderd worden.*

6) *Telegrafische stortingsbulletijns of betalingsmandaten zijn niet toegelaten.*

7) *De dienst der postchecks en overschrijvingen blijft vooralsnog beperkt tot het verkeer* binnen *het gebied van het General-Gouvernement.*

III. Ieder titularis eener postcheckrekening mag bij het kantoor van postchecks te Brussel aanvragen, het bedrag van een tegoed, dat meer dan 400 mark bedraagt, dagelijks in ronde sommen van 100 mark of veelvouden daarvan op de aan de Nationale Bank geopende postcheckrekening over te schrijven. Voor deze overschrijvingen is het gebruikelijk overschrijvingsrecht (5 centiem) te betalen.

Voor het afhalen van op zulke wijze op de postcheckrekening van de Nationale Bank overgebrachte gelden, worden geen rechten geheven.

IV. Aan het kantoor van postchecks te Brussel gerichte brieven mogen gesloten verzonden worden; zij worden niet aan den militairen toezichtsdienst onderworpen. Het kantoor van postchecks belast zich met het onderzoek van den inhoud dezer brieven.

Brussel, den 29n Juni 1916.
P. T. I. 284.

No. 234. — 16. JULI 1916. **Pag. 2379**

VERORDNUNG,
betreffend Aufhebung der Verordnung, betreffend die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche im Kreise Verviers, vom 4. November 1915.

Die Verordnung, betreffend die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, vom 4. November 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 138 Seite 1305), durch die für den Kreis Verviers (Provinz Lüttich) Sonderbestimmungen erlassen worden sind, wird hiermit aufgehoben.

Brüssel, den 3. April 1916.
G. G. IV. C. 3263.

Arrêté abrogeant l'arrêté du 4 novembre 1915 concernant la lutte contre la fièvre stomatite aphteuse dans l'arrondissement de Verviers.

Est abrogé l'arrêté du 4 novembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 138, p. 1305) concernant la lutte contre la fièvre stomatite aphteuse et établissant des dispositions spéciales pour l'arrondissement de Verviers (province de Liége).

Bruxelles, le 3 avril 1916.
G. G. IV. C. 3263.

Verordening houdende opheffing der Verordening van 4 November 1915 betreffend bestrijding van mond- en klauwzeer in het arrondissement Verviers.

De Verordening van 4 November 1915 betreffend bestrijding van mond- en klauwzeer (Wet- en Verordeningsblad, nr .138, bl. 1305), waarbij voor het arron-

dissement Verviers (provincie Luik) bizondere bepalingen werden vastgesteld, is hierbij opgeheven.
Brussel, den 3n April 1916.
G. G. IV. C. 3263.

VERFÜGUNG.

Einziger Artikel.

Herr E. Haerens, Chefingenieur, Direktor 1. Klasse für Brücken- und Strassenbau mit dem Range eines ordentlichen Professors an der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Gent wird hiermit zum Kurator dieser Universität und zum Direktor der damit verbundenen Ingenieurschule unter Beibehaltung seiner übrigen Verpflichtungen ernannt.
Brüssel, den 15. Juni 1916.
C. C. III. 1898.

Article unique.

M. Haerens, E., ingénieur en chef, directeur de 1re classe des ponts et chaussées, ayant rang de professeur ordinaire dans la faculté des sciences de l'Université de Gand, est chargé des fonctions d'administrateur-inspecteur de cette université et de directeur des Ecoles du Génie civil et des Arts et Manufactures y annexées. Il conserve ses autres attributions.
Bruxelles, le 15 juin 1916.
C. C. III. 1898.

Eenig artikel.

De heer E. Haerens, hoofdingenieur, bestuurder van 1e klasse van bruggen en wegen, rang hebbende van

gewoon hoogleeraar in de fakulteit van wetenschappen aan de hoogeschool van Gent, is belast met de betrekking van beheerder-opziener van deze hoogeschool, en van bestuurder der scholen van burgerlijke bouwkunde en van kunsten en fabriekwezen aan de hoogeschool gehecht. Hij bewaart zijne andere bevoegdheden.

Brussel, den 15n Juni 1916.

C. C. III. 1898.

VERFÜGUNG.

Einziger Artikel.

Der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Gent P. Hoffmann wird hiermit zum Rektor dieser Universität für den Rest des Studienjahres 1915/16 und für den dreijährigen Zeitraum 1916/17, 1917/18, 1918/19 ernannt.

Brüssel, den 15. Juni 1916.

C. C. III. 1996.

Article unique.

M. P. Hoffmann, professeur ordinaire à la Faculté de Philosophie et Lettres de l'Université de Gand, est nommé recteur de cette université pour le restant de l'année académique 1915/1916 et pour la période triennale 1916/17, 1917/18, 1918/19.

Bruxelles, le 15 juin 1916.

C. G. III. 1996.

Eenig artikel.

De heer P. Hoffmann, gewoon hoogleeraar in de

fakulteit van wijsbegeerte en letteren aan de hoogeschool van Gent, is benoemd tot rektor van deze hoogeschool voor de rest van het akademisch jaar 1915/16 en voor het driejarig tijdperk 1916/17, 1917/18, 1918/19.

Brussel, den 15n Juni 1916.

C. C. III. 1996.

VERFÜGUNG.

Einziger Artikel.

Der ordentliche Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Gent E. Lahousse wird hiermit zum Sekretär des akademischen Rats dieser Universität für den Rest des Studienjahres 1915/16 und für das Studienjahr 1916/17 ernannt.

Brüssel, den 15. Juni 1916.

C. C. III. 1997.

Article unique.

M. E. Lahousse, professeur ordinaire à la Faculté de Médecine de l'Université de Gand, est nommé secrétaire du Conseil académique de cette université pour le restant de l'année académique 1915/16 et pour l'année académique 1916/17.

Bruxelles, le 15 juin 1916.

C. C. III. 1997.

Eenig artikel.

De heer E. Lahousse, gewoon hoogleeraar in de fakulteit van geneeskunde aan de hoogeschool van Gent, is benoemd tot secretaris van den akademischen

Raad dezer hoogeschool voor de rest van het akademisch jaar 1915/16 en voor het akademisch jaar 1916/17.

Brussel, den 15n Juni 1916.
C. C. III 1997.

VERORDNUNG, ***

betreffend Bestandserhebung für Metallbearbeitungsmaschinen im Bereiche des General-Gouvernements in Belgien.

Art. 1. Behufs Feststellung der im Bereiche des Generalgouvernements vorhandenen Metallbearbeitungsmaschinen findet eine Bestandserhebung statt, sämtliche Metalbearbeitungsmaschinen sind zu melden.

Für die Meldung ist der am 21. 7. 16. vorhandene Bestand massgebend.

Art. 2. Der Meldepflicht unterliegen folgende Gegenstände:

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Klasse	1)	sämtliche	Drehbänke von 125 mm Spitzenhöhe aufwärts und mehr,
„	2)	„	Revolverbänke von 125 mm Spitzenhöhe aufwärts und mehr,
„	3)	„	Automaten,
„	4)	„	Fräsmaschinen (Universal-, Vertikal-, Horizontal- und Handhebelfräsmaschinen),
„	5)	„	Zahnräderfräs- und Hobelmaschinen für Stirn- und Kegelräder,
„	6)	„	Hobelmaschinen,
„	7)	„	Bohrmaschinen für Löcher von über 5 mm (Säulen-, Ständer- und Radialbohrmaschinen),
„	8)	„	Stossmaschinen,
„	9)	„	Shapingmaschinen,
„	10)	„	Vertikale Bohr- und Drehwerke,
„	11)	„	Horizontale Bohr- und Fräswerke,
„	12)	„	Nutenzieh-, Nutenfräs- und Nutenstossmaschinen,
„	13)	„	Lochstanzen, Blechscheren, Eisenschneider und Trägerscheren für Hand- und maschinellen Betrieb,
„	14)	„	Blechbearbeitungsmaschinen (Abkant- und Biegemaschinen),
„	15)	„	Hämmer (Fall-, Luft-, Dampf- und Federhämmer),

Klasse 16) sämtliche Pressen, Exzenter-, Spindel- und Friktionspressen),
„ 17) „ Pressanlagen (hydraulische und pneumatische),
„ 18) „ Sägen (Kreis-, Bügel- und Bandsägen),
„ 19) „ Schleifmaschinen,
„ 20) „ Abstechmaschinen,
„ 21) „ Gewindeschneidmaschinen,
„ 22) „ Schraubenmaschinen.

Art. 3. Die Meldungen müssen enthalten für sämtliche Klassen:

Alter, Fabrikat und ob die Maschine sich zur Zeit in oder ausser Betrieb befindet.

Ausserdem für Klasse 1: Drehlänge, Spitzenhöhe, Spindelbohrung, Leit- und Zugspindel,
„ „ „ 2: Spitzenhöhe, Spindelbohrung, Anzahl der Werkzeuge,
„ „ „ 3: Materialdurchgang und Drehlänge, Anzahl der Spindeln,
„ „ „ 4: Tischabmessungen, für vertikale Fräsmaschinen Ausladung,
„ „ „ 5: Durchmesser der zu fräsenden Räder,
„ „ „ 6: Hobbellänge, -breite und Hobelhöhe,
„ „ „ 7: Ausladung, Bohrtiefe Grösse der zu bohrenden Löcher, Anzahl der Bohrspindeln,

Ausserdem für Klasse 8: Ausladung, Hub- und Tischabmessung,
„ „ „ 9: Hub, Hobelbreite, Tischabmessung,
„ „ „ 10: Grösse der Planscheibe, Drehdurchmesser und freie Höhe über Tisch, Anzahl der Supporte,
„ „ „ 11: Anzahl der Spindeln, Spindeldurchmesser und Tischabmessung,
„ „ „ 12: Breite, Länge und Tiefe der zu fräsenden Nuten,
„ „ „ 13: Stärke des zu bearbeitenden Materials, Leistung der Maschine,
„ „ „ 14: Abmessung des zu bearbeitenden Materials,
„ „ „ 15: Bärgewicht,
„ „ „ 16: Spindelstärke, Durchgang oder Ausladung, Leistung der Maschine, Hub,
„ „ „ 17: Druckleistung,
„ „ „ 18: Blattdurchmesser oder Länge des Sägeblatts, bei Bandsägen Ausladung,
„ „ „ 19: Ein- oder zweiseitig, Abmessung der Schleifscheiben, bei Rund- und Planschleifmaschinen, Schleiflänge und Spitzenhöhe,

Ausserdem für Klasse 20: Stärke des zu bearbeitenden Materials,
„ „ „ 21: Grössse des zu schneidenden Gewindes,
„ „ „ 22: Spindelbohrung.

Die Meldungen müssen bis zum 28. 7. 16 an die Kreischefs und Kommandanturen eingereicht werden, welche die Listen an den General der Fussartillerie beim General-Gouverneur in Belgien weitergeben.

Vom 21. 7. 16 ab ist für den Besitzwechsel der aufgeführten Gegenstände Anzeige innerhalb von 8 Tagen vom bisherigen und vom neuen Besitzer an den General der Fussartillerie in Brüssel, Wetstraat 10, erforderlich.

Art. 4. Alle Maschinen, welche nach dem 21. 7. 16 fertiggestellt werden, müssen innerhalb 8 Tagen angemeldet werden.

Art. 5. Meldepflichtig ist derjenige, der die in Artikel 2 aufgeführten Maschinen in Gewahrsam hat.

Art. 6. Wer vorsätzlich oder fahrlässig die vorschriftsmässige Meldung unterlässt oder sie unvollständig oder unrichtig abstattet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft. Beide Strafen können auch nebeneinander erkannt werden.

Werden meldepflichtige Vorräte verschwiegen, so können sie zugunstsen der deutschen Heeresverwaltung eingezogen werden.

Art. 7. Zuständig zur Strafverfolgung sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 7. Juli 1916.
G. G. 2030-10II.

Arrêté *** concernant le relevé des machines-outils servant à travailler les métaux, dans le territoire du Gouvernement général en Belgique.

Art. 1er. Il sera procédé au relevé des machines-outils servant à travailler les métaux et se trouvant dans le territoire du Gouvernement général; toutes les machines-outils servant à travailler les métaux doivent être déclarées.

La déclaration portera sur les quantités existant à la date du 21 juillet 1916.

Art. 2. Doivent être déclarés:

Classe	1:	tous	les	tours de 125 mm. de hauteur des pointes et plus,
,,	2:	,,	,,	tours-revolver de 125 mm. de hauteur des pointes et plus,
,,	3:	,,	,,	tours automatiques,
,,	4:	toutes	,,	machines à fraiser (universelles, verticales, horizontales et simples à leviers),
,,	5:	,,	,,	machines à tailler et raboter les engrenages droits, les engrenages coniques, les roues à vis sans fin et les roues hélicoïdales,
,,	6:	,,	,,	machines à raboter,
,,	7:	,,	,,	machines à percer d'une capacité de perçage de plus de 5 mm. (machines à percer sur colonne, machines à percer verticales et machines à percer radiales),
,,	8:	,,	,,	machines à mortaiser,
,,	9:	tous	,,	étaux-limeurs,
,,	10:	,,	,,	tours verticaux à façonner et aléser.
,,	11:	toutes	,,	machines à aléser et à fraiser horizontales,

Classe 12: toutes les machines à tailler, à fraiser ou à mortaiser les rainures,
„ 13: „ „ machines à poinçonner, machines à cisailler, machines à couper les fers, machines à couper les poutrelles, commandées à la main, par courroie ou par moteur électrique,
„ 14: „ „ machines à travailler les tôles (machines à border, machines à onduler, etc.),
„ 15: tous „ marteaux-pilons (à courroie, à compression d'air, à vapeur ou à ressorts),
„ 16: toutes „ presses, presses excentriques, à vis ou à friction,
„ 17: „ „ installations de presses hydrauliques et pneumatiques,
„ 18: „ „ machines à scier les métaux (à scie circulaire, à cadran et à scie à ruban),
„ 19: „ „ machines à meuler, rectifier et affûter,
„ 20: „ „ machines à tronçonner,
„ 21: „ „ machines à tarauder et à fileter,
„ 22: „ „ machines pour la fabrication des vis.

Art. 3. Les déclarations devront, pour toutes les classes, indiquer: l'âge de la machine (c'est-à-dire le temps écoulé depuis la construction), la marque, si la machine se trouve ou non sous courroie et, en outre, les renseignements suivants:

Pour la classe 1: distance entre pointes, hauteur des pointes, alésage d'arbre, arbre de la poupée, barre de chariotage ou vis-mère,

Pour la classe 2: hauteur des pointes, alésage d'arbre, nombre d'outils,

„ „ „ 3: diamètre maximum des barres admises, distance maximum entre le nez de la broche et la tourelle, nombre de broches,

„ „ „ 4: surface utile de la table et, pour les machines à fraiser verticales, distance du bâti à l'axe de la broche,

„ „ „ 5: diamètre maximum des engrenages à tailler,

„ „ „ 6: longueur et largeur maximum pouvant être rabotée, distance maximum et minimum entre la tête et la table,

„ „ „ 7: portée, profondeur de perçage, capacité de perçage, nombre de broches,

„ „ „ 8: course transversale, longitudinale et verticale de la table, course de l'outil, dimensions de la table,

„ „ „ 9: course de l'outil, course transversale de la table, dimension de la table,

„ „ „ 10: diamètre du plateau, diamètre maximum admis, hauteur admise, nombre de supports,

„ „ „ 11: nombre de barres d'alésage, diamètre des barres d'alésage et dimensions de la table,

„ „ „ 12: largeur, longueur et profondeur des rainures à tailler, (maximum et minimum),

„ „ „ 13: dimensions, épaisseur maximum et minimum des métaux à usiner, capacité de la machine,

„ „ „ 14: dimensions maximum et minimum des tôles à usiner,

Pour la classe 15: poids du bélier,
„ „ „ 16: diamètre de la vis, diamètre maximum admis ou portée, capacité de la machine, distance maximum entre la table et le nez de la vis de pression,
„ „ „ 17: force maximum de la machine,
„ „ „ 18: diamètre de la scie circulaire ou longueur et largeur de la scie à ruban ainsi que, pour les machines à scier à ruban, distance du bâti à la lame,
„ „ „ 19: à une meule ou à deux meules, dimensions des meules; pour les machines à rectifier les arbres et les surfaces planes, diamètre et longueur maximum pouvant être rectifiés, ainsi que la surface pouvant être rectifiée et la hauteur maximum admise,
„ „ „ 20: diamètre maximum des barres admises,
„ „ „ 21: diamètre minimum et maximum de filetage,
„ „ „ 22: alésage de la broche.

Les déclarations doivent être remises le 28 juillet 1916 au plus tard aux chefs d'arrondissement et aux „Kommandanturen" qui feront parvenir les listes au „General der Fussartillerie beim General-Gouverneur in Belgien".

A partir du 21 juillet 1916, tout changement de propriétaire des objets visés par le présent arrêté devra être déclaré dans les 8 jours par l'ancien et le nouveau propriétaire au „General der Fussartillerie", Bruxelles, 10, rue de la Loi.

Art. 4. Toutes les machines dont la construction sera

achevée après le 21 juillet 1916 devront être déclarées dans les 8 jours.

Art. 5. L'obligation de déclarer incombe aux personnes qui détiennent les machines énumérées à l'article 2.

Art. 6. Quiconque, intentionnellement ou par négligence, aura omis de faire la déclaration prescrite ou aura fait une déclaration incomplète ou fausse sera passible d'une peine d'emprisonnement de 6 mois au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10,000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

Les machines déclarables qui n'auront pas été déclarées pourront être confisquées au profit de l'administration militaire allemande.

Art. 7. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 7 juillet 1916.

C. C. 2030-10 II.

Verordening * betreffend de stapelopneming voor metaalbewerkingsmachienen binnen het Gebied van het Generalgouvernement in België.**

Art. 1. Met het oog op het vaststellen der binnen het Gebied van het Generalgouvernement voorhanden metaalbewerkingsmachienen, wordt eene stapelopneming gedaan; alle metaalbewerkingsmachienen moeten aangegeven worden.

Voor de aangifte dient de op 21 Juli 1916 voorhanden stapel tot maatstaf.

Art. 2. Volgende voorwerpen moeten aangegeven worden:

1e klasse alle draaibanken van 125 mm. spitshoogte en meer,
2e „ „ revolverdraaibanken van 125 mm. spitshoogte en meer,
3e „ „ automatieke draaibanken,
4e „ „ fraiseermachienen (universeel-, vertikaal-, horizontaal-, handhefboomfraiseermachinen),
5e „ „ snij- en schaafmachienen voor rechte tandraderen, kegelraderen, raderen voor schroef zonder eind en raderen met schroeflijn.
6e „ „ schaafmachienen,
7e „ „ boormachienen voor gaten van meer dan 5 mm. (zuilen-, staander- en straalboormachienen),
8e „ „ stootmachienen,
9e „ „ vijlschroeven,
10e „ „ vertikale draaibanken om af te werken en te polijsten,
11e „ „ horizontale polijst- en fraiseertoestellen,
12e „ „ groevensnij, groevenfraiseer- of groeftoestellen,
13e „ „ doorslagmachienen, plaatscharen, ijzersnijders en draagbalkscheren met hand- en mekanieke bewerking,
14e „ „ plaatbewerkingsmachienen (afkant- en plooimachienen),
15e „ „ hamers (val-, lucht-, stoom- en veerhamers),
16e „ „ persen, excentrieke-, spil- en wrijfpersen,
17e „ „ perstoestellen (water- en luchtdrukpersen),

18e klasse alle metaalzagen (cirkel-, beugel-, en lintzagen),
19e „ „ slijpmachienen,
20e „ „ afsteekmachienen,
21e „ „ schroefdraadsnijmachienen,
22e „ „ schoefmachienen.

Art. 3. De aangiften moeten voor alle klassen omvatten:

Den ouderdom van de machien, het merk en of de machien oogenblikkelijk in of buiten gebruik is.

Buitendien voor de 1e klasse: afstand tusschen de spitsen, hoogte der spitsen, spilboring, lei- en trekspil.

Voor de 2e klasse: hoogte der spitsen, spilboring, aantal werktuigen,
„ 3e „ maximum doorsnede van het materiaal en draailengte, aantal spillen,
„ 4e „ : tafelafmetingen; voor vertikale fraiseermachienen, afstand tusschen de verdeelschijf en de spil,
„ 5e „ : maximum doorsnede der te fraiseeren tandraderen,
„ 6e „ : schaaflengte, schaafbreedte en schaafhoogte,
„ 7e „ : wijdte, diepte der boring en grootte der te boren gaten, aantal boorspillen,
„ 8e „ : dwarsloop, overlangsche en vertikale loop van de tafel, loop van het werktuig en tafelafmetingen,
„ 9e „ : loop van het werktuig, dwarsloop van de tafel, tafelafmetingen,
„ 10e „ : doorsnede der plaatschijf, maximum doorsnede en hoogte, aantal steunsels,

Voor de 11e klasse: aantal spillen, doorsnede der spillen en tafelafmetingen,
„ 12e „ : breedte, lengte en diepte der te fraiseeren groeven,
„ 13e „ : afmetingen, sterkte van het te bewerken materiaal, werkkracht der machiene,
„ 14e „ : afmeting van het te bewerken materiaal,
„ 15e „ : heiblok,
„ 16e „ : sterkte der spillen, maximum doorsnede of wijdte, werkkracht der machien, maximum afstand tusschen de tafel en den drukkingsspilkop,
„ 17e „ : drukking der machien,
„ 18e „ : bladdoorsnede of lengte van het zaagblad, bij zaagmachienen de afstand tusschen de verdeelschijf en het blad,
„ 19e „ : een of twee slijpschijven, afmetingen der slijpschijven, bij ronden bladslijpmachienen, slijplengte en spitshoogte,
„ 20e „ : sterkte van het te bewerken materiaal,
„ 21e „ : groote van de te snijden schroefdraad,
„ 22e „ : spilboring.

De aangiften moeten ten laatste den 28n Juli 1916 bij de „Kreischefs" en „Kommandanturen" ingeleverd worden, die de lijsten aan den „General der Fussartillerie beim General-Gouverneur in Belgien" overmaken.

Van 21 Juli 1916 af, moet de voorgaande en de nieuwe bezitter binnen 8 dagen bij den generaal der

artillerie te voet (General der Fussartillerie) te Brussel, Wetstraat, 10, aangifte doen van elke verandering van bezit der aangegeven voorwerpen.

Art. 4. Alle machienen, die na den 21n Juli 1916 gereed gemaakt worden voor het gebruik, moeten binnen 8 dagen aangegeven worden.

Art. 5. Wie de onder artikel 2 opgesomde machienen in bewaring heeft, is verplicht aangifte te doen.

Art. 6. Wie opzettelijk of uit nalatigheid de voorgeschreven aangifte verzuimt of ze onvolledig of onjuist doet, wordt met ten hoogste 6 maand gevangenis of met ten hoogste 10,000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk worden uitgesproken.

Worden aan te geven stapels verzwegen, zoo kunnen deze ten bate van het Duitsch legerbeheer verbeurd verklaard worden.

Art. 7. Bevoegd tot rechtsvervolging zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 7n Juli 1916.

G. G. 2030-10 II.

No. 235. — 18. JULI 1916. Pag. 2387

VERORDNUNG,
betreffend die Aufhebung früherer Getreideverordnungen.

Die Verordnungen vom 5. 6. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 671), vom 30. 6. 1915) (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 747), vom 11. 7. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 778), vom 23. 7 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 829) mit den Ausführungsbestimmungen vom 30. 7. 1915,

die Verordnung vom 10. 8. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 868), die Bekanntmachung vom 10. 8. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 869), die Verordnung von 28. 8. 1915 (Gesetz- en Verordnungsblatt S. 968), die Bekanntmachungen vom 10. 9. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1016), vom 24. 9. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1105), vom 9. 10. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1179), vom 18. 12. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1463), vom 22. 1. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1546), die Verordnung vom 29. 2. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1691) mit der Ausführungsbestimmung vom 29. 2 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1692), die Verordnung vom 16. 4. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 1947) und die Bekanntmachung vom 31. 5. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2248) werden hierdurch aufgehoben. Für strafbare Handlungen, die vor Erlass dieser Verordnung begangen sind, bleiben die bisherigen Bestimmungen massgebend. Das Gleiche gilt bezüglch der Freigabe der aus der Ernte 1915 zum Selbstverbrauch und zur Verfütterung freigegebenen Mengen.

Die Verordnung vom 16. Mai 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2158) über den Ankauf der noch vorhandenen Bestände bleibt in Kraft.

Brüssel, den 8. Juli 1916.
Z. E. K. 3765*a*.

Arrêté abrogeant les arrêtés antérieurs concernant les céréales.

Sont abrogés les arrêtés du 5 juin 1915 (Bulletin

officiel des lois et arrêtés, p. 671), du 30 juin 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 747), du 11 juillet 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 778), du 23 juillet 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 829) et les dispositions réglementaires du 30 juillet 1915, l'arrêté du 10 août 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 868), l'avis du 10 août 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 869), l'arrêté du 28 août 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 968), les avis du 10 septembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1016), du 24 septembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1105), du 9 octobre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1179), du 18 décembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1463), du 22 janvier 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1546), l'arrêté du 29 février 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1691) et la disposition réglementaire du 29 février 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1692), l'arrêté du 16 avril 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1947) et l'avis du 31 mai 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2248). Les anciennes dispositions restent en vigueur pour les infractions commises avant la publication du présent arrêté. Il en est de même pour la levée de saisie des quantités de la récolte de 1915 livrées à la consommation personnelle des producteurs ou à l'alimentation des animaux.

L'arrêté du 16 mai 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2158), concernant l'achat des stocks existant encore, reste en vigueur.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.

Z. E. K. 3765*a*.

Verordening betreffend opheffing van voorgaande korenverordeningen.

De Verordeningen van 5 Juni 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 671), van 30 Juni 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 747), van 11 Juli 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 778), van 23 Juli 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 829) met de Uitvoeringsbepalingen van 30 Juli 1915, de Verordening van 10 Augustus 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 868), de Bekendmaking van 10 Augustus 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 869), de Verordening van 28 Augustus 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 968), de Bekendmakingen van 10 September 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1016), van 24 September 1915) Wet- en Verordeningsbl. bl. 1105), van 9 Oktober 1915 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1179), van 18 December 1915 (Wet- en Verordeningssbl. bl. 1463), van 22 Januari 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1546), de Verordening van 29 Februari 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1691) met de Uitvoeringsbepaling van 29 Februari 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1692), de Verordening van 16 April 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 1947) en de Bekendmaking van 31 Mei 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 2248), worden hierbij opgeheven. Voor strafbare handelingen, die voor de uitvaardiging dezer Verordening begaan werden, blijven de totdusver bestaande bepalingen van toepassing. Hetzelfde geldt vóór het afstaan van de uit den oogst 1915 tot eigen gebruik en opvoedering afgestane hoeveelheden.

De Verordening van 16 Mei 1916 (Wet- en Verordeningsbl. bl. 2158) over den aankoop van de nog voorhanden stapels, blijft van kracht.

Brussel, den 8n Juli 1916.

*Z. E. K. 3765*a.

VERORDNUNG, ***
über die Beschlagnahme des Brotgetreides.

§ 1. Das im Bereich des Generalgouvernements im Erntejahr 1916 angebaute Brotgetreide aller Art wie: Roggen, Weizen, Spelz wird, gleichviel ob ungemengt oder mit anderen Getreiden vermengt mit der Trennung vom Boden zuguntsen der Zivilbevölkerung im Bereich des Generalgouvernements hiermit beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf das aus beschlagnahmten Brotgetreide ermahlene Mehl und die daraus hergestellten Backwaren. Mit dem Ausdreschen wird das Stroh, mit der Ausmahlung die Kleie von dieser Beschlagnahme frei.

Die Beschlagnahme erstreckt sich auf das Getreide und Mehl früherer Erntejahre, auch soweit dieses zur Selbsternährung oder Verfütterung bestimmt war, aber desem Zwecke nicht zugeführt ist.

§ 2. An den beschlagnahmten Vorräte dürfen, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen nicht etwas anderes ergibt, weder Veränderungen vorge-

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

nommen werden, noch darf durch Vereinbarung oder Vertrag über sie verfügt werden.

§ 3. Der Besitzer beschlagnahmter Vorräte ist berechtigt und verpflichtet, alle zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen, er ist berechtigt und verpflichtet auszudreschen. Er ist verpflichtet, wahrheitsgetreue Angaben über seine Brotgetreidevorräte zu machen.

§ 4. Nimmt der Besitzer beschlagnahmter Vorräte eine zur Erhaltung derselben erforderliche Handlung innerhalb einer ihm von der zuständigen Behörde gesetzten Frist nich vor, so kann diese die Handlung auf Kosten des Besitzers durch einen Dritten vornehmen lassen. Das Gleiche gilt, wenn der Besitzer das Brotgetreide nicht innerhalb einer ihm von der zuständigen Provinzal-Ernte-Kommission gesetzten Frist ausdrischt.

§ 5. *a)* Wer beschlagnahmte Vorräte unbefugt beiseite schafft oder aus der Gemeinde, in der sie beschlagnahmt sind, unbefugt entfernt, wer sie beschädigt, zerstört, verheimlicht, unbefugt verarbeitet oder verbraucht,

b) wer beschlagnahmte Vorräte unbefugt verkauft, kauft oder ein anderes Veräusserungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschliesst,

c) wer den Verpflichtungen des § 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt,

wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20.000 Mark bestraft; auch kann auf Einziehung der zu strafbaren Handlungen gebrauchten Vorräte erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärbefehlshaber und die Militärgerichte.

§ 6. Das beschlagnahmte Getreide wird gegen Barzahlung angekauft und der Bevölkerung im

Bereiche des Generalgouvernements in Form von Brot, Mehl und Kleie zugeführt werden. Die Verwendung von freigegebenem Brotgetreide zu anderen Zwecken, als zur Herstellung von Brot ist von Fall zu Fall von der Zustimmung der Zentral-Ernte-Kommission abhängig.

§ 7. Ich erteile dem Comité National de Secours et d' Alimentation das alleinige Recht zum Ankauf der beschlagnahmten Vorräte auch aus der Brotgetreideerte 1916 und etwaiger Restbestände an Brotgetreide aus früheren Erntejahren zu einem Einheitspreise, den ich festsetzen werde. Die Beschlagnahme wird durch diesen Ankauf nicht aufgehoben.

§ 8. Ich behalte mir vor, im Bedarfsfalle bis zu 10 000 To des beschlagnahmten Getreibes anteilmässig an die von mir zu bestimmenden Stellen zwecks Verarbeitung zu Malzkaffee zu überweisen.

§ 9. Der Erlass von Ausführungsbestimmungen bleibt vorbehalten.

Brussel, den 8. Juli 1916.

Z. E. K. 3765*b*.

Arrêté * concernant la saisie des céréales destinées à la panification.**

§ 1er. Les céréales de tout genre (par exemple le seigle, le froment, l'épeautre) pouvant servir à la panification et devant être récoltées en 1916 dans le territoire du Gouvernement général sont, en vertu du présent arrêté, saisies, au profit de la population civile dudit gouvernement, dès l'instant où elles sont fauchées et peu importe qu'elles soient ou non mélangées à d'autres céréales. La saisie s'étend aussi à la farine et

aux produits des boulangeries et pâtisseries provenant des céréales saisies. La saisie de la paille est levée après le battage, celle du son est levée dès que le blé est moulu.

La saisie porte aussi sur les céréales et la farine provenant des récoltes précédentes, notamment sur les quantités qui étaient destinées à la consommation personnelle du producteur ou à l'alimentation des animaux et qui n'ont pas été utilisées à ces fins.

§ 2. Excepté lorsque les dispositions du présent arrêté en décident autrement, il est défendu de modifier les stocks saisis ou d'en disposer par convention ou contrat.

§ 3. Les détenteurs des stocks saisis ont le droit et l'obligation d'exécuter tous les ouvrages nécessaires à la conservation de leurs produits; ils ont le droit et l'obligation de procéder au battage. Ils sont tenus de déclarer leurs stocks conformément à la vérité.

§ 4. Si les détenteurs n'exécutent pas, dans le délai fixé à cette fin par l'autorité compétente, tels ouvrages nécessaires à la conservation de leurs stocks, cette autorité pourra charger des tiers d'exécuter les ouvrages en question aux frais des détenteurs. La même disposition s'applique à tout détenteur qui ne procédera pas au battage dans le délai que la commission provinciale de la récolte lui aura prescrit.

§ 5. *a)* Quiconque, sans y être autorisé, aura soustrait ou fait sortir du territoire de la commune des stocks saisis, quiconque les aura détériorés, détruits, cachés ou, sans autorisation, les aura transformés ou consommés,

b) quiconque, sans y être autorisé, aura vendu ou acheté des stocks saisis ou, sans autorisation, aura conclu une convention quelconque en vue de s'en dessaisir ou de les acquérir,

c) quiconque aura enfreint les obligations qui lui sont imposées par le § 3 du présent arrêté,

sera puni d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs; en outre, on pourra prononcer la confiscation des stocks qui auront formé l'objet de l'infraction.

Les commandants et tribunaux militaires allemands sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

§ 6. Les stocks saisis seront achetés au comptant et mis à la disposition de la population du Gouvernement général, sous la forme de pain, farine et son. L'utilisation à d'autres fins qu'à celles de la panification, des quantités de céréales pour lesquelles la saisie a été levée, sera soumise à l'autorisation de la commission centrale de la récolte, qui décidera pour chaque cas en particulier.

§ 7. Le Comité national de secours et d'alimentation obtient le droit exclusif d'acheter les stocks saisis provenant de la récolte des céréales de 1916 ainsi que les restants des stocks des récoltes précédentes qui ne seraient pas entièrement utilisés; l'achat se fera à un prix uniforme que je fixerai dans la suite. Cet achat ne met pas fin à la saisie.

§ 8. S'il y a lieu, j'ordonnerai qu'une partie des céréales saisies, 10 000 tonnes au plus, soit répartie entre les intéressés que je désignerai à cette fin, en vue d'être utilisée à la fabrication du malt employé comme succédané du café.

§ 9. Des dispositions réglementaires pourront être publiées en vue de faciliter l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.
Z. E. K. 3765*b*.

Verordening * over de inbeslagneming van het koren.**

§ 1. Het koren van alle slag, als rogge, tarwe, spelt, zoowel zuiver als met andere graansoorten vermengd, en gedurende het oogstjaar 1916 binnen het gebied van het Generalgouvernement gewonnen, wordt hierbij, zoodra het afgemaaid is, ten bate der burgerbevolking binnen het gebied van het Generalgouvernement aangeslagen. De beslaglegging strekt zich ook uit op het uit aangeslagen koren gemalen meel en de hiermede vervaardigde bakkerijwaren. Met het uitdorschen wordt het stroo, met het uitmalen worden de zemelen van de inbeslagneming vrij.

De beslaglegging strekt zich uit op het koren en meel uit vroegere oogstjaren, ook zoover dit voor eigen voeding of voor vervoedering bestemd was, doch daartoe niet werd opgebruikt.

§ 2. Zooverre in de hierna volgende bepalingen niet anders wordt beschikt, is het verboden aan de aangeslagen stapels wijzigingen toe te brengen of er bij overeenkomst of verdrag over te beschikken.

§ 3. De bezitter van aangeslagen stapels is gerechtigd en verplicht, alle tot het behoud der stapels vereischte maatregelen te nemen; hij is gerechtigd en verplicht te dorschen. Hij is verplicht, waarachtige aangiften over zijne korenstapels te doen.

§ 4. Zoo de bezitter van aangeslagen stapels, binnen den tijd die hem door de bevoegde overheid gesteld werd, de tot het behoud er van vereischte maatregelen niet neemt, kan de overheid deze op kosten van den bezitter door een derden persoon laten uitvoeren. Hetzelfde geschiedt, wanneer de bezitter het koren niet dorscht binnen den tijd, die hem door de bevoegde Pro-

vinciale Oogstkommissie (Provinzial Ernte Kommission) werd voorgeschreven.

§ 5. a) *Wie aangeslagen stapels onbevoegd van de hand doet of die onbevoegd verwijdert uit de gemeente, waarin ze aangeslagen werden, wie ze beschadigt, vernietigt, verheelt, onbevoegd verwerkt of verbruikt,*

b) *wie aangeslagen stapels onbevoegd verkoopt, koopt of op eenige andere wijze vervreemdt of verwerft,*

c) *wie de verplichtingen onder § 3 dezer Verordening niet nakomt,*

worden met ten hoogste 5 jaar of ten hoogste 20,000 mark boete gestraft; ook kan verbeurdverklaring van de bij overtreding gebruikte stapels uitgesproken worden.

Bevoegd zijn de Duitsche krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken.

§ 6. Het aangeslagen koren zal tegen gereed geld aangekocht en, in den vorm van brood, meel en zemelen, ter beschikking gesteld worden van de bevolking binnen het gebied van het Generalgouvernement. Voor het gebruik van vrijgegeven koren tot andere doeleinden, dan tot het vervaardigen van brood, is in elk afzonderlijk geval de goedkeuring der Centrale Oogstkommissie (Zentral Ernte Kommission) noodig.

§ 7. Aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit verleen ik het uitsluitelijk recht de aangeslagen stapels, ook uit den korenoogst van 1916, en de mogelijke overschotten aan koren uit voorgaande oogstjaren, tegen een door mij vast te stellen eenheidsprijs op te koopen. De beslaglegging wordt door dezen aankoop niet opgeheven.

§ 8. Ik behoud mij voor, desnoods een hoeveelheid van ten hoogste 10.000 ton van het aangeslagen koren

te verkavelen aan de door mij aan te duiden kantoren, ten einde er moutkoffie van te maken.

§ 9. Het uitvaardigen van uitvoeringsbepalingen blijft voorbehouden.

Brussel, den 8n Juli 1916.

Z. E. K. 3765 b.

VERORDNUNG,
betreffend die Ernte-Kommissionen.

§ 1. Die Zentral-Ernte-Kommission und die Provinzial-Ernte-Kommissionen bleiben als Behörden bestehen.

§ 2. Die Zentral-Ernte-Kommission ist eine mir unmittelbar unterstellte Behörde, deren Vorsitzenden, Mitglieder und deren ständige stellvertreter ich ernenne. Den Vorsitz führt ein Vertreter des Generalgouvernements.

Mitglieder der Kommission sind je ein Vertreter:

a) der Zivilverwaltung, welcher zugleich stellvertretender Vorsitzender ist,

b) der Politischen Abteilung,

c) des Generalkommissars für die Banken,

d) der Armee-Intendantur des Generalgouvernements,

e) der Veterinärabteilung des Generalgouvernements,

f) des Comité National,

g) der Commission for Relief,

Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Der Vorsitzende hat das Recht, Sachverständige mit beratender Stimme zu den Sitzungen heranzuziehen.

Die Verhandlungssprache ist deutsch.

§ 3. Die Erntekommission für jede Provinz setzt sich zusammen aus:

a) dem Präsidenten der Zivilverwaltung bezw. dessen Vertreter als Vorsitzenden,

b) zwei Offizieren oder Beamten, Mitglieder des Wirtschaftsausschusses der Provinz,

c) einem Mitglied der Députation permanente,

d) einem Vertreter des Getreidehandels der Provinz,

e) einem Vertreter der Landwirtschaft der Provinz.

Die Mitglieder unter *c* bis *e* sollen in der Regel nicht zugleich Mitglieder des Comité National de Secours et d' Alimentation sein.

Die Mitglieder der Kommission, sowie für jedes Mitglied einen ständigen Stellvertreter beruft der Gouverneur der Provinz. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Der Vorsitzende ist befugt, Sachverständige mit beratender Stimme zu den Sitzungen hinzuzuziehen. Der Vorsitzende hat das Recht, Beschlüsse der Kommission zu beanstanden und dagegen durch Vermittlung des Verwaltungschefs und der Zentral-Ernte-Kommission meine Entscheidung anzurufen.

Der Bezirk Maubeuge wird der Provinzial-Ernte-Kommission in Mons unterstellt. Als Vertreter der Interessen des Bezirks Maubeuge tritt der Präsident der Zivilverwaltung in Maubeuge bezw. dessen Vertreter in die Provinzial-Ernte-Kommission in Mons als Mitglied ein.

§ 4. Die Zentral-Ernte-Kommisson hat zu bestimmen, welche Mengen jeweils von der Beschlagnahme freigegeben werden und der Bevölkerung zugeführt werden dürfen.

Sie überwacht die Brotversorgung der belgischen Bevölkerung und hat insbesondere dafür zu sorgen, dass von der gesamten belgischen Brotgetreideernte 1916 nach Zurückstellung des erforderlichen Saatgutes nicht mehr als 1/12 monatlich verbraucht wird.

Sie hat mir ausserdem Vorschläge über die Einheitssätze des Verbrauches für den Kopf der Bevölkerung, über die Einkaufspreise des erdroschenen Brotgetreides, über die Ausmahlung und über die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, von Mehl, Kleie und Brot zu machen.

Die Zentral-Ernte-Kommission versieht die Provinzial-Ernte-Kommissionen durch Vermittlung des Verwaltungschefs mit Anweisung — bei Fragen grundsätzlicher Bedeutung, nachdem sie vorher meine Entscheidung eingeholt hat — und überwach deren Ausführung.

§ 5. Der Ernte-Kommission jeder einzelnen Provinz liegt die monatliche Freigabe des Brotgetreides ob. Die Freigabe erfolgt auf Grund der durch die zu sammelnden und dauernd auf dem laufenden zu haltenden zahlenmässigen Bestandsfeststellungen. Sie beaufsichtigt die eigenen und aus anderen Provinzen etwa zugeführten Vorräte, die Einhaltung der festgesetzten Kaufpreise sowie im allgemeinen alle Geschäftshandlungen der von dem Comité National in jeder Provinz zum Zwecke des Ankaufs und der Verteilung des einheimischen Brotgetreides zu errichtenden besonderen Geschäftsstelle.

Sie hat die Befugnis, die belgischen Gemeinden zu diesem Zwecke mit Anweisungen zu versehen und ist insbesondere zu den in § 4 der heutigen

Verordnung über Beschlagnahme des Brotgetreides genannten Anordnungen allein zuständig.

§ 6. Wer den zur Ausführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen und Anweisungen nicht Folge leistet, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20000 Mark bestraft, auch kann auf Gefängnis neben der Geldstrafe und auf Einziehung der zu strafbaren Handlungen bestimmten oder gebrauchten Vorräte erkannt werden. Die eingezogenen Vorräte sind durch Vermittlung der Provinzial-Ernte-Kommission an das zuständige Provinzialkomitee abzuführen. Das Getreide unterliegt auch nach der Abführung den Verordnungen über die Beschlagnahme. Die Bezahlung der eingezogenen Waren hat durch das Komitee an die Provinzial-Ernte-Kommission zu erfolgen. Diese führt das hierbei zur Auszahlung kommende Geld nicht dem Militärfiskus, sondern den ständigen Ausschüssen zur Verwendung für Wohlfahrtszwecke innerhalb der Provinzen zu.

Zuständig sind die deutschen Militärbefehlshaber und Militärgerichte.

§ 7. Den Erlass von Ausführungsbestimmungen behalte ich mir vor.

Brüssel, den 8. Juli 1916.

Z. E. K. 3765*c*.

Arrêté concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen).

§ 1er. La Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) et les Commissions provinciales de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommissionen) continuent à exister en conservant leur caractère d'autorités publiques.

§ 2. La Commission centrale de la récolte est une autorité placée sous mes ordres immédiats. Le président, les membres et leurs suppléants permanents en sont nommés par moi. La présidence est confiée à un délégué du Gouvernement général.

En qualité de membres, je nomme un représentant

a) de l'Administration civile (Zivilverwaltung), qui est en même temps vice-président,

b) du Département politique (Politische Abteilung),

c) du Commissaire général des banques (Generalkommissar für die Banken),

d) de l'Intendance militaire du Gouvernement général (Armee-Intendantur des Generalgouvernements),

e) de la Section vétérinaire du Gouvernement général (Veterinärabteilung des Generalgouvernements),

f) du Comité National,

g) de la „Commission for Relief".

En cas de parité de voix, le président a voix prépondérante. Le président a le droit de faire assister aux séances des experts qui y ont voix consultative.

Les délibérations devront se faire en allemand.

§ 3. Chaque Commission provinciale de la récolte se compose:

a) du président de l'Administration civile ou de son représentant, en qualité de président,

b) de deux officiers ou fonctionnaires, membres du Comité économique (Wirtschaftsausschuss) de la province,

c) d'un membre de la Députation permanente,

d) d'un représentant du commerce des céréales de la province,

e) d'un représentant de l'agriculture de la province.

Les membres désignés de *c)* à *e)* ne peuvent, en règle générale, être en même temps membres du Comité national de secours et d'alimentation.

Les membres de la commission et leurs suppléants permanents sont nommés par le gouverneur de la province. En cas de parité de voix, la voix du président est prépondérante. Le président a le droit de faire assister aux séances des experts qui y ont voix consultative. Le président a le droit d'opposer son veto aux décisions de la commission et de recourir ensuite à ma décision par l'entremise du Chef de l'administration et de la Commission centrale de la récolte.

Le district de Maubeuge ressortit de la Commission provinciale de la récolte à Mons. Le président de l'administration civile de Maubeuge ou son délégué est membre de la Commission provinciale de la récolte à Mons, avec mission d'y représenter les intérêts dudit district.

§ 4. La Commission centrale de la récolte détermine les quantités pour lesquelles la saisie sera levée afin qu'elles soient mises à la disposition de la population.

Elle surveille l'application des mesures assurant l'approvisionnement en pain de la population belge, et veille spécialement à ce que, décompte fait du stock à conserver pour les semailles, la consommation mensuelle ne dépasse pas la douzième partie du stock total de la récolte de 1916.

Elle me soumet en outre les propositions nécessaires au sujet de la ration par tête de la population, au sujet des prix d'achat du blé battu, et au sujet de la mouture et des prix maxima de vente du blé battu, de la farine, du son et du pain.

La Commission centrale de la récolte envoie les instructions utiles aux Commissions provinciales de la récolte, par les soins du Chef de l'administration civile; lorsqu'il s'agit de questions d'importance capitale, elle demande auparavant que je prenne les décisions nécessaires; elle surveille l'exécution desdites instructions.

§ 5. Les Commissions provinciales de la récolte ont

pour mission de lever mensuellement la saisie du blé. Cette levée de saisie se fait en se basant sur les statistiques à établir par chaque commission et qui doivent être tenues constamment au courant. Chacune des commissions provinciales surveille les stocks de sa province et ceux y amenés des autres provinces; elle contrôle les prix d'achat et, en général, toutes les opérations du bureau spécial que le Comité national créera pour l'achat et la distribution de la récolte indigène dans chaque province.

Elle a le droit de donner à cet effet des instructions aux communes belges; elle est seule compétente quant aux prescriptions mentionnées au § 4 de l'arrêté de ce jour concernant la saisie des céréales servant à la panification.

§ 6. Les infractions aux prescriptions et instructions édictées en exécution du présent arrêté seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs, soit de ces deux peines réunies; en outre, on pourra prononcer la confiscation des stocks qui devaient former ou ont formé l'objet de l'infraction. Les stocks confisqués seront livrés au comité provincial compétent par l'entremise de la Commission provinciale de la récolte. Après livraison, ces stocks resteront soumis à l'application des arrêtés concernant la saisie. Les stocks ainsi livrés seront payés par le comité à la Commission provinciale de la récolte. Celle-ci versera les montants en question non à l'Administration militaire, mais aux Députations permanentes, qui les utiliseront dans leurs provinces en faveur d'oeuvres de bienfaisance.

Les commandants et tribunaux militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

§ 7. S'il y a lieu, le Gouvernement général publiera

des dispositions réglementaires relatives au présent arrêté.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.

Z. E. K. 3765c.

Verordening, betreffend de Oogstkommissies.

§ 1. De Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission) en de Provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) blijven als overheden bestaan.

§ 2. De Centrale Oogstkommissie is een rechtstreeks onder mij staande overheid, waarvan de voorzitter, de leden en dezer bestendige plaatsvervangers door mij benoemd worden. Als voorzitter zetelt een vertegenwoordiger van het Generalgouvernement.

Als leden der kommissie zetelen een vertegenwoordiger van:

a) *het Burgerlijk Bestuur (Zivilverwaltung); dit lid is tevens waarnemend voorzitter,*

b) *de Politieke Afdeeling (Politische Abteilung),*

c) *den Kommissaris-Generaal voor de banken (Generalkommissar für die Banken),*

d) *de Intendantie van het leger (Armee-Intendantur) des Generalgouvernements,*

e) *de Veeartsenijkundige Afdeeling (Veterinärabteilung) des Generalgouvernements,*

f) *het Nationaal Komiteit,*

g) *de „Commission for Relief".*

Bij staking van stemmen beslist de stem van den voorzitter. De voorzitter heeft het recht, deskundigen met raadplegende stem op de zittingen uit te noodigen.

De besprekingen geschieden in de Duitsche taal.

§ 3 .De Oogstkommissie voor elke provincie bestaat uit:

a) *den Voorzitter van het Burgerlijk Bestuur of dezes plaatsvervanger, als voorzitter,*

b) *twee officieren of ambtenaars, leden der ekonomische kommissie der provincie,*

c) *een lid der Bestendige Afvaardiging,*

d) *een vertegenwoordiger van den graanhandel der provincie,*

e) *een vertegenwoordiger van den landbouw der provincie.*

De leden onder c *tot* e *mogen, in den regel, niet te gelijker tijd leden van het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit zijn.*

De Gouverneur der provincie benoemt de leden der kommissie, evenals een bestendigen plaatsvervanger voor elk lid. Bij staking van stemmen beslist de stem van den voorzitter. De voorzitter is bevoegd deskundigen met raadplegende stem op de zittingen uit te noodigen. De voorzitter heeft het recht tegen de besluiten der kommissie verzet aan te teekenen en, door tusschenkomst van den „Verwaltungschef" en van de Centrale Oogstkommissie, mijn beslissing in te roepen.

Het kanton Maubeuge wordt onder de Provinciale Oogstkommissie te Bergen geplaatst. Om de belangen van het kanton Maubeuge te vertegenwoordigen, zetelt de voorzitter van het Burgerlijk Bestuur te Maubeuge, of dezes vertegenwoordiger als lid in de Provinciale Oogstkommissie te Bergen.

§ 4. De Centrale Oogstkommissie heeft te bepalen welke hoeveelheden telkens van de beslaglegging vrijgegeven en ter beschikking der bevolking gesteld mogen worden.

Zij bewaakt de broodbevoorrading der Belgische bevolking en moet inzonderheid er voor zorgen, dat, van den geheelen Belgischen korenoogst van 1916, na over-

houding van het vereischte zaaikoren, niet meer dan 1/12 maandelijks verbruikt wordt.

Zij moet mij buitendien voorstellen doen over de eenheidsmaten van het verbruik per kop der bevolking, over de inkoopprijzen van het gedorschte koren, over het malen en over de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel, zemelen en brood.

De Centrale Oogstkommissie geeft, door tusschenkomst van den „Verwaltungschef", de noodige aanwijzigingen aan de Provinciale Oogstkommissie — bij vraagpunten van principiëel belang, na vooraf mijn beslissing vernomen te hebben — en bewaakt er de uitvoering van.

§ 5. De Oogstkommissie elker provincie doet de maandelijksche vrijverklaring van het koren. De vrijverklaring geschiedt op grond der statistieken: deze moeten verzameld en bestendig bijgehouden worden. Die kommissie bewaakt de eigene, en, desvoorkomend, de uit andere provinciën aangevoerde stapels, het inachtnemen der vastgestelde koopprijzen evenals, over het algemeen, alle bedrijfshandelingen van het bijzonder kantoor, dat door het Nationaal Komiteit in elke provincie voor aankoop en bedeeling van het inlandsch koren zal worden opgericht.

Zij is bevoegd, te dien einde aan de Belgische gemeenten aanwijzigingen te geven; de schikkingen over beslaglegging op het koren onder § 4 dezer Verordening vermeld, mogen alleen door haar genomen worden.

§ 6. Wie de tot uitvoering dezer Verordening uitgevaardigde schikkingen en aanwijzingen niet nakomt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft; ook kan gevangenis naast de boete en verbeurdverklaring der tot strafbare handelingen bestemde of gebruikte stapels uitgesproken worden.

De verbeurdverklaarde stapels moeten door tusschenkomst der Provinciale Oogstkommissie aan het bevoegde Provinciaal Komiteit worden afgestaan. Het koren valt, ook na het afstaan, onder toepassing der Verordeningen over de inbeslagneming. De betaling der verbeurdverklaarde waren moet door het Komiteit aan de Provinciale Oogstkommissie gedaan worden. Deze staat het hieruit voortkomende geld niet aan de krijgsschatkist af, maar wel aan de bestendige kommissies om ze voor menschlievende doeleinden binnen de provinciën te gebruiken.

Bevoegd zijn de Duitsche krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken.

§ 7. Het uitvaardigen van uitvoeringsbepalingen blijft mij voorbehoudeen.

Brussel, den 8n Juli 1916.

Z. E. K. 3765c.

AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN
zu der Verordnung betreffend die Ernte-Kommissionen vom 8. Juli 1916.

I. Feststellung des Bestandes an Brotgetreide.

1) Die Provinzial-Ernte-Kommissionen (Pr. E. K.) stellen fest, wieviel Brotgetreide (nach Arten gesondert) in den einzelnen Gemeinden vorhanden ist,

2) Die Pr. E. K. übermitteln die Feststellung der Bestände der Provinz an die Zentral-Ernte-Kommission (Z. E. K.)

3) Die Z. E. K. stellt auf Grund der ihr von den Pr. E. K. für jede Provinz angegebenen Bestände und auf Grund einer von mir später anzuordnenden Ernteerhebung die im ganzen Gebiet des General-

gouvernements vorhandene Menge an Brotgetreide fest.

4) Das Comité National de Secours et d'Alimentation (C. N.) darf von dem gesammelten Material Kenntnis nehmen.

II. Ankauf des beschlagnahmten Brotgetreides.

1) Der Preis für 100 kg. inländisches Brotgetreide darf beim Verkauf durch den Erzeuger nicht übersteigen bei

Weizen	26.—	Franken
Spelz	21.50	„
Roggen	24.50	„
Mengekorn	25.—	„

Das Getreide muss von guter Eigenschaft und trocken sein. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so ist der Preis herabzusetzen. Ist eine Einigung nicht möglich, so entscheidet das Comité central in Brüssel.

Die Höchstpreise gelten für Lieferung ohne Sack.

Das Getreide muss von dem Erzeuger in den Eisenbahnwagen auf der seiner Wirtschaft nächstgelegenen Bahnstelle oder nach dem nächstgelegenen Lager des C. N. geliefert werden.

2) Das C. N. ist verpflichtet, alles Getreide aufzukaufen, das nicht als Saatgetreide oder für den Eigenbedarf erforderlich ist. Es hat das angekaufte Getreide an die Lagerplätze und Mühlen zu führen und zu lagern. Es hat es nach den von mir auf Vorschlag der Z. E. K. bestimmten Ausmahlungsgraden ausmahlen zu lassen.

Es hat das lagernde Getreide gegen Verderben zu schützen.

Das Getreide ist so aufzubewahren, dass die Bestände jederzeit nachgeprüft werden können.

3) Die Beschlagnahme bleibt auch dem C. N. gegenüber in Kraft. Es ist nicht berechtigt, über das Brotgetreide oder Mehl zu verfügen, bevor es von der Pr. E. K. freigegeben ist.

Der Vorsitzende der Pr. E. K. ist berechtigt alle zur Ueberwachung der Erhebung und zur Durchführung des Aufkaufs erforderlichen Anordnungen zu treffen.

III. Freigabe von der Beschlagnahme.

1) Die Freigabe von der Beschlagnahme erfolgt durch die Pr. E. K.

2) Die Freigabe des Saatgetreides und des Getreides für den Eigenbedarf erfolgt unter folgenden Bedingungen:

a) Als Saatgutmenge für 1 ha werden die Anbauflächen des Jahres 1916 zugrunde gelegt und den Landwirten folgende Einheitsmengen freigegeben:

Roggen	175 kg
Winterweizen	190 „
Sommerweizen	200 „
Spelz	250 „
Mengekorn	185 „

In Fällen, in denen die Anbaufläche des kommenden Jahres oder ihre Verteilung sich gegenüber der des vergangenen Jahres ändert, kann der betreffende Landwirt sich durch eine, von seinem Bürgermeister bescheinigte Eingabe bis zum 1. November an die zuständige Provinzial-Ernte-Kommission wenden. Diese ist zu einer dem Antrag entsprechenden Aenderung der Freigabe befugt.

Das Nähere bestimmen die Provinzial-Ernte-Kommissionen.

b) Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit einer Gesamtnutzfläche von mindestens 1 ha dürfen aus ihren Vorräten zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft einschliesslich des Gesindes auf den Kopf und Monat 9,3 kg Weizen, Roggen und Mengekorn bezw. 12,4 kg Spelz verwenden, wobei der Gesamtjahresbedarf im Gewahrsam der Unternehmer verbleibt.

Bei der Zuweisung des Eigenbedarfs an Brotkorn ist in erster Linie Spelz, Mengekorn und Weizen, und zwar in der hier genannten Reihenfolge freizugeben. Wo vorwiegend oder ausschliesslich Roggen geerntet wird, ist nur ein Drittel von dem Bedarf des Selbstversorgerkorns in Roggen freizugeben, der Rest wird ihm, falls die eigene Produktion in Weizen und Mengekorn und Spelz nicht ausreicht, durch das C. N. in Form von Weizen oder einem von dem Selbstversorger zu bestimmenden anderen Brotgetreide geliefert werden.

Die Freigabe des Brotkorns für die Selbstversorger, wie sie durch die Pr. E. K. für die Zeit vom 15. 9. bis 15. 10. 1916 zum ersten Male festgelegt werden wird, erfolgt, solange eine abändernde Bestimmung nicht gegeben wird, in gleichen Mengen und gleicher Art stillschweigend am 15. jeden späteren Monats.

Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit einer Gesamtnutzfläche von weniger als 1 ha dürfen die in ihrer Wirtschaft erzeugten Brotgetreidemengen für den ausschliesslichen Bedarf ihrer eigenen Wirtschaft verwenden, aber nicht verkaufen. Das Nähere bestimmen die Provinzial-Ernte-Kommissionen, denen die Aufsicht über den

Verbrauch der Ernte dieser Landwirte obliegt. Das Gleiche gilt für die Regelung des Aehrensammelns und die Behandlung der daraus gewonnenen Vorräte.

c) Die Landwirte erhalten von ihrer Roggenernte einen Jahresbedarf für jedes Stück Rindvieh von monatlich 7,5 kg freigegeben. Die Zahl der Rinder ist durch die am 14. 4. 1916 angeordnete Erhebung festgestellt worden.

d) Jeder einzelne Landwirt wird durch die Provinzial-Ernte-Kommission Mitteilung erhalten, wieviel Futterroggen und Saatgut er behalten darf. Die Provinzial-Ernte-Kommissionen stellen endgültig die von jedem Landwirt zu liefernde Menge fest und sind berechtigt, die hierzu erforderlichen Massnahmen und Bestimmungen zu treffen.

Was der Landwirt in seiner Wirtschaft über die ihm als freigegeben mitgeteilten Mengen an Saat-, Brot- und Futterroggen hinaus erzeugt, muss von ihm an das Comité National de Secours et d'Alimentation verkauft werden. Dies bezieht sich auf alle Brotgetreidevorräte, die sich über die von den Landwirten angegebene Menge hinaus in deren Besitz befinden und infolge einer etwaigen zu niedrigen Angabe nicht in den seitens der Pr. E. K. an die Landwirte gesandten Mitteilungen verrechnet worden sind.

3) Im übrigen setzt die Z. E. K. allmonatlich im Benehmen mit dem C. N. der Menge nach fest, wieviel Brotgetreide oder Mehl für jede Provinz zum Verbrauch freigegeben wird.

4) Die Pr. E. K. ermächtigen das C. N. zur Verfügung über die in der Provinz freigegebenen Mengen an Brotgetreide. Das C. N. hat nachzuweisen,

aus welchen Beständen es die freigegebenen Mengen entnimmt.

IV. Verkaufspreise.

1) Die vom Comité National zu berechnenden Verkaufspreise für erdroschenes Brotgetreide, Mehl, Kleie und Brot bestimme ich jeden Monat auf Grund der mir von der Z. E. K. gemachten Vorschläge.

2) Die Z. E. K. legt den von ihr vorgeschlagenen Verkaufspreisen den Gestehungspreis, sowohl des einheimischen wie auch des eingeführten Brotgetreides zu Grunde, wobei ein zu vereinbarender Aufschlag zulässig ist.

3) Das C. N. ist verpflichtet, die Gestehungspreise unter Vorlegung der Belege mitzuteilen.

V. Ueberwachungsbestimmungen.

1) Die Bürgermeister sind dafür verantwortlich, dass in ihrem Bezirk nicht gegen die Beschlagnahme verstossen wird.

2) Die Pr. E. K. prüfen durch geeignete Personen nach, dass nicht unbefugt über das beschlagnahmte Getreide verfügt wird, und dass nur die freigegeben Mengen dem Verbrauche zugeführt werden. Die von ihnen hiermit beauftragten Personen, die sich durch eine Urkunde des Vorsitzenden der Pr. E. K. ausweisen müssen, haben jederzeit Zutritt zu allen Lagerräumen, Speichern, Mühlen, um sich von dem Bestande und der Beschaffenheit der Vorräte und von der Art der Aufbewahrung überzeugen zu konnen.

3) Das C. N. hat über Ankauf, Abfuhr und Lagerung der angekauften Getreidemengen, über die Ausmahlung, Vorräte an Mehl und Kleie Buch zu führen. Die Bücher müssen genaue Angaben über alle Ein- und Ausgänge enthalten und jederzeit die innerhalb der verschiedenen Bezirke vorhandenen Vorräte und deren Veränderungen ersichtlich machen.

4) In der gleichen Weise ist Buch zu führen über sämtliche Ausgaben, welche durch Ankauf, Abfuhr, Lagerung, Ausmahlung und Verteilung oder aus sonstigen Gründen entstehen. Die Bücher müssen auch die durch Abgaben von erdroschenem Brotgetreide, von Mehl, Kleie oder aus sonstigen Gründen erzielten Einnahmen fortlaufend enthalten.

5) Ueber die angekauften und an die Lagerhäuser, Mühlen usw. weiter gelieferten Getreidemengen sind besondere Nachweise auszustellen, welche die Getreideart, das Gewicht, den Einheitspreis und den gezahlten Betrag zu enthalten haben. Von diesen Nachweisen ist je eine Ausfertigung den Verkäufern und den Pr. E. K. auszuliefern.

6) Das C. N. hat ferner am 15. und letzten jeden Monats Sammelnachweisungen über alle innerhalb der betreffenden Provinz angekauften und an die Lagerhäuser, Mühlen usw. gelieferten Getreidemengen nach Gemeindebezirken geordnet in 2 Ausfertigungen an die Pr. E. K. einzureichen. Die Lagerplätze müssen darin bezeichnet sein.

Die Pr. E. K. hat nachzuprüfen, ob die Sammelnachweisungen mit den Einzelnachweisungen (s. Ziffer 5) übereinstimmen. Eine Ausfertigung der Sammelnachweisungen reicht die Pr. E. K. an die

Z. E. K. weiter, welche Bücher über diese Nachweisungen führt.

7) Die für die Buchführung massgebenden Grundsätze, sowie die Einzelheiten über Form und Inhalt der zur Ueberwachung dienenden Nachweisungen bestimmt die Z. E. K. im Benehmen mit dem C. N. Sie trifft die für die Durchführung der ganzen Ueberwachungstätigkeit im Einzelnen erforderlichen Massnahmen.

8) Dass C. N. ist verpflichtet, jederzeit die über den Ankauf, die Abfuhr und die Lagerung geführten Bücher und Nachweisungen, sowie die über die Einnahmen und Ausgaben geführten Bücher einsehen und auf ihre Richtigkeit prüfen zu lassen. Die Ueberwachung erfolgt durch die Z. E. K.

VI. Ueberschüsse.

Die von den C. N. aus den An- und Verkauf von Brotgetreide erzielten Ueberschüsse sind den ständigen Ausschüssen nach dem Masstabe der für jede Provinz zum Verbrauch freigegebenen Mengen an Brotgetreide oder Mehl (Nr. III, 3) zur Verwendung für Wohlfahrtszwecke innerhalb der Provinzen zu überweisen.

VII. Schlussbestimmung.

Die Verwaltungskosten der Z. E. K. und der Pr. E. K. gelten als Staatsausgaben.

Brüssel, den 8. Juli 1916.
Z. E. K. 3765*d*.

Dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916 concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen).

1. Relevé des stocks de céréales servant à la panification.

1) Les Commissions provinciales de la récolte (Provinzial Ernte Kommissionen) (Pr. E. K.) déterminent, en les classant par espèces, les quantités de céréales servant à la panification et se trouvant dans chaque commune.

2) Les Commissions provinciales de la récolte transmettent à la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) (Z. E. K.) le relevé des stocks de leur province.

3) En se basant sur les relevés fournis pour chaque province par les Commissions provinciales de la récolte ainsi que sur le relevé de la récolte, que j'ordonnerai ultérieurement, la Commission central de la récolte doit établir les quantités de céréales servant à la panification et se trouvant dans tout le territoire du Gouvernement général.

4) Le Comité national de secours et d'alimentation (C. N.) a le droit de prendre connaissance du dossier de l'enquête.

II. Achat des céréales saisies·

1) Les céréales de provenance indigène ne peuvent être vendues par le producteur à un prix dépassant:

pour	le froment	26.—	francs les 100 kg.
„	l'épeautre	21.50	„ „ „ „
„	le seigle	24.50	„ „ „ „
„	le méteil	25.—	„ „ „ „

Les céréales doivent être bien sèches et de bonne qualité. Si ces conditions ne sont pas remplies, le prix devra être diminué. Si les parties ne peuvent s'entendre à ce sujet, c'est le Comité central à Bruxelles qui décidera.

Les prix-maxima s'entendent pour livraison sans sac.

Le producteur est tenu de livrer son grain sur wagon à la gare de chemin de fer ou au dépôt du Comité national le plus proche de son exploitation.

2) Le Comité national a l'obligation d'acheter tout le grain qui n'est pas nécessaire aux semailles ou à la consommation personnelle des producteurs. C'est au Comité national qu'incombe le soin de faire transporter et emmagasiner aux dépôts et aux moulins le blé qui a été acheté. Il doit également le faire moudre en se conformant au rendement prescrit par moi sur la proposition de la Commission centrale de la récolte.

Il veillera en outre à la bonne conservation du blé emmagasiné.

L'emmagasinement s'effectuera de telle sorte qu'une vérification des stocks soit possible en tout temps.

3) La saisie reste également en vigueur par rapport au Comité national. Celui-ci n'a pas le droit de disposer du grain ou de la farine avant que la Commission provinciale de la récolte en ait levé la saisie en faveur du Comité national.

Le président de la Commission provinciale de la récolte a le droit de prendre toutes les dispositions qu'il jugera nécessaires pour assurer le contrôle du relevé des stocks ainsi que leur achat.

III. Levée de la saisie.

1) La levée de la saisie a lieu par les soins de la Commission provinciale de la récolte.

2) La levée de la saisie du grain destiné aux semailles et à la consommation personnelle du producteur a lieu aux conditions suivantes:

a) Les exploitants agricoles bénéficieront de la levée de saisie des quantités de semences suivantes, calculées par hectare et applicables aux superficies cultivées en 1916:

pour le seigle	175 kg.
„ „ froment d'hiver	190 „
„ „ froment d'été	200 „
„ l'épeautre	250 „
„ le méteil	185 „

Si la superficie des terres cultivées l'an prochain ou leur répartition diffère de celle de cette année, l'exploitant agricole intéressé peut adresser, le 1er novembre au plus tard, à sa Commission provinciale de la récolte, une requête dont le bourgmestre de la localité certifiera l'exactitude. La Commission provinciale de la récolte a le pouvoir de modifier la levée conformément à la requête. Les Commissions provinciales de la récolte prendront les dispositions détaillées nécessaires à ce sujet.

b) Pour l'alimentation de chaque personne de leur exploitation, y compris les domestiques, les exploitants agricoles qui cultivent au moins un hectare ont droit à une quantité mensuelle de 9,3 kg. de froment, seigle ou méteil ou de 12,4 kg. d'épeautre provenant de leur récolte. Ces exploitants ont la garde du stock annuel résultant de l'application de cette mesure.

En attribuant le stock de consommation à chaque producteur, on lèvera d'abord la saisie en faveur de l'épeautre, puis du méteil et enfin du froment, dans l'ordre indiqué. Dans les exploitations où l'on récolte surtout ou exclusivement du seigle, la levée de saisie ne portera que sur le tiers de la quantité dont le pro-

ducteur a besoin pour son alimentation, celle de sa famille et de son personnel. Si sa production en froment, méteil et épeautre n'atteint pas les deux tiers restants, il recevra le complément par les soins du Comité national, qui lui livrera du froment ou une autre espèce de grain, au choix du producteur.

Aussi longtemps qu'il n'en sera pas décidé autrement, la levée de saisie des céréales destinées à l'alimentation du producteur se fera tacitement le 15 de chaque mois, à partir du 15 octobre, et mensuellement pour la même quantité et les mêmes espèces de céréales que celles pour lesquelles les Commissions provinciales de la récolte lèveront la saisie le 15 septembre, pour la période mensuelle du 15 septembre au 15 octobre 1916.

Les exploitants agricoles qui cultivent des terres d'une superficie totale inférieure à 1 hectare peuvent consommer les céréales qu'ils ont récoltées, à la condition qu'elles soient destinées à l'alimentation exclusive des personnes de leur exploitation. Ils ne peuvent les vendre. Les Commissions provinciales de la récolte, auxquelles incombe la surveillance de la consommation de la récolte de ces cultivateurs, prendront les dispositions détaillées nécessaires à ce sujet. Elles s'occuperont de même du glanage et des approvisionnements qui en résultent.

c) La saisie de la récolte de seigle de chaque agriculteur sera levée pour une période de 12 mois, à raison de 7.5 kg. par mois et par bête à cornes.

Le nombre de ces bêtes a été relevé au cours de l'enquête que j'ai ordonnée le 14 avril 1916.

d) La Commission provinciale de la récolte fera savoir à chaque agriculteur quelles quantités de seigle (pour ses animaux) et de semences il pourra conserver. Les Commissions provinciales de la récolte fixent définitivement les quantités à livrer par chaque culti-

vateur et elles sont autorisées à prendre à ce sujet les mesures et les dispositions nécessaires.

Toutes les quantités de seigle récoltées par le cultivateur dans son exploitation et dépassant les quantités qui lui ont été désignées comme bénéficiant de la levée de saisie en vue de ses semailles, de son alimentation personnelle et de la nourriture de ses bestiaux, doivent être vendues par lui au Comité national de secours et d'alimentation. Cela s'applique également aux stocks de céréales servant à la panification que l'agriculteur détient en plus des quantités déclarées par lui et dont, par suite d'une déclaration trop faible, on n'a pas tenu compte dans l'avis envoyé à l'agriculteur par la Commission provinciale de la récolte.

3) Abstraction faite de ce qui précède, la Commission centrale de la récolte, d'accord avec le Comité national, fixe mensuellement, pour chaque province, la quantité de grain ou de farine pour laquelle la saisie doit être levée en faveur de la consommation.

4) Les Commissions provinciales de la récolte autorisent le Comité national à disposer des quantités de céréales pour lesquelles la saisie a été levée dans la province. Le Comité national doit pouvoir prouver à quels stocks il enlève les quantités pour lesquelles la saisie a été levée.

IV. Prix de vente.

1) Je fixe chaque mois, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte, les prix de vente à calculer par le Comité national pour le blé battu, la farine, le son et le pain.

2) Pour calculer le prix de vente qu'elle me propose, la Commission centrale de la récolte prend comme base les prix d'achat des céréales, tant de provenance indi-

gène que de provenance étrangère, et peut majorer ces prix d'un supplément à établir de commun accord.

3) Le Comité national est tenu de communiquer les prix d'achat de ses céréales et de soumettre toutes les pièces à l'appui de ces prix.

V. Dispositions concernant la surveillance.

1) Les bourgmestres répondent de l'observation, dans le territoire de leur commune, des dispositions concernant la saisie.

2) Les Commissions provinciales de la récolte chargent des personnes qualifiées de veiller à ce qu'on ne dispose pas des céréales saisies sans y être autorisé et à ce que seules les quantités pour lesquelles la saisie a été levée soient livrées à la consommation. Ces mandataires, qui prouvent leur qualité par une pièce émanant du président de la Commission provinciale de la récolte, doivent avoir accès en tout temps à tous les dépôts, greniers ou moulins, afin de pouvoir s'y rendre compte de l'importance des stocks, de leur qualité et de la manière dont ils sont conservés.

3) Le Comité national doit tenir des livres indiquant les achats, sorties, emmagasinages et moutures de céréales ainsi que les stocks de farine et de son. Ces livres doivent mentionner exactement toutes les entrées et sorties et être tenus de façon qu'on puisse, à tout instant, constater l'importance et les modifications des stocks existant dans chaque district.

4) On inscrira de la même manière dans des livres spéciaux toutes les dépenses dues aux achats, aux sorties, aux emmagasinages, à la mouture, à la répartition des céréales ou ô d'autres causes. Les livres doivent aussi indiquer, au fur et à mesure, toutes les recettes résultant des ventes de blé battu, de farine, de son ou obtenues de toute autre manière.

5) On doit dresser des bulletins spéciaux indiquant

les céréales achetées puis livrées aux magasins de dépôt, aux moulins, etc. Ces bulletins doivent désigner l'espèce de céréales, le poids, le prix de l'unité et le montant payé. Une expédition de ces bulletins doit être remise au vendeur, une autre à la Commission provinciale de la récolte.

6) En outre, le 15 et à la fin de chaque mois, le Comité national doit remettre aux Commissions provinciales de la récolte un relevé bimensuel, en double expédition, indiquant, par commune, toutes les quantités de céréales achetées dans la province même et livrées aux magasins de dépôt, aux moulins, etc. Les lieux où se trouvent lesdites céréales doivent y être désignés.

La Commission provinciale de la récolte est tenue de vérifier s'il y a concordance entre les relevés bimensuels et les bulletins (v. chiffre 5). Une expédition des relevés bimensuels est transmise par la Commission provinciale de la récolte à la Commission centrale de la récolte, qui doit les inscrire dans un livre spécial.

7) Les principes d'après lesquels les livres doivent être tenus et les détails concernant la forme et le contenu des bulletins et relevés destinés au contrôle, seront déterminés par la Commission centrale de la récolte, de commun accord avec le Comité national. La Commission centrale de la récolte doit prendre les mesures qui, selon le cas, sont nécessaires à l'exercice de tout le contrôle.

8) Le Comité national est tenu de permettre, à tout instant, à l'autorité compétente de prendre connaissance et de vérifier l'exactitude des livres, bulletins et relevés concernant les achats, sorties et emmagasinages de céréales et des livres de recettes et de dépenses. Le contrôle se fait par les soins de la Commission centrale de la récolte.

VI. Excédents.

Les excédents réalisés par le Comité national par suite de l'achat et de la vente des céréales doivent être remis aux Députations permanentes; ils seront répartis entre les provinces en proportion des quantités de blé ou de farine dont la saisie a été levée en faveur de chaque province (III, 3) et devront être consacrés à des oeuvres de bienfaisance, dans le territoire de la province intéressée.

VII. Disposition finale.

Les frais d'administration de la Commission centrale de la récolte et des Commissions provinciales de la récolte sont considérés comme frais d'Etat.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.

Z. E. K. 3765*d*.

Uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de Oogstkommissies.

I. Vaststelling van den vorraad koren.

1. *De Provinciale Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) stellen vast, hoeveel koren (naar soorten ingedeeld) in de verschillende gemeenten voorhanden is.*

2. *De Provinciale Oogstkommissies maken de vaststelling van de stapels der provincie aan de Centrale Oogstkommisssie (Zentral-Ernte-Kommission) over.*

3. *De Centrale Oogstkommissie stelt op grond der haar door de Provinciale Oogstkommissies voor elke provincie aangegeven stapels en op grond eener door mij later te bevelen opneming van den oogst, de in het*

geheele gebied van het Generalgouvernement voorhanden hoeveelheid koren vast.

4. *Het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit mag van de ingezamelde gegevens kennis nemen.*

II. Aankoop van het aangeslagen koren.

1. *De prijs per 100 kgr. inlandsch koren mag bij den verkoop door den voortbrenger, voor*

Tarwe	*26.00*	*frank,*
Spelt	*21.50*	„
Rogge	*24.50*	„
Masteluin	*25.00*	„

niet overtreffen.

Het koren moet van goede hoedanigheid en droog zijn. Voldoet het niet aan deze voorwaarden, zoo moet de prijs verlaagd worden. Kan men het niet eens worden, zoo beslist het Hoofdkomiteit te Brussel.

De hoogste prijzen gelden voor leveringen zonder zak.

De voortbrenger moet het koren op den spoorwagen op het dichtst bij zijn boerderij gelegen station, of in de dichtsbij gelegen stapelplaats van het Nationaal Komiteit leveren.

2. *Het Nationaal Komiteit is verplicht, alle koren aan te koopen, dat niet voor zaaikoren of voor eigen gebruik noodig is. Het moet het aangekochte koren naar de stapelplaatsen en molens voeren en het aldaar opstapelen. Het Nationaal Komiteit moet het koren volgens de door mij, op voorstel van de Centrale Oogstkommissie bepaalde maalgraden, laten malen.*

Het moet het koren in de stapelplaatsen voor bederf bewaren.

Het koren moet zoo bewaard worden, dat de stapels te allentijde kunnen nagegaan worden.

3. *De beslaglegging blijft tegenover het N. K. van kracht. Dit is niet gerechtigd over het koren of het meel te beschikken, alvorens het door de Provinciale Oogstkommissie afgestaan werd.*

De voorzitter der Provinciale Oogstkommissie is gerechtigd, alle ter bewaking van de opneming en ter uitvoering van den opkoop vereischte schikkingen te nemen.

III. Vrijverklaring van de beslaglegging.

1. *De vrijverklaring van de beslaglegging geschiedt door de Provinciale Oogstkommissies.*

2. *Het afstaan van het zaaikoren en van het koren voor eigen gebruik geschiedt onder de volgende voorwaarden:*

a) *Voor het vaststellen van de hoeveelheid zaaikoren per hektaar, dienen de akkervlakten uit het jaar 1916 tot grondslag; als zaaigoed worden den landbouwers volgende hoeveelheden van elke soort koren afgestaan:*

Rogge	*175*	*kgr.*
Wintertarwe	*190*	„
Zomertarwe	*200*	„
Spelt	*250*	„
Masteluin	*185*	„

Ondergaat de akkervlakte van het aanstaande jaar of de verdeeling er van ten opzichte van het voorgaande jaar eene wijziging, zoo kan de betreffende landbouwer zich met een, door zijnen burgemeester tegengeteekend verzoekschrift, ten laatste den 1n November tot de bevoegde Provinciale Oogstkommissie wenden. Deze is bevoegd de hoeveelheid af te staan zaaigoed in overeenstemming te brengen met de voorgestelde wijziging. Nadere bepalingen geven de Provinciale Oogstkommissies.

b) *De ondernemers van landbouwbedrijven met een*

gezamenlijke akkervlakte van ten minste 1 hektaar, mogen uit hunne voorraden voor de voeding der leden van hun gezin, het personeel inbegrepen, per hoofd en per maand 9.3 kgr. tarwe, rogge en masteluin of 12.4 kgr. spelt verbezigen, waarbij de noodige hoeveelheid voor heel het jaar bij de ondernemers in bewaring blijft.

Bij de toewijzing van koren voor eigen gebruik moet in de eerste plaats spelt, masteluin en tarwe, en wel in de hier aangenomen volgorde, worden afgestaan. Waar voor het meerendeel of uitsluitend rogge gewonnen wordt, zal slechts een derde der hoeveelheid koren voor eigen gebruik in rogge worden afgestaan; het overschot zal hem, ingeval de eigen voortbrengst aan tarwe en masteluin en spelt niet volstaat, door het N. K. onder den vorm van tarwe of van een andere, door den voortbrenger zelf te bepalen korensoort, geleverd worden.

Het afstaan van koren voor het eigen gebruik der voortbrengers, zooals de Pr. Oogstkommissies voor den tijd van 15 September tot 15 Oktober 1916 het voor de eerste maal zullen vaststellen, geschiedt zoolang geen afwijkende bepaling uitgevaardigd wordt, in gelijke hoeveelheden en op gelijke wijze stilzwijgend op 15 van elke volgende maand.

De ondernemers van landbouwbedrijven met een gezamenlijke akkervlakte van minder dan 1 hektaar, mogen de op hunne boerderij gewonnen hoeveelheden koren uitsluitend ten gerieve van hun eigen bedrijf gebruiken, maar niet verkoopen. Nadere bepalingen geven de Provinciale Oogstkommissies, die met het toezicht over het gebruik van den oogst dezer landbouwers belast zijn. Hetzelfde geldt voor de regeling van het arenlezen en de behandeling der daaruit gewonnen stapels.

c) *De landbouwers mogen van de benoodigdheid voor het jaar, maandelijks en per stuk rundvee 7,5 kgr. rogge van hun oogst afnemen.*

Het aantal runderen is bij de op 14 April 1916 bevolen opneming vastgesteld.

d) *De Provinciale Oogstkommissie zal elken landbouwer afzonderlijk mededeelen, hoeveel rogge hij mag behouden voor voeder en voor zaaigoed. De Provinciale Oogstkommissies stellen voor goed vast welke hoeveelheid elke landbouwer te leveren heeft; zij zijn gerechtigd te dien einde de vereischte maatregelen en bepalingen voor te schrijven.*

Wat de landbouwer op zijn boerderij boven de hem als afgestaan medegedeelde hoeveelheden aan zaai-, brood- en voederrogge voortbrengt, moet hij aan het Nationaal Hulp- ene Voedingskomiteit verkoopen. Dit geldt voor alle korenstapels, die de landbouwers boven de aangegeven hoeveelheid in hun bezit hebben en die tengevolge eener mogelijkheid te lage aangifte, in de mededeelingen, door de Provinciale Oogstkommissies aan de landbouwers gezonden, niet medegerekend werden.

3) *Voor het overige stelt de Centrale Oogstkommissie, in overeenstemming met het Nationaal Komiteit, maandelijks de hoeveelheid koren of meel vast, die in elke provincie voor het gebruik afgestaan wordt.*

4) *De Provinciale Oogstkommissies machtigen het Nationaal Komiteit over de in de provincie afgestane hoeveelheden koren te beschikken. Het Nationaal Komiteit moet bewijzen, uit welke stapels het de afgestane hoeveelheden neemt.*

IV. Verkoopprijzen.

1) *Ik bepaal elke maand op grond der mij door de*

Centrale Oogstkommissie gedane voorstellen, de door het Nationaal Komiteit te berekenen verkoopprijzen voor gedorscht koren, meel, zemelen en brood.

2) *De Centrale Oogstkommissie neemt voor de door haar voorgestelde verkoopprijzen den aankoopprijs, zoowel van het inlandsch als van het ingevoerd koren tot grondslag, waarbij een overeen te komen opslag toegelaten is.*

3) *Het Nationaal Komiteit is verplicht, de aankoopprijzen onder voorlegging van de bewijsstukken mede te deelen.*

V. Bewakingsbepalingen.

1) *De burgemeesters zijn er voor verantwoordelijk, dat in hunne omschrijving niet in strijd met de beslaglegging gehandeld wordt.*

2) *De Provinciale Oogstkommissies laten door geschikte personen nagaan, of niet onbevoegd over het aangeslagen koren beschikt wordt en of alleen de afgestane hoeveelheden aan de verbruikers afgeleverd worden. De personen die daarmede belast zijn, moeten hun opdracht door een getuigschrift van den voorzitter der Provinciale Oogstkommissie kunnen bewijzen; zij hebben te allen tijde toegang tot alle bergplaatsen, zolders en molens, om zich van den omvang en den toestand der stapels, alsook van de manier waarop deze bewaard zijn, te kunnen overtuigen.*

3) *Het Nationaal Komiteit moet boekhouden over den aankoop, het vervoer en de berging van de aangekochte hoeveelheden koren, evenals over het malen en over de stapels meel en zemelen. De boeken moeten juiste aangiften bevatten over al wat binnenkomt en uitgaat en te allen tijde een klaar overzicht geven over de voorhanden stapels binnen de verschillende om-*

schrijvingen en over de wijzigingen, die daaraan werden toegebracht.

4) *Op dezelfde wijze moet worden boekgehouden over de gezamenlijke uitgaven, welke door aankoop, vervoer, berging, malen en verdeeling of door andere oorzaken ontstaan. De boeken moeten ook de ontvangsten, ten gevolge van het afleveren van gedorscht koren, van meel, zemelen of om andere oorzaken gedaan, doorloopend bevatten.*

5) *Over de aangekochte en aan de stapelhuizen, molens enz. voortgeleverde hoeveelheden koren moeten bijzondere lijsten opgemaakt worden, die de soort van het koren, het gewicht, den eenheidsprijs en het betaald bedrag dienen te vermelden. Van deze lijsten moet een afschrift aan de verkoopers en een aan de Provinciale Oogstkommissie afgeleverd worden.*

6) *Het Nationaal Komiteit moet verder den 15n en den laatsten van elke maand gezamenlijke lijsten over alle binnen de betreffende provincie aangekochte en aan de stapelhuizen, molens, enz. geleverde hoeveelheden koren, volgens gemeenteomschrijvingen gerangschikt, in dubbel afschrift bij de Provinciale Oogstkommissie inleveren. De stapelplaatsen moeten daarop aangeduid staan.*

De Provinciale Oogstkommissie moet nagaan, of de gezamenlijke lijsten met de afzonderlijke (zie nummer 5) overeenkomen. De Provinciale Oogstkommissie levert een afschrift der gezamenlijke lijsten in bij de Centrale Oogstkommissie, die over deze lijsten boekhoudt.

7) *De Centrale Oogstkommissie bepaalt in overeenstemming met het Nationaal Komiteit de bij het boekhouden in acht te nemen grondslagen, evenals de bijzonderheden over vorm en inhoud van de ter bewaking dienende lijsten. Zij neemt in elk afzonderlijk geval*

de vereischte maatregelen voor de uitvoering van de geheele bewakingswerkzaamheid.

8) *Het Nationaal Komiteit is verplicht, te allen tijde de over den aankoop, het vervoer en de berging gehouden boeken en lijsten, evenals de over de ontvangsten een uitgaven gehouden boeken te laten inzien en de juistheid er van te laten onderzoeken.*

De Centrale Oogstkommissie is met de bewaking belast.

VI. Overschotten.

De overschotten die het Nationaal Komiteit van den aan- en verkoop van koren overhoudt, moeten ter beschikking van de bestendige afvaardigingen gesteld worden, naar verhouding van de in elke provincie voor het gebruik afgestane hoeveelheden koren of meel (nr. III,3); de bestendige afvaardigingen zullen deze overschotten voor menschlievende doeleinden binnen de provincies gebruiken.

VII. Slotbepalingen.

De beheerkosten van de Centrale Oogstkommissie en van de Provinciale Oogstkommissie gelden als staatsuitgaven.

Brussel, den 8n Juli 1916.

*Z. E. K. 3765*d.

VERORDNUNG, ***
über Vermahlung und Beförderung von Brotgetreide.

§ 1. Jeder, der im Besitz einer Mühle und zwar auch einer Getreide-Handmühle oder einer anderen nebengewerblichen Mahlvorrichtung ist, ist ver-

pflichtet, diese bis zum 31. Juli dem zuständigen Bürgermeister anzuzeigen. Die Bürgermeister haben bis zum 8. August die eingegangenen Anzeigen der züstandigen Provinzial-Ernte-Kommission einzureichen.

§ 2. Die Verarbeitung von Brotgetreide zu Mehl oder Futterschrot darf nur in hauptgewerblichen Mühlen erfolgen. Mahlvorrichtungen, die nach Umfang und Art untergeordnete Nebenbetriebe anderer Gewerbe darstellen, können unter Zustimmung der zuständigen Provinzial-Ernte-Kommission in Betrieb gehalten werden.

§ 3. Das Anbieten, Feilhalten und der Verkauf aller für die Vermahlung von Getreide geeigneter für den Haus- und Nebenbetrieb bestimmter Handmühlen und Maschinen ist untersagt.

§ 4. Auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission setze ich den Ausmahlungsgrad für das inländische sowie für das eingeführte Getreide auf 82 % fest. Dieser Ausmahlungsgrad ist dahin zu verstehen, dass aus 100 Teilen Getreide nicht mehr als 82 Teile Mehl gewonnen werden dürfen. Der festgesetzte Ausmahlungsgrad gilt auch für das Korn der Selbstversorger.

Haftbar für die Innehaltung des Ausmahlungsgrades sind die zur Verarbeitung von Brotgetreide zugelassenen Mühlen.

§ 5. Für Getreide, das zum Schroten nach der Mühle gebracht wird, muss Schrot in demselben Gewicht, wie es der Anlieferungsschein für das Getreibe angibt, abzüglich des Mahlverlustes die Mühle wieder verlassen.

§ 6. Die Verluste durch Mahlschwund dürfen bei Herstellung von Brotmehl 2 %, von Futterschrot 1 % nicht übersteigen.

§ 7. Jeder Transport von Getreide muss von einem Transportschein begleitet sein.

§ 8. Die Provinzial-Ernte-Kommissionen dürfen innerhalb der Bestimmungen dieser Verordnung für ihre Bezirke Ausführungsbestimmungen und insbesondere die für die Abfuhr und die Ueberwachung der Mühlen erforderlichen Vorschriften erlassen.

§ 9. Wer den Bestimmungen diesesr Verordnung und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, bezw. die in § 3 vorgeschriebene Anzeige unterlässt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20.000 Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben der Gefängnisstrafe erkannt werden. Ausserdem kann bei den verheimlichten, verbotswidrig benutzten oder feilgehaltenen Mahlvorrichtungen, ebenso wie bei allen verbotswidrig gemahlenen Vorräten auf Einziehung erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärbefehlshaber und Militärgerichte.

Brüssel, den 8. Juli 1916.
Z. E. K. 3765. e.

Arrêté * concernant la mouture et le transport des céréales destinées à la panification.**

§ 1er. Quiconque possède soit un moulin, (même un appareil à main destiné à moudre le grain), soit une installation quelconque pouvant servir à la mouture exercée à titre d'industrie accessoire, est tenu d'en faire la déclaration au bourgmestre compétent au plus tard le 31 juillet prochain. Les bourgmestres devront, au plus tard le 8 août suivant, transmettre à la commis-

sion provinciale de la récolte les déclarations qu'ils auront reçues.

§ 2. La mouture ou le concassage du grain ne peuvent s'effectuer que dans les moulins qui en font leur exploitation principale. Les installations destinées à moudre le blé mais qui, à cause de leurs proportions ou de leur nature, doivent être considérées comme des entreprises accessoires dépendant d'exploitations d'un autre genre ne pourront rester en activité que si elles y sont autorisées par la commission provinciale de la récolte compétente pour l'endroit.

§ 3. Ne peuvent être offerts ou mis en vente ni être vendus les moulins à main ou tous autres appareils propres à la mouture du blé et destinés soit à usage domestique soit à une exploitation accessoire.

§ 4. Sur la proposition de la commission centrale de la récolte, j'ai fixé à 82 % le rendement de la mouture du blé indigène ou importé. Ce pourcentage signifie que 100 parties de blé ne doivent pas donner plus de 82 parties de farine. Le pourcentage désigné ci-dessus est aussi applicable au blé des producteurs destiné à leur alimentation personnelle.

Les personnes autorisées à moudre le grain sont responsables de la non-observation du rendement prescrit.

§ 5. Si du blé est confié au moulin afin d'y être soumis au concassage, le blé concassé rendu par le moulin devra avoir le poids du blé non concassé indiqué dans le bulletin de livraison, déduction faite des pertes résultant du concassage.

§ 6. Les pertes provenant de la mouture ne peuvent dépasser 2 % pour la farine et 1 % pour le blé concassé.

§ 7. Tout transport de blé doit être accompagné d'un permis de transport.

§ 8. En se conformant aux dispositions du présent arrêté, les commissions provinciales de la récolte ont le droit de publier, pour leur district, des dispositions réglementaires, notamment en vue de réglementer la sortie de la farine se trouvant dans les moulins et la surveillance desdits moulins.

§ 9. Quiconque aura enfreint les prescriptions du présent arrêté ou ses dispositions réglementaires, quiconque notamment aura négligé de faire la déclaration prescrite au § 3, sera passible d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs. Ces deux peines pourront aussi être réunies. En outre, on pourra prononcer la confiscation des appareils destinés à moudre le grain qui n'auront pas été déclarés, auront été utilisés ou mis en vente illicitement, de même que la confiscation des céréales moulues dont la mouture était prohibée.

Lesdites infractions seront jugées par les commandants ou les tribunaux militaires allemands.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.

Verordening * over het malen en vervoeren van koren.**

§ 1. Al wie in het bezit is van een molen, en zelfs ook van een koren-handmolen of van eenig ander toestel voor het malen van koren als bijbedrijf, is verplicht deze, ten laatste op 31 Juli a. s., bij den bevoegden burgemeester aan te geven. De burgemeesters moeten de binnengekomen aangiften ten laatste op 8 Augustus a. s. aan de bevoegde Provinciale Oogstkommissies (Provinziale-Ernte-Kommissionen) overmaken.

§ 2. Het verwerken van koren tot meel of voedergort mag alleen geschieden in molens, die tot hoofdbedrijf dienen. Maattoestellen, die, volgens omvang en aard,

aan andere hoofdbedrijven ondergeschikt zijn, kunnen mits goedkeuring der bevoegde Provinciale Oogstkommissie in gang gehouden worden.

§ Het aanbieden, te koop stellen en verkoopen van alle handmolens en machienen voor het malen van koren als huis- of bijbedrijf, is verboden.

§ 4. Op voorstel der Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission) stel ik den maalgraad, voor het inlandsche evenals voor het ingevoerde koren, op 82 % vast. Deze maalgraad moet zoo verstaan worden, dat uit 100 deelen koren niet meer dan 82 deelen meel mogen gewonnen worden. De vastgestelde maalgraad geldt ook voor het koren van hen die zich zelf gerieven.

Verantwoordelijk voor het inachtnemen van den maalgraad zijn de molenaars, die toelating hebben om koren te verwerken.

§ 5. Voor koren, dat naar den molen gebracht wordt om gegort te worden, moet de gort, bij het verlaten van den molen, hetzelfde gewicht hebben als in het leveringsbewijs voor het koren is aangegeven, na aftrekking van het maalverlies.

§ 6. Het verlies bij het malen mag bij het vervaardigen van broodmeel 2 %, van voedergort 1 % niet overtreffen.

§ 7. Ieder vervoer van koren moet van een geleibrief vergezeld zijn.

§ 8. De Provinciale Oogstkommissies mogen, voor hunne omschrijvingen, binnen de bepalingen dezer Verordening, uitvoeringsbepalingen en, inzonderheid, de voor het wegvoeren en voor het bewaken der molens vereischte voorschriften uitvaardigen.

§ 9. Wie de bepalingen dezer Verordening en de daartoe uitgevaardigde uitvoeringsbepalingen overtreedt, of de onder § 3 voorgeschreven aangifte verzuimt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met

ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Ook kan boete en gevangenzitting tegelijk worden uitgesproken. Bij verheling en ongeoorloofde benuttiging of tekoopstelling van maaltoestellen, evenals bij het ongeoorloofd malen van koren, kan bovendien verbeurdverklaring worden uitgesproken.

Bevoegd zijn de Duitsche krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken.

Brussel, den 8n Juli 1916.

*Z. E. K. 3765*e.

No. 236. — 21. JULI 1916. Pag. 2407

VERORDNUNG, ***
betreffend die Beschlagnahme und Verwertung der Zichorienwurzeln.

Art. 1. Die im Bereich des General-Gouvernements aus der Ernte 1916/1917 gewonnenen Zichorienwurzeln einschliesslich derjenigen, welche zur Zichorien-Gemüseerzeugung gedient haben, werden hiermit beschlagnahmt.

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Art. 2. An den beschlagnahmten Wurzeln dürfen weder Veränderungen vorgenomen, noch darf durch Vereinbarung oder Vertrag über sie verfügt werden. Derartige Vereinbarungen oder Verträge sind nichtig.

Das Verfüttern oder Verbrennen der Wurzeln ist verboten. Ausnahmen vom Verbot des Verfütterns kann der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien auf Antrag zulassen.

Art. 3. Die Verwertung der Zichorienwurzeln wird der Zichorienabteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft für Belgien m. b. H. in Brüssel übertragen.

Art. 4. Jeder Besitzer von Zichorienwurzeln ist verpflichtet, seine Vorräte an die Zichorienabteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft oder die von ihr bezeichneten Personen, die sich hierüber auszuweisen haben, gegen Barzahlung zu liefern. Der Verkauf an andere Personen ist verboten.

Wer Zichorienwurzeln verkauft, ist verpflichtet, sich über die Zulassung der Käufer zu vergewissern und die Vorlage des vorschriftsmässigen Ausweises (Absatz 1) zu fordern.

Wird die Abgabe der Zichorienwurzeln an die von der Zichorienabteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft bezeichneten Personen verweigert, so kann der Kreischef auf Antrag der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft anordnen, dass die Vorräte zu einem hinter dem in Artikel 5 vorgesehenen Uebernahmepreise um 20 vom Hundert zurückbleibenden Preise, nötigenfalls unter Zuziehung militärischer Hilfe, enteignet werden.

Art. 5. Der Kaufpreis der getrockneten Zichorienwurzeln richtet sich je nach ihrer Güte und Verwendbarkeit. Er wird von der Zichorien-Abtei-

lung der Z. E. G. mit der Massgabe festgesetzt, dass für 100 kg. beste getrocknete Zichorienwurzeln frei Abgangsstation höchstens 25 Fr. berechnet werden dürfen. Der Preis wird in bar bezahlt.

Art. 6. Die Beförderung der Zichorienwurzeln innerhalb Belgiens mit der Bahn, im Schiff oder durch Achse erfolgt nur auf Grund der von der Zichorienabteilung der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft ausgestellten, von dem Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur abgestempelten Frachtbriefe, Konossemente oder für den Transport mit der Achse bestimmten Freigabescheine.

Art. 7. Die Artikel 1—6 finden auf alle Zichorienwurzeln früherer Ernte gleichfalls Anwendung.

Art. 8. Zuwiderhandlungen gegen die Artikel 2, 3, 4, 5 und 6 werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20000 Mark bestraft. Auch kann auf Geldstrafe neben einer Freiheitsstrafe erkannt werden. Ausserdem kann auf Einziehung der den Gegenstand der Zuwiderhandlung bildenden Ware erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 9. Mit der Ausführung der Verordnung wird der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur beauftragt.

Art. 10. Die Verordnungen vom 13. August 1915 über die Beschlagnahme von Zichorienwurzeln (s. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 107 S. 880), vom 16. September 1915 über die Verwertung der Zichorienwurzeln neuer Ernte (s. Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 120 S. 1044) und vom 23. Oktober 1915 über die Verwertung der beschlagnahmten getrockneten Zichorienwurzeln (s. Gesetz- und Ver-

ordnungsblatt Nr. 134 S. 1267) treten ausser Kraft.
Brüssel, den 14. Juli 1916.
C. C. VII 6390.

Arrêté * concernant la saisie et l'utilisation des cossettes de chicorée.**

Art. 1er. Toutes les cossettes de chicorée de la récolte de 1916/17 qui se trouvent dans le territoire du Gouvernement général, y compris celles qui ont servi à la culture maraichère des chicorées, sont saisies en vertu du présent arrêté.

Art. 2. Les cossettes saisies ne doivent subir aucune modification; il est défendu d'en disposer par convention ou par contrat. De telles conventions ou de tels contrats sont nuls et non avenus.

Il est interdit de faire servir les cossettes à l'alimentation du bétail ou de les brûler. Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique peut, sur demande, autoriser des exceptions à l'interdiction de donner des cossettes en nourriture au bétail.

Art. 3. Le soin d'utiliser les cossettes de chicorée est confié à la Section de la chicorée (Zichorienabteilung) de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft für Belgien m. b. H.".

Art. 4. Tout détenteur de cossettes de chicorée est tenu de livrer son stock, moyennant payement au comptant, à la Section de la chicorée (Zichorienabteilung) de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" ou aux personnes désignées par elle et qui doivent prouver leur qualité de mandataires. Il est défendu de vendre à d'autres acheteurs.

Quiconque vend des cossettes de chicorée est tenu de s'assurer si l'acheteur est autorisé à acheter et de se faire montrer la pièce justificative prescrite (1er alinéa).

Si le détenteur refuse de céder ses cossettes aux mandataires de la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", le chef d'arrondissement pourra, à la requête de ladite „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", ordonner que le stock en question soit exproprié, au besoin en ayant recours à la force armée, à un prix inférieur de 20 % au prix d'achat établi par l'art. 5.

Art. 5. Le prix d'achat des cossettes de chicorée desséchées dépend de leur qualité et de leur rendement présumé. Ce prix est déterminé par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft", en tenant compte que 100 kg. de cossettes desséchées de la meilleure qualité, livrés en gare de départ, peuvent être payés 25 francs au plus. Le prix sera payé comptant.

Art. 6. Le transport des cossettes de chicorée en Belgique, par chemin de fer, bateau ou camion, n'est autorisé qu'en vertu soit d'une lettre de voiture, soit d'un connaissement, soit d'un permis de transport par camion, délivré par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft" et revêtu du timbre du Chef de l'administration civile près le Gouverneur-général.

Art. 7. Les articles 1er à 6 sont aussi applicables à toutes les cossettes de chicorée provenant des récoltes antérieures.

Art. 8. Les infractions aux art. 2, 3, 4, 5 et 6 seront punies d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20,000 marcs. L'amende pourra aussi être réunie à la peine d'empri-

sonnement. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la marchandise qui aura formé l'objet de l'infraction.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 9. Le Chef de l'administration civile près le Gouverneur général est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Art. 10. Sont abrogés les arrêtés du 13 août 1915 concernant la saisie des cossettes de chicorée (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 107, p. 880), du 16 septembre 1915 concernant l'emploi des cossettes de chicorée de la nouvelle récolte (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 120, p. 1044) et du 23 octobre 1915 concernant l'utilisation des cossettes de chicorée desséchées qui sont saisies (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 134, p. 1267).

Bruxelles, le 14 juillet 1916.

C. C. VII. 6390.

Verordening * betreffend de inbeslagneming en benuttiging van suikerijwortels (cichorei).**

Art. 1. De suikerijwortels uit den oogst van 1916/1917, binnen het Gebied van het General-Gouvernement gewonnen, met inbegrip van die welke voor de witloofteelt hebben gediend, worden hierbij aangeslagen.

Art. 2. Het is verboden aan de aangeslagen wortels wijzigingen toe te brengen of er bij overeenkomst of verdrag over te beschikken. Dergelijke overeenkomsten of verdragen zijn ongeldig.

Het vervoederen of branden der wortels is verboden. Uitzonderingen op het verbod van vervoederen kan de Verwaltungschef" bij den General-Gouverneur in België op verzoek toelaten.

Art. 3. De Suikerij-afdeeling (Zichorienabteilung) der „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft für Belgien m. b. H.” te Brussel is met de benuttiging der suikerijwortels belast.

Art. 4. Elke bezitter van suikerijwortels is verplicht, zijn stapels tegen gereed geld af te leveren aan de Suikerijafdeeling der „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft” of aan de door haar aangeduide personen, die dan hun hoedanigheid van lasthebbers moeten bewijzen. De verkoop aan andere personen is verboden.

Wie suikerijwortels verkoopt is verplicht, zich te vergewissen dat de koopers de noodige volmacht hebben, en zich het voorgeschreven bewijs (1e lid) te doen voorleggen.

Wordt de levering van de suikerijwortels aan de lasthebbers der Suikerijafdeeling der „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft” geweigerd, zoo kan de „Kreischef” op verzoek der „Z. E. G.” bevelen, dat de stapels onteigend worden tegen een prijs die 20 % lager is dan de onder art. 5 voorziene koopprijs; desnoods wordt daarbij de tusschenkomst der krijgsmacht ingeroepen.

Art. 5. De koopprijs der gedroogde suikerijwortels hangt af van hunne hoedanigheid en bruikbaarheid. Die prijs wordt vastgesteld door de Suikerijafdeeling der „Z. E. G.”, die er rekening mede houdt, dat voor 100 kgr. beste gedroogde suikerijwortels, ter vertrekstatie geleverd, hoogstens 25 frank mogen berekend worden. De betaling geschiedt met gereed geld.

Art. 6. Het vervoeren van de suikerijwortels binnen België per spoor, per schip of per as mag alleen geschieden op grond van een vrachtbrief, een konnossement of een geleibrief voor het vervoer per as, afgeleverd door de Suikerijafdeeling der „Zentral-Einkaufs-Gesellschaft” en door den „Verwaltungschef” bij den Generalgouverneur afgestempeld.

Art. 7. Artikelen 1—6 zijn ook van toepassing op alle suikerijwortels uit vroeger jaren.

Art. 8. Overtredingen van artikelen 2, 3, 4, 5 en 6 worden met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20,000 mark boete gestraft. Ook kan boete naast gevangenisstraf worden uitgesproken. Buitendien kan verbeurdverklaring van de tot overtreding aanleiding gevende waar uitgesproken worden.

Bevoegd zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Art. 9. Met de uitvoering dezer Verordening is de „Verwaltungschef" bij den Generalgouverneur belast.

Art. 10. De Verordeningen van 13 Augustus 1915 „betreffend het aanslaan van suikerijpeen" (Wet- en Verordeningsblad nr. 107, blz. 880), van 16 September 1915 „over het gebruik der verschgewonnen suikerijpeen" (Wet- en Verordeningsblad nr. 120, blz. 1044) en van 23 Oktober 1915 „betreffend het benuttigen der aangeslagen suikerijpeen (Wet- en Verordeningsblad nr. 134, blz. 1267) zijn ingetrokken.

Brussel, den 14n Juli 1916.
C. C. VII. 6390.

VERORDNUNG,
über die Zulassung österreichischer und ungarischer öffentlicher Urkunden in Belgien.

Urkunden, die von einer österreichischen oder ungarischen öffentlichen Behörde oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person der österreichisch-ungarischen Monarchie aufgenommen oder ausgestellt, sind, sind zum Gebrauch in Belgien zuzulassen, wenn sie durch das K. und K.

Osterr.-Ungar. Kommissariat bei dem Generalgouverneur in Belgien legalisiert sind.

Brüssel, den 14. Juli 1916.

C. C. VI*a* 5653.

Arrêté concernant l'utilisation en Belgique des actes authentiques autrichiens et hongrois.

Les actes reçus ou délivrés par une autorité publique soit autrichienne soit hongroise ou par une personne de nationalité austro-hongroise dont les actes revêtent le caractère d'authenticité peuvent être utilisés en Belgique s'ils sont légalisés par le Commissariat impérial et royal austro-hongrois (K. und K. Oesterr.-Ungar. Kommissariat) près le Gouverneur général en Belgique.

Bruxelles, le 14 juillet 1916.

C. C. VI*a* 5653.

Verordening over het toelaten van Oostenrijksche en Hongaarsche openbare oorkonden in België.

Oorkonden, die door een Oostenrijksche of Hongaarsche openbare overheid of door eenen met openbaar gezag bekleeden persoon der Oostenrijksch-Hongaarsche monarchie opgemaakt of afgeleverd werden, moeten voor het gebruik in België toegelaten worden, indien zij door het K. en K. Oostenrijksch-Hongaarsch Kommissariaat bij den Generalgouverneur in België voor echt verklaard zijn.

Brussel, den 14n Juli 1916.

*C. C. VI*a *5653.*

VERORDNUNG, ***

betreffend die Regelung des Verkehrs mit Butter.

Art. 1. Der Preis für Butter, den der Hersteller

beim Verkaufe im Grosshandel frei Brüssel, einschliesschlich der üblichen Verpackung fordern kann (Grundpreis), wird ab 25. Juli 1916 für das Kilogramm festgesetzt wie folgt:

I. — *Süssrahmbutter.*

Reine Butter (bis höchstens 18 v. H. Wassergehalt) (Süssrahmbutter I. Güte)	5,— Franken
Butter mit mehr als 18—50 v. H. Wassergehalt (Süssrahmbutter II. Güte)	3,— „

II. — *Gesalzene Butter.*

Reine Butter (bis höchstens 18 v. H. Wassergehalt) (gesalzene Butter I. Güte)	4.80 „
Butter mit mehr als 18—50 v. H. Wassergehalt (gesalzene Butter II. Güte)	2,80 „

Art. 2. Die Grundpreise sind für den Bereich des Generalgouvernements in Belgien massgebend, soweit nicht gemäss Artikel 7 abweichende Bestimmungen getroffen werden.

Art. 3. In Abänderung der Bestimmung des Artikel 6 der Verordnung des Königs der Belgier vom 20. Oktober 1903 in der Fassung vom 18. September 1904 ist die Herstellung von Butter mit mehr als 50 v. H. Wassergehalt verboten. Im übrigen bleiben die Bestimmungen dieser Verordnung in Kraft.

Art. 4. Der Salzzusatz darf 4 v. H. des Gesamtgewichts nicht überschreiten.

Art. 5. Der Zuschlag für den Weiterverkauf der Butter darf höchstens betragen beim Verkauf

im Grosshandel	15 cts.	für	das	kg.	Butter		
im Kleinhandel	40 „	„	„	„	„	I.	Güte
	30 „	„	„	„	„	II.	Güte.

Der Zuschlag darf sowohl im Grosshandel wie im Kleinhandel nur einmal genommen werden, gleichviel ob die Ware innerhalb dieser Gruppen mehrere Male den Eigentümer gewechselt hat.

Der Zuschlag begreift die gesamten Geschäftsunkosten des Handels in sich und umfasst im Grosshandel auch die sämltichen Kosten der Beförderung bis zu der Verkaufsstelle des Kleinhändlers, im Kleinhandel auch die etwaigen Kosten der Beförderung bis zur Wohnung des Verbrauchers.

Art. 6. Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der Verkauf an den Verbraucher, soweit er nicht Mengen von mehr als 5 kg. zum Gegenstand hat.

Art. 7. In Berücksichtigung besonderer Marktverhältnisse in den Gouvernements-Bezirken können die Militär- und Festungsgouverneure für diese Bezirke oder Teile derselben unter Meldung an das Generalgouvernement unter Abweichung von den Grundpreisen (Artikel 1) Höchstpreise für den Hersteller festsetzen, sowie den Marktverkehr mit Butter selbst regeln.

Art. 8. Die Höchstpreise für den Verkauf im Kleinhandel bemessen sich unter Berücksichtigung der Handelszuschläge (Artikel 5) nach den Grundpreisen (Artikel 1) oder, falls Abweichungen getroffen worden sind, nach diesen (Artikel 7).

Art. 9. Die Kleinhändler haben die Verkaufspreise — unter Angabe der Sorten (Artikel 1) —

sichtbar anzuschreiben. Bei festen Verkaufsstellen hat der Anschlag an dem Auslagefenster, bei Anlieferung der Butter mit Fuhrwerk an der Aussenseite des Wagens, auf dem Markt an dem Verkaufsstande zu erfolgen.

Art. 10. Die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an den Verbraucher zu dem angekündigten Preise gegen Barzahlung darf weder verweigert noch von der gleichzeitigen Abnahme anderer Waren abhängig gemacht werden.

Art. 11. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden. Ausserdem kann auf Einziehung der Ware erkannt werden.

Zuständig sind die Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 12. Die Verordnung vom 30. November 1915 Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1397), die Artikel I, III, IV und V der Verordnung vom 12. Februar 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1625) und die Verordnung vom 8. April 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1899) werden aufgehoben.

Brüssel, den 16. Juli 1916.

C. C. VII 6726.

Arrêté * concernant la réglementation du commerce du beurre.**

Art. 1er. Le prix que le producteur de beurre peut exiger dans le commerce de gros (prix régulateur) sera, à partir du 25 juillet 1916, fixé comme suit par kg. livré franco à Bruxelles, emballage usuel y compris:

I. *Beurre crème:*

Beurre naturel (contenant au plus 18 % d'eau)
(beurre crême 1re qualité) . . . . fr. 5.—
Beurre contenant plus de 18 et au plus 50 %
d'eau (beurre crême 2e qualité) . . . . . . „ 3.—

II. Beurre salé:

Beurre naturel (contenant au plus 18 % d'eau)
(beurre salé 1re qualité) . . . . fr. 4.80
Beurre contenant plus de 18 et au plus 50 %
d'eau (beurre salé 2e qualité) . . . . . . „ 2.80

Art. 2. Les prix régulateurs sont de rigueur pour tout le territoire du Gouvernement général à moins que des dispositions dérogatoires ne soient applicables en vertu de l'art. 7.

Art. 3. Par dérogation à l'art. 6 de l'arrêté du 20 octobre 1903 du Roi des Belges, modifié par celui du 18 september 1904, il est défendu de faire du beurre contenant plus de 50 % d'eau. Sauf cette restriction, l'arrêté précité et sa modification restent en vigueur.

Art. 4. Le poids du sel mélangé au beurre ne doit pas dépasser 4 % du poids total.

Art. 5. Les revendeurs de beurre ont le droit, pour établir leurs prix de vente, de hausser leurs prix d'achat comme suit:

dans le commerce de gros : au plus 15 ces au kg.,
„ de détail: „ „ 40 „ „ „
pour la 1re qualité,
dans le commerce „ „ „ 30 „ „ „
pour la 2e qualité.

Cette hausse ne peut être appliquée qu'une fois dans le commerce de gros comme dans le commerce de détail, peu importe que, dans chacun de ces deux commerces,

la marchandise ait ou non changé plusieurs fois de propriétaire.

Cette hausse tient compte de tous les frais des entreprises; elle comprend en outre, dans le commerce de gros, tous les frais de transport jusqu'au lieu où le détaillant procède à la vente, et, dans le commerce de détail, les frais de livraison au domicile du consommateur.

Art. 6. Est considérée comme vente en détail quant à l'application du présent arrêté, la vente à tout consommateur qui n'achète pas plus de 5 kg. à la fois.

Art. 7. Tenant compte des conditions spéciales auxquelles certains marchés peuvent être assujettis, les gouverneurs militaires et les gouverneurs des places fortes ont le droit, pour les ventes effectuées par les producteurs, dans tout ou partie de leur district, d'établir des prix-maxima dérogeant aux prix régulateurs (voir art. 1er) et de réglementer eux-mêmes le marché du beurre; le cas échéant, les gouverneurs préviendront le Gouvernement général des mesures prises par eux à cette fin.

Art. 8. Pour les ventes du commerce de détail, les prix-maxima se déterminent en ajoutant les hausses prévues à l'art. 5 soit aux prix régulateurs établis par l'art. 1er, soit, le cas échéant, aux prix fixés par dérogation, en vertu de l'art. 7.

Art. 9. Les détaillants sont tenus d'afficher bien en vue les prix de vente de leur beurre, en désignant l'espèce conformément à l'art. 1er. Si le beurre est mis en vente dans un magasin, l'affichage doit avoir lieu à l'étalage; si la vente se fait à l'aide d'une voiture par un marchand ambulant, les prix et les espèces de beurre doivent être affichés sur une des parois latérales et extérieures de la voiture; au marché, l'affichage doit

être fait à l'endroit même où le marchand procède à la vente.

Art. 10. Le détaillant ne peut refuser de céder au consommateur, au prix affiché et moyennant payement au comptant, les quantités de beurre qui font l'objet des transactions usuelles du commerce de détail; il ne peut pas non plus exiger du consommateur que celui-ci achète en même temps d'autres marchandises.

Art. 11. Les infractions aux dispositions du présent arrêté seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de police ou correctionnel d'un an au plus, soit d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la marchandise.

Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 12. Sont abrogés l'arrêté du 30 novembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1397), les articles Ier, III, IV et V de l'arrêté du 12 février 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1625) et l'arrêté du 8 avril 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1899).

Bruxelles, le 16 juillet 1916.

C. C. VII 6726.

Verordening *** over de regeling van den handel in boter.

Art. 1. De prijs, dien de vervaardiger bij den verkoop in 't groot mag vragen voor boter, vrij te Brussel geleverd, de gebruikelijke verpakking erbij begrepen (grondprijs), wordt met ingang van 25 Juli 1916 per kilogram als volgt vastgesteld:

I. Zoete roomboter.

Zuivere boter (ten hoogste 18 % water inhoudend) (zoete roomboter van 1ste hoedanigheid)	*5,— frank*
Boter meer dan 18—50 % water inhoudend (zoete roomboter van 2de hoedanigheid)	*3,— „*

II. Gezouten boter.

Zuivere boter (ten hoogste 18 % water inhoudend) gezouten boter van 1ste hoedanigheid)	*4,80 frank*
Boter meer dan 18—50 % water inhoudend (gezouten boter van 2de hoedanigheid)	*2.80 „*

Art. 2. De grondprijzen dienen tot maatstaf voor het gebied van het Generalgouvernement in België, zoover overeenkomstig artikel 7 geen afwijkende bepalingen worden getroffen.

Art. 3. Het vervaardigen van boter, meer dan 50 % water inhoudend, is, in wijziging van artikel 6 uit het besluit van den koning der Belgen, gedagteekend op 20 Oktober 1903 en gewijzigd bij besluit van 18 September 1904, verboden. Voor het overige blijven de bepalingen uit dit besluit van kracht.

Art. 4. In de boter mag niet meer dan 4 % zout gemengd worden.

Art. 5. Bij den voortverkoop van boter mag de toeslag voor den verkoop ten hoogste

in den groothandel: 0.15 fr. per kgr boter,

in den kleinhandel: 0.40 fr. per kgr. boter van 1ste hoedanigheid,

0.30 fr. per kgr. boter van 2de hoedanigheid, bedragen.

Zoowel in den groot- als in den kleinhandel mag de toeslag slechts eenmaal toegepast worden, om 't even of de waar in beide handels meermaals van eigenaar verwisseld heeft.

De toeslag omvat alle bedrijfskosten van den handel, in den groothandel bovendien de gezamenlijke kosten van vervoer tot op de verkoopplaats van den kleinhandelaar, in den kleinhandel de mogelijke kosten van vervoer tot aan de woning van den verbruiker.

Art. 6. Door kleinhandel in den zin van deze Verordening is te verstaan de verkoop aan den verbruiker, zoover het niet gaat om hoeveelheden boven 5 kgr.

Art. 7. Met het oog op bizondere markttoestanden in de gouvernementsdistrikten, hebben de krijgs- en vestingsgouverneurs het recht voor de vervaardigers van boter in deze distrikten of gedeelten daarvan, hoogste prijzen vast te stellen, die afwijken van de grondprijzen (artikel 1), alsook de botermarkten zelf te regelen; zij zullen het Generalgouvernement op de hoogte houden van de maatregelen, die zij te dien einde zouden nemen.

Art. 8. De hoogste prijzen voor den verkoop in 't klein, worden volgens de grondprijzen (artikel 1) berekend, met inachtneming der handelstoeslagen (artikel 5) of, bijaldien afwijkingen werden getroffen, volgens deze afwijkingen (art. 7).

Art. 9. De kleinhandelaars moeten de verkoopprijzen, alsook de soorten van boter (artikel 1), op een goed zichbare plaats uithangen. In vaste verkoopplaatsen moeten prijs en soort in de uitstalling; bij verkoop van boter op voertuigen langs de straat, op den buitenkant van het voertuig; op de markt aan de verkoopkraam uitgehangen worden.

Art. 10. De kleinhandelaar mag niet weigeren de in zijn bedrijf gebruikelijke hoeveelheden boter aan den

verbruiker, tegen betaling in gereed geld aan den aangekondigden prijs, te verkoopen, noch den verkoop der boter afhankelijk maken van het medenemen van andere waren.

Art. 11. Overtredingen van vorenstaande bepalingen worden met ten hoogste één jaar hechtenis of gevangenis of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk worden uitgesproken. De waar kan bovendien verbeurd verklaard worden.

De krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Art. 12. De Verordening van 30 November 1915 (Wet- en Verordeningsblad, bladz. 1397), artikelen I, III, IV en V van de Verordening van 12 Februari 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bladz. 1625) en de Verordening van 8 April 1916 (Wet- en Verordeningsblad, blz. 1899) zijn opgeheven.

Brussel, den 16n Juli 1916.
C. C. VII 6726.

VERORDNUNG, ***
betreffend das Verbot des Röstens von Getreide.

Das Rösten von Getreide aller Art ohne meine vorherige Genehmigung wird hierdurch verboten.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft. Auch kann auf beide Strafen nebeneinander und auf Einziehung der gerösteten oder zum Rösten bestimmten Vorräte erkannt werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbehörden.

Brüssel, den 19. Juli 1916.
Z. E. K. 3874.

Arrêté * concernant l'interdiction de torréfier le blé.**

Il est interdit de torréfier les céréales de tout genre, sans y être autorisé par moi.

Les infractions au présent arrêté seront punies d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément; en outre, on pourra prononcer la confiscation des quantités qui ont été torréfiées ou étaient destinées à l'être.

Les tribunaux et autorités militaires allemands ont compétence pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 19 juillet 1916.
Z. E. K. 3874.

Verordening * houdend verbod om koren te branden.**

Het branden van allerhande koren zonder mijn voorafgaande toelating, is hierbij verboden.

Overtredingen worden met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Ook kunnen beide straffen tegelijk, benevens de verbeurdverklaring van de gebrande of van de voor het branden bestemde voorraden, uitgesproken worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsoverheden.

Brussel, den 19n Juli 1916.
Z. E. K. 3874.

No. 237. — 26. JULI 1916. Pag. 2419

VERORDNUNG,
betreffend Loslösung der sozialen Fürsorge von der Verwaltung des Belgischen Roten Kreuzes.

Über die Abzweigung der Abteilung Soziale Fürsorge von der Verwaltung des Belgischen Roten Kreuzes bestimme ich folgendes:

1) Die Abteilung Soziale Fürsorge des Belgischen Roten Kreuzes wird selbständig gemacht und erhält die Bezeichnung

ZENTRALE für Soziale Fürsorge.

Leiter, Abteilungsvorstände und sonstige Mitglieder werden vom Generalgouverneur ernannt. Der Leiter erlässt die zur Durchführung der praktischen Fürsorge erforderlichen Ausführungsanweisungen; er erhält die Befugnis, selbständig an die Kommissare des Belgischen Roten Kreuzes diejenigen Anweisungen zu geben, welche für die Zwecke der Sozialen Fürsorge erforderlich sind.

2) Die Zentrale für Soziale Fürsorge hat die Aufgabe, der Bevölkerung im Gebiete des Generalgouvernements ohne Ansehung der staatlichen, politischen und konfessionnellen Zugehörigkeit nach den für das Internationale Rote Kreuz geltenden Grundsätzen in möglichst weitem Masse eine Soziale Fürsorge zur Linderung und Beseitigung von Notständen aller Art angedeihen zu lassen. Sie ist berechtigt, Namen und Zeichen des Belgischen Roten Kreuzes zu führen, bleibt dem Belgischen Roten Kreuz angegliedert, ist aber zur Ausführung der notwendigen Massnahmen selb-

ständig. Ihr Leiter ist für die Verwendung der Gelder innerhalb seines Amtsbereiches allein verantwortlich.

Brüssel, den 15. Juli 1916.

D. B. R. Kr. 10547.

Arrêté détachant de l'Administration de la Croix Rouge de Belgique la section de la prévoyance sociale (Abteilung Soziale Fürsorge).

En vue de détacher de l'Administration de la Croix Rouge de Belgique la Section de la prévoyance sociale (Abteilung Soziale Fürsorge), j'arrêté ce qui suit:

1) La Section de la prévoyance sociale de la Croix Rouge de Belgique sera dorénavant autonome, sous la désignation de Bureau central de la prévoyance sociale (Zentrale für Soziale Fürsorge).

Le directeur, les chefs de section et autres membres dudit bureau seront nommés par le Gouverneur général. Il appartient au directeur de prendre les dispositions nécessaires à la mise en pratique de la prévoyance sociale; il est autorisé à donner, de sa propre initiative, aux commissaires de la Croix Rouge de Belgique, les instructions nécessaires aux fins de la prévoyance sociale.

2) Le Bureau central de la prévoyance sociale a pour mission de faire bénéficier les habitants du territoire du Gouvernement général d'une prévoyance sociale destinée, conformément aux principes adoptés par la Croix Rouge internationale, à soulager la misère et à combattre les calamités publiques de toutes espèces, dans la plus large mesure possible et sans distinction de nationalité, de parti politique ou de religion. Il a le droit de faire usage du nom et du signe distinctif de la Croix Rouge de Belgique, à laquelle il reste attaché,

tout en étant indépendant pour l'application des mesures reconnues nécessaires. Son directeur sera seul responsable de l'emploi des fonds attribués à son service.

Bruxelles, le 15 juillet 1916.

D. B. R. Kr. 10547.

Verordening waarbij de afdeeling voor sociale voorzorg (Abteilung Soziale Fürsorge) van het beheer van het Rood Kruis van België wordt afgescheiden.

Over de afscheiding der afdeeling „Sociale Voorzorg" van het beheer van het Belgisch Rood Kruis, bepaal ik hetgeen volgt:

1) *De afdeeling voor Sociale Voorzorg van het Belgisch Rood Kruis treedt voortaan zelfstandig op en draagt den naam:*

CENTRALE voor Sociale Voorzorg.

De bestuurder, de afdeelingsoversten en de overige leden worden door den Generalgouverneur benoemd. De bestuurder is belast met het uitvaardigen van de noodige uitvoeringsbepalingen voor het ten uitvoer brengen van praktische voorzorgsmaatregelen; hij is bevoegd, zelfstandig aan de kommissarissen van het Belgisch Rood Kruis die aanwijzingen te geven, welke voor het doel der Sociale Voorzorg nuttig zijn.

2) *De Centrale voor Sociale Voorzorg heeft voor opdracht, volgens de grondregels voor het Internationaal Rood Kruis, in de ruimste mate een sociale voorzorg toe te passen om de nooden van de bevolking binnen het Gebied van het Generalgouvernement te verzachten of te verhelpen, om het even tot welken godsdienst of staat of tot welke politieke partij de noodlijdende behoort. Zij heeft het recht, den naam en de kenteekens van het Belgisch Rood Kruis te dragen; zij*

blijft ook bij het Belgisch Rood Kruis aangesloten, doch treedt voor de uitvoering der noodige maatregelen zelfstandig op. Haar bestuurder is verantwoordelijk voor het gebruik der gelden binnen de bevoegdheid van zijn ambt.

Brusssel, den 16n. Juli 1916.
D. B. R. Kr. 10545.

VERORDNUNG, ***
betreffend Verbot der Verwendung von Reissmaschinen.

Art. 1. Die Verarbeitung von wollenen, halbwollenen, baumwollenen und allen anderen Lumpen, Gegenständen und Abfällen der Textilwarenherstellung auf Reissmaschinen (Reisswölfen) ist verboten.

Art. 2. Der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien, Abteilung für Handel und

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Gewerbe, ist ermächtigt, Ausnahmen von der Bestimmung des Artikels 1 zu gestatten.

Art. 3. Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich oder grob fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 20 000.— Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 19. Juli 1916.
C. C. IV. 9293.

Arrêté * concernant l'interdiction de se servir de machines à effilocher.**

Art. 1er. Il est défendu de soumettre à l'action des machines à effilocher (loups) les chiffons, produits et déchets de laine, de demi-laine, de coton ou de toute autre espèce provenant de l'industrie textile.

Art. 2. Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique, Section du commerce et de l'industrie (Abteilung für Handel und Gewerbe), a le droit d'autoriser des exceptions à la disposition de l'article 1er.

Art. 3. Quiconque, intentionnellement ou par grave négligence, aura enfreint les prescriptions du présent arrêté, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant aller jusqu'à 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Les infractions au présent arrêté sont de la compétence des tribunaux et commandants militaires allemands.

Bruxelles, le 19 juillet 1916.
C. C. IV. 9293.

Verordening * betreffend het verbod, rafelmachienen te gebruiken.**

Art. 1. Het verwerken op rafelmachienen van wollen, halfwollen, katoenen en alle andere vodden, voorwerpen en afval der textielwarenvervaardiging is verboden.

Art. 2. De Verwaltungschef bij den Generalgouverneur in België, Afdeeling voor Handel en Nijverheid, is gemachtigd, uitzonderingen op de bepaling van Art. 1 toe te staan.

Art. 3. Wie de voorschriften dezer Verordening opzettelijk of uit grove nalatigheid overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste één jaar gevangenis en met ten hoogste 20.000 mark boete of met een van beide straffen.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

Brussel, den 19n Juli 1916.

C. C. IV. 9293.

BEKANNTMACHUNG. ***
über Aenderung der Grenzen des Generalgouvernements.

Der südliche Teil des westflandrischen Kreises Kortrijk wird am 22. Juli 1916 dem Etappengebiet der 4. Armee, die ostflandrischen Gemeinden Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) und Nieuwkerken-Waas werden am 24. Juli 1916 dem Gebiet des Generalgouvernements angegliedert.

Die genannten vier Gemeinden unterstehen nunmehr dem Gouverneur der Festung Antwerpen; ihre bürgerliche Verwaltung liegt in Händen des Zivilpräsidenten der Provinz Ostflandern in Gent.

Die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1915 I*a* Nr. 14881 auf Seite 1436 des Gesetz- und Verordnungsblatts wird hierdurch entsprechend geändert.

Brüssel, den 21. Juli 1916.

G. G. I*b*. 5558.

Avis * portant modification des limites du Gouvernement général.**

A partir du 22 juillet 1916, la partie sud de l'arrondissement de Courtrai (Flandre occidentale) sera incorporée dans le territoire des étapes de la 4e armée; à partir du 24 juillet 1916, les communes de Thielrode, Tamise, Saint-Nicolas (Waes) et Nieukerken-Waes feront partie du territoire du Gouvernement général.

Les quatre communes précitées dépendront du Gouvernement de la place forte d'Anvers; leur administration civile sera confiée au Président de l'administration civile (Zivilpräsident de la province de Flandre orientale, à Gand.

L'avis du 19 décembre 1915 I*a* no. 14881 (page 1436 du Bulletin officiel des lois et arrêtés) est modifié en conséquence.

Bruxelles, le 21 juillet 1916.

G. G. I*b* 5558.

Bekendmaking * over wijziging van de grenzen van het Generalgouvernement.**

Het Zuidelijk deel van het arrondissement Kortrijk West-Vlaanderen) wordt op 22 Juli 1916 bij het Etappengebied der 4e Armee, de gemeenten Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) en Nieuwkerken-Waas (Oost-Vlaanderen) worden op 24 Juli 1916 bij het Gebied van het Generalgouvernement aangesloten.

De vermelde vier gemeenten staan van dan af onder den Gouverneur der vesting Antwerpen; het burgerlijk bestuur er van is in handen van den Zivilpräsident der Provincie Oost-Vlaanderen te Gent.

De bekendmaking van 19 December 1915 Ia nr. 14881 bz. 1436 van het Wet- en Verordeningsblad wordt dienovereenkomstig gewijzigd.

Brussel, den 21n Juli 1916.

G. G. Ib. 5558.

Die Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 226 vom 24. Juni 1916, Seite 2285, Art. 5 ist dahin richtig zu stellen:

mit 4 oder 5 Klassen mindestens 20 vom Hundert
„ 6 „ 7 „ „ 15 „ „

Brüssel, den 23. Juli 1916.

C. C. III*a*. 2373.

No. 238. — 29. JULI 1916. Pag. 2427

VERORDNUNG,
betreffend die Gehälter der Professoren an den Staatsuniversitäten.

In Abänderung des Artikel 9 des Gesetzes vom 15. Juli 1849 und des Gesetzes vom 14. März 1863 wird bezüglich der Gehälter der Professoren an den Staatsuniversitäten bestimmt:

Art. 1. Die ordentlichen Professoren beziehen ein Gehalt von 8.000 Fr., das sich nach 3 Jahren von der Ernennung zum ordentlichen Professor an gerechnet um 500 Fr. und nach weiteren 3 Jahren abermals um 500 Fr. erhöht.

Art. 2. Die ausserordentlichen Professoren bezie-

hen ein Gehalt von 6.000 Fr. das sich nach 3 Jahren von der Ernennung zum ausserordentlichen Professor an gerechnet um 500 Fr. und nach weiteren 3 Jahren abermals um 500 Fr. erhöht.

Art. 3. Verdiente ordentliche Professoren, die seit mehr als 25 Jahren in Staats- oder Kommunaldienst stehen, über 50 Jahre alt sind und seit mindestens 3 Jahren das Höchstgehalt ihrer Stellung beziehen, können mit einer Gehaltserhöhung von einem Zehntel und nach weiteren 3 Jahren abermals von einem Zehntel des Höchstgehaltes bedacht werden.

Art. 4. Zusatzgehälter oder Entschädigungen können einzelnen Professoren aus besonderem Anlass bewilligt werden.

Art. 5. Die in Artikel 1 und 2 vorgesehenen Erhöhungen können schon vor Ablauf von 3 bezw. von 6 Jahren nach der Ernennung zum Professor gewährt werden, wenn der Betreffende mindestens 6 bezw. 12 Jahre im Staats- oder Kommunaldienst tätig war.

Art. 6. De vorstehenden Bestimmungen finden auf nicht im Dienst befindliche Professoren keine Anwendung.

Art. 7. Die Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1916 in Wirksamkeit.

Brüssel, den 19. Juli 1916.

C. C. III*b*. 322.

Arrêté concernant le traitement des professeurs aux universités de l'Etat.

Par dérogation à l'article 9 des lois du 15 juillet 1849 et du 14 mars 1863, j'arrêté ce qui suit, relativement

aux traitements alloués aux professeurs des universités de l'Etat:

Art. 1er. Les professeurs ordinaires toucheront un traitement de 8.000 francs, augmentant de 500 francs une première fois 3 ans après la nomination au rang de professeur ordinaire et une deuxième fois 3 ans après la première augmentation.

Art. 2. Les professeurs extraordinaires toucheront un traitement de 6.000 francs, augmentant de 500 francs une première fois 3 ans après la nomination au rang de professeur extraordinaire et une deuxième fois 3 ans après la première augmentation.

Art. 3. Les professeurs ordinaires méritants qui, depuis plus de 25 ans, sont en fonctions au service soit de l'Etat soit d'une commune, qui ont, en outre, dépassé l'âge de 50 ans et touchent, depuis 3 ans au moins, le maximum de leur traitement, pourront bénéficier d'une augmentation équivalant au dixième de ce maximum; une seconde augmentation de même importance pourra leur être accordée après une période de 3 ans.

Art. 4. Des suppléments de traitement ou des indemnités pourront être alloués à certains professeurs, pour des motifs spéciaux.

Art. 5. Lorsqu'un professeur a au moins soit 6 soit 12 ans de fonctions au service de l'Etat ou d'une commune, les augmentations prévues aux articles 1er et 2 pourront aussi s'accorder avant l'expiration du délai de 3 ou de 6 ans susmentionné.

Art. 6. Les présentes dispositions ne sont pas applicables aux professeurs qui ne sont pas en fonctions.

Art. 7. Le présent arrêté produira ses effets à partir du 1er juillet 1916.

Bruxelles, le 19 juillet 1916.
C. C. III*b* 322.

Verordening betreffend de jaarwedden der hoogleeraars aan de staatshoogescholen.

In afwijking van artikel 9 der wet van 15 Juli 1849 en van de wet van 14 Maart 1863 wordt, betreffend de jaarwedden der hoogleeraars aan de staatshoogescholen, het volgende bepaald:

Art. 1. De gewone hoogleeraars genieten een jaarwedde van 8000 frank die, drie jaar na de benoeming tot gewoon hoogleeraar, met 500 frank en, na nogmaals drie jaar, weer met 500 frank verhoogd wordt.

Art. 2. De buitengewone hoogleeraars genieten een jaarwedde van 6000 frank die, 3 jaar na de benoeming tot buitengewoon hoogleeraar, met 500 frank en, na nogmaals 3 jaar, weer met 500 frank verhoogd wordt.

Art. 3. Aan verdienstelijke gewone hoogleeraars boven de 50 jaar, die sedert meer dan 25 jaar in staats- of gemeentedienst werkzaam zijn en sedert ten minste 3 jaar het maximum hunner jaarwedde genieten, kan eene verhooging van een tiende, en, na nogmaals 3 jaar, weer een verhooging van een tiende van het maximum hunner jaarwedde toegekend worden.

Art. 4. Aan afzonderlijke hoogleeraars kunnen om bijzondere reden, bijslag of vergoedingen toegestaan worden.

Art. 5. De onder artikelen 1 en 2 voorziene verhoogingen kunnen reeds vóór afloop van het 3e of 6e jaar na de benoeming tot hoogleeraar verleend worden, indien de betreffende ten minste 6 of 12 jaar in staats- of gemeentedienst werkzaam is geweest.

Art. 6. Vorenstaande bepalingen zijn op niet in dienst zijnde hoogleeraars niet van toepassing.

Art. 7. De verordening wordt op 1 Juli 1916 van kracht.

Brussel, den 19n Juli 1916.

*C. C. III*b *322.*

No. 239. — 31. JULI 1916. **Pag. 2435**

VERORDNUNG, ***
über die Bestandsaufnahme von Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren in Belgien.

§ 1. Wer Web-, Wirk- und Strickwaren, Bänder, Kordeln, Gurte, Schnüre, Litzen, Schnürsenkel, Hosenträger und Gummibänder in Verwahrung hat, ist verpflichtet, die Waren unter Beifügung von Mustern für jede Warengattung und unter Angabe der vorhandenen Warenmengen (Meter, bei Strickwaren, Bandwaren und Trikotagen Stückzahl) nach Massgabe der angefügten Uebersicht anzumelden. Die Anmeldung hat bei dem „Militärischen Textil-Beschaffungsamt" in Brüssel *bis zum 21. August 1916* zu erfolgen. Für die Meldepflicht ist der am Beginn des 31. Juli 1916 (Stichtag) tatsächlich vorhandene Bestand massgebend. Zur Meldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, alle wirtschaftlichen

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Betriebe, sowie öffentlichrechtliche Körperschaften und Verbände, die Eigentum oder Gewahrsam an meldepflichtigen Gegenständen haben oder bei denen sich solche unter Zollaufsicht befinden.

Vorräte, die sich am Stichtage nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie an diesem Tage in Gewahrsam hat (Lagerhalter, Spediteure, usw.).

Alle die, welche meldepflichtige Gegenstände in Gewahrsam haben, ohne Eigentümer zu sein, brauchen nur die von ihnen verwahrten Mengen sowie die Eigentümer anzugeben, aber nicht die übrigen Spalten des Meldescheines (§ 10) auszufüllen.

Die nach dem Stichtage eintreffenden, vor dem Stichtage aber schon abgesandten Vorräte sind nur von dem Empfänger zu melden.

Neben demjenigen, der die Ware in Gewahrsam hat, ist auch derjenige zur Meldung verpflichtet, der sie einem Lagerhalter oder Spediteur zur Verfügung eines Dritten übergeben hat.

Ist jemand im Unklaren darüber, ob seine Ware anmeldepflichtig ist oder nicht, so hat er sie zunächst anzumelden.

§ 2.

Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind:

1) Stoffe aus Natur- und Kunstseide.

2) Halbseidene Stoffe, sofern Kette oder Schuss ausschliesslich aus Natur- oder Kunstseide besteht.

3) Alle Stoffe und Bandwaren, die ausschliesslich oder zum überwiegenden Teil aus den zu 1 und 2 genannten Stoffen hergestellt sind.

4) Seidene und halbseidene Trikotagen und Wirkwaren, insbesondere seidene und halbseidene Strümpfe und Handschuhe. Als halbseidene Waren dieser Art gelten solche, die nach der Fläche mindestens zur Hälfte aus Natur- oder Kunstseide bestehen und seidenplattierte Strümpfe.

5) Wollene oder baumwollene Damen- und Kinderstrümpfe, wollene oder baumwollene gewirkte Handschuhe.

6) Spitzen und Besatzstickereien, Posamentierwaren für Möbel.

7) Mützen, Hüte, Schleier, Hutsammete.

8) Schirme.

9) Abgepasste Teppiche, Bettüberdecken und farbige Tischdecken.

10) Abgepasste Gardinen und Vorhänge, Tüllgardinen meterweise.

11) Damenbinden.

12) Konfektionierte, genähte Weisssswaren (ungewaschen), z. B. Bäffchen, Rüschen, Halskrausen, Jabots u. s. w.

13) Fertige Herren- und Knabengarderobe, Militäruniformen, Uniformbesatz und Militärausrüstungsgegenstände.

14) Alle Artikel der fertigen Damenmäntel- und Mädchenmäntel-, Damenkleider- und Mädchenkleider-, Damenblusen- und Mädchenblusenkonfektion.

15) Mit Pelz gefütterte und überzogene Kleidungsstücke.

16) Fertige Damenwäsche und Kinderwäsche.

17) Säuglingswäsche und Säuglingsbekleidung.

18) Fertige Korsette und Korsettschoner.

19) Gemusterte weisse Tisschzeuge.

20) Fertige Haus- und Zierschürzen.

21) Getragene Kleidungsstücke.

22) Kragen und Manschetten, Vorstecker und Einsätze, Schlafanzüge.

23) Stoffe in ein und derselben Qualität ohne Rücksicht auf Farbe und Muster und zwar

zu I der Uebersicht:

In Mengen bis zu 200 Meter bei Breiten unter 100 cm oder in Mengen bis zu 100 Meter bei Breiten von 100 cm und darüber, Herrenstoffe aus Wolle oder Halbwolle, jedoch nur bei Mengen bis zu 50 Meter.

Zu II der Uebersicht:

Trikotagen, Sweater, Unterkleidung 30 Stück
Strümpfe . . . . 60 Paar
Schlauchwaren . . . . 50 Kilogramm
in ein und derselben Qualität ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse.

Zu III der Uebersicht:

Schlaf- und Pferdedecken je 15 Stück in ein und derselben Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse.
Deckenstoffe 100 Meter ein und derselben Qualität
Scheuertücher 600 Stück.

Zu IV der Ubersicht:

Bänder,
Kordeln,
Schnüre,
Litzen aus Baumwolle,

in Mengen pro Qualität, Breite bezw. Dicke, Muster und Farbe bis zu 10000 Meter,

alle übrigen Arten dieser Artikel in Mengen bis zu 5000 Meter,

Gurte in Mengen bis zu . . . . 1000 Meter,
Gummibänder in Mengen bis zu . . 300 Meter,
Schnürsenkel in Mengen bis zu . . 50 Gross,

Hosenträger ohne Rücksicht auf Farbe und Muster per Qualität in Mengen bis zu 12 Dzd.

24) Alle übrigen Woll- und Baumwollstoffe bis zu Längen von 2 Meter.

§ 3. Jeder Meldepflichtige hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Aenderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muss.

Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Buch führt, braucht ein besonderes Lagerbuch nicht eingerichtet zu werden. In dem Lagerbuch ist indes mit roter Tinte deutlich bei den einzelnen meldepflichtigen Posten zu vermerken, dass sie gemeldet sind.

Die Beauftragten der Militär- und Zivilbehörden sind befugt, jederzeit die Lagerbücher, Geschäftsbücher und Geschäftspapiere zu prüfen, sowie die Räume zu besichtigen, in denen meldepflichtige Gegenstände zu vermuten sind.

§ 4. Von den nach § 1 in Verbindung mit § 2 anmeldepflichtigen Waren darf abgesehen von Verkäufen an das Militärische Textil-Beschaffungsamt in Brüssel bis zum 30. September 1916 nur der zehnte Teil von jeder nach Massgabe der Uebersicht zu unterscheidenden Warengattung verkauft, zerschnitten oder verarbeitet werden. Im übrigen dürfen Waren dieser Art bis auf weiteres ohne Genehmigung des Militärischen Textil-

Beschaffungsamtes in Brüssel nicht veräussert, zerschnitten oder verarbeitet werden.

Die gewerbsmässige Herstellung von Kleidungsstücken aus dem freigegebenen Teil der anmeldepflichtigen Waren darf nur auf Bestellung und nur dann vorgenommen werden, wenn der Gewerbetreibende von seinen Kunden einen festen Auftrag dafür erhalten hat, in dem Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben ist.

Das Zuschneiden mittels irgendwelcher mit Kraft angetriebener Zuschneidemaschinen, sowie mittels Zuschneidemaschinen mit Hand- oder Fussbetrieb wird verboten.

§ 5. Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren der in der Uebersicht beschriebenen Art, die in der Herstellung befindlich sind oder künftig hergestellt werden, dürfen nicht veräussert, zerschnitten oder verarbeitet werden, sobald ihre Herstellung beendet ist, und zwar ohne Rücksicht auf Mindestmenge.

Alle diese Waren sind monatlich, erstmalig am 1. September 1916 nachzumelden.

Die Bestimmungen in Absatz 1 und Absatz 2 finden keine Anwendung auf Gegenstände, welche nachweislich nach dem 31. Juli aus dem Auslande eingeführt worden sind oder aus nach diesem Zeitpunkt eingeführten Rohstoffen hergestellt sind.

§ 6. Die Besitzer der dem Veräusserungsverbot unterliegenden Gegenstände sind verpflichtet, diese bis auf weiteres zu verwahren und pfleglich zu behandeln.

Die dem Veräusserungsverbot unterliegenden Gegenstände sind getrennt von den freien Vorräten aufzubewahren und als solche kenntlich zu

machen. Die Trennung und Kenntlichmachung muss erstmals bis zum 21. August 1916 erfolgen.

§ 7. Die Meldungen dürfen nur auf amtlichen Meldescheinen für Web-, Wirk- und Strickwaren erstattet werden. Die Meldescheine sind bei dem Militärischen Textil-Beschaffungsamt in Brüssel oder bei dem zuständigen Kreischef anzufordern.

§ 8. Alle Anfragen und Anträge, die die vorliegende Verordnung oder etwa dazu ergehende Ausführungsbestimmungen betreffen, sind an des Militärische Textil-Beschaffungsamt in Brüssel, Wetenschapstraat 35, zu richten.

§ 9. Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich falsche oder unrichtige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft. Im Urteil ist auf Einziehung der verschwiegenen Vorräte für das Militärische Textil-Beschaffungsamt zu erkennen ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehoren oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft. Daneben kann auf Einziehung der verschwiegenen Vorräte für das Militärische Textil-Beschaffungsamt erkannt werden.

Wer vorsäzlich oder grob fahrlässig den sonstigen Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre

und mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

§ 10. Die Vorschriften der §§ 3, Abs. 3, 4, 8 und 9, Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 dieser Verordnung finden keine Anwendung auf die am Stichtag (31. Juli) nachweislich im Eigentum der Commission for Relief in Belgium oder des Comité National de Secours et d'Alimentation befindlichen Waren.

Brüssel, den 19. Juli 1916.

C. C. IV A. 9278.

UEBERSICHT.

I. Stückware:

a) Stoffe für Herren-, Damen- und Kinder-Oberkleidung geeignet,

1) aus Wolle, Halbwolle oder aus Tierhaaren hergestellt,

2) aus Baumwolle, Leinen, Halbleinen und Waren aus sonstigen Pflanzenfasern usw.

b) Stoffe für Herren-, Damen- und Kinder-Unterkleidung geeignet,

1) aus Wolle, Halbwolle oder aus Tierhaaren hergestellt,

2) aus Baumwolle, Leinen, Halbleinen und Waren aus sonstigen Pflanzenfasern usw.

c) Stoffe für Bettwäsche,

d) Stoffe für Decken, Scheuertücher, Pläne, Futterzwecke und für alle unter *a) b) c)* nicht aufgeführten Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren.

II. Konfektionierte Unterziehkleidung, für Männer und Jünglinge,

sowie Trikotagen, Sweater, Strümpfe und Schlauchwaren.

III. Decken.
Schlaf-, Pferdedecken, Deckenstoffe und Scheuertücher jeder Art.

IV. Bänder, Kordeln, Schnüre, Litzen, Gurte, Gummibänder, Schnürsenkel und Hosenträger jeder Art.

Arrêté * concernant le relevé des stocks de tissus, de bonneterie (articles en tricot, etc.) et d'articles de rubanerie, se trouvant en Belgique.**

§ 1er. Quiconque détient des tissus, de la bonneterie (articles en tricot, etc.), des articles de rubanerie, des cordons, des sangles, des cordonnets, des ganses (galons, liserés, soutaches), des lacets, des paires de bretelles, des élastiques est tenu de déclarer ces marchandises, conformément au tableau ci-annexé, en joignant à sa déclaration des échantillons de chaque catégorie de marchandises et en indiquant les quantités détenues [nombre de mètres ou, s'il s'agit de bonneterie (articles en tricot, etc.) ou de rubans, le nombre de pièces]. La déclaration devra être remise le *21 août 1916 au plus tard* au „Militärisches Textil- Beschaffungsamt" à Bruxelles. Elle portera sur les quantités détenues réellement le 31 juillet 1916 (jour du relevé) au commencement du jour.

Sont tenues d'opérer la déclaration toutes les personnes physiques et morales, toutes les entreprises et toutes les corporations et associations de droit public qui sont soit propriétaires soit détentrices des objets à déclarer ou chez qui lesdits objets se trouvent placés sous le contrôle de la douane.

Les quantités qui, le jour du relevé, ne sont pas

détenues par le propriétaire doivent être déclarées à la fois par ce propriétaire et par celui qui les détient à la date dudit jour (dépositaire, commissionnaire-expéditeur, etc.).

Quiconque détient des objets à déclarer sans en être propriétaire, se bornera à indiquer les quantités qu'il détient et les noms de leurs propriétaires, sans remplir les autres colonnes du bulletin de déclaration (§ 10).

Les quantités que l'on recevra après le jour du relevé mais qui auront été envoyées avant ledit jour devront être déclarées uniquement par le destinataire.

Indépendamment du détenteur de la marchandise, celui qui l'a remise à un dépositaire ou à un commissionnaire-expéditeur à la disposition d'un tiers est également tenu de faire la déclaration prescrite.

Quiconque ne sait pas exactement si sa marchandise doit être déclarée ou non, est obligé tout d'abord de la déclarer.

§ 2. *Ne doivent pas être déclarés:*

1) les étoffes de soie naturelle ou artificielle,

2) les étoffes mi-soie, si la chaine ou la trame est exclusivement en soie naturelle ou artificielle,

3) toutes les étoffes et tous les rubans fabriqués exclusivement ou en majeure partie avec les étoffes désignées aux chiffres 1 et 2,

4) les articles en tricot et en étoffe à mailles, tout ou mi-soie, notamment les bas et chaussettes (tout ou mi-soie) et les gants. Sont considérés comme articles mi-soie ceux dont la moitié de la surface au moins est en soie naturelle ou artificielle et les bas et chaussettes avec soie à l'extérieur,

5) bas et chaussettes en laine ou en coton pour femmes et enfants, gants à mailles en laine ou en coton,

6) dentelles et broderies sur étoffes de fond, articles de passementerie pour meubles,

7) casquettes, chapeaux, voiles, voilettes, velours pour chapeaux,

8) parapluies et ombrelles,

9) tapis de dimensions déterminées, couvre-lits et nappes de couleur,

10) rideaux et tentures de dimensions déterminées, rideaux de tulle (au mètre),

11) bandes hygiéniques pour dames,

12) la lingerie confectionnée, cousue (non lavée) pour dames, par exemple les rabats, ruches, fraises (collerettes), jabots, etc.,

13) vêtements confectionnés pour hommes et garçonnets, uniformes militaires, passements et garnitures pour uniformes et objets d'équipement militaire,

14) tous les manteaux, vêtements et blouses confectionnés pour dames et pour fillettes,

15) vêtements fourrés ou recouverts de fourrures,

16) lingerie confectionnée pour dames et fillettes,

17) layettes et trousseaux pour bébés,

18) corsets et cache-corsets confectionnés,

19) linge de table blanc, à dessins,

20) tabliers de ménage et tabliers de fantaisie confectionnés,

21) vêtements usagés,

22) faux cols et manchettes, devants de chemise et plastrons pour chemises, pyjamas et robes de chambre pour hommes,

23) étoffes d'une même qualité, sans distinction de couleur ou de dessin, et en outre,

pour les marchandises désignées au chiffre I du tableau:

en quantités de 200 mètres au plus, quand la largeur est inférieure à 100 centimètres, ou en quantités de 100

mètres au plus, quand la largeur atteint ou dépasse 100 centimètres; toutefois, pour les étoffes de laine ou de demi-laine pour hommes, en quantités de 50 mètres au plus;

pour les marchandises désignées au chiffre II du tableau:

les articles en tricot, sweaters, vareuses en tricot, vêtements de dessous, à raison de 30 pièces au plus
les bas et chaussettes à raison de 60 paires au plus
les articles en tissu tubulaire à raison de 50 kg. au plus d'une même qualité, sans distinction de couleur, de dessin et de dimensions;

pour les marchandises désignées au chiffre III du tableau:

les couvertures de tout genre, par exemple les couvertures de lit et de voyage, les couvertures pour chevaux, à raison de 15 pièces au plus, d'une même qualité, sans distinction de couleur, de dessin et de dimensions;
étoffes pour couvertures, à raison de 100 mètres au plus, d'une même qualité,
torchons à raison de 600 pièces au plus;

pour les marchandises désignées au chiffre IV du tableau:

les rubans,
les cordons,
les cordonnets (lacets),
les ganses (galons, liserés, soutaches) en coton,
en quantités de 10 000 mètres au plus de chaque qualité, largeur ou épaisseur, dessin et couleur;
toutes les autres catégories de ces articles, en quantités de 5 000 mètres au plus,

les sangles, en quantités de .	1000	mètres	au plus,
les élastiques, „ „ .	300	„	„ „
les lacets, „ „ .	50	grosses	„ „

les paires de bretelles, sans distinction de couleur et de

dessin, en quantités de 12 douzaines au plus de chaque qualité;

24) toutes les autres étoffes de laine et de coton, en quantités de 2 mètres au plus.

§ 3. Chaque personne obligée de déclarer doit tenir un livre de magasin montrant les modifications subies pour ses stocks et leur emploi.

Si cette personne tient déjà un tel livre, il n'est pas nécessaire qu'elle en ouvre un nouveau à cet effet. Cependant, elle devra inscrire distinctement à l'encre rouge, en regard de chaque stock soumis à la déclaration a été effectuée.

Les mandataires des autorités militaires et civiles sont autorisés à examiner à tout instant les livres de magasin, les livres de commerce et les papiers d'affaires et à visiter les locaux dans lesquels il y a lieu de supposer la présence d'objets à déclarer.

§ 4. De toutes les marchandises déclarablest en vertu des §§ 1er et 2, il ne pourra, jusqu'au 30 septembre 1916, être vendu, découpé ou soumis à une confection quelconque, que la dixième partie des stocks de chaque catégorie nommée au tableau, à l'exception des ventes effectuées au „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles. Pour le surplus et jusqu'à nouvel ordre, toutes les marchandises de ce genre ne pourront être ni cédées, ni découpées ni soumises à une confection quelconque, sans l'autorisation du „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles.

La confection, à titre professionnel, de vêtements avec la partie des marchandises déclarables laissée dans le commerce, ne peut se faire que sur commande et que si le confectionneur a reçu de ses clients des ordres fermes désignant le nombre des vêtements commandés et le prix de chacun d'eux.

Est interdite la coupe à l'aide de machines quelcon-

ques actionnées soit par un moteur soit par la force des bras ou des pieds.

§ 5. Sans qu'il soit tenu compte d'un minimum de quantité, les tissus, la bonneterie (articles en tricot, etc.) et les articles de rubanerie du genre désigné au tableau, qui sont ou seront mis en fabrication, ne peuvent être ni cedés ni découpés, ni soumis à une confection quelconque, dès que leur fabrication est achevée.

Toutes les marchandises devront être déclarées mensuellement, pour la première fois le 1er september 1916.

Les dispositions des alinéas 1er et 2 ne sont pas applicables aux objets dont il sera prouvé qu'ils ont été importés de l'étranger après le 31 juillet ou ont été fabriqués avec des matières premières importées après cette date.

§ 6. Les détenteurs des objets dont la cession est interdite sont tenus de les garder avec soin jusqu'à nouvel ordre.

Les objets dont la cession est interdite doivent être séparés de ceux dont on peut librement disposer, et désignés de manière à être reconnus comme tels. Ces deux formalités (séparation et désignation comme objets dont la cession est interdite) devront s'accomplir, pour la première fois, le 21 août 1916 au plus tard.

§ 7. Les déclarations ne peuvent se faire qu'à l'aide des bulletins officiels de déclaration pour tissus et bonneterie (articles en tricot, etc.). Les intéressés devront demander ces bulletins au „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles ou au chef d'arrondissement (Kreischef) compétent.

§ 8. Toutes les demandes et requêtes concernant le présent arrêté ou les dispositions réglementaires qui pourront être prises à ce sujet devront être adressées au „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles, 35, rue de la Science.

§ 9. Quiconque, intentionnellement, n'aura pas donné, dans le délai prescrit, les renseignements qu'il est tenu de fournir en vertu du présent arrêté, ou, sciemment, aura fait des déclarations fausses ou inexactes, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de deux ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 50 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. Le jugement prononcera, en faveur du „Militärisches Textil-Beschaffungsamt", la confiscation des quantités non déclarées, peu importe qu'elles appartiennent ou non à l'auteur de l'infraction.

Quiconque, par négligence, n'aura pas donné, dans le délai prescrit, les renseignements qu'il est tenu de fournir en vertu du présent arrêté, ou aura fait des déclarations fausses ou inexactes, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 6 mois au plus et d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre, on pourra, en faveur du „Militärisches Textil-Beschaffungsamt", prononcer la confiscation des quantités non déclarées.

Quiconque, intentionnellement ou par grave négligence, aura enfreint les autres dispositons du présent arrêté sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

§ 10. Les dispositions du § 3, 3e alinéa et des §§ 4, 8 et 9, 1er alinéa, 2e phrase, et 2e alinéa, 2e phrase, du présent arrêté ne sont pas applicables aux marchandises dont la „Commission for Relief in Belgium" et le Comité national de secours et d'alimentation seront pro-

priétaires le jour du relevé (31 juillet), à la condition que cette propriété puisse être prouvée.

Bruxelles, le 19 juillet 1916.

C. C. IV A. 9278.

TABLEAU.

I. Tissus vendus au mêtre:
   a) étoffes pour vêtements d'hommes, de femmes et d'enfants,
      1) en laine, demi-laine ou en poils d'animaux,
      2) en coton, lin, demi-lin ou en fibres d'autres plantes, etc.;
   b) étoffes pour vêtements de dessous, pour hommes, femmes et enfants,
      1) en laine, demi-laine ou en poils d'animaux,
      2) en coton, lin, demi-lin ou en fibres d'autres plantes, etc.;
   c) étoffes pour draps de lit et oreillers;
   d) étoffes pour couvertures, pour torchons, pour bâches, marquises, vérandas, pour doublures ainsi que étoffes pour tous les articles en tissu. en bonneterie (en tricot, etc.) et pour les articles de rubanerie non désignés aux lettres *a*) *b*) et *c*).

II. Vêtements de dessous confectionnés,
pour hommes et jeunes gens,
et articles en tricot, sweater, vareuses en tricot, bas et chaussettes et articles en tissu tubulaire.

III. Couvertures.
Couvertures de voyage, de lit, etc., couvertures pour chevaux, étoffes pour couvertures, torchons de tout genre.

IV. Rubans, cordons, cordonnets, ganses (galons, liserés, soutaches), sangles, élastiques, lacets et paires de bretelles de tout genre.

Verordening * over de stapelopneming van weefsels, gemaakte en gebreide goederen en van lintwaren in België.**

§ 1. Wie weefsels, gemaakte en gebreide goederen, linten, snoeren, gordellint, veters, lischkoord (nestels, enz.) rijgveters, bretels en rekgombanden in bewaring heeft, is gehouden van deze waren naar den maatstaf van de hierbijgevoegde Overzichtstafel aangifte te doen. Van elke soort moeten bij de aangifte monsters gevoegd worden; ook dienen de voorhanden hoeveelheden (in meter; voor gebreide goederen, evenals voor lintwaren en breiwerken, tricotwaren, enz. het aantal stukken) daarbij aangegeven. De aangifte moet ten laatste op 21 Augustus 1916 *bij het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" gedaan zijn. De stapels moeten aangegeven worden, zooals zij bij den aanvang van 31 Juli 1916 (proefdag) in werkelijkheid voorhanden zijn.*

Alle natuurlijke en rechtspersonen, alle handelsbedrijven, evenals openbaar rechtelijke lichamen en vereenigingen, die aan te geven voorwerpen in eigendom of in bewaring hebben, of bij wie zulke goederen zich onder toltoezicht bevinden, zijn verplicht daarvan aangifte te doen.

Stapels, die op den proefdag (31 Juli 1916) niet bij den eigenaar in bewaring liggen, moeten zoowel door den eigenaar als door den persoon, bij wien ze op dezen dag in bewaring zijn (pakhuishouder, expediteur, enz.) aangegeven worden.

Zij die aan te geven voorwerpen in bewaring hebben, zonder daarvan eigenaar te zijn, hoeven enkel de bij hen geborgen hoeveelheden, alsook de eigenaars aan te geven; zij hebben de andere kolonnen van de lijst van aangifte (§ 10) echter niet in te vullen.

Stapels, die na den proefdag (31 Juli) aankomen, doch reeds vóór dezen dag afgezonden waren, moeten alleen door den bestemmeling aangegeven worden.

Behalve hij, die de goederen in bewaring heeft, is ook de persoon, die ze ter beschikking van een derde aan een pakhuishouder of expediteur overgelaten heeft, gehouden aangifte te doen.

Twijfelt iemand of zijn goederen al dan niet onder de verplichte aangifte vallen, zoo heeft hij ze vooreerst aan te geven.

§ 2.

Zijn niet aan de verplichte aangifte onderworpen:

1) *Stoffen uit natuur- en kunstzijde;*

2) *Halfzijden stoffen, zoover ketting en inslag uitsluitend uit natuur- of uit kunstzijde vervaardigd is;*

3) *Alle stoffen en lintwaren, die uitsluitend of voor het meerendeel vervaardigd zijn uit onder 1 en 2 genoemde stoffen;*

4) *Zijden en halfzijden gebreide goederen en maaswerk, inzonderheid zijden en halfzijden kousen, sokken en handschoenen. Gelden als halfzijden goederen in dezen zin, kousen en sokken wier vlak ten minste voor de helft uit natuur- of kunstzijde bestaat, alsook met zijde overwerkte kousen en sokken;*

5) *Wollen of katoenen vrouwen- en kinderkousen en -sokken, wollen of katoenen handschoenen met mazen;*

6) *Kanten en garneeringsborduurwerk, passementwerk voor meubels;*

7) *Petten (klakken), hoeden, sluiers en voiletten, hoedenfluweel;*

8) *Regen- en zonneschermen;*

9) *Afgepaste tapijten, bedspreiën en gekleurde tafellakens;*

10) *Afgepaste gordijnen en behangsels. Tulen gordijnen aan het stuk;*

11) *Vrouwenbanden;*

12) *Gekonfektionneerd, genaaid, witgoed (ongewasschen) voor vrouwen b. v. befjes, ruches, plooikraagjes, jabots, enz.;*

13) *Afgemaakte heeren- en kinderkleederen, militaire uniformen, bezetsels voor uniformen en militaire uitrustingsstukken;*

14) *Alle afgemaakte vrouwen- en meisjesmantels, vrouwen- en meisjeskleederen, vrouwen- en meisjesblousen;*

15) *Met pels gevoerde en overtrokken kleedingstukken;*

16) *Afgemaakt ondergoed voor vrouwen en meisjes;*

17) *Linnen en kleedjes voor zuigelingen;*

18) *Afgemaakte keurslijven en cache-corsets;*

19) *Met teekeningen versierd tafellinnen;*

20) *Afgemaakte huis- en fantasieschorten;*

21) *Gedragen kleedingstukken;*

22) *Boordjes en manchetten, plastrons en borststukken voor hemden, nachtgewaden en kamerrokken voor heeren;*

23) *Stof van een en dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur en de teekening zij en wel voor de goederen bedoeld*

onder I van de Overzichtstafel:

Bij hoeveelheden tot 200 meter met minder dan 100 cM. breedte, of bij hoeveelheden tot 100 meter met 100 cM. of meer breedte; wollen of halfwollen heerenstoffen evenwel slechts bij hoeveelheden tot 50 meter; voor de goederen bedoeld

onder II van de Overzichtstafel:

Breiwaren (tricots, enz.), sweaters, gebreide boe-

zeroenen, onderkleederen tot 30 stuk
kousen en sokken tot 60 paar
buisvormige weefsels tot 50 kilogram
van een en dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn; voor goederen bedoeld

onder III der Overzichtstafel:

Allerhande dekens, b. v. bedde-, reis- en paardedekens, voor elk tot 15 stuk, van een en dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn;
stof voor dekens tot 100 meter van een en dezelfde hoedanigheid,
opneemdoeken tot 600 stuk; voor goederen bedoeld

onder IV van de Overzichtstafel:

Linten,
snoeren,
veters,
lischkoord (nestels, enz.) uit katoen,
in hoeveelheden tot 10.000 meter van elke hoedanigheid, breedte of dikte, teekening of kleur;
al de andere soorten van deze artikelen in hoeveelheden tot 5000 meter,
gordellint in hoeveelheden tot 1000 meter,
rekgombanden in hoeveelheden tot 300 meter,
rijgveters in hoeveelheden tot 50 gros,
bretels van om 't even welke kleur en teekening, voor elke hoedanigheid in hoeveelheden tot 12 dozijn.

24) *Alle andere wollen en katoenen stoffen, die tot 2 meter lang zijn.*

§ 3. Ieder, die verplicht is aangifte te doen, moet

een magazijnboek houden, waarin elke verandering in de voorhanden hoeveelheden en het daarvan gemaakt gebruik na te gaan is.

In geval een dergelijk boek reeds gehouden wordt, hoeft men geen nieuw magazijnboek meer te beginnen. In het magazijnboek moet intusschen bij elke post over aan te geven waren, duidelijk met roode inkt aangeteekend worden, dat aan de aangifteplicht is voldaan.

De lasthebbers van militaire en burgerlijke overheden zijn bevoegd, te allen tijde de magazijnboeken, handelsboeken en zaakpapieren te onderzoeken, alsook de lokalen te bezichtigen, waarin het voorhanden zijn van aan te geven voorwerpen kan worden vermoed.

§ 4. Van de, overeenkomstig § 1 en § 2 aan te geven waren, mag tot op 30 September 1916 slechts het tiende deel van iedere, volgens de Overzichtstafel te onderscheiden soort verkocht, versneden of verwerkt worden; deze waren mogen echter wel aan het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel worden verkocht. Voor het overige is het tot nader bevel verboden, waren van dezen aard zonder de toelating van het Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel te vervreemden, te versnijden of te verwerken.

Het beroepswijze vervaardigen van kleedingstukken van dat deel der aan te geven waren, waarover mag worden beschikt, is alleen op bestelling en slechts dan toegelaten, wanneer de zakenman te dien einde van zijn klient een vaste opdracht heeft bekomen, waarin het aantal kleedingstukken en de prijs voor elk voorwerp is aangegeven.

Het snijden met eenig door krachtmiddelen (motoren, enz.) aangezette knipmachien, alsook met knipmachienen, die met de hand of met de voeten bewogen worden, is verboden.

§ 5. Weefsels, gemaakte en gebreide goederen, evenals lintwaren van den in de Overzichtstafel beschreven aard, die thans in bewerking zijn, of die in de toekomst zullen vervaardigd worden, mogen zoodra zij afgewerkt zijn, niet vervreemd, versneden of verwerkt worden; dit verbod geldt ook voor de kleinste hoeveelheid.

Van al deze waren moet maandelijks, en wel voor de eerste maal op 1 September 1916, een aanvullende aangifte worden gedaan.

De bepalingen van lid 1 en lid 2 zijn niet toepasselijk op voorwerpen, waarvan bewezen kan worden, dat zij na den 31n Juli uit het buitenland werden ingevoerd, of dat zij vervaardigd zijn van grondstoffen die na dezen datum werden ingevoerd.

§ 6. De bezitters van voorwerpen, waarop het vervreemdingsverbod toepasselijk is, zijn gehouden dezelve tot nader bevel te bewaren en met de noodige zorg te behandelen.

De voorwerpen, waarop het vervreemdingsverbod toepasselijk is, moeten gescheiden van de beschikbare voorraden bewaard worden en zijn als zoodanig herkenbaar te maken. Ten laatste op 21 Augustus 1916 moeten bedoelde voorwerpen voor de eerste maal van elkaar gescheiden en herkenbaar gemaakt zijn.

§ 7. De aangifte mag alleen gedaan worden op ambtelijke bewijzen van aangifte voor weefsels, gemaakte en gebreide goederen. De bewijzen van aangifte zijn bij het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel, of bij den bevoegden „Kreischef" aan te vragen.

§ 8. Alle aanvragen en aanzoeken, betreffende deze Verordening of de gebeurlijk daarbij uit te vaardigen uitvoeringsbepalingen zijn te richten tot het „Militäriches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel, Wetenschapstraat 35.

§ 9. Wie opzettelijk de aangifte, waartoe hij krachtens deze Verordening verplicht is, niet binnen den vastgestelden termijn doet, of wetens en willens valsche of onjuiste opgaven geeft, wordt met ten hoogste twee jaar gevangenis en met ten hoogste 50 000 mark boete of met een dezer beide straffen gestraft. Tevens zal de verbeurdverklaring der niet aangegeven voorraden ten bate van het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" uitgesproken worden, om 't even of zij den overtreder toebehooren of niet.

Wie uit nalatigheid de aangifte, waartoe hij krachtens deze Verordening verplicht is, niet binnen den vastgestelden termijn doet, of onjuiste of onvolledige opgaven geeft, wordt met ten hoogste 6 maand gevangenis en met ten hoogste 10.000 mark boete, of met een dezer beide straffen gestraft. Bovendien kan de verbeurdverklaring van de niet aangegeven voorraden ten bate van het Militärisches Textil-Beschaffungsamt" uitgesproken worden.

Wie opzettelijk of uit grove nalatigheid de overige bepalingen van deze Verordening overtreedt, wordt met ten hoogste een jaar gevangenis en met ten hoogste 20.000 mark boete of met een dezer beide straffen gestraft.

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgssbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

§ 10. De bepalingen van § 3, lid 3, 4, 8 en 9, lid 1, 2e zin en lid 2, 2e zin, uit deze Verordening zijn niet toepasselijk op de waren, waarvan bewezen kan worden, dat zij op den proefdag (31 Juli) het eigendom uitmaakten van de „Commission for Relief in Belgium" of van het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit.

Brussel, den 19n Juli 1916.
C. C. IV A. 9278.

OVERZICHTSTAFEL.

I. Weefsels die per meter worden verkocht:

a) *Stof geschikt voor bovenkleederen van heeren, vrouwen en kinderen,*
1) uit wol, halfwol of dierenhaar vervaardigd,
2) uit katoen, linnen, halflinnen of uit andere plantenvezels, enz.

b) *Stof geschikt voor onderkleederen van heeren, vrouwen en kinderen,*
1) uit wol, halfwol of uit dierenhaar vervaardigd,
2) uit katoen, linnen, halflinnen of uit andere plantenvezels, enz.,

c) *Stof voor beddegoed,*

d) *Stof voor dekens, voor opneemdoeken, voor dekzeilen, markiezen, dekkleeden, enz., voor voedering en voor alle onder* a) b) c) *niet opgesomde weefsels, gemaakte en gebreide goederen en lintwaren.*

II. Gekonfektioneerde onderkleederen,
voor mannen en jongelingen,
alsook breiwaren, sweater, kousen en sokken en artikelen uit buisvormige weefsels.

III. Dekens,
bedde- reis-, paardedekens, enz. Stof voor dekens en opneemdoeken van elke soort.

IV. Linten,snoeren, veters, lischkoord (nestels, enz.), gordellint, rekgombanden, rijgveters en bretels van elke soort.

VERORDNUNG, ***
betreffend Bestandsmeldung von Kupfer und Zinn.

§ 1. Von der Verordnung betroffene Gegenstände.

Sämtliche am 1. August 1916 im Gebiet des General-Gouvernements vorhandenen Bestände der nachstehend aufgeführten Klassen in festem und flüssigem Zustand werden nach Massgabe der nachfolgenden Bestimmungen einer Meldepflicht unterworfen:

A. —*Kupfer und Zinn in Erzen, als Rohmetalle, Halbfabrikate u. a.*

Klasse 1. Kupfer in Erzen, Neben- und Zwischenprodukten der Hüttenindustrie mit einem Metallgehalt von mindestens 2%.

„ 2. Kupfer in chemischen Produkten Kupfervitriol, Kupferkrätze).

„ 3. Kupfer, unverarbeitet, raffiniertes und unraffiniertes Rohkupfer jeder Art, auch Elektrolytkupfer.

„ 4. Kupfer, vorgearbeitet, insbesondere geschmiedet, gewalzt, gezogen, gegossen, gepresst, gestanzt, gespritzt, geschnitten, gebohrt, gedreht, gehobelt, gefräst (auch alle Einzelteile, Reserve- oder Zubehörteile, die nicht zu gebrauchsfertigen Gegenständen und Apparaten zusammengesetzt sind).

Hierzu gehören Röhren, nackte Drähte und Kabel, ausgenommen sind Drähte mit einem Durchmesser von weniger als 0,5 mm, Seile un Gewebe, die aus solchen Drähten hergestellt

sind, Bleche und Folien in einer Stärke von weniger als 0,2 mm, Schrauben und Muttern mit einem Stückgewicht von weniger als 5 Gramm.

Klasse 5. Kupfer-Drähte und -Kabel von mindestens 0,5 mm Durchmesser mit einer Umhüllung. Ausgenommen sind seidenumhüllte und mit Gummi isolierte Drähte.

„ 6. Kupfer-Abfälle und Altkupfer jeder Art, auch in abmontierten alten Maschinen und Apparaten und Teilen von solchen.

„ 7. Kupfer in Legierungen mit Zink, insbesondere Messing und Tombak, unverarbeitet in Barren, Platten und ähnlichen Formen und vorgearbeitet wie in Klasse 4.

„ 8. Kupfer in Legierungen mit Zinn, insbesondere Bronze und Rotguss, unverarbeitet und vorgearbeitet wie in Klasse 4.

„ 9. Kupfer in Legierungen mit Nickel, insbesondere Neusilber, Alpaka, Alfenid, unverarbeitet und vorgearbeitet wie in Klasse 4.

„ 10. Kupfer in Legierungen mit anderen vorstehend nicht genannten Metallen, unverarbeitet und vorgearbeitet wie in Klasse 4.

„ 11. Kupfer der Klassen 7 bis 10 als Altmaterial und Abfall jeder Art, auch in abmontierten alten Maschinen und Apparaten und Teilen von solchen.

Klasse 12. Zinn in Erzen, Neben- und Zwischenprodukten der Hüttenindustrie mit einem Metallgehalt von mindestens 2% des Gesamtgewichts.

„ 13. Zinn in chemischen Produkten (Zinnasche, Zinnsalze u. a.).

„ 14. Zinn als Straits-, Banka-, Penang- und Lammzinn.

„ 15. Zinn, vorgearbeitet, wie in Klasse 4, insbesondere auch Röhren, unfertige Kapseln, Tuben und Geschirre.

„ 16. Zinn-Abfälle und Altzinn jeder Art.

„ 17. Zinn in Legierungen mit anderen, als den vorstehend genannten Metallen (Weismetall, Lötzinn).

„ 18. Zinn in Folien (Stanniol).

B. — *Kupfer und Zinn in Fertigfabrikaten für den Gewerbebetrieb.*

Klasse 19. Verlegte blanke Freileitungen, einschliesslich Fahrleitungen elektrischer Bahnen, freiliegende Schienenverbinder aus Kupfer.

„ 20. Ober- und unterirdisch verlegte isolierte Leitungen mit Kupferleitern (Kabel):

a) oberirdisch verlegt, von mehr als 25 qmm Querschnitt des einzelnen Leiters,

b) unterirdisch verlegt, von mehr als 50 qmm Querschnitt des einzelnen Leiters.

„ 21. Kupferne Sammelschienen und Anschlussleitungen von Schaltanlagen.

Klasse 22. Kupferne Feurbüchsen.
„ 23. Verlegte kupferne Röhren von 10 mm und mehr als 10 mm äusserem Durchmesser.
„ 24. Trommeln aus Zinnlegierung in Gasmessern.

C. — *Kupfer, Bronze, Messing und Zinn in Fertigfabrikaten für wirtschaftliche Betriebe u. a.*

Klasse 25. Geschirre und Wirtschaftsgeräte jeder Art für Küchen und Backstuben aus Kupfer, Bronze und Messing.
„ 26. Waschkessel, Badewannen, Warmwasserbehälter in Kochmaschinen und Herden, Wasserkasten und Rohrleitungen aus Kupfer, Bronze und Messing.
„ 27. Zinnaufsätze und Zinnauflagen auf Schenktischen, verlegte Zinnröhren von 10 mm und mehr als 10 mm äusserem Durchmesser, wie z. B. Bierleitungen.

Die Bestandsmeldung umfasst auch diejenigen der vorstehend unter A, B und C genannten Gegenstände aus Kupfer, Bronze, Messing und Zinn, die mit einem Ueberzug (Metall, Lack, Farbe und dergl.) versehen sind. Ausgenommen sind mit Kupfer, Messing und Zinn überzogene (z. B. galvanisch) und plattierte Gegenstände, die aus Eisen oder einem anderen Metall als den genannten Metallen hergestellt sind. Ferner sind ausgenommen mit Silber und Gold überzogene Gegenstände.

§ 2. Von der Verordnung betroffene Personen, Gesellschaften usw.

Von dieser Verordnung werden betroffen:

1. bezüglich der im § 1 unter A und B genannten Klassen 1 bis 24 alle natürlichen oder juristischen Personen, Gesellschaften, Verbände oder Vereinigungen privatrechtlicher oder öffentlichrechtlicher Natur, in deren Betrieben die in den Klassen 1 bis 24 aufgeführten Gegenstände erzeugt oder verarbeitet oder verbraucht oder gebraucht werden, oder die solche Gegenstände aus Anlass ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbs wegen in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam oder bei ihnen oder für sie unter Zollaufsicht befinden;

2. bezüglich der im § 1 unter C genannten Klassen 25 bis 27:

a) Unternehmungen zur Verpflegung oder Beherbergung fremder Personen, insbesondere Hotels, Gast- und Schwankwirtschaften, Speiseanstalten, Kaffeehaus-, Konditorei-, Bäckerei-, Fleischerei- und Küchenbetriebe,

b) Badeanstalten, Strafanstalten, Arbeitshäuser,

c) Fabriken, Geschäfte und Personen, welche die in den Klassen 25 bis 27 genannten Gegenstände, die zum Verkauf bestimmt sind, in Besitz oder Gewahrsam haben.

Bei Vorräten der Klassen 1 bis 27, die in fremden Speichern, Lagerräumen und anderen Aufbewahrungsräumen lagern, sind, falls der Verfügungsberechtigte seine Vorräte nicht unter eigenem Verschluss hält, die Inhaber der betreffenden Aufbewahrungsräume zur Anzeige verpflichtet.

Trommeln in Gasmessern sind von den Gasanstalten anzumelden.

§ 3. Ausnahmen.

Nicht zu melden sind

a) die Vorräte einer Klasse, wenn ihr Gesamtgewicht die nachfolgende Menge der betreffenden Klasse nicht übersteigt:

Bei Klasse 1 bis 11 und bei 19 bis 23: 100 kg Kupfergewicht,

Bei Klasse 12 bis 18 und bei 24: 20 kg. Zinngewicht,

Bei Klasse 25 und 26: 20 kg. Kupfergewicht,

Bei Klasse 27: 10 kg. Zinngewicht;

b) Gegenstände, die künstlerischen, kunsthistorischen oder Altertumswert besitzen;

c) Kupfer usw. in elektrischen Maschinen, Umformern, Transformatoren und zugehörigen Apparaten und Ersatzteilen, die gemäss Verordnung vom 6. März 1916 — Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 188 — angemeldet sind.

§ 4. Bestandsmeldung.

Die Bestände der im § 1 aufgeführten Klassen 1 bis 27 sind von den nach Massgabe des § 2 von der Verordnung Betroffenen bis zum 1. September 1916 auf besonderen Meldescheinen anzuzeigen, und zwar die Bestände der Klassen 1 bis 24 auf gelben, die der Klassen 25 bis 27 auf grünen Meldescheinen. Die Stellen, bei denen die ausgefüllten Meldescheine abgeliefert werden müssen, bestimmt der zuständige Kreischef (Kommandant, Abschnittskommandeur) im Anschluss an

diese Verordnung durch besondere Bekanntmachung, in der auch anzugeben ist, wo die Meldescheine unentgeltlich zu haben sind.

Massgebend für die Meldung ist der Bestand am 1. August 1916.

Die Bestände sind nach ihrem Gewicht in Kilogramm anzugeben. Ist die Ermittlung des Gewichtes mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, wie z. B. bei fest eingebauten Metallteilen, so genügt eine gewissenhafte Schätzung des Gewichtes oder die Bezeichnung des Gegenstandes nach Art und Abmessungen.

§ 5. Erhaltung und Verwendung der Gegenstände.

Die im § 2 genannten Personen, Gesellschaften usw. sind für die Erhaltung und Sicherstellung der der Meldepflicht unterworfenen Gegenstände verantwortlich. Fertigfabrikate (Klasse 19 bis 27), die beim Inkrafttreten dieser Verordnung sich schon in Gebrauch befanden, dürfen bis auf weiteres zu ihrem bisherigen Zwecke weiter benutzt werden.

Die der Meldepflicht unterworfenen Gegenstände dürfen nur an die Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H. in Brüssel oder deren Beauftragte verkauft werden. Im übrigen dürfen rechtsgeschäftliche Verfügungen darüber nur mit Zustimmung der Rohstoffverwaltungsstelle der Abteilung für Handel und Gewerbe (Brüssel, Kunstherlevinglaan 30, Avenue de la Renaissance 30) erfolgen. Jede Verwendung der bezeichneten Gegenstände, durch welche das darin enthaltene Metall beiseite geschafft wird, ist verboten.

§ 6. Strafbestimmungen.

Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geld-

strafe bis zu 20 000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

a) wer die vorgeschriebene Bestandsmeldung unterlässt oder wissentlich oder grob fahrlässig eine falsche oder unvollständige Meldung erstattet,

b) wer entgegen den Vorschriften des § 5 die im § 1 genannten Gegenstände verkauft oder kauft oder andere rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie trifft, oder wer diese Gegenstände beiseite schafft,

c) wer auf sonstige Weise dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Der Versuch ist strafbar.

Abgesehen von der Bestrafung kann der Gegenstand, auf den sich die Zuwiderhandlung bezieht, eingezogen werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und die Militärbehörden.

Brüssel, den 8. Juli 1916.

G. G. K. R. 2147/16.

Arrêté * concernant la déclaration des stocks de cuivre et d'étain.**

§ 1er. **Objets auxquels s'applique le présent arrêté.**

Tous les stocks, à l'état solide ou liquide, désignés dans les classes suivantes et se trouvant à la date du 1er août 1916 dans le territoire du Gouvernement Général, doivent être déclarés conformément aux dispositions suivantes:

A. — *Cuivre et étain (minerais, métaux bruts, produits mi-ouvrés, etc.).*

Classe 1. cuivre dans les minerais, sous-produits et

produits intermédiaires de l'industrie métallurgique, d'une teneur en métal de 2 % au moins.

Classe 2. cuivre dans les produits chimiques (sulfate de cuivre, crasse de cuivre).

„ 3. cuivre non ouvré, cuivre brut (raffiné et non raffiné) de tout genre, y compris le cuivre électrolyte.

„ 4. cuivre mi-ouvré, notamment forgé, laminé, tiré, fondu, pressé, estampé, lancé, coupé, foré, tourné, raboté, fraisé (y compris toutes les pièces et les accessoires qui ne sont pas montés de façon à former des objets et appareils prêts à servir).

Appartiennent à cette classe les tuyaux, les fils et câbles nus. N'en font pas partie les fils de moins de 0.5 mm de diamètre, les cordes et tissus fabriqués avec de tels fils, les tôles et feuilles de moins de 0.2 mm d'épaisseur, les vis et écrous pesant moins de 5 grammes par pièce.

„ 5. fils et câbles de cuivre, isolés, ayant au moins 0.5 mm de diamètre, non compris les fils avec isolation de soie ou de caoutchouc.

„ 6. déchets de cuivre et vieux cuivre de tout genre, y compris les pièces des vieilles machines démontées, des vieux appareils démontés et des parties de ces machines et appareils.

„ 7. cuivre dans les alliages de cuivre et de zinc, notamment le laiton et le tombac, non ouvré, lingots, plaques ou autres formes de même genre et mi-ouvré de la manière désignée à la 4e classe.

„ 8. cuivre dans les alliages de cuivre et d'étain,

notamment bronze, non ouvré et mi-ouvré de la manière désignée à la 4e classe.

Classe 9. cuivre dans les alliages de cuivre et de nickel, notamment argent neuf, alpaca, alfenide non ouvré et mi-ouvré de la manière désignée à la 4e classe.

„ 10. cuivre dans les alliages de cuivre avec d'autres métaux non cités ci-dessus, non ouvré et mi-ouvré de la manière désignée à la 4e classe.

„ 11. cuivre des classes 7 à 10 se trouvant dans les vieilles machines et déchets de tout genre, y compris le cuivre des vieilles machines démontées, des vieux appareils démontés et des parties de ces machines et appareils.

„ 12. étain dans les minerais, sous-produits et produits intermédiaires de l'industrie métallurgique, d'une teneur en métal d'au moins 2 % du poids total.

„ 13. étain dans les produits chimiques (cendres d'étain, sels d'étain, etc.).

„ 14. étain: Straits, Banka et Penang, étain dit „Lammzinn".

„ 15. étain mi-ouvré de la manière désignée à la 4e classe, notamment tuyaux, capsules non finies, tubes, vaisselle.

„ 16. déchets d'étain et vieil étain de toute sorte.

„ 17. étain dans les alliages d'étain avec d'autres métaux non cités ci-dessus (métal blanc, étain à souder).

„ 18. étain en feuilles.

B. — *Cuivre et étain dans les produits finis servant à l'industrie.*

Classe 19. lignes aériennes nues, y compris les fils de

trolleys de chemins de fer et tramways électriques, les connections de rails, en cuivre, placés à découvert.

Classe 20. lignes aériennes et souterraines, se composant de fils de cuivre isolés:

a) lignes aériennes, de plus de 25 mm^2 de section par conducteur,

b) lignes souterraines (câbles armés et non armés) de plus de 50 mm^2 de section par conducteur.

„ 21. barres collectrices des tableaux de distribution électrique, ainsi que les conducteurs raccordement y appartenant.

„ 22. boîtes à feu en cuivre.

„ 23. tuyaux en cuivre, placés, ayant au moins 10 mm de diamètre extérieur.

„ 24. tambours en alliage d'étain des compteurs à gaz.

C. — *Cuivre, bronze, laiton et étain dans les produits finis servant aux entreprises destinées à nourrir ou à loger le public et aux entreprises similaires.*

Classe 25. Vaisselle, ustensiles de ménage de tout genre (pour cuisines et fournils) en cuivre, bronze ou laiton.

„ 26. chaudières à lessiver, baignoires, réservoirs à eau chaude des fourneaux et des cuisinières, réservoirs à eau, y compris la tuyauterie en cuivre, bronze ou laiton.

„ 27. garniture et plaques d'étain des buffets de cafés, etc., tuyaux en étain, d'au moins 10 mm de diamètre extérieur, par exemple tuyaux à bière.

La déclaration doit porter également sur les objets

désignés sous A, B et C (en cuivre, bronze, laiton et étain) qui sont recouverts d'une couche d'un autre métal, de vernis, de couleur, etc. Elle ne porte pas sur les objets de fer ou d'un autre métal non visé par le présent arrêté, qui sont recouverts d'une couche (par exemple galvanisés) ou d'une plaque de cuivre, de laiton ou d'étain. Elle ne porte pas non plus sur les objets argentés ou dorés.

§ 2. Personnes, sociétés, etc., auxquelles s'applique le présent arrêté.

Les personnes, sociétés, etc., auxquelles s'applique le présent arrêté sont:

1. En ce qui concerne les classes 1 à 24, désignées au § 1er sous A et B: toutes les personnes physiques ou civiles, les sociétés, associations, corporations ou groupements de droit privé ou public, qui, dans leurs exploitations, produisent, travaillent, consomment ou utilisent les objets visés par lesdites classes, ou qui détiennent ces objets soit par suite de l'exercice de leur commerce, soit en vue de réaliser un bénéfice quelconque, à la condition que les stocks en question soient détenus par ces personnes, ou bien placés, chez elles ou ailleurs mais pour leur compte, sous le contrôle de la douane.

2. En ce qui concerne les classes 25 à 27, désignées au § 1er sous C:

a) les entreprises s'occupant de nourrir ou de loger le public, notamment les hôtels, restaurants, débits de boisson, cafés, pâtisseries, boulangeries, boucheries, entreprises des traiteurs et autres de même genre,

b) les bains publics, prisons, pénitenciers, ouvroirs,

c) les fabriques, maisons de commerce et personnes qui possèdent ou détiennent les objets visés par les classes 25 à 27 et destinés à la vente.

Les stocks visés par les classes 1 â 27 et se trouvant dans des magasins, dépôts et autres lieux de conservation appartenant à autrui doivent être déclarés par les propriétaires desdits locaux, si la personne ayant le droit de disposer de ces stocks ne les détient pas sous clef.

L'étain des compteurs à gaz doit être déclaré par les usines à gaz.

§ 3. Exceptions.

Ne doivent pas être déclarés

a) les stocks d'une même classe dont le poids total ne dépasse pas les quantités suivantes:

Pour chacune des classes 1 à 11 et 19 à 23: 100 kg de cuivre (poids du cuivre seul),

Pour chacune des classes 12 à 18 et 24 20 kg d'étain (poids de l'étain seul),

Pour chacune des classes 25 et 26 20 kg de cuivre (poids du cuivre seul),

Pour la classe 27 10 kg d'étain (poids de l'étain seul);

b) les objets ayant une valeur soit artistique, soit historique (au point de vue de l'art), soit comme antiquité;

c) le cuivre, etc. des machines, commutatrices, transformateurs et appareils électriques ainsi que de leurs pièce de rechange, qui ont été déclarés conformément à l'arrêté du 6 mars 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 188).

§ 4. Déclaration des stocks.

Les personnes visées par le § 2 de l'arrêté doivent, jusqu'au 1er septembre 1916, déclarer, à l'aide des bulletins spéciaux de déclaration, les stocks des classes 1

à 27, désignées au § 1er; les déclarations des stocks des classes 1 à 24 se feront à l'aide de bulletins jaunes, celles des classes 25 à 27 à l'aide de bulletins verts. Le chef d'arrondissement compétent (Kreischef, Kommandant, Abschnittskommandeur) fera savoir à quel bureau les bulletins de déclaration, dûment remplis, devront être remis et, à cette fin, comme suite au présent arrêté, il fera paraitre un avis spécial indiquant, en outre, où les intéressés pourront se procurer gratuitement les bulletins à remplir.

La déclaration portera sur les stocks existant à la date du 1er août 1916.

Les stocks doivent être declarés en kg. S'il est très difficile de déterminer le poids (par exemple, s'il s'agit de parties métalliques maçonnées ou encastrées), il suffira d'évaluer consciencieusement ce poids ou d'indiquer le genre et les dimensions de l'objet.

§ 5. Conservation et utilisation des objets.

Les personnes, sociétés, etc. visées par le § 2, sont responsables de la bonne conservation des objets à déclarer. Jusqu'à nouvel ordre, les produits finis (classes 19 à 27) qui sont déjà en usage à la date de l'entrée en vigueur du présent arrêté pourront être encore utilisés dans le même but.

Les objets à déclarer ne peuvent être vendus qu'à la „Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H." à Bruxelles ou à ses mandataires. En outre, toute disposition juridique sur lesdits objets est soumise à l'autorisation du Bureau des matières premières de la Section du commerce et de l'industrie (Rohstoffverwaltungsstelle der Abteilung für Handel und Gewerbe), avenue de la Renaissance 30, à Bruxelles. Est interdit tout emploi desdits objets qui en fait disparaître le métal contenu.

§ 6. Dispositions pénales.

Sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre:

a) quiconque aura omis de déclarer ses stocks de la manière prescrite ou, soit sciemment, soit par grave négligence, aura fait une déclaration fausse ou incomplète,

b) quiconque, contrairement aux prescriptions du § 5, vend ou achète les objets énumérés au § 1er, prend d'autres dispositions juridiques quelconques concernant lesdits objets ou les cache en vue de les soustraire à l'application du présent arrêté,

c) quiconque, d'une manière quelconque, aura enfreint le présent arrêté.

Toute tentative d'infraction est punissable.

Indépendamment des peines précitées, on pourra prononcer la confiscation de l'objet auquel l'infraction se rapporte.

Les tribunaux et autorités militaires allemands ont compétence pour juger les infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 8 juillet 1916.

G. G. K. R. 2147/16.

Verordening *** betreffend het aangeven van stapels koper en tin.

§ 1. Voorwerpen, die onder toepassing der Verordening vallen.

Al de stapels in vasten en vloeibaren toestand behoorend tot onderstaande klassen en die op 1 Augustus 1916 in het gebied van het General-Gouvernement

voorhanden zijn, moeten naar den maatstaf der hiernavolgende bepalingen aangegeven worden:

A.— Koper en tin in ertsen, als ruw metaal, half afgewerkt, e. a.

Klasse 1. *Koper in ertsen, bij- en tusschenprodukten van de metaalindustrie, met ten minste 2 % metaalgehalte.*

„ 2. *Koper in scheikundige voortbrengselen (kopervitriool, koperafschrapsel).*

„ 3. *Onbewerkt koper, allerhande geraffineerd en ongeraffineerd ruw koper, elektrolytkoper erbij begrepen.*

„ 4. *Bewerkt koper, inzonderheid gesmeed, geplet, getrokken, gegoten, geperst, uitgesneden, gespoten, gesneden, geboord, gedraaid, geschaafd, gevijld koper (evenals alle afzonderlijke deelen, reserve- of onderdeelen, die niet tot voorwerpen en toestellen, gereed voor het gebruik, in elkaar gezet zijn).*

Daartoe behooren pijpen, bloote draden en kabels. Uitgezonderd zijn draden, waarvan de middellijn minder dan 0.5 mm bedraagt, touwen en weefsels uit zulke draden vervaardigd, blik en foelie, waarvan de dikte minder dan 0,2 mm bedraagt, alsook schroeven en moeren, die minder dan 5 gram per stuk wegen.

„ 5. *Koperdraad en koperen kabels met ten minste 5 mm. middellijn, van een omwoeling voorzien. Uitgezonderd zijn met zijde omwoelde en met elastiek geïsoleerde draden.*

Klasse 6. *Allerhande koperafval en oud koper, ook in uiteengenomen oude machienen en toestellen en deelen daarvan.*

" 7. *Koper in legeeringen met zink, inzonderheid geelkoper en tombak, onbewerkt in staven, platen en dergelijke vormen, alsook bewerkt als bij de 4e klasse.*

" 8. *Koper in legeeringen met tin, inzonderheid brons en pinsbek, onbewerkt en bewerkt als bij de 4e klasse.*

" 9. *Koper in legeeringen met nikkel, inzonderheid nieuwzilver, alpaka, alfenide, onbewerkt en bewerkt als bij de 4e klasse.*

" 10. *Koper in legeeringen met andere, hierboven niet genoemde metalen, onbewerkt of bewerkt als bij de 4e klasse.*

" 11. *Koper der klassen van 7 tot 10 als allerhande oud materiaal en afval, ook in uiteengenomen oude machienen en toestellen en deelen daarvan.*

" 12. *Tin in ertsen, bij- en tusschenprodukten der metaalindustrie met ten minste 2 % van het algeheel gewicht metaalgehalte.*

" 13. *Tin in scheikundige voortbrengselen (tinasch, tinzouten, e. a).*

" 14. *Tin als Straits-, Banka-, Penang- en Lammtin.*

" 15. *Tin bewerkt als bij de 4e klasse, inzonderheid ook pijpen, onafgewerkte kokers, buizen en keukengerei (vaatwerk).*

" 16. *Allerhande tinafval en oudtin.*

" 17. *Tin in legeeringen met andere dan de hierhierboven opgesomde metalen (witmetaal, soldeertin).*

" 18. *Tinfoelie (stagniool).*

B. — Koper en tin in afgewerkte fabrikaten ten dienste van de nijverheid.

Klasse 19. Geplaatste afgezondere blanke leidingen, koperen geleidingen der elektrische spoorwegen en trams en onoverdekte spoorstaafverbindingen erbij begrepen.

„ *20. Boven- en ondergrondsch geplaatste, geisoleerde leidingen met koperen geleiders (kabels):*

a) *bovengrondsch geplaatst, wanneer afzonderlijke geleiders meer dan* 25^2 *mm doorsnede hebben,*

b) *ondergrondsch geplaatst, wanneer afzonderlijke geleiders meer dan* 50^2 *mm doorsnede hebben.*

„ *21. Koperen banden en aansluitingsleidingen van schakeltoestellen.*

„ *22. Koperen fornuizen.*

„ *23. Geplaatste koperen pijpen van 10 mm en meer dan 10 mm buitendoorsnede.*

„ *24. Trommels uit legeeringen met tin in gasmeters.*

C. — Koper, brons, geelkoper en tin van afgewerkte fabrikaten voor huishoudelijke doeleinden, e. a.

Klasse 25. Allerhande koperen, bronzen en geelkoperen keukengerei (vaatwerk) en huishoudelijke voorwerpen voor keukens en bakkerijen.

„ *26. Koperen, bronzen en geelkoperen waschketels, badkuipen, warmwaterhouders van*

kookmachienen en van haarden, waterbakken en pijpleidingen.

„ 27. *Tinnen opzetstukken en bedekkingen op toonbanken, geplaatste tinnen pijpen van 10 mm en meer dan 10 mm buitendoorsnede, zooals b. v. bierdarmen.*

De aangifte der stapels geldt ook voor deze der hierboven onder A, B en C opgesomde koperen, bronzen, geelkoperen en tinnen voorwerpen, die van een overtreksel (metaal, lak, verf en dergel.) voorzien zijn. Uitgezonderd zijn met koper, geelkoper en tin (b. v. galvanisch) overtrokken en geplatteerde voorwerpen, die van ijzer of van een ander dan genoemde metalen zijn vervaardigd. Zijn eveneens uitgezonderd met zilver en goud overtrokken voorwerpen.

§ 2. **Personen, vennootschappen, enz., die onder toepassing dezer Verordening vallen.**

Vallen onder toepassing dezer Verordening:

1. wat betreft de in § 1 onder A en B genoemde klassen 1 tot en met 24, alle natuurlijke en rechtspersonen, vennootschappen, lichamen of vereenigingen van privaatrechtelijke of openbaarrechtelijke natuur, in wier bedrijven de bij de klassen 1 tot en met 24 opgesomde voorwerpen voortgebracht of bewerkt, verbruikt of gebruikt worden, of die zulke voorwerpen wegens hun handelsbedrijf of anderszins uit winstbejag in bewaring hebben, zoover de stapels onder hun bewaring staan of zich bij hen of voor hen onder toltoezicht bevinden;

2. wat betreft de in § 1 onder C genoemde klassen 25 tot en met 27:

a) *ondernemingen ter verpleging of herberging van vreemde personen, inzonderheid hotels, herbergen en*

slijterijen, spijshuizen, koffiehuis-, pasteibakkerij-, bakkerij-, vleeschhouwerij- en keukeninrichtingen,

b) *badhuizen, strafinrichtingen (strafkolonies, enz.) werkhuizen (verbeterhuizen, enz.),*

c) *fabrieken, handelshuizen en privaatpersonen, die de bij de klassen 25 tot en met 27 opgesomde voorwerpen, welke bestemd zijn tot den verkoop, in bezit of bewaring hebben.*

Voor stapels vermeld bij de klassen 1 tot en met 27 die op vreemde zolders, in pakhuizen en andere bergplaatsen liggen, zijn de bezitters der betreffende bewaarplaatsen verplicht aangifte te doen, bijaldien hij die gerechtigd is er over te beschikken, zijn stapels niet zelf onder slot houdt.

De gasfabrieken moeten de trommels van de gasmeters aangeven.

§ 3. Uitzonderingen.

Moeten niet aangegeven worden:

a) *de stapels eener klasse, wanneer hun gezamenlijk gewicht de onderstaande hoeveelheid der betreffende klasse niet te boven gaat:*
Bij klasse 1 tot 11 en bij 19 tot 23, 100 kg kopergewicht,
Bij klasse 12 tot 18 en bij 24, 20 kg tingewicht,
Bij klasse 25 en 26, 20 kg kopergewicht,
Bij klasse 27, 10 kg tingewicht;

b) *voorwerpen, die van uit een artistiek, kunsthistorisch of oudheidkundig oogpunt waarde bezitten;*

c) *koper enz. van elektrische maschienen, vervormers, transformatoren en daarbij behoorende toestellen en wisselstukken, die overeenkomstig de Verordening van 6 Maart 1916 (Wet- en Verordeningsblad Nr. 188) aangegeven zijn.*

§ 4. Stapelaangifte.

De stapels der onder § 1 vermelde klassen 1 tot en met 27 moeten door hen, die onder toepassing vallen van § 2 dezer Verordening, ten laatste den 1 September 1916 op bijzondere lijsten aangegeven worden, te weten: de stapels der klassen 1 tot en met 24 op gele, die der klassen 25 tot en met 27 op groene lijsten van aangifte. De bevoegde „Kreischef" (Kommandant, Abschnittskommandeur) bepaalt in aansluiting aan deze Verordening bij wege van een bijzondere bekendmaking, op welke kantoren de ingevulde lijsten van aangifte af te leveren, en waar deze lijsten kosteloos te verkrijgen zijn.

Tot maatstaf voor de aangifte dient de stapel, zooals deze op 1 Augustus 1916 is.

De stapels moeten in kilogram aangegeven worden. Gaat het vaststellen van het gewicht met bijzondere moeilijkheden gepaard, zooals b. v. voor ingemetselde metalen deelen, dan volstaat een gewetensvolle schatting van het gewicht of de aanduiding van het voorwerp naar aard en afmetingen.

§ 5. Goede bewaring en gebruik der voorwerpen.

De personen, vennootschappen, enz., genoemd in § 2, zijn verantwoordelijk voor de goede bewaring en voor het ter beschikking houden van de voorwerpen, die onder de verplichte aangifte vallen. Afgewerkte fabrikaten (klasse 19 tot en met 27), die bij het van kracht worden dezer Verordening reeds in gebruik waren, mogen ook voorloopig met dezelfde bestemming als tevoren in gebruik blijven. Voorwerpen, die onder de verplichte aangifte vallen, mogen alleen aan

de „Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H.” te Brussel of aan haar lasthebber verkocht worden. Voor het overige mag er alleen rechtzakelijk over beschikt worden met toelating van het kantoor voor grondstoffenbeheer bij de afdeeling voor Handel en Nijverheid (Rohstoffverwaltungsstelle der Abteilung für Handel und Gewerbe), Kunstherlevingslaan, 30. Elk gebruik der aangeduide voorwerpen, ten gevolge waarvan het daarin bevatte metaal wordt verwijderd, is verboden.

§ 6. **Strafbepalingen.**

Wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis en met ten hoogste 20.000 Mark boete of met een dezer straffen gestraft:

a) *wie verzuimt de voorgeschreven stapelaangifte te doen, of wetens en willens of uit grove nalatigheid een valsche of onvolledige aangifte doet,*

b) *wie in strijd met de voorschriften van § 5 de in § 1 opgesomde voorwerpen verkoopt of koopt of er anders rechtzakelijk over beschikt, of wie deze voorwerpen verwijdert,*

c) *wie op eenige andere wijze deze verordening overtreedt.*

De poging tot overtreding is strafbaar.

Buiten de straf kan het voorwerp, waarop de overtreding betrekking heeft, verbeurd verklaard worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsoverheden.

Brussel, den 8n Juli 1916.
G. G. K. R. 2147/16.

No. 240. — 2. AUGUST 1916. **Pag. 2451**

VERORDNUNG, ***
über die Verwertung der Zuckerrüben und der daraus gewonnenen Erzeugnisse.

Art. I. Die durch Verordnung vom 24. November 1915 eingerichtete Zuckerverteilungsstelle bleibt fortbestehen. Sie untersteht dem Verwaltungschef bei dem General-Gouverneur in Belgien.

Die Zuckerverteilungsstelle regelt nach der Anweisung des Verwaltungschefs die Verwertung der Zuckerrüben und der daraus gewonnenen Erzeugnisse in- und ausländischen Ursprungs und ist berechtigt, alle zur Durchführung ihrer Aufgabe notwendigen Feststellungen zu treffen oder durch Bevollmächtigte treffen zu lassen.

Die Auslagen der Zuckerverteilungsstelle werden durch eine vom Verwaltungschef festzusetzende Gebühr für die Freigabe von Zucker, Melasse und Rübensirup zum Verbrauche gedeckt.

Art. II. Der Zuckerverteilungsstelle steht ein Beirat zur Seite. Derselbe tritt nach Bedarf zur

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Beratung wichtiger Fragen der Bewirtschaftung der Zuckerrübe und der daraus gewonnenen Erzeugnisse auf Einladung des Vorsitzenden der Zuckerverteilungsstelle zusammen.

Der Beirat besteht aus:

a) je einem Mitglied des belgischen Ackerbau- und Finanzministeriums;

b) vier Vertretern der Erzeuger (Landwirte, Zucker- und Sirupfabrikanten);

c) sechs Vertretern der Verbraucher (davon vier der zuckerverarbeitenden Industrien und Gemeindeverwaltungen);

d) je einem Vertreter des Zucker-Gross- und Kleinhandels.

Die Mitglieder und eine gleiche Anzahl Stellvertreter werden vom Verwaltungschef auf jederzeitigen Widerruf ernannt. Die Tätigkeit der Mitglieder ist ehrenamtlich.

Art. III. Alle gewerblichen Betriebe, die Zuckerrüben in irgend einer Form zu Fabrikationszwecken zu verwenden beabsichtigen, haben hierzu die Genehmigung der Zuckerverteilungsstelle nachzusuchen.

Das Trocknen und Rösten von Zuckerrüben oder Teilen derselben, desgleichen das Verfüttern von Zuckerrüben in jeglicher Form mit Ausnahme der entlaugten Zuckerrübenschnitzel ist verboten.

Art. IV. Wer mehr als 100 kg. Zucker oder Rübensirup für eigene oder fremde Rechnung in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, ein Verzeichnis zu führen, in welchem er wahrheitsgemäss jeden Ein- und Ausgang von Zucker einzutragen hat.

Das Verzeichnis muss enthalten:

a) Bei Eingängen:

Zeitangabe, Art, Abstammung, Bezugsquelle, Gewicht, Eigentümer und Lagerort, ferner Zeitangabe und Nummer des steuer-amtlichen Dokuments, das den Transport begleitet hat;

b) Bei Ausgängen:
Zeitangabe, Art, Empfänger, Bestimmungsort und Gewicht, ferner Zeitangabe und Nummer des steueramtlichen Dokumentes für die Lieferung bezw. Angabe des Verwendungszweckes bei eigenem Verbrauch.

Die Belege für den Ein- und Ausgang des Zuckers und Rübensirups sind aufzubewahren.

Wer mehr als 1000 kg Zucker für eigene oder fremde Rechnung in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, der Zuckerverteilungsstelle unter Beifügung einer Abschrift des in Absatz 1 genannten Verzeichnisses sofort Anzeige zu erstatten.

Die Zuckerverteilungsstelle kann auf Antrag Befreiung von der Anzeigepflicht zulassen.

Art. V. Der Verwaltungschef ist befugt, zwecks angemessener Versorgung der Bevölkerung und zur Verhinderung der spekulativen Zurückhaltung von Zucker und dessen Nebenprodukten sowie von Rübensirup.

a) eine Bestandsanzeige aller Vorräte über 25 kg anzuordnen;

b) die Zuckerverteilungsstelle zu ermächtigen, Vorräte von dem Verfügungsberechtigten zu einem vom Verwaltungschef zu genehmigenden Preis zwangsweise zu erwerben und dem Verbrauche in geeigneter Weise zuzuführen.

Art. VI. Für die während der Betriebszeit 1915/1916 gewonnenen Erzeugnisse bleiben die in den Verordnungen bezw. Bekantmachungen vom 24. 9., 22. und 23. 12. 1915 (Gesetz- und Verord-

nungsblatt S. 1235, 1467, 1472) festgesetzten Höchstpreise aufrecht erhalten.

Der Verwaltungschef ist ermächtigt, für die in der Betriebszeit 1916/17 gewonnenen Zuckerrüben und alle daraus hergestellten Erzeugnisse sowie für Verpackung Höchstpreise durch Bekanntmachung festzusetzen.

Art. VII. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung oder den in Ausführung dieser Verordnung vom Verwaltungschef erlassenen Anordnungen, insbesondere auch den Vorschriften über die Höchstpreise zuwiderhandelt, oder wer keine oder wahrheitswidrige Angaben macht, wird unbeschadet sonst verwirkter Strafe mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mk. bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden.

In besonders schweren Fällen insbesondere bei Höchstpreisüberschreitungen kann die Strafe auf 2 Jahre Gefängnis bezw. 80 000 Mk. erhöht werden.

Art. VIII. Zuständig sind die Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Art. IX. Die Verordnungen vom 11. und 24. September 1915, 24. November 1915, 22. und 23. Dezember 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1043, 1235, 1377, 1467, 1472) werden aufgehoben.

Brüssel, den 18. Juli 1916.

C. C. VII 6935.

Arrêté * concernant l'utilisation des betteraves à sucre et des produits qui en proviennent.**

Art. Ier. La „Zuckerverteilungsstelle" (Bureau de répartition des sucres), instituée par arrêté du 24 no-

vembre 1915, continue à exister. Elle est placée sous les ordres du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique.

La „Zuckerverteilungsstelle" règle, conformément aux instructions du Chef de l'administration civile, l'emploi des betteraves à sucre de provenance indigène et étrangère et des produits qui en dérivent; elle a le droit de procéder, par elle-même ou par ses mandataires, aux constatations nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

Les frais de la „Zuckerverteilungsstelle" sont couverts par une taxe grevant la levée de saisie (en faveur de la consommation) du sucre, de la mélasse ou du sirop de betteraves; cette taxe est fixée par le Chef de l'administration civile.

Art. II. La „Zuckerverteilungsstelle" est secondée par un comité consultatif. Celui-ci se réunit chaque fois qu'il y a lieu, sur la convocation du président de la „Zuckerverteilungsstelle", pour délibérer sur les questions importantes concernant l'utilisation économique des betteraves à sucre et des produits en provenant.

Ce comité consultatif se compose:

a) de 2 membres représentant l'un le ministère belge de l'agriculture et l'autre le ministère belge des finances;

b) de 4 représentants des producteurs (agriculteurs, fabricants de sucre et de sirop);

c) de 6 représentants des consommateurs (dont 4 pour les industries utilisant le sucre dans leur fabrication et pour les administrations communales);

d) de 2 représentants du commerce du sucre, un pour le commerce de gros, l'autre pour le commerce de détail.

Tous ces membres et leurs suppléants, en nombre égal, sont nommés par le Chef de l'administration

civile, qui peut les révoquer à tout instant. Les fonctions de membres sont honorifiques.

Art. III. Toutes les exploitations industrielles qui désirent utiliser des betteraves à sucre sous une forme quelconque, à des fins de fabrication, doivent en demander l'autorisation à la „Zuckerverteilungsstelle".

Il est défendu de dessécher et de torréfier les betteraves à sucre, entières ou en morceaux; il est également défendu de faire servir, à l'alimentation des animaux, les betteraves à sucre, sous quelque forme que ce soit, à l'exception de la pulpe humide de betteraves à sucre.

Art. IV. Quiconque, pour son propre compte ou pour compte d'autrui, détient plus de 100 kg. de sucre ou de sirop de betteraves, est tenu de dresser une liste indiquant, conformément à la vérité, toutes les entrées et sorties de sucre.

Cette liste doit mentionner:

a) pour les entrées:

la date, le genre, le lieu de fabrication, le fournisseur de la marchandise, le poids, le propriétaire et le lieu de dépôt, en outre,

la date et le numéro du document fiscal qui a accompagné le transport;

b) pour les sorties:

la date, le genre, le destinataire, le lieu de destination et le poids, en outre, la date et le numéro du document fiscal concernant la livraison ou l'indication des fins d'utilisation, en cas de consommation personnelle.

On doit conserver les pièces justificatives des entrées et sorties de sucre et de sirop de sucre.

Quiconque, pour son propre compte ou pour compte d'autrui, détient plus de 1000 kg. de sucre, est tenu d'en donner immédiatement avis à la „Zuckerverteilungsstelle", en joignant à sa déclaration une copie de la liste mentionnée au 1er alinéa.

La „Zuckerverteilungsstelle" peut, sur demande, dispenser de l'obligation de faire ladite déclaration.

Art. V. En vue d'approvisionner équitablement la population et d'éviter la mise en réserve de sucre, de ses sous-produits ou de sirop de betteraves, dans un but de spéculation, le Chef de l'administration civile a le droit:

a) d'ordonner la déclaration de tous les stocks dépassant 25 kg.;

b) d'autoriser la „Zuckerverteilungsstelle" à acheter par contrainte les stocks aux personnes qui ont le droit d'en disposer, à un prix soumis à l'autorisation du Chef de l'administration civile, et de mettre ces stocks à la disposition des consommateurs.

Art. VI. Pour les produits obtenus pendant la campagne 1915/1916, les prix maxima fixés par les arrêtés ou avis des 24 septembre, 22 et 23 décembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1235, 1467, 1472) restent en vigueur.

Le Chef de l'administration civile est autorisé à publier un avis établissant des prix-maxima pour toutes les betteraves à sucre et les produits en dérivant, qui ont été obtenus pendant la campagne 1916/1917, et pour l'emballage de ces marchandises.

Art. VII. Quiconque aura enfreint les dispositions du présent arrêté ou les ordonnances prises par le Chef de l'administration civile en exécution du présent arrêté, notamment les prescriptions concernant les prix maxima, ou quiconque n'aura pas fait les déclarations prescrites ou aura fait des déclarations contraires à la vérité, sera puni d'une peine d'emprisonnement de 6 mois au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, abstraction faite, s'il y a lieu, de l'application d'autres peines. La peine d'emprisonnement et l'amende pourront aussi être appliquées simultanément.

En cas d'infraction particulièrement grave, surtout en cas de non observation des prix maxima, la peine pourra être portée à 2 ans de prison ou 80 000 marcs d'amende.

Art. VIII. Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

Art. IX. Les arrêtés des 11 et 24 septembre 1915, 24 novembre 1915, 22 et 23 décembre 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1043, 1235, 1377, 1467, 1472) sont abrogés.

Bruxelles, le 18 juillet 1916.

C. C. VII. 6935.

Verordening * over het benuttigen van suikerbeeten en van de daaruit gewonnen voortbrengselen.**

Art. I. Het bij Verordening van 24 November 1915 ingerichte kantoor voor de suikerverdeeling (Zuckerverteilungsstelle) blijft voortbestaan. Het staat onder den „Verwaltungschef" bij den General-Gouverneur in België.

Het kantoor voor de suikerverdeeling regelt, volgens aanwijzing van den „Verwaltungschef", de benuttiging der suikerbeeten en der daaruit gewonnen voortbrengselen van in- en buitenlandschen oorsprong, en is gerechtigd, alle tot het vervullen harer taak vereischte vaststellingen te doen of door gevolmachtigden te laten doen.

De uitgaven van het kantoor voor de suikerverdeeling worden gedekt door een te betalen recht op den afstand van suiker, melasse en beetenstroop voor het verbruik; het bedrag van dat recht wordt door den „Verwaltungschef" vastgesteld.

Art. II. Het kantoor voor de suikerverdeeling wordt door een bijraad ter zijde gestaan. Deze vergadert naar naar behoefte op uitnoodiging van den voorzitter van het kantoor voor de suikerverdeeling, om de gewichtige vraagpunten betreffend het benuttigen van de suiker, van de beeten en van de daaruit gewonnen voortbrenselen te bespreken.

De bijraad bestaat uit:

a) *een vertegenwoordiger van het Belgisch ministerie van Landbouw en een van het Belgisch ministerie van Financiën;*

b) *vier vertegenwoordigers van de voortbrengers (landbouwers, suiker- en stroopfabrikanten);*

c) *zes vertegenwoordigers van de verbruikers (daaronder vier van suikerverwerkende nijverheden en van de gemeentebesturen);*

d) *één vertegenwoordiger van den groothandel en één van den kleinhandel in suiker.*

De leden en een zelfde aantal plaatsvervangers worden door den „Verwaltungschef" benoemd; zij zijn te allen tijde herroepelijk. De leden genieten voor hun werkzaamheid geen bezoldiging.

Art. III. Alle beroepsbedrijven, die suikerbeeten onder om het even welken vorm voor fabrikatiedoeleinden willen gebruiken, zijn gehouden hiertoe de toelating van het kantoor voor de suikerverdeeling aan te vragen.

Het drogen en roosten van suikerbeeten of gedeelten ervan is verboden, evenals het vervoederen van suikerbeeten onder welken vorm ook, uitgenomen als pulp.

Art. IV. Wie meer dan 100 kgr. suiker of beetenstroop voor eigen of andermans rekening in bewaring heeft, is verplicht een lijst te houden, waarop hij nauwkeurig elk binnenkomen en uitgaan van suiker moet opteekenen.

Deze lijst moet bevatten:

a) *voor al wat binnenkomt:*

aangifte van datum, soort, afkomst, herkomst, gewicht, eigenaar en stapelplaats, verder datum en nummer van den patentbrief, die het vervoer vergezeld heeft;

b) *voor al wat uitgaat:*

datum, soort, bestemmeling, bestemmingsplaats en gewicht, verder datum en nummer van den patentbrief voor de levering, of aangifte van de gebruiksbestemming in geval van eigen verbruik.

De bewijsstukken betreffend binnenkomen en uitgaan van suiker en beetenstroop moeten worden bewaard.

Wie meer dan 1000 kgr. suiker voor eigen of andermans rekening in bewaring heeft, is gehouden, daarvan terstond kennis te geven aan het kantoor voor de suikerverdeeling, onder toevoeging van een afschrift der onder lid 1 vermelde lijst.

Het kantoor voor de suikerverdeeling kan, op verzoek van de verplichting tot aangifte ontslaan.

Art. V. Met het oog op een behoorlijke gerieving van de bevolking en om het spekulatief opdoen van suiker en de bijprodukten er van, evenals van beetenstroop te voorkomen, is de „Verwaltungschef" bevoegd:

a) *een opneming te bevelen van alle stapels boven 25 kgr.;*

b) *het kantoor voor de suikerverdeeling te machtigen, stapels van den beschikkingsgerechtigde door dwang aan te koopen tegen een door den „Verwaltungschef goed te keuren prijs, en die stapels op gepaste wijze ter beschikking der verbruikers te stellen.*

Art. VI. Voor de voortbrengselen die gedurende het bedrijfsjaar 1915/1916 gewonnen zijn, blijven de bij Verordeningen of bekendmakingen van 24 September,

22 en 23 December 1915 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1235, 1467, 1472) vastgestelde hoogste prijzen behouden.

De „Verwaltungschef" is gemachtigd, bij bekendmaking hoogste prijzen vast te stellen, voor de gedurende het bedrijfsjaar 1916/1917 gewonnen suikerbeeten en voor alle daaruit gewonnen voortbrengselen, evenals voor de verpakking.

Art. VII. Wie de bepalingen dezer Verordening of de ter uitvoering hiervan door den „Verwaltungschef" uitgevaardigde schikkingen, inzonderheid ook de voorschriften over de hoogste prijzen, overtreedt of wie geene of onjuiste aangiften doet, wordt, ongeminderd de anders voorziene straf, met ten hoogste 6 maand. gevangenis of met ten hoogste 20,000 mark boete gestraft. Ook kunnen beide straffen tegelijk uitgesproken worden.

In bijzonder erge gevallen, vooral bij het overschrijden van hoogste prijzen, kan de straf op 2 jaar gevangenis of op 80,000 mark boete gebracht worden.

Art. VIII. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers.

Art. IX. De Verordeningen van 11 en 24 September 1915, 24 November 1915, 22 en 23 December 1915 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1043, 1235, 1377, 1467, 1472) zijn opgeheven.

Brussel, den 18n Juli 1916.
C. C. VII 6935.

VERORDNUNG, ***
über die Bewirtschaftung des Hafers.

Art. 1. Die Hafererernte des Jahres 1916 im Bereichs des General-Gouvernements in Belgien wird mit der Trennung vom Boden zu Gunsten der Zi-

vilbevölkerung lediglich behufs Verfütterung hiermit beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Halm. Das Stroh wird mit dem Ausdreschen von der Beschlagnahme frei.

Jeder Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes ist verpflichtet, für die ordnungsmässige Aberntung des Hafers zu sorgen.

Art. 2. Soweit nachstehend nicht anders bestimmt ist, darf an dem beschlagnahmten Hafer

a) keine Veränderung vorgenommen werden,

b) durch Vereinbarung oder Vertrag über ihn zu Gunsten dritter Personen keine Verfügung getroffen werden.

Art. 3. Jeder Besitzer von Hafer ist verpflichtet, alle zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen und den Hafer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters zu behandeln. Nimmt ein Besitzer von Hafer eine der vorstehend vorgeschriebenen Handlungen innerhalb einer von dem Kreischef oder von dessen Beauftragten festgesetzten Frist nicht vor, so lässt dieser die Handlungen durch Dritte auf Kosten des Unternehmers vornehmen.

Art. 4. Auf Anfordern haben Haferbesitzer allen Hafer mit alleiniger Ausnahme des in Art. 6 Ziff. 1 u. 2 bezeichneten, zur Saat und zum Verfüttern nötigen Hafers den vom Kreischef bezeichneten Abnehmern käuflich zu überlassen, ihn rechzeitig anzufahren, zu liefern und zu verladen.

Insbesondere soll auf diese Weise der Bedarf der Bergwerke, der gemeinnützigen Anstalten und der für das öffentliche Wohl nicht entbehrlichen Transportunternehmungen zwangsweise aus den über den eigenen Bedarf vorhandenen Ueberschüssen der Haferbesitzer gedeckt werden.

Art. 5 Als Höchstpreis für Hafer von guter, marktgängiger Beschaffenheit im Mindestgewicht von 44 kg. für das Hektoliter wird allgemein ein Preis von 33 Franken festgesetzt. Der Preis für minderwertigen Hafer wird nötigenfalls auf Grund des Gutachtens eines vom Kreischef berufenen Sachverständigen, der geringeren Güte entsprechend, niedriger festgesetzt.

Art. 6. Von der Beschlagnahme werden zu Gunsten des Besitzers landwirtschaftlicher Betriebe für die Zeit vom 15. September 1916 ab freigegeben:

1. zur Aussaat für jedes Hektar der von ihm im Jahre 1916 mit Hafer bebauten Fläche 170 kg Saathafer bester Beschaffenheit und eigener Erzeugung. Die Verwendung grösserer Saatgutmengen, der Austausch von Saatgut oder die anderweitige Beschaffung fremden Saatgutes unterliegen der Genehmigung der Kreischefs der beteiligten Kreise.

2. zur Verfütterung als Tagesbedarf: für jedes Pferd 1500 g. Von dem Futterhafer darf allmonatlich nur ein Zwölftel des Jahresbedarfs verfüttert werden.

Der Tagesbedarf zur Verfütterung kann vom Kreischef erhöht werden:

für gekörte Deckhengste, unter Tag arbeitende Bergwerkspferde und für schwere in Steinbrüchen und Wäldern arbeitende Pferde, sowie für Pferde, die zur Impfstoffgewinnung dienen, auf 5000 g,

für andere schwere Zugpferde, für Pferde, deren Arbeitsleistung dem öffentlichen Wohle dient, wie diejenigen der Aerzte, Abfuhrunternehmer, Droschkenbesitzer, grösseren Konsumanstalten,

Kadaververwertungsanstalten, sowie für Mutterstuten und Gestütspferde auf 2500 g.

Andererseits kann für Pferde, die einen grossen Teil des Jahres auf die Weide gehen, die freizugebende tägliche Hafermenge vom Kreischef um ein Drittel herabgesetzt werden.

3. Von dem über die nach Ziffer 1 und 2 freigegegebene Hafermenge überschiessenden Hafer darf allmonatlich ein Zwölftel verkauft werden, insoweit nicht bis zum Ablauf des vorhergehenden Monats Anforderungen gemäss Art. 4 erfolgt sind.

4. Pferdebesitzer, die ihren Haferbedarf nicht selbst bauen, dürfen nicht mehr verfüttern, als die nach Ziffer 2 bestimmten Tagessätze betragen.

Art. 7. *1)* Gelegentlich der bevorstehenden Ernteschätzung gibt jeder Landwirt seine voraussichtliche Hafinernte an. Mit der amtlichen Mitteilung über das Brotgetreide („Inlichting", „Carte d'Information") erhält er eine Mitteilung über die ihm im ganzen freigegebene Menge Saathafer und Futterhafer und über die überschiessende, nach Art. 4 und 6 verkäufliche Menge Hafer.

2) Die Kreischefs haben das Recht, durch Beauftragte jederzeit Stichproben zu nehmen, Hafertransporte auf ihre Herkunft zu untersuchen und auf jede Weise die Einhaltung des Zwölftelverbrauchs zu überwachen.

Art. 8. Die Bürgermeister sind verpflichtet, darüber zu wachen, dass die Landwirte ihrer Gemeinde nicht mehr als das ihnen freigegebene Zwölftel während eines Monats verfüttern bezw. verkaufen. Jeder Verkäufer von Hafer hat unmittelbar nach dem Verkauf dem zuständigen Bürgermeister die verkauften Mengen anzuzeigen.

Die Bürgermeister haben an dem 1. jeden Mo-

nats dem zuständigen Kreischef zu berichten, wieviel von den in ihren Gemeinden für den Verkauf freigegebenen Monatszwölfteln verkauft worden ist. Die Kreischefs haben diese Mitteilungen auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen und über die Haferbestände in den einzelnen Gemeinden Buch zü führen.

Art. 9. Die Bestimmungen dieser Verordnung finden auch auf die aus der Ernte 1915 verbliebenen Ueberschüsse von Hafer Anwendung. Diese Ueberschüsse zählen zu den verkäuflichen Mengen (vgl. Art. 4, Art. 6 Ziff. 3 und Art. 7 Ziff. 1).

Art. 10. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft. Auf beide Strafen kann nebeneinander erkannt werden. Zugleich kann in den Fällen des Art. 2 auf Einziehung des Hafers erkannt werden. Der eingezogene Hafer wird verkauft und der Erlös dem Belgischen Roten Kreuz für wohltätige Zwecke überwiesen.

Art. 11. Zuständig zur Aburteilung sind die deutschen Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 21. Juli 1916.

C. C. VII. 6961.

Arrêté *** concernant l'utilisation économique de l'avoine.

Art. 1er. L'avoine récoltée en 1916 dans le territoire du Gouvernement général en Belgique est saisie, dès l'instant où elle est fauchée, au profit de la population civile et uniquement en vue de l'alimentation des ani-

maux. La saisie s'étend aussi à la paille. Après le battage, la saisie de la paille est levée.

Chaque exploitant agricole est tenu de veiller à ce que son avoine soit récoltée soigneusement.

Art. 2. Sauf les exceptions prévues par le présent arrêté, il est défendu:

a) d'apporter des modifications aux stocks saisis,

b) de disposer des stocks saisis par convention ou par contrat, en faveur d'un tiers quelconque.

Art. 3. Chaque détenteur d'avoine est tenu d'exécuter toutes les opérations nécessaires à la bonne conservation de son stock et de le conserver avec tous les soins d'un bon père de famille. Si un détenteur d'avoine n'exécutait pas une desdites opérations dans le délai qui lui serait imposé à cette fin par le chef d'arrondissement (Kreischef) ou par son mandataire, celui-ci en chargerait un tiers et en ferait supporter les frais au détenteur.

Art. 4. Sur réquisition, chaque détenteur doit vendre, à l'acheteur que lui désignera le chef d'arrondissement, toute son avoine, à la seule exception des quantités désignées à l'article 6, chiffres 1 et 2, et destinées aux semailles et à l'alimentation animale; il doit en outre transporter, livrer et charger à temps l'avoine ainsi vendue.

Il sera notamment procédé de cette manière pour procurer aux charbonnages, aux établissements d'intérêt public et aux entreprises de transport qui sont indispensables au bien public l'avoine nécessaire, que l'on prendra par contrainte aux excédents d'avoine obtenus sur les quantités réservées à l'exploitation agricole (en vue des semailles et de l'alimentation animale).

Art. 5. Le prix maximum de l'avoine de qualité bonne et marchande, pesant au moins 44 kg. l'hectolitre, est fixé, d'une manière générale, à 33 francs. S'il s'agit

d'avoine de qualité inférieure, on fixera un prix moins élevé correspondant, en se basant, s'il y a lieu, sur l'expertise d'un expert nommé par le chef d'arrondissement.

Art. 6. A partir du 15 septembre 1916, sera exempte de la saisie, en faveur de l'exploitant agricole:

1) l'avoine destinée aux semailles, à raison de 170 kg. de semences de la meilleure qualité, provenant de l'exploitation elle-même, pour chaque hectare de la superficie en avoine cultivée en 1916. L'emploi de quantités plus fortes pour les semailles, l'échange de semences et l'acquisition de semences appartenant à autrui sont soumis à l'autorisation des chefs des arrondissements intéressés;

2) l'avoine destinée à l'alimentation des chevaux, à raison d'une ration journalière de 1500 gr. par cheval. On ne peut donner par mois aux chevaux que le douzième de la quantité annuelle destinée à leur alimentation.

Ladite ration journalière pourra être portée par le chef d'arrondissement:

à 5000 gr., pour les étalons examinés et trouvés aptes à la reproduction, les chevaux de charbonnage travaillant à l'intérieur de la mine et les chevaux lourds travaillant dans les carrières et les bois ainsi que pour les chevaux destinés à l'obtention du sérum;

à 2500 gr., pour les autres lourds chevaux de trait, les chevaux dont le travail est d'intérêt public, tels que les chevaux des médecins, des entrepreneurs de camionnage, des loueurs de voitures de place, des établissements et sociétés coopératives plus ou moins importants de consommation, des établissements d'utilisation des cadavres d'animaux, ainsi que pour les juments qui ont un poulain et les chevaux de haras.

D'autre part, le chef d'arrondissement peut réduire

d'un tiers la ration journalière d'avoine des chevaux qui sont à la pâture pendant une grande partie de l'année.

3) Chaque mois, on peut vendre un douzième des quantités d'avoine formant l'excédent des quantités exemptes de la saisie en vertu des chiffres 1 et 2, à la condition toutefois que, jusqu'à l'expiration du mois précédent, il n'ait pas été procédé à des réquisitions conformément à l'art. 4.

4) Les détenteurs de chevaux qui ne produisent pas eux-mêmes l'avoine dont ils ont besoin, ne doivent pas donner à leurs chevaux plus que les rations prévues au chiffre 2.

Art. 7. 1) A l'occasion du prochain relevé du rendement de la récolte, chaque exploitant agricole indiquera le rendement présumé de sa récolte d'avoine. Il recevra, en même temps que la communication officielle concernant les céréales (carte d'information), une communication relative à la quantité totale dont la saisie est levée en faveur des semailles et de l'alimentation animale, ainsi qu'à l'excédent pouvant être vendu conformément aux art. 4 et 6.

2) Les chefs d'arrondissement peuvent, à tout instant, charger des mandataires de faire prendre des échantillons d'avoine, de faire constater la provenance des transports d'avoine et de surveiller, de toute façon, la consommation du douzième prescrit.

Art. 8. Tout bourgmestre est tenu de veiller à ce que, chaque mois, les agriculteurs de sa commune ne donnent pas à leurs chevaux ou ne vendent pas plus du douzième dont la saisie est levée. Tout vendeur d'avoine doit déclarer les quantités vendues au bourgmestre compétent, immédiatement après la vente.

Le 1er de chaque mois, les bourgmestres doivent envoyer au chef d'arrondissement compétent un rapport

désignant les quantités (prises aux douzièmes mensuels dont la vente est autorisée dans la commune) qui ont été vendues. Les chefs d'arrondissement doivent contrôler l'exactitude de ces communications et tenir un livre indiquant les stocks d'avoine des diverses communes.

Art. 9. Les dispositions du présent arrêté sont aussi applicables aux excédents d'avoine provenant de la récolte de 1915. Ces excédents font partie des quantités pouvant être vendues (cf. art. 4, art. 6 chiffre 3 et art. 7 chiffre 1).

Art. 10. Quiconque aura enfreint les dispositions du présent arrêté sera puni d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément. En outre, dans les cas prévus à l'art. 2, on pourra prononcer la confiscation de l'avoine. L'avoine confisquée sera vendue et le produit de la vente sera versé à la Croix rouge de Belgique, au profit d'oeuvres de bienfaisance.

Art. 11. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 21 juillet 1916.
C. C. VII. 6961.

Verordening * over de benuttiging van haver.**

Art. 1. De haveroogst uit het jaar 1916 binnen het gebied van het General-Gouvernement in België wordt hierbij, van als hij afgemaaid is, ten bate der burgerbevolking uitsluitend voor vervoedering aangeslagen. De beslaglegging strekt zich ook tot den halm uit. Het stroo wordt na het dorschen van de beslaglegging vrij.

Elke ondernemer van een landbouwbedrijf is ver-

plicht, voor ordentelijk binnenbrengen van den haveroogst te zorgen.

Art. 2. Zooverre hieronder niet anders wordt beschikt, is het verboden:

a) *aan de aangeslagen haver wijzigingen toe te brengen,*

b) *bij overeenkomst of verdrag ten bate van derde personen er over te beschikken.*

Art. 3. Ieder bezitter van haver is gehouden, alle maatregelen te nemen tot het behoud van de voorraden en de haver met de zorgvuldigheid van een ordentelijk huisvader te behandelen. Voert een bezitter van haver een der hiervoren bepaalde maatregelen niet uit binnen den tijd, die door den „Kreischef" of door dezes lasthebber is vastgesteld, zoo laat deze die maatregelen op kosten van den ondernemer door derden uitvoeren.

Art. 4. De bezitters van haver moeten op verzoek al hun haver, met de enkele uitzondering der in art. 6, nrs. 1 en 2 vermelde zaai- en voederhaver, tegen betaling afstaan aan de afnemers, die door den „Kreischef" zijn aangeduid; zij moeten die haver op tijd aanvoeren, leveren en verzenden.

Inzonderheid zal op deze wijze uit de vóór het eigen gebruik overtollige stapels der haverbezitters, door dwang voorzien worden in de behoefte van de kolenmijnen, van de inrichtingen tot algemeen nut en van de vervoerondernemingen die voor het openbaar welzijn onontbeerlijk zijn.

Art. 5. Als hoogste prijs voor haver van goede, marktgeschikte hoedanigheid met een laatste gewicht van 44 kgr. per hektoliter, wordt een algemeene prijs van 33 frank vastgesteld. De prijs voor minderwaardige haver wordt, zoo noodig, op voorstel van een door den „Kreischef" aangestelden deskundige, overeenkomstig de mindere waarde lager gesteld.

Art. 6. Ten bate van den bezitter van het landbouwbedrijf worden, voor den tijd van 15 September 1916 af, de volgende hoeveelheden van de beslaglegging vrij verklaard:

1. als zaaigoed, 170 kgr. van de beste hoedanigheid en van eigene voortbrengst voor elke hektaar van zijn land, dat in 't jaar 1916 met haver was bezaaid. Voor het aanwenden van grootere hoeveelheden zaaihaver, het ruilen van zaaigoed of het aanschaffen van vreemd zaaigoed op om 't even welke wijze, is de goedkeuring van den „Kreischef" der betrokken arrondissementen vereischt;

2. als voederhaver, 1500 gram per dag en per paard. Van de voederhaver mag maandelijks slechts één twaalfde van de hoeveelheid voor het gansche jaar vervoederd worden.

Dat rantsoen kan door den „Kreischef" verhoogd worden:

voor gekeurde dekhengsten, voor mijnpaarden die onder den grond werken en voor zware in steengroeven en bosschen werkende paarden, evenals voor paarden, waarop entstof genomen wordt, tot 5000 gram,

voor andere zware trekpaarden, voor paarden die ten dienste van het algemeen welzijn gebruikt worden, zooals die der geneesheeren, vervoerondernemers, huurhouders, grootere verbruiksinrichtingen en inrichtingen voor krengbenuttiging, evenals voor moeder- en teeltmerries, tot 2500 gram.

Anderzijds kan voor paarden die een groot deel van het jaar op de weide loopen, het vrij te verklaren rantsoen door den „Kreischef" met één derde verminderd worden.

3. Van de haver die boven de volgens nrs. 1 en 2 vrijverklaarde hoeveelheid overschiet, mag maandelijks één twaalfde verkocht worden, zooverre echter,

tot het einde der voorgaande maand, geen leveringen overeenkomstig artikel 4 verlangd werden.

4. *Paardenbezitters, die hun noodige haver niet zelf voortbrengen, mogen niet meer vervoederen dan de in nr. 2 bepaalde rantsoenen.*

Art. 7. 1. *Bij de aanstaande oogstschatting geeft elke landbouwer zijn vermoedelijken haveroogst aan. Met de ambtelijke korenkaart („Inlichting") ontvangt hij een mededeeling over de geheele hem toegekende hoeveelheid zaai- en voederhaver en over de overschietende hoeveelheid, die overeenkomstig de artikelen 4 en 6 te koop is te stellen.*

2. *De „Kreischefs" hebben het recht, door lasthebbers te allen tijde stalen te nemen, de herkomst van de haverleveringen te onderzoeken en op welke wijze het noodige toezicht te voeren, opdat het voorgeschreven verbruikstwaalfde niet worde overschreden.*

Art. 8. De burgemeesters zijn gehouden er over te waken, dat de landbouwers hunner gemeente binnen ééne maand niet meer dan het hun toegestane twaalfde vervoederen of verkoopen. Ieder verkooper van haver moet, onmiddellijk na den verkoop, de verkochte hoeveelheden bij den bevoegden burgemeester aangeven.

De burgemeesters moeten den 1n van elke maand, den bevoegden „Kreischef" mededeelen, hoeveel van de maandelijksche twaalfden die in hun gemeente voor den verkoop werden vrijverklaard, verkocht is geworden. De „Kreischefs" moeten de juistheid dezer aangiften onderzoeken en over de haverstapels in de verschillende gemeenten boek houden.

Art. 9. De bepalingen dezer Verordening zijn ook van toepassing op de overblijvende havervoorraden uit den oogst van 1915. Deze overschotten behooren tot de te koop te stellen hoeveelheden. (Zie artikel 4, artikel 6, nr. 3 en art. 7, nr. 1.)

Art. 10. Wie de bepalingen dezer Verordening overtreedt, wordt met ten hoogste 5 jaar gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk uitgesproken worden. Tevens kan, in de gevallen voorzien onder artikel 2, de haver verbeurdverklaard worden. De verbeurdverklaarde haver wordt verkocht en de opbrengst er van voor liefdadige doeleinden afgestaan aan het Rood Kruis van België.

Art. 11. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 21n Juli 1916.

C. C. VII. 6961.

VERORDNUNG, ***
betreffend die Regelung des Handels mit Butter.

Art. 1. Den gewerbsmässigen Handel mit Butter dürfen vom 1. September 1916 ab nur der Buttervertriebsverband, genannt „Fedération Nationale des Unions Professionnelles de Marchants et Producteurs de Buerre", die ihm angeschlossenen Händler-Berufsvereinigungen, genannt „Unions Professionelles Provinciales de Marchands et Producteurs de Beurre", und deren Mitglieder ausüben. Die Satzungen des Buttervertriebsverbandes unterliegen meiner Genehimigung.

Unter den Handel im Sinne des Abs. 1 fällt nicht:

1. der nicht gewerbsmässige An- und Verkauf von Butter, insbesondere auch durch staatliche und Gemeindeverwaltungen, Konsumanstalten und Konsumgenossenschaften, gemeinnützige Einrichtungen und ähnliche Anstalten,

2. der Verkauf des Herstellers an Selbstverbraucher, an den Buttervertriebsverband, die ihm angeschlossenen Händler-Berufsvereinigungen und deren Mitglieder, sowie an die unter Nr. 1 Genannten.

Art. 2. Butterhändler, deren Unzuverlässigkeit in Bezug auf ihren Gewerbebetrieb dargetan ist, können durch den für den Ort der gewerblichen Niederlassung zuständigen Präsidenten der Zivilverwaltung vom gewerbsmässigen Handel mit Butter für den Bereich des Generalgouvernements ausgeschlossen werden.

Der Präsident der Zivilverwaltung kann ferner den An- und Verkauf von Butter durch die in Nummer 1 des Abs. 2 des Art. 1 Genannten Beschränkungen unterwerfen.

Art. 3. Die zum Butterankauf berechtigten Personen müssen sich als solche jederzeit ausweisen können. Ausgenommen sind die Selbstverbraucher.

Art. 4. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden.

Ausserdem kann auf Einziehung der Ware erkannt werden.

Art. 5. Zuständig sind die Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 6. Artikel II der Verordnung vom 12. Februar 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1625) wird aufgehoben.

Brüssel, den 26. Juli 1916.
C. C. VII. 6994.

Arrêté * concernant la réglementation du commerce du beurre.**

Art. 1er. A partir du 1er septembre 1916, le commerce professionnel du beurre ne pourra être exercé que par le „Buttervertriebsverband", c'est-à-dire la „Fédération nationale des unions professionneles de marchands et producteurs de beurre", par les associations professionnelles de marchands y affiliées et nommées „Unions professionnelles provinciales de marchands et producteurs de beurre" et par leurs membres. Les statuts du „Buttervertriebsverband" sont soumis à mon approbation.

Ne sont pas considérés comme commerce, quant à l'application du 1er alinéa:

1) l'achat et la vente de beurre pratiqués à titre non professionnel, notamment les achats et ventes conclus par les administrations de l'Etat et des communes, par les établissements et sociétés coopératives de consommation, par les institutions d'intérêt public et autres de même genre,

2) les ventes effectuées directement par le producteur aux consommateurs, au „Buttervertriebsverband", aux associations y affiliées ainsi qu'à leurs membres et, en outre, aux administrations, établissements, etc. mentionnés au chiffre 1.

Art. 2. Les marchands de beurre ayant prouvé, par leur pratique commerciale, qu'ils n'étaient pas dignes de confiance, pourront être exclus de l'exercice du commerce du beurre, dans tout le territoire du Gouvernement général, par le président de l'administration civile compétent pour le lieu de leur établissement.

Le président de l'administration civile a, en outre, le droit de soumettre à certaines restrictions l'achat et la vente du beurre par les personnes et associations men-

tionnées au chiffre 1 du 2e alinéa de l'article 1er.

Art. 3. Les personnes admises à faire des achats de beurre doivent pouvoir prouver, à tout instant, leur qualité d'acheteurs autorisés. Cette disposition ne s'applique pas aux personnes qui achètent du beurre en vue de leur propre consommation.

Art. 4. Les infractions aux dispositions précédentes seront punies d'une peine d'emprisonnement de police ou correctionnel d'un an au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

En outre, on pourra prononcer la confiscation des marchandises formant l'objet de l'infraction.

Art. 5. Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 6. L'article II de l'arrêté du 12 février 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1625) est abrogé.

Bruxelles, le 26 juillet 1916.

C. C. VII. 6994.

Verordening * betreffend de regeling van den boterhandel.**

Art. 1. Van 1 September 1916 af mogen alleen de bond van boterverkoopers, genoemd „Fedération Nationale des Unions Professionnelles de Marchands et Producteurs de Beurre", de daarbij aangesloten beroepsvereenigingen van handelaars, genoemd „Unions Professionnelles Provinciales de Marchands et Producteurs de Beurre" en de leden dezer vereenigingen van beroepswege handeldrijven in boter. De standregelen van den bond der boterverkoopers zijn aan mijn goedkeuring onderworpen.

Onder handeldrijven in den zin van lid 1 is niet te verstaan:

1. *het niet van beroepswege aan- en verkoopen van boter, inzonderheid ook door staats- en gemeentebesturen, verbruiksinrichtingen en -coöperatieven, inrichtingen van algemeen nut en andere dergelijke instellingen,*

2. *het verkoopen door de voortbrengers aan de verbruikers, aan den bond van boterverkoopers, aan de daarbij aangesloten beroepsvereenigingen van handelaars en de leden dezer vereenigingen, evenals aan de onder nr. 1 genoemde inrichtingen en instellingen.*

Art. 2. Boterhandelaars, wier onbetrouwbaarheid in opzicht hunner handelszaak gebleken is, kunnen door den voorzitter van het burgerlijk bestuur, bevoegd voor de plaats waar dit handelsbedrijf is gevestigd, van den als beroep gedreven handel in boter voor het gebied van het Generalgouvernement uitgesloten worden.

De voorzitter van het burgerlijk bestuur kan verder den aan- en verkoop van boter door de onder nr. 1 van lid 2 van artikel 1 genoemde inrichtingen en instellingen, beperkingen opleggen.

Art. 3. De personen, die gerechtigd zijn boter aan te koopen, moeten dat steeds kunnen bewijzen. Deze bepaling geldt niet voor de personen die boter koopen voor eigen verbruik.

Art. 4. Overtredingen van vorenstaande bepalingen worden met ten hoogste één jaar hechtenis of gevangenis, of met ten hoogste tien duizend mark boete gestraft. Beide straffen kunnen ook tegelijk uitgesproken worden.

Buitendien kan tot de verbeurdverklaring van de waar worden besloten.

Art. 5. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Art. 6. Artikel II der Verordening van 12 Februari

1916 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1625) is opgeheven.

Brussel, den 26n Juli 1916.

C. C. VII 6994.

BEKANNTMACHUNG. ***

Auf Grund meiner Verordnung vom 8. Juli 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen sowie der dazu am 8. Juli 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen habe ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, Mehl, Kleie und Brot bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

für Weizen	ab Lager oder Mühle geliefert	Fr. 40.54	für 100 kg.
„ Roggen	„ „ „ „ „	„ 27.40	„ „ „
„ Mengekorn	„ „ „ „ „	„ 29.43	„ „ „
„ ungeschälten Spelz	„ „ „	„ 25.44	„ „ „
„ Weizenkleie	ab Mühle geliefert . .	„ 22.—	„ „ „
„ Mengekornkleie	„ „ „ . .	„ 20.—	„ „ „
„ Roggenkleie	„ „ „ . .	„ 18.—	„ „ „
„ Weizenmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„ 50.51	„ „ „
„ Roggenmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„ 35.32	„ „ „
„ Mengekornmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„ 37.39	„ „ „
„ Weizenmehl zu 60 % od. feiner ausgemahl. den Kuchenbäckern geliefert		„ 80.—	„ „ „
„ Roggenmehl zu 60 % od. feiner ausgemahl. den Kuchenbäckern geliefert		„ 65.—	„ „ „
„ Weizenbrot den Verbrauchern geliefert		„ —.45	„ 1 kg.

Diese Höchstpreise treten am 15. August in Kraft.

Den Provinzial Ernte Kommissionen wird die Befugnis erteilt, für den Bezirk einzelner Gemeinden auf Antrag oder nach Anhörung der Bürgermeister je einen niedrigeren Höchstpreis für Weizenbrot, sowie Höchstpreise für Brot, zu dessen

Zubereitung Roggenmehl verwandt wird, festzusetzen.

Für die Verkäufe der Erzeuger von Brotgetreide an das Comité National de Secours et d' Alimentation bleiben die in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung betreffend die Ernte Kommissionen vom 8. Juli 1916 festgesetzten Höchstpreise in Geltung.

Brüssel, den 27. Juli 1916.

Z. E. K. 44.

Comme suite à mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), et aux dispositions réglementaires du 8 juillet 1916 dudit arrêté, j'ai, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), fixé, jusqu'à nouvel avis, les prix maxima suivants, applicables aux ventes de blé battu, farine, son et pain:

froment	pris au dépôt ou au moulin	fr. 40.54	les 100 kg.
seigle	» » » » » »	» 27.40	» » »
méteil	» » » » » »	» 29.43	» » »
épeautre non pelé	» » » » »	» 25.44	» » »
son de froment pris au moulin	. . . .	» 22.—	» » »
son de méteil	» » »	» 20.—	» » »
son de seigle	» » »	» 18.—	» » »
farine de froment livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	» 50.51	» » »
farine de seigle livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	» 35.32	» » »
farine de méteil livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	» 37.39	» » »
farine de froment moulue à 60 % ou plus finement, livrée aux pâtissiers	. . . .	» 80.—	» » »
farine de seigle moulue à 60 % ou plus finement, livrée aux pâtissiers	. . . .	» 65.—	» » »
pain de froment livré aux consommateurs		» —.45	le kg.

Ces prix maxima entreront en vigueur le 15 août.

Les commissions provinciales de la récolte auront le droit, dans certaines communes, sur la demande du bourgmestre ou après avoir entendu ce dernier, d'abaisser le prix maximum du pain de froment, ainsi que d'établir des prix maxima pour le pain contenant de la farine de seigle.

Pour le blé vendu par les producteurs au Comité national de secours et d'alimentation, les prix maxima déterminés dans les dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commission de la récolte (Ernte-Kommissionen), restent en vigueur.

Bruxelles, le 27 juillet 1916.

Z. E. K. 44.

Op grond mijner Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de oogstkommissies, evenals der uitvoeringsbepalingen van 8 Juli 1916 tot dezer Verordening, heb ik, op voorstel der Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission, de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel, zemelen en brood voorshands als volgt vastgesteld:

voor tarwe	*uit stapelplaats of molen geleverd*	*fr. 40.54*	*per 100 kg.*
„ rogge	*„ „ „ „ „*	*„ 27.40*	*„ „ „*
„ masteluin	*„ „ „ „ „*	*„ 29.43*	*„ „ „*
„ ongepelde spelt	*„ „ „ „*	*„ 25.44*	*„ „ „*
„ tarwezemelen	*uit molen geleverd . .*	*„ 22.—*	*„ „ „*
„ masteluinzemelen	*„ „ „ . .*	*„ 20.—*	*„ „ „*
„ roggezemelen	*„ „ „ . .*	*„ 18.—*	*„ „ „*
„ tarwemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*. . . . .*	*„ 50.51*	*„ „ „*
„ roggemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*. . . . .*	*„ 35.32*	*„ „ „*
„ masteluinmeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*. . . . .*	*„ 37.39*	*„ „ „*
„ tarwemeel op 60 °/₀ of fijner gemalen, aan pasteibakkers geleverd	*. . . . .*	*„ 80.—*	*„ „ „*
„ roggemeel op 60 °/₀ of fijner gemalen, aan pasteibakkers geleverd	*. . . . .*	*„ 65.—*	*„ „ „*
„ tarwebrood aan verbruikers geleverd	*. .*	*„ —.45*	*„ kgr.*

Deze hoogste prijzen worden op 15 Augustus van kracht.

Den Provincialen Oogstkommissies (Provinzial Ernte Kommissionen) wordt de bevoeadheid verleend, voor de omschrijving van afzonderlijke gemeenten op verzoek of na raadpleging van de burgemeesters, telkens eenen lageren hoogsten prijs voor tarwebrood, evenals hoogste prijzen voor brood, tot het bereiden waarvan roggemeel wordt gebruikt, vast te stellen.

Voor de verkoopen der voortbrengers van koren aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, blijven de hoogste prijzen, vastgesteld in de uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de oogstkommissies, van kracht.

Brussel, len 27n Juli 1916.
Z. E. K. 44.

VERORDNUNG, ***

1) Jede politische Kundgebung in der Oeffentlichkeit ist verboten, z. B. in der Form von Ansammlungen auf den Strassen, des Ausbringens von Hoch- und Schmährufen, des Schliessens von Läden und Gastwirtschaften, des Tragens vereinbarter gleichfarbiger Kleidung, des Tragens von Abzeichen und dergleichen.

2) Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht eine andere härtere Strafe verwirkt ist, mit Arrest oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zwanzigtausend Mark bestraft. Auf Freiheitsstrafe und Geldstrafe kann nebeneinander erkannt werden.

3) Zuständig sind die Militär-Gerichte und die Militär-Befehlshaber.

Brüssel, den 30. Juli 1916.

G. G. I*d*. 12690.

1) Il est défendu de se livrer, en public, à des manifestations politiques quelles qu'elles soient; qu'il s'agisse soit de rassemblements dans les rues, soit de vociférations, acclamations ou invectives, soit de la fermeture de magasins, restaurants, etc., soit de démonstrations concertées et se produisant sous forme d'insignes spéciaux arborés ou d'unité de couleur exhibée dans les costumes.

2) Les infractions, à moins d'entrainer une sanction pénale plus sévère, seront passibles soit d'arrêts ou d'une peine d'emprisonnement ne dépassant pas six mois. soit d'une amende pouvant aller jusqu'à vingt mille marcs au maximum. Les deux peines pourront s'appliquer simultanément.

Les infractions au présent arrêté seront jugées par les tribunaux et commandants militaires.

Bruxelles, le 30 juillet 1916.

G. G. I*d*. 12690.

1) *Elke politieke betooging in het openbaar is verboden. Zijn o. a. als zoodanig te beschouwen: samenscholingen in de straten, toejuichingskreten en smaadgeroep, het sluiten van winkels, magazijnen, koffiehuizen, spijshuizen, enz., het dragen van bij afspraak bepaalde kleederen van dezelfde kleur, het dragen van kenteekens en dies meer.*

2) *Overtredingen worden, zoover geen zwaardere straf is voorzien, met ten hoogste 6 maand opsluiting of gevangenis of met ten hoogste 20.000 mark boete*

gestraft. Gevangenisstraf en boete kunnen tegelijk worden uitgesproken.

3) *De krijgsrechtbanken en de krijgsoverheden zijn tot oordeelvellen bevoegd.*

Brussel, den 30n Juli 1916.

G. G. Id. 12690.

No. 241. — 6. AUGUST 1916. Pag. 2475.

VERORDNUNG, ***
betreffend Vorführung von Pferden.

Art. 1. Wer den von den Gouverneuren, Kommandanten und Kreischefs über die Anmeldung und Vorführung von Pferden zur Aushebung erlassenen Anordnungen oder den Ausführungsvorschriften derselben Befehlshaber dazu zuwiderhandelt, wird mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Auch kann bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung auf Einziehung der verheimlichten Pferde erkannt werden.

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Art. 2. Zuständig sind die Militärgerichte und die Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 4. August 1916.

G. G. III. 5766.

Arrêté * concernant la présentation des chevaux.**

Art. 1er. Quiconque, aura enfreint soit les ordonnances publiées par les gouverneurs, les commandants et les chefs d'arrondissement, concernant la déclaration et la présentation des chevaux de remonte, soit les dispositions réglementaires y ajoutées par les mêmes autorités, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de police ou correctionnel de 6 mois au plus, soit d'une amende pouvant aller jusqu'à 10,000 marcs. Si l'infraction a été commise intentionnellement, les chevaux non déclarés pourront être confisqués.

Art. 2. Les infractions seront jugées par les tribunaux ou les commandants militaires.

Bruxelles, le 4 août 1916.

G. G. III 5766.

Verordening, * betreffend het voorbrengen van paarden.**

Art. 1. Wie de bevelen, uitgevaardigd door de Gouverneurs, Kommandanten en „Kreischef" betreffend het aangeven en voorbrengen van paarden voor de opeisching, of de uitvoeringsvoorschriften van dezelfde bevelhebbers tot bedoelde bevelen overtreedt, wordt met ten hoogste 6 maand hechtenis, of gevangenis, of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Ook kan bij opzettelijke overtreding verbeurdverklaring van de verheelde paarden uitgesproken worden.

Art. 2. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de krijgsrechtbanken en de krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 4n Augustus 1916 .

G. G. III 5766.

Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

BEKANNTMACHUNG.

Den nachstehend aufgeführten Gemeinden beziehungsweise Personen sind durch Verfügung des Herrn Generalgouverneurs als ausserordentliche Staatsbeihilfen für den ordnungsmässigen Volksschuldienst die folgenden Summen bewilligt worden:

	Dienstjahr 1915		Franken
Balen a/d Vesdre	Provinz	Lüttich . . .	700
Membach	„	„ . . .	500
Virginal	„	Brabant . . .	500
Molenstede	„	„ . . .	300
Gyzelbrechtegem	„	Westflandern .	330
Dilsen	„	Limburg . . .	738
Mettekoven	„	„ . . .	500
Henri Barbieur in Chimay	„	Hennegau . .	1000
Spalbeek	„	Limburg . . .	600
Beauraing	„	Namur . . .	200
Ferrières	„	Lüttich . . .	400
Neeroeteren	„	Limburg . .	1044
Masnuy-St.-Pierre	„	Hennegau . .	1728
		Dienstjahr 1916.	
Paliseul	Provinz	Luxemburg . .	1200
Masnuy-St.-Pierre	„	Hennegau . .	1728
Veulen	„	Limburg . . .	1000

C. C. III*a* 2632.

Ministère des sciences et des arts.

Par décision de M. le Gouverneur général, les sommes sous-indiquées sont allouées, à titre de subventions extraordinaires de l'Etat, pour l'entretien régulier de l'enseignement primaire, aux communes ou aux personnes suivantes:

		Francs
	Exercice 1915.	
Baelen s/Vesdre	Province de Liége	700
Membach	„ „	500
Virginal	„ de Brabant	500
Molenstede	„ „	300
Gyselbrechteghem	„ de Flandre occidentale	330
Dilsen	„ de Limbourg	738
Mettecoven	„ „	500
Henri Barbieur, à Chimay	„ de Hainaut	1000
Spalbeek	„ de Limbourg	600
Beauraing	„ de Namur	200
Ferrières	„ de Liége	400
Neeroeteren	„ de Limbourg	1044
Masnuy-St-Pierre	„ de Hainaut	1728
	Exercice 1916.	
Paliseul	Province de Luxembourg	1200
Masnuy-St-Pierre	„ de Hainaut	1728
Veulen	„ de Limbourg	1000

C. C. III*a* 2632.

Ministerie van Wetenschappen en Kunsten.

Aan onderstaande gemeenten of personen zijn bij Beschikking van den Heer Generalgouverneur, als buitengewone staatsondersteuning voor den regelma-

tigen dienst der lagere school, de volgende sommen verleend.

	Dienstjaar 1915.		*frank*
Balen a/d Vesder	*Provincie*	*Luik . . . .*	*700*
Membach	„	„	*500*
Virginal	„	*Brabant . . .*	*500*
Molenstede	„	„	*300*
Gijzelbrechtegem	„	*Westvlaanderen*	*330*
Dilsen	„	*Limburg . . .*	*738*
Mettekoven	„	„ . . .	*500*
Henri Barbieur, in Chimay	„	*Henegouw . .*	*1000*
Spalbeek	„	*Limburg . . .*	*600*
Beauraing	„	*Namen . . .*	*200*
Ferrières	„	*Luik . . . .*	*400*
Neeroeteren	„	*Limburg . . .*	*1044*
Masnuy-St.-Pierre	„	*Henegouw . .*	*1728*
	Dienstjaar 1916.		
Paliseul	*Provincie*	*Luxemburg . .*	*1200*
Masnuy-St.-Pierre	„	*Henegouw . . .*	*1728*
Veulen	„	*Limburg . . .*	*1000*

C. C. IIIa 2632.

No. 242. 10. AUGUST 1916. Pag. 2483

VERORDNUNG, ***
betreffend das Verbot der Veräusserung, des Erwerbs und der Ausfuhr von Pferden im Bereiche des General-Gouvernements während des Monats August 1916.

§ 1. Die Veräusserung und der dauernde oder

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt.

zeitig beschränkte Erwerb von Pferden in jeder Form, ebenso jede Ueberführung von Pferden aus einer Gemeinde in die andere wird für den Bereich des General-Gouvernements und für die Dauer des Monats August 1916 verboten. Ausnahmen kann der Kreis-Chef der bisherigen Besitzer zulassen.

Die für den Monat August im Bereiche des General-Gouvernements angesetzten Pferdemärkte werden hiermit aufgehoben.

§ 2. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe von 300 Mk. bis zu 10 000 Mk. bestraft. Beide Strafen können nebeneinander verhängt werden. Auch kann auf Einziehung der Pferde erkannt werden.

§ 3. Zuständig zur Strafverfolgung sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefellshaber.

Brüssel, den 26. Juli 1916.

G. G. V. 6077.

Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Arrêté * portant défense de céder, d'acquérir et d'exporter, pendant le mois d'août 1916, les chevaux se trouvant dans le territoire du Gouvernement général.**

§ 1er. Dans le territoire du Gouvernement général, il est défendu, pendant le mois d'août 1916, de céder et d'acquérir, d'une manière quelconque, des chevaux, à titre permanent ou provisoire, ou de les transférer d'une commune dans une autre. Les chefs d'arrondissement (Kreischef) des détenteurs actuels des chevaux pourront autoriser des exceptions à la présente interdiction.

Les marchés aux chevaux qui devaient se tenir pendant le mois d'août dans le territoire du Gouvernement général n'auront pas lieu.

§ 2. Quiconque aura enfreint le présent arrêté sera puni d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus ou d'une amende de 300 à 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément. En outre, on pourra prononcer la confiscation des chevaux qui auront formé l'objet de l'infraction.

§ 3. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 26 juillet 1916.

G. G. V. 6077.

Verordening * houdende verbod gedurende de maand Augustus 1916 binnen het gebied van het General-Gouvernement paarden van de hand te doen, aan te schaffen en uit te voeren.**

§ 1. Het is verboden gedurende de maand Augustus 1916 binnen het gebied van het General-Gouvernement

op eenige wijze paarden van de hand te doen en voorgoed of voor tijdelijk gebruik aan te schaffen; het is evenzoo verboden paarden van de eene gemeente naar de andere over te brengen. De „Kreischef" kan aan de huidige bezitters uitzonderingen toestaan.

De paardenmarkten, die voor de maand Augustus binnen het gebied van het General-Gouvernement waren vastgesteld, worden hierbij opgeheven.

§ 2. Wie deze Verordening overtreedt, wordt met ten hoogste 1 jaar gevangenis of met een boete van 300 tot 10.000 mark gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk uitgesproken worden. Ook kan tot de verbeurdverklaring der paarden worden besloten.

§ De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot strafvervolging bevoegd.

Brussel, den 26n Juli 1916.

G. G. V. 6077.

VERORDNUNG.

Art. 1. Schriftstücke, welche von deutschen Gerichten oder anderen deutschen Behörden ausgehen und für eine im Gebiete des General gouvernements in Belgien befindliche, nicht zum deutschen Heere gehörige Person bestimmt sind, können dadurch zugestellt werden, dass sie dem Empfänger gegen Empfangsbescheinigung durch einen Beauftragten des Verwaltungschefs ausgehändigt werden. Mangels einer Empfangsbescheinigung des Empfängers genügt ein Zeugnis des Beauftragten, aus dem sich die Tatsache und die Zeit der Aushändigung ergibt.

Art. 2. Artikel 1 der Verordnung vom 1. April 1814 sowie das Gesetz vom 28. Juni 1889 erhalten folgenden Zusatz:

Wenn der Empfänger sich in Deutschland befindet, ist das Schriftstück durch Vermittelung des belgischen Justizministeriums dem Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien einzureichen. Die Zustellung gilt erst mit dem Zeitpunkt als erfolgt, in dem das Schriftstück dem Empfänger nachweisbar ausgehändigt oder nach den in Deutschland geltenden Vorschriften zugestellt worden ist.

Art. 3. Der Verwaltungschef ist zum Erlass von Ausführungsbestimmungen befugt.

Brüssel, den 29. Juli 1916.

C. C. VI*a*. 5861.

Art. 1er. Les écrits émanant des tribunaux allemands ou d'autres autorités allemandes et adressés à une personne qui réside dans le territoire du Gouvernement Général en Belgique et ne fait pas partie de l'armée allemande, pourront, moyennant un reçu, être remis au destinataire par un délégué du Chef de l'administration civile (Verwaltungschef). Faute d'un reçu signé par le destinataire, une attestation du délégué constatant le fait et l'heure de la remise suffira.

Art. 2. L'article 1er de l'arrêté du 1er avril 1814 ainsi que la loi du 28 juin 1889 sont complétés comme suit:

Si le destinataire se trouve en Allemagne, l'écrit sera remis au Chef de l'administration civile près le Gouverneur général en Belgique par l'intermédiaire du ministère belge de la justice. La remise n'est considérée comme effectuée que dès l'instant soit où il est possible de prouver que l'écrit a atteint le destinataire, soit où l'écrit lui a été remis conformément aux dispositions en vigueur en Allemagne.

Art. 3. Le Chef de l'administration civile est autorisé à publier des dispositions réglementaires.

Bruxelles, le 29 juillet 1916.
C. C. VI*a*. 5861.

Art. 1. Explooten, die van Duitsche rechtbanken of andere Duitsche overheden uitgaan en voor een binnen het Gebied van het Generalgouvernement in België verblijvenden, niet tot het Duitsche leger behoorenden persoon bestemd zijn, kunnen derwijze worden besteld, dat zij den bestemmeling door eenen lasthebber van den „Verwaltungschef" tegen ontvangstbewijs overhandigd worden. Bij gebreke van een ontvangstbewijs van den bestemmeling, volstaat een bewijs van den lasthebber, waaruit blijkt dat het exploot overhandigd werd, en wanneer dit is geschied.

Art. 2. Artikel 1 der Verordening van 1 April 1814 evenals de wet van 28 Juni 1889 worden als volgt aangevuld:

Indien de bestemmeling in Duitschland verblijft, moet het exploot, door tusschenkomst van het Belgisch ministerie van rechtswezen, bij den „Verwaltungschef" bij den Generalgouverneur in België worden ingediend. De bestelling geldt eerst als zijnde gedaan van het oogenblik af waarop het exploot den bestemmeling tegen bewijs overhandigd, of volgens de in Duitschland geldige voorschriften besteld geworden is.

Art. 3. De „Verwaltungschef" is bevoegd tot het uitvaardigen van uitvoeringsbepalingen.

Brussel, den 29n Juli 1916.
*C. C. VI*a*. 5861.*

VERORDNUNG,
betreffend Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen und die Kinderbewahrschulen sowie die Zeugnisse über ihre Lehrbefähigung.

Um die Heranbildung von Lehrern sicherzustellen, die befähigt sind, den Unterricht in den Volksschulen und in den Kinderbewahrschulen entsprechend den Vorschriften des Artikels 20 des Gesetzes vom 15. Juni 1914 zu erteilen, verordne ich unter Abänderung der Königlichen Verordnung

1) vom 4. September 1896, betreffend die staatlichen Lehrerbildungsanstalten für den Volksschulunterricht,

2) vom 4. September 1896, betreffend die staatliche Anerkennung der provinzialen, kommunalen und freien Lehrerbildungsanstalten für den Volksschulunterricht,

3) vom 21. September 1884 betreffend die im Volksschulgesetz vorgesehene Lehrerprüfung.

Art. 1. In den staatlichen und den staatlich anerkannten Lehrerbildungsanstalten muss der Unterricht abgesehen von dem in der zweiten und dritten Sprache in allen Fächern in derjenigen Sprache erteilt werden, die im Lehrplan für die Anstalt oder ihre einzelnen Abteilungen als Unterrichtssprache festgesetzt ist.

Die Bestimmung der Unterrichtssprache erfolgt für die staatlichen Anstalten durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, für die freien Anstalten durch deren Vorstand. Dessen Beschluss ist mit dem Antrag, in dem die staatliche Anerkennung der Anstalt nachgesucht wird, vorzule-

gen. Aenderungen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums.

Art. 2. Kein Lehrer darf in einer Klasse unterrichten, der nicht die für sie bestimmte Unterrichtssprache vollkommen beherrscht.

Art. 3. Die Lehrbücher und Lehrmittel für die einzelnen Fächer müssen in der Sprache abgefasst sein, die für das Fach als Unterrichtssprache vorgesehen ist.

In Diplomen und Zeugnissen ist die Unterrichtssprache der Klasse anzuwenden, der der Schüler angehört. Das Gleiche gilt für die Anordnungen der Schulverwaltung und für den schriftlichen Verkehr mit den Eltern der Schüler.

Art. 4. Werden die vorstehenden Bestimmungen oder die auf Grund derselben erlassenen Anordnungen der für die Lehrerbildungsanstalten bestellten Aufsichtsbehörden oder des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst in staatlich anerkannten Lehrerbildungsanstalten nicht befolgt, so haben diese Anstalten zu gewärtigen, dass die staatliche Anerkennung widerrufen und ihnen die staatliche Unterstützung entzogen wird.

Art. 5. Der in Artikel 24 des Volksschulgesetzes vom 15. Juni 1914 vorgesehene Prüfungsausschuss (Middenjury, jury central) ist für jede der drei Landessprachen (vlämisch, französisch, deutsch) besonders einzurichten.

Die Prüfungen werden, abgesehen von derjenigen in der zweiten und dritten Sprache, ausschliesslich in derjenigen Sprache abgehalten, für welche der Ausschuss bestimmt ist. In der gleichen Sprache ist das Zeugnis über die Prüfung abzufassen.

Art. 6. Das von den staatlichen und den staatlich

anerkannten Lehrerbildungsanstalten auszustellende Lehrerzeugnis sowie das Zeugnis über die vor dem Prüfungsausschuss bestandene Prüfung (Artikel 24 und 15 des Vokschulgesetzes vom 15. Juni 1914) müssen eine ausdrückliche Erklärung darüber enthalten, ob der Kandidat die Fähigkeit erlangt hat, den Volksschulunterricht in einer vlämischen oder französischen oder deutschen Klasse zu erteilen.

Der Schlusssatz der durch die Verordnungen vom 4. September 1896 und vom 21. September 1884 für die vorgenannten Zeugnisse festgesetzten Formulare soll in der Folge lauten:

„Zur Beurkundung dessen hat der Prüfungsausschuss (jury) ihm das gegenwärtige Zeugnis als Lehrer in Volksschulklassen mit:

„vlämischer
„französischer } Unterrichtssprache
„deutscher

„ausgehändigt".

Art. 7. Lehrer, die das in Artikel 6 bezeichnete Zeugnis nach dem 1. Oktober 1916 erlangt haben, dürfen in den dem Gesetze vom 15. Juni 1914 unterworfenen Schulen nur in einer Klasse unterrichten, auf deren Unterrichtssprache das Zeugnis lautet.

Art. 8. Die Artikel 5 Absatz 2 und 6 Absatz 1 finden entsprechende Anwendung auf die in der Königlichen Verordnung vom 27. Juni 1898 und in der Ministerialverfügung vom 28. Juni 1898 vorgesehene Prüfung zur Erlangung der Befähigung als Lehrerin in Kinderbewahrschulen (kindertuinen, écoles gardiennes) und auf das bezügliche Zeugnis.

Der Schlusssatz der für dieses Zeugnis in Uebung

befindlichen Formulars soll in der Folge lauten: „Zur Beurkundung dessen ist ihr das gegenwärtige Zeugnis als Lehrerin in Kinderbewahrschul-Klassen mit:

„vlämischer
„französischer } Unterrichtssprache
„deutscher

„ausgehändigt worden."

Art. 9. Lehrerinnen, die das in Artikel 8 bezeichnete Zeugnis nach dem 1. Oktober 1916 erlangt haben, dürfen in den der staatlichen Schulaufsicht unterworfenen Kinderbewahrschulen nur in einer Klasse unterrichten, auf deren Unterrichtssprache das Zeugnis lautet.

Art. 10. Innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Verordnung müssen die Vorstände derjenigen freien Lehrerbildungsanstalten, welche im Besitze der staatlichen Anerkennung sind, dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst anzeigen, welches die für die Anstalt und ihre einzelnen Abteilungen bestimmte Unterrichtssprache ist.

Im übrigen treten die Bestimmungen dieser Verordnung mit Beginn des Schuljahres 1916/17 in Kraft.

Brüssel, den 2. August 1916.

C. C. III*a* 2658.

Arrêté concernant la formation des membres du personnel enseignant des écoles primaires et des écoles gardiennes ainsi que la délivrance des diplômes constatant leur aptitude à enseigner dans ces écoles.

Afin d'assurer le recrutement d'instituteurs capa-

bles d'enseigner dans les écoles primaires et dans les écoles gardiennes conformément aux prescriptions de l'article 20 de la loi du 15 juin 1914, j'ordonne ce qui suit, par modification des arrêtés royaux

1) du 4 septembre 1896 concernant les écoles normales primaires de l'Etat,

2) du 4 septembre 1896 concernant l'agréation par l'Etat des écoles normales primaires provinciales, communales et libres,

3) du 21 septembre 1884 concernant l'examen d'instituteur prévu par la loi sur l'enseignement primaire.

Art. 1er. Dans les écoles normales de l'Etat ainsi que dans les écoles normales agréées par l'Etat, l'enseignement, excepté celui de la seconde et de la troisième langue, doit être donné dans toutes les branches dans la langue qui a été fixée au programme comme langue véhiculaire de l'établissement ou de ses sections particulières.

Le ministère des sciences et des arts détermine la langue véhiculaire des établissements de l'Etat. L'administration des établissements privés détermine la langue véhiculaire de ces derniers; sa décision à cet égard doit être jointe à la requête dans laquelle elle demande l'agréation de l'école par l'Etat. Cette décision ne peut plus être modifiée sans l'assentiment du ministère.

Art. 2. Aucun professeur n'a le droit d'enseigner dans une classe, s'il ne possède à fond la langue véhiculaire de cette classe.

Art. 3. Les manuels scolaires et, le cas échéant, tout le matériel didactique des diverses branches doivent être rédigés dans la langue prescrite pour l'enseignement de ces branches.

Les diplômes et les certificats doivent être rédigés dans la langue véhiculaire de la classe à laquelle

l'élève appartient. Il en est de même des avis émanant de l'administration scolaire et des communications écrites aux parents des élèves.

Art. 4. Si les prescriptions précédentes ou les mesures 'exécution prises par les autorités chargées de l'inspection des écoles normales ou par le ministère des sciences et des arts dans les écoles normales agréées ne sont pas observées, ces établissements s'exposent à ce que l'agréation par l'Etat leur soit retirée ainsi que les subsides de l'Etat.

Art. 5. Le jury central prévu à l'article 24 de la loi du 15 juin 1914 sur l'instruction primaire sera institué spécialement pour chacune des trois langues nationales (flamand, français, allemand).

Les examens, sauf ceux de la seconde et de la troisième langue, auront lieu exclusivement dans la langue pour laquelle le jury aura été constitué. Le diplôme sera rédigé dans la même langue.

Art. 6. Le diplôme d'instituteur à délivrer par les écoles normales de l'Etat et par les écoles normales agréées ainsi que le diplôme constatant que le récipiendaire a subi l'épreuve devant le jury central (articles 24 et 15 de la loi du 15 juin 1914 sur l'instruction primaire) doivent déclarer formellement si le candidat est apte à enseigner à l'école primaire dans une classe flamande, française ou allemande.

Le paragraphe final des formules établies pour les diplômes précités par les arrêtés du 4 septembre 1896 et du 21 septembre 1884 aura donc la teneur suivante:

„En foi de quoi le jury lui a délivré le présent diplôme d'instituteur dans les classes primaires ayant

„le flamand
„le français } comme langue véhiculaire."
„l'allemand

Art. 7. Les instituteurs qui auront obtenu après le

1er octobre 1916 le diplôme mentionné à l'article 6, ne pourront, dans les écoles soumises à la loi du 15 juin 1914, enseigner que dans une classe dont la langue véhiculaire est celle dans laquelle leur diplôme les déclare aptes à enseigner.

Art. 8. Les dispositions contenues aux articles 5 alinéa 2 et 6 alinéa 1 sont applicables à l'examen prévu par l'arrêté royal du 27 juin 1898 et par l'arrêté ministériel du 28 juin 1898 pour l'obtention du diplôme et du droit à l'exercice des fonctions d'institutrice dans les écoles gardiennes.

Le paragraphe final de la formule usitée pour la rédaction de ce diplôme aura la teneur suivante:

„En foi de quoi il lui a été délivré le présent diplôme d'institutrice dans les classes d'écoles gardiennes ayant

„le flamand }
„le français } comme langue véhiculaire."
„l'allemand }

Art. 9. Les institutrices qui, après le 1er octobre 1916, auront obtenu le diplôme mentionné à l'article 8, ne pourront, dans les écoles gardiennes soumises à l'inspection de l'Etat, enseigner que dans une classe dont la langue véhiculaire est celle dans laquelle leur diplôme les déclare aptes à enseigner.

Art. 10. Dans le délai d'un mois à partir de la publication de cet arrêté, les administrations des écoles normales libres agréées par l'Etat devront faire savoir au ministère des sciences et des arts quelle langue a été fixée comme langue véhiculaire pour leur établissement et ses sections particulières.

Les dispositions du présent arrêté entreront en vigueur au commencement de l'année scolaire 1916—17.

Bruxelles, le 2 août 1916.
C. C. III*a* 2658.

Verordening betreffend vorming van leerkrachten voor de lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen), zoomede de onderwijzers-diploma's.

Om te voorzien in het vormen van onderwijzers, die bekwaam zijn om overeenkomstig de voorschriften van artikel 20 der wet van 15 Juni 1914 in de lagere scholen en in de bewaarscholen te onderwijzen, verorden ik hetgeen volgt, onder verwijzing van de koninklijke besluiten:

1) *van 4 September 1896 betreffend de Staats lagere normaalscholen,*

2) *van 4 September 1896 betreffend de aanneming door den Staat van de lagere normaalscholen der provinciën en der gemeenten en van de vrije lagere normaalscholen,*

3) *van 21 September 1884 betreffend het examen voor onderwijzers, voorzien in de wet op het lager onderwijs.*

Art. 1. In de Staatsnormaalscholen en in de door den Staat aangenomen normaalscholen, moet het onderwijs in alle vakken, uitgezonderd het onderricht in de tweede en derde taal, gegeven worden in de taal, welke op het programma van de school of van hare afzonderlijke afdeelingen als voertaal is vastgesteld.

Het bepalen der voertaal geschiedt voor de Staatsnormaalscholen door het ministerie van Wetenschappen en Kunsten, voor de vrije inrichtingen door hun bestuurder. Dezes besluit moet samen met de aanvraag om aanneming der inrichting door den Staat ingediend worden. Wijzigingen moeten door het ministerie worden goedgekeurd.

Art. 2. Geen onderwijzer mag in een klas onderwijs

geven, zoo hij de voor die klas voorgeschreven voertaal niet volkomen machtig is.

Art. 3. De leerboeken en leermiddelen voor de afzonderlijke vakken, moeten opgesteld zijn in de taal, die voor dit vak als voertaal is voorzien.

Voor diploma's en getuigschriften moet de voertaal gebruikt worden van de klas, waartoe de leerling behoort. Dit geldt ook voor de bevelen van het schoolbeheer en voor het schriftelijk verkeer met de ouders der scholieren.

Art. 4. Zoo de van Staatswege aangenomen normaalscholen de vorenstaande bepalingen, of de op grond er van uitgevaardigde bevelen van de opzieners, aangesteld voor de normaalscholen, of van het ministerie voor Wetenschappen en Kunsten niet naleven, loopen zij gevaar, niet langer door den Staat erkend te worden en de staatstoelage te verliezen.

Art. 5. De middenjury, voorzien onder artikel 24 der wet van 15 Juni 1914 op het lager onderwijs, zal voor elke der drie landstalen (Vlaamsch, Fransch, Duitsch) afzonderlijk samengesteld worden.

De examens worden, met uitzondering van dat voor de tweede en de derde taal, uitsluitend afgenomen in de taal, voor welke de jury aangesteld is. In dezelfde taal zal ook het diploma over het examen opgesteld worden.

Art. 6. Het onderwijzersdiploma, af te leveren door de Staatsnormaalscholen en door de van Staatswege aangenomen normaalscholen, evenals het diploma over het vóór de jury afgelegd examen (artikelen 24 en 15 der wet van 15 Juni 1914 op het lager onderwijs) moeten uitdrukkelijk vermelden, of de kandidaat bekwaam is, het lager onderwijs te geven in een Vlaamsche of Waalsche of Duitsche klas.

In de formulieren, die bij de besluiten van 4 Sep-

tember 1896 en 21 September 1884 voor bedoelde diploma's zijn vastgesteld, luidt de slotzin voortaan als volgt:

„Ter oorkonde waarvan, de jury dit diploma van lageren onderwijzer voor de klassen met:

„Vlaamsche
„Fransche } *voertaal*
„Duitsche

afgeleverd heeft."

Art. 7. Onderwijzers, die het onder artikel 6 vermelde diploma na 1 Oktober 1916 bekomen hebben, mogen in de scholen, vallende onder toepassing der wet van 15 Juni 1914, alleen in een klas onderwijzen, waarvan de voertaal dezelfde is als in het diploma is opgegeven.

Art. 8. Artikel 5 lid 2 en artikel 6 lid 1 zijn insgelijks van toepassing op het bij koninklijk besluit van 27 Juni 1898 en bij ministerieel besluit van 28 Juni 1898 voorzien examen tot het verkrijgen van het diploma van onderwijzeres in de bewaarscholen (kindertuinen) en op dit diploma. De slotzin op het voor dit diploma gebruikelijke formulier zal voortaan luiden: „Ter oorkonde waarvan, haar dit diploma van onderwijzeres der bewaarscholen (kindertuinen) voor de klassen met

„Vlaamsche
„Fransche } *voertaal*
„Duitsche

afgeleverd werd."

Art. 9. Onderwijzeressen, die het onder artikel 8 vermelde getuigschrift na 1 Oktober 1916 bekomen hebben, mogen in de onder Staatstoezicht staande kindertuinen alleen in een klas onderwijzen, waarvan de voertaal dezelfd is als die in het diploma is opgegeven.

Art. 10. Binnen een maand na afkondiging van deze

Verordening, moeten de bestuurders der door den Staat aangenomen normaalscholen, bij het ministerie van Wetenschappen en Kunsten aangeven, welke voertaal voor hunne inrichting en voor de afzonderlijke afdeelingen er van vastgesteld is.

Voor het overige worden de bepalingen dezer Verordening met aanvang van het schooljaar 1916/17 van kracht.

Brussel, den 2n Augustus 1916.

*C. C. III*a. *2658.*

BEKANNTMACHUNG.
betreffend die Abgrenzung des Bereichs der Provinzial-Ernte-Kommissionen in Antwerpen und Mons.

Die Zentral-Ernte-Kommission hat mit Genehmigung des Herrn Generalgouverneur beschlossen, dass die vier in Ostflandern liegenden Gemeinden: Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) und Nieuwkerken-Waas der Provinzial-Ernte-Kommission Antwerpen zugeteilt werden. Die 15 in Westflandern liegenden Gemeinden: Aalkeke, Bellegem, Bossuit, Kooigem, Dottenijs, Spiere, Helkijn, Herseeuw, Lauwe, Lowingen, Marke, Moeskroen, Rekkem, Rollegem und Sint-Denijs, die durch Bekanntmachung des Vorsitzenden der Zentral-Ernte-Kommission vom 9. 8. 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 868) der Provincial-Ernte-Kommission in Mons unterstellt wurden, scheiden noch ihrer Abtrennung vom Gebiet des Generalgouvernements aus dem Bezirk der Provinzial-Ernte-Kommission in Mons wieder aus.

Brüssel, den 7. 8. 1916.

Z. E. K. 221.

Avis concernant la délimitation du district des Commissions provinciales de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommissionen) d'Anvers et de Mons.

Avec l'autorisation de Son Excellence le Gouverneur général, la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) a décidé que les quatre communes de Thielrode, Tamise, Saint-Nicolas (Waes) et Nieukerken-Waes, situées dans la Flandre orientale, dépendront de la Commission provinciale de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommission) d'Anvers. Les 15 communes d'Aelbeke, Bellighem, Bossuyt, Coyghem, Dottignies, Espierres, Helchin, Herseaux, Lauwe, Luingne, Marcke, Mouscron, Reckem, Rolleghem et St.-Genois, en Flandre occidentale, qui relevaient de la Commission provinciale de la récolte de Mons, en vertu de l'avis du 9 août 1915 du président de la Commission centrale de la récolte (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 868), ont été détachées du territoire du Gouvernement général et, pour cette raison, ne font plus partie du district de la Commission provinciale de la récolte de Mons.

Bruxelles, le 7 août 1916.

Z. E. K. 221.

Bekendmaking betreffend afbakening van het gebied der Provinciale Oogstkommissies te Antwerpen en Bergen.

De Centrale Oogstkommissie (Central Ernte Kommission) heeft met toestemming van den Heer Generalgouverneur besloten, dat de vier in Oost-Vlaanderen gelegen gemeenten: Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) en Nieuwkerken (Waas) bij de

Provinciale Oogstkommissie (Provinzial Ernte Kommission) Antwerpen ingedeeld worden. De 15 in West-Vlaanderen gelegen gemeenten: Aalbeke, Bellegem, Bossuit, Kooigem, Dottenijs, Spiere, Helkijn, Herseeuw, Lauwe, Lowingen, Marke, Moeskroen, Rekkem, Rollegem en St-Denijs, die bij bekendmaking van 9 Augustus 1915 van den voorzitter der Centrale Oogstkommissie (Wet- en Verordeningsblad 868), onder de Provinciale Oogstkommissie te Bergen geplaatst werden, vallen na hun afscheiding van het gebied van het General-gouvernement weer buiten het gebied der Provinciale Oogstkommissie te Bergen.

Brussel, den 7n Aug. 1916.

Z. E. K. 221.

VERORDNUNG,

über die Erhöhung der Postgebühren für Briefe und Postkarten im Verkehr mit dem Etappen- und Operationsgebiet in Westbelgien.

Meine Verordnung über die Erhöhung der Postgebühren für gebühreupflichtige gewöhnliche Briefe und Postkarten im Gebiet des Generalgouvernements vom 10. Mai 1916 findet vom 15. August 1916 ab auch Anwendung auf den Verkehr mit dem Etappen- und Operationsgebiet von Westbelgien.

Brüssel, den 8. August 1916.

C. C., II*a*. 7999.

Arrêté concernant l'élévation des taxes d'affranchissement des lettres et cartes postales expédiées au rayon des étapes et des opérations de l'ouest de la Belgique.

Mon arrêté du 10 mai 1916, concernant l'élévation

des taxes d'affranchissement des lettres ordinaires et des cartes postales assujetties aux taxes postales et expédiées dans le territoire du Gouvernement général, sera aussi applicable, à partir du 15 août 1916, aux lettres et cartes postales adressées au rayon des étapes et des opérations de l'ouest de la Belgique.

Bruxelles, le 8 août 1916.

C. C. II*a 7999.*

Verordening betreffend verhooging van de postrechten op brieven en postkaarten voor het postverkeer met het Etappen- en Operatiegebied in West-België.

Mijn Verordening van 10 Mei 1916 over de verhooging van de postrechten op gewone, aan het posttarief onderworpen brieven en postkaarten binnen het gebied van het General-Gouvernement, is, met ingang van 15 Augustus 1916, ook toepasselijk op het postverkeer met het Etappen- en Operatiegebied in West- België.

Brussel, den 8n Augustus 1916.

*C. C. II*a. *7999.*

No. 243. — 14. AUGUST 1916. Pag. 2495

VERORDNUNG, ***
betreffend die Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs.

Art. 1. In Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsübli-

darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgang verabreicht werden.

Art. 2. In Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, sowie in Vereins- und Erfrischungsräumen dürfen:

1) Montags und Donnerstags solches Fleisch, Wild, Geflügel, Fisch und sonstige Speisen, die mit Fett oder Speck gebraten, gebacken oder geschmort sind, sowie zerlassenes Fett und

2) Sonnabends Schweinefleisch

nicht verabfolgt werden.

Ein Zubereiten in eigenem Fett ohne sonstige Fettzutaten ist gestattet.

Art. 3. Als Fleisch im Sinne dieser Verordnung gelten Rind-, Schaf-, Kalb-, Schweinefleisch, sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art, ebenso Fleischkonserven, Würste aller Art und Speck. Als Fett gelten Butter, Schmalz, Margarine, Kunstspeisefett, sowie tierische und pflanzliche Oele und Fette jeder Art.

Art. 4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit

---

cher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Geldstrafe von 26 Franken bis zu 500 Franken oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ausserdem kann auf zeitweise oder dauernde Schliessung derjenigen Betriebe erkannt werden, in denen eine Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung begangen worden ist.

Zuständig sind die Strafkammern der belgischen Gerichte erster Instanz.

Brüssel, den 9. August 1916.

C. C. VII. 7472.

Arrêté * concernant la restriction de la consommation de la viande et de la graisse.**

Art. 1er. Dans les hôtels, restaurants, cafés, estaminets, etc., ainsi que dans les locaux de sociétés et les locaux où l'on sert des rafraichissements, il n'est permis de servir qu'un seul plat de viande par repas.

Art. 2. Dans les hôtels, restaurants, cafés, estaminets, etc., ainsi que dans les locaux de sociétés et les locaux où l'on sert des rafraichissements, il est défendu:

1) de servir, le lundi et le jeudi, soit de la viande, du gibier, de la volaille, du poisson ou d'autres mets rôtis, cuits ou étuvés avec de la graisse ou du lard, soit de la graisse fondue;
2) de servir de la viande de porc le samedi.

Il est permis de préparer la viande avec sa propre graisse, sans y ajouter d'autre graisse ni d'ingrédients à base de graisse.

Art. 3. Sont considérées comme viandes quant à l'application du présent arrêté: les viandes de boeuf, de mouton, de veau, de porc, de volaille et de gibier de tout genre, les conserves de viande, les saucisses et les saucissions quelconques ainsi que le lard. Sont considérés comme graisses: le beurre, la graisse fondue et

le saindoux, la margarine, la graisse alimentaire artificielle ainsi que les huiles et graisses animales et végétales de tout genre.

Art. 4. Les infractions aux présentes dispositions seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à 6 mois et d'une amende de 26 à 500 francs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre, on pourra prononcer la fermeture temporaire ou définitive des exploitations dans lesquelles les infractions auront été commises.

Les chambres correctionnelles des tribunaux belges de première instance sont compétentes pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 9 août 1916.

C. C. VII. 7472.

Verordening ***betreffend beperkt gebruik van vleesch en vet.

Art. 1. In gasthoven, herbergen en spijshuizen, evenals in maatschappij- en ververschingslokalen mag slechts één vleeschgerecht per maaltijd opgediend worden.

Art. 2. In gasthoven, herbergen en spijshuizen, evenals in maatschappij- en ververschingslokalen mogen:

1) *Op Maandag en Donderdag geen vleesch, wild, gevogelte, visch en andere spijzen, die met vet of spek gebraden, gebakken of gestoofd zijn, evenals gesmolten vet, en*
2) *Op Zaterdag geen varkensvleesch opgediend worden.*

Het toebereiden van spijzen in dezer eigen vet zonder bijkomende vetstoffen is toegelaten.

Art. 3. Als vleesch in den zin dezer Verordening

gelden runds-, schapen- kalfs- en varkensvleesch, evenals vleesch van allerhande gevogelte en wild, evenals verduurzaamd vleesch, allerhande worsten en spek. Als vet gelden boter, gesmolten vet en reuzel, margarine, kunstkeukenvet, evenals allerhande dierlijke en plantaardige oliën en vetten.

Art. 4. Overtredingen worden gestraft met acht dagen tot zes maand gevangenis en met 26 tot 500 frank boete of met één van beide straffen. Buitendien kan de sluiting voor een tijd of voor goed van de bedrijven, waarin deze Verordening overtreden werd, uitgesproken worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de strafkamers der Belgische rechtbanken van eersten aanleg.

Brussel, den 9n Augustus 1916.

C C. VII 7472.

VERORDNUNG, ***
betreffend Einschränkung des Verbrauches von Sahne.

Art. 1. Behufs besserer Verwendung der Vollmilch ist verboten:

1) Sahne in den Verkehr zu bringen, ausser zur Herstellung von Butter.

2) Vollmich oder Sahne in gewerblichen Betrieben zum Backen zu verwenden oder so zubereitete Backware zu verkaufen, feilzuhalten oder sonstwie in den Verkehr zu bringen.

3) Vollmich oder Sahne zur Herstellung von schokoladen- und anderen kakaohaltige Zubereitungen, Bonbons und ähnlichen Erzeugnissen zu verwenden.

4) Geschlagene Sahne allein oder in Zubereitungen oder in Verbindlung mit anderen Speisen im

Kleinverkehr, insbesondere in Milchläden, Konditoreien, Bäckereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften sowie in Erfrischungsräumen zu verabfolgen.

Ausnahmen können die Zivilkommissare nötigenfalls auf Grund von ärztlichen Attesten gestatten.

Art. 2. Als Sahne gilt jede mit Fettgehalt angereicherte Milch, auch in eingedickter und eingetrockneter Form.

Art. 3. Die beteiligten Gewerbetreibenden haben einen Abdruck dieser Verordnung in ihren Verkaufs- und Betriebsräumen an leicht sichtbarer Stelle anzubringen.

Art. 4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von acht Tagen bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe von 26 Franken bis zu 500 Franken oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ausserdem kann auf zeitweise oder dauernde Schliessung derjenigen Betriebe erkannt werden, in denen eine Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung begangen worden ist.

Zuständig sind die Strafkammern der belgischen Gerichte erster Instanz.

Brüssel, den 9. August 1916.

C. C. VII. 7472.

Arrêté * concernant la restriction de la consommation de la crème.**

Art. 1er. En vue de permettre une meilleure utilisation du lait non écrémé, il est défendu:

1) de mettre en circulation (vendre, etc.) la crème du lait, excepté en vue de la fabrication du beurre;

2) soit d'utiliser en vue de la cuisson le lait non écrémé ou la crème dans les entreprises commerciales,

soit de vendre, d'offrir en vente ou de mettre en circulation de toute autre manière quelconque les produits de la cuisson préparés avec du lait non écrémé ou de la crème;

3) d'utiliser le lait non écrémé ou la crème en vue de la fabrication a) des préparations à base de chocolat, *b*) de tous les autres genres de préparations à base de cacao, *c*) des bonbons et *d*) de tous les autres produits analogues;

4) de débiter la crème battue, servie seule, servie dans des préparations ou mélangée à d'autres aliments, notamment dans les laiteries, pâtisseries, boulangeries, hôtels, restaurants, cafés, estaminets, etc. ainsi que dans les locaux où l'on sert des rafraichissements.

Les commissaires civils pourront au besoin accorder des dispenses en vertu de certificats médicaux.

Art. 2. Est considérée comme crème quant à l'application du présent arrêté, toute espèce de lait, même condensé ou solidifié, dont la teneur en graisse a été augmentée.

Art. 3. Les commerçant intéressés doivent afficher une copie du présent arrêté bien en vue dans leurs locaux de vente et d'exploitation.

Art. 4. Les infractions aux présentes dispositions seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à 6 mois et d'une amende de 26 à 500 francs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre, on pourra prononcer la fermeture temporaire ou définitive des exploitations dans lesquelles les infractions auront été commises.

Les chambres correctionnelles des tribunaux belges de première instance sont compétentes pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 9 août 1916.
C. C. VII. 7472.

Verordening, * betreffend beperkt gebruik van room.**

Art. 1. Met het oog op een betere benuttiging van ongeroomde melk, is het verboden:

1. *room in den handel te brengen, uitgenomen voor het vervaardigen van boter;*

2. *ongeroomde melk of room in beroepsbedrijven bij het bakken te bezigen of aldus toebereide bakkerijwaren te verkoopen, te koop te stellen of anders in den handel te brengen;*

3. *ongeroomde melk of room tot het vervaardigen van chokolade en andere kakaohoudende toebereidingen, bonbon en dergelijke voortbrengselen te bezigen;*

4. *zuivere of verwerkte, of met andere spijzen vermengde slagroom in den kleinhandel, inzonderheid in melkwinkels, pastei- en broodbakkerijen, gasthoven, herbergen en spijshuizen, evenals ververschingslokalen op te dienen.*

De burgerlijke kommissarissen (Zivilkommissare) kunnen, zoonoodig op grond van geneeskundige getuigschriften, uitzonderingen toestaan.

Art. 2. Als room geldt alle met vetgehalte verrijkte melk, ook verdikt en in poeder.

Art. 3. De belanghebbende bedrijfhouders zullen, op een goed zichtbare plaats, een afdruk dezer Verordening in hunne verkoop- en bedrijfslokalen uithangen.

Art. 4. Overtredingen worden gestraft met acht dagen tot zes maand gevangenis en met 26 tot 500 frank boete of met één van beide straffen. Buitendien kan de sluiting voor een tijd of voor goed der bedrijven, waarin deze Verordening overtreden werd, uitgesproken worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de strafkamers der Belgische rechtbanken van eersten aanleg.

Brussel, den 9n Augustus 1916.

C. C. VII. 7472.

No. 244. — 18. AUGUST 1916. Pag. 2503

VERORDNUNG.
über die unentgeltliche ärztliche Ueberwachung der Volksschulen.

Art. 45 des Volksschulgesetzes vom 15. Juni 1914 bestimmt:

„Jede Gemeinde ist verpflichtet, eine unentgeltliche ärztliche Ueberwachung der Schule einzurichten; diese ärztliche Ueberwachung umfasst eine ärztliche Untersuchung der Schulkinder bei ihrem Eintritt in die Schule und wenigstens einen Besuch der Schule im Monat.

Die ärztliche Ueberwachung erstreckt sich auf alle unter diesem Gesetze stehenden Schulen.

Die allgemeinen Bedingungen, unter denen diese Ueberwachung stattfindet, werden durch königliche Verordnung geregelt.

Die ärztlichen Inspektoren der Gemeindeschulen werden vom Gemeinderat, die der übernom-

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

menen und übernehmbaren Schulen durch den Vorstand dieser Schulen ernannt, müssen aber vom Schöffenkollegium genehmigt werden. Wird die Genehmigung verweigert, so kann der Schulvorstand beim Könige Berufung einlegen.

Nach jedem Besuche reicht der untersuchende Arzt dem Bürgermeister einen Bericht ein; der Gesundheitsinspektor des Bezirks und der Vorstand der betreffenden Schulen erhalten eine Abschrift dieses Berichts.

Unter Abweichung von Artikel 68, 6 des Gesetzes vom 12. September 1895 können die Mitglieder des Gemeinderates und die Bürgermeister zur Ausübung des Amtes eines ärztlichen Inspektors berufen werden, nachdem der Beschluss des Gemeinderates, wodurch der Betreffende ernannt und sein Gehalt festgestellt wird, vom Könige genehmigt worden ist".

Diese Vorschrift wird hiermit in Vollzug gesetzt. Zu ihrer Ausführung werden die nachfolgenden Anordnungen getroffen:

Art. 1. Die von den Gemeinden einzurichtende unentgeltliche ärztliche Ueberwachung der Schule erstreckt sich auf die kommunalen, die übernommenen und die unterstützten privaten Volksschulen und Kindergärten.

Gemeinden, die davon entbunden sind, eine Volksschule einzurichten oder zu unterhalten, sind verpflichtet, die ärztliche Schulaufsicht für diejenigen übernommenen und unterstützten Privatschulen und Kindergärten einzurichten, die sich auf ihrem Gebiet befinden.

Gemeinden, die ermächtigt sind, eine gemeinsame Schule einzurichten und zu unterhalten, können auch die unentgeltliche ärztliche Beauf-

sichtigung dieser Schulen gemeinsam einrichten.

Art. 2. Aufgabe der ärztlichen Ueberwachung der Schulen ist:

die Feststellung der gesundheitlichen Verhältnisse der Schulkinder,

die Beratung der Lehrer, Kinder und Eltern und

die Anregung zu vorbeugenden gesundheitlichen Massnahmen.

Die ärztliche Behandlung der Schulkinder gehört nicht zu den Aufgaben der ärztlichen Ueberwachung.

Art. 3. Die ärztliche Schulaufsicht umfasst wenigstens:

1) Eine ärztliche Untersuchung der Kinder bei ihrem Eintritt in die Schule und eine solche im Laufe des 3., 5. und letzten Schuljahres.

Diese Untersuchung erstreckt sich auf den körperlichen und geistigen Zustand der Kinder; das Ergebnis der Untersuchung ist in ein Verzeichnis nach dem nachstehend abgedruckten Muster aufzunehmen; ferner alles wesentliche, was dem Schularzt von den Eltern des Schülers, von dem behandelnden Arzt (mit Genehmigung der Familie) und von dem Lehrer mitgeteilt wird.

Nach dem vorgeschriebenen Formular angefertigte Untersuchungsbefunde des Hausarztes befreien das Schulkind von der schulärztlichen Untersuchung, wenn dieser Befund dem Schularzt übermittelt wird.

Das Verzeichnis ist geheim zu halten und unter persönlichem Verschluss des Schularztes aufzubewahren; es wird, wenn das Kind die Schule endgültig verlassen hat, vom Schularzt dem Ministerium des Innern (Medizinalabteilung) übersandt, wo es 50 Jahre lang aufbewahrt wird. Sein Inhalt

ist nur Behörden auf Antrag zugänglich zu machen. Mit Zustimmung des Beteiligten oder seines gesetzlichen Vertreters darf auch dem behandelnden Arzt Einsicht in das Verzeichnis gegeben werden.

II) Eine häufigere Untersuchung derjenigen Schüler, die der Schularzt als überwachungsbedürftig befindet.

III) Einen monatlichen Besuch der Schule. Bei dem monatlichen Besuch soll der Schularzt diejenigen Kinder untersuchen, die ihm von dem Lehrer als krankheitsverdächtig bezeichnet werden oder die überwachungsbedürftig sind; er soll bezüglich dieser Kinder diejenigen Massnahmen vorschlagen, die er für notwendig erachtet.

Der Lehrer hat die Beobachtungen körperlicher, geistiger oder moralischer Natur, die er vermöge seines dauernden Umganges mit den Schulkindern und im Verkehr mit deren Eltern macht, dem Schularzt mitzuteilen.

Nach jeder monatlichen Besichtigung der Schule hat der Schularzt dem Bürgermeister Bericht über seine Beobachtungen zu erstatten, den die er alsbald der Schulleitung, der Schulaufsichtsbehörde und der „Inspection d'Hygiène" mitzuteilen hat.

IV) Eine halbjährliche Besichtigung der Schulräume und der dazu gehörigen Nebenräume. Diese Besichtigung erstreckt sich auf die Lage und den baulichen Zustand der Schule und deren Nebengebäude, die Zahl und den Rauminhalt sowie die Schülerzahl der Klassen, auf Beleuchtung, Lufterneuerung und Heizung der Klassen, auf die Schulbänke, Wandtafeln, Reinigung und Desinfizierung der verschiedenen Schulräume, das Wirtschafts-

wasser, die Abteilung der Abwässer und des Schmutzes, die Abortanlagen, die Spielplätze, Gänge und Kleiderablagen.

Der Schularzt hat der Schulaufsichtsbehörde über das Ergebnis seiner Besichtigung zu berichten.

V) Im Falle einer ansteckenden Krankheit in der Schule oder im Orte vermehrt der Schularzt seine Besuche soweit es nötig ist, und sorgt für die Beobachtung aller Vorschriften bezüglich Entfernung und Wiederzulassung der erkrankten Schüler und gegebenenfalls bezüglich der Schliessung und Wiedereröffnung der Klassen und der Desinfizierung der Schulräume.

Falls in der Schule ansteckende Krankheiten auftreten oder der Verdacht einer solchem besteht, muss der Lehrer unverzüglich den Schularzt benachrichtigen.

Art. 4. Die Untersuchung der Schüler erfolgt in einem in der Schule oder in deren Nähe gelegenen Raume, der dem Schularzt von der Schulleitung zur Verfügung gestellt wird. Dieser Raum muss gut beleuchnet und geheizt, mit einem Längenmass und einer Wage ausgestattet sein.

Art. 5. Die Anstellungszeit der Schulärzte darf nicht weniger als 5 Jahre betragen.

Art. 6. Die Gemeinde ist verpflichtet, dem Schulartz ein angemessenes Gehalt oder eine ausreichende Vergütung für jeden untersuchten Schüler zu zahlen.

Es darf bezüglich der Höhe des Gehaltes oder der Vergütung kein Unterschied zwischen den Schulen gemacht werden, in welchen der Schularzt seine Tätigkeit ausübt.

Art. 7. Als Anlage zu dieser Verordnung wird

ein Muster eines Ortstatuts veröffentlicht, welches das Mindestmass der Einrichtung der unentgeltlichen ärztlichen Schulaufsicht festsetzt.

Art. 8. Der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 21. Juli 1916.

C. C. III. 2192.

MUSTER EINES ORTSSTATUTS über die Einrichtung der unentgeltlichen ärztlichen Ueberwachung der Volksschulen.

Auf Grund des Artikels 75 des Gemeindegesetzes und des Artikels 45 des Volksschulgesetzes und der in Ausführung ergangenen Verordnung des Generalgouverneurs über die Einrichtung einer unentgeltlichen ärztlichen Schulaufsicht vom 21. Juli 1916 beschliesst der Gemeinderat wie folgt:

Art. 1. In der Gemeinde .... wird eine unentgeltliche ärztliche Schulüberwachung eingerichtet *), die sich auf die kommunalen, die übernommenen und unterstützten privaten Volksschulen und Kindergärten erstreckt.

Art. 2. Die ärztliche Schulüberwachung umfasst:

1) eine eingehende ärztliche Untersuchung jedes Schülers bei seinem Eintritt in die Schule sowie eine solche im Laufe des 3., 5. und letzten Schuljahres;

---

*) Dort, wo es die Umstände gestatten, soll nach Möglichkeit ein Schularzt im Hauptamte ernannt werden, gegebenenfalls durch Vereinigung mehrerer Gemeinden zu einem schulärztlichen Ueberwachungsbezirk. Es soll nach Möglichkeit vermieden werden, dass der Schularzt gleichzeitig Armenarzt ist.

2) eine häufigere Untersuchung derjenigen Schüler, für die eine besondere ärztliche Ueberwachung vorgesehen ist;

3) einen monatlichen Besuch der Schule;

4) eine halbjährliche Besichtigung der Schulräume und der zu der Schule gehörigen Nebengebäude;

5) Besuch der Schule beim Auftreten ansteckender Krankheiten.

Aufgabe des Schularztes ist die Feststellung der gesundheitlichen Verhältnisse der Schulkinder, die Beratung der Lehrer, der Kinder und der Eltern, und die Anregung zu vorbeugenden, gesundheitlichen Massnahmen. Die ärztliche Behandlung der Schulkinder gehört nicht zu der Aufgaben des Schularztes.

Der Schularzt soll die Lehrer und Eltern über die Zusammenhänge der körperlichen und geistigen Entwickelung der Schulkinder aufklären.

Er soll die zur Erhaltung und Besserung des körperlichen Zustandes der Kinder geeigneten Vorschläge machen.

Er soll den Kindern geeignete Ratschläge in gesundheitlicher Beziehung geben. Er soll gegebenenfalls den Eltern entweder unmittelbar oder durch Vermitelung der Lehrer die Ueberwachung der Gesundheit ihrer Kinder anempfehlen oder oder ihnen vorschlagen, die Kinder zwecks ärztlicher Behandlung von einem anderen Arzt untersuchen zu lassen. Er soll ferner diejenigen Schüler bezeichnen, für die ein besonderer Unterricht erforderlich erscheint.

Auf Grund der im Laufe des letzten Schuljahres vorgenommenen ärztlichen Untersuchung soll der Schularzt gegebenenfalls den Eltern diejenigen Be-

rufe bezeichnen, für die ihr Kind seiner köperlichen Beschaffenheit nach nicht geeignet ist.

Art. 3. Die Gemeinden und die Schulverwaltungen setzen jedes Jahr für die ihnen unterstehenden Schulen im Einverständnis mit dem Schularzt den Tag fest, an welchem die schulärztliche Untersuchung der Kinder stattfinden soll. Den Eltern muss der Tag der Untersuchung einige Tage vorher mitgeteilt werden.

Der Schularzt soll bei Gelegenheit dieser Untersuchung feststellen, ob in der Familie des Schulkindes ansteckende Krankheiten, insbesondere Tuberkulose, herrschen.

Die Untersuchung erstreckt sich in erster Linie auf: Augen, Ohren, Mund, Zähne, Kopfhaut, Herz, Lungen, Knochenbau und Nervensystem.

Die Untersuchung der Knaben und Mädchen hat unter geeigneter Mithilfte getrennt zu erfolgen.

Der Schularzt soll sich vergewissern, ob die Kinder zur rechten Zeit geimpft und wiedergeimpft worden sind, und soll seine Beobachtungen in das vorgeschriebene Verzeichnis eintragen.

Dieses Verzeichnis ist streng vertraulich zu behandeln und unter persönlichem Verschluss des Schularztes aufzubewahren. Es ist, wenn das Kind die Schule wechselt, der neuen Schule und, wenn es endgültig die Schule verlassen hat, dem Ministerium des Innern, Medizinalabteilung, zu übersenden, woselbst es 50 Jahre lang aufbewahrt wird.

Der Schularzt muss dem Lehrer diejenigen Schüler bezeichnen, die wegen ihrer Augen oder ihres Gehörs einen besonderen Platz in der Klasse haben müssen, oder welche wegen körperlicher,

geistiger oder moralischer Fehler einer besonderen Beaufsichtigung oder Behandlung im Unterricht bedürfen.

Wenn der Schularzt eine ärztliche Behandlung für erforderlich hält, muss er die Eltern davon in Kenntnis setzen.

Geeignetenfalls soll er Vorschläge über Befreiung vom Baden, vom Turnunterricht, vom Gesangsunterricht oder von anderen Unterrichtsfächern machen, ebenso bezüglich besonderer Vergünstigungen (Verpflegung seitens der Schulen u. s. w.); hierauf bezügliche Bescheinigungen anderer Aerzte unterliegen seiner Begutachtung.

Nach der ärztlichen Untersuchung der Schüler soll der Schularzt dem Bürgermeister einen Bericht über den Gesundheitszustand der Kinder einreichen, den dieser in Abschrift der Schulleitung, der Schulaufsichtsbehörde und der „Inspection d'Hygiène" bekannt gibt und soll gegebenenfalls seinerseits Vorschläge zur Besserung des Gesundheitszustandes der Kinder machen.

Die Schulleitungen haben dem Schularzt ein ausreichend geheiztes, beleuchtetes und eingerichtetes Zimmer zur Verfügung zu stellen, in dem auch ein Längenmass und eine Wage vorhanden sein muss.

Art. 4. Bei Gelegenheit des monatlichen Schulbesuches soll der Lehrer dem Schularzt diejenigen Kinder bezeichnen, die Anzeichen einer Krankheit aufweisen oder die aus anderen Gründen seine Aufmerksamkeit erregt haben; der Schularzt soll bezüglich dieser Schüler, über die er eine besondere Liste führt, die ihm notwendig erscheinenden Massnahmen treffen.

Beim Auftreten übertragbarer Krankheiten,

oder wenn der Verdacht einer solchen besteht, oder in anderen dringenden Fällen, muss der Lehrer den Schularzt unverzüglich benachrichtigen.

Wenn eine dringliche oder durchgreifende Massnahme erforderlich ist, muss der Schularzt binnen 24 Stunden den Bürgermeister oder das „Comité de l'Ecole" benachrichtigen.

Art. 5. Die Schulräume und die Nebengebäude der Schulen müssen halbjährlich von dem Schularzt besichtigt werden. Diese Besichtigung muss sich erstrecken: auf die Lage und den baulichen Zustand der Schule und deren Nebengebäude, die Zahl, den Rauminhalt und die Schülerzahl der Klassen, auf die Beleuchtung, die Lufterneuerung und die Heizung, auf die Schulbänke, Wandtafeln, die Reinigung und Desinfizierung der verschiedenen Schulräume, das Wirtschafswasser, die Ableitung der Abwässer und des Schmutzes, die Abortanlagen, die Spielplätze, Gänge und Kleiderablagen.

Bei Neu- und wesentlichen Umbauten, sowie bei der Wahl des Bauplatzes wird das Gutachten des Hygieneinspektors eingeholt.

Art. 6. Durch Rücksprache mit den Lehrern bei den regelmässigen Schulbesichtigungen, durch Besprechung mit den Eltern in einzelnen Fällen odr gelegentlich gemeinsamer Zusammenkünfte mit ihnen soll der Schularzt versuchen, bei Eltern und Lehrern das Verständnis der wichtigsten Fragen der Vorbeugung von Krankheiten, der Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit, die Behandlung der Haut, der Zähne, des Schutzes vor übertrabgaren Krankheiten u. s. w. zu wecken. Der Schularzt muss seinerseits hervorheben, dass Spiele, körperliche Uebungen, Sport und geeignete

Ausnutzung der Freizeit die Gesundheit der Kinder begünstigen.

Art. 7. Falls ansteckende Krankheiten auftreten, soll der Schularzt seine Besuche nach Bedürfnis vermehren.

Er hat für die Durchführung der nötigen gesundheitlichen Massnahmen zu sorgen und auch darüber zu wachen, dass jedes von einer ansteckenden Krankheit befallene Kind nicht eher die Schule wieder besucht, als bis jegliche Ansteckungsgefahr durch das Kind beseitigt ist. Er hat die Gemeinde oder Schulleitung in der Frage eventuellen Schulschlusses wegen ansteckender Krankheiten zu beraten und hierbei die in Anlage III erwähnten Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Schulbehörde und Schularzt haben darüber zu wachen, dass Kinder, deren Eltern, Brüder oder Schwestern von ansteckenden Krankheiten, wie Typhus (Nervenfieber), Scharlach, Diphtheritis, Windpocken u. s. w. befallen sind, die Schule nicht eher wieder besuchen, als bis sie ein Zeugnis des behandelnden Arztes darüber beibringen, dass keine Ansteckungsgefahr für ihre Mitschüler besteht.

Diese Bestimmungen gelten auch für Lehrer, die selbst oder deren Familienangehörigen, mit denen sie gemeinsam wohnen, an ansteckenden Krankheiten leiden.

Art. 8. Diejenigen Organe, denen die Leitung der verschiedenen Arten der Volksschulen und Kindergärten obliegt, werden mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Meinungsverschiedenheiten, die anlässlich der Ausführung dieses Beschlusses entstehen, müssen

des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst unterbreitet werden.

Art. 9. Der Gemeinderat ernennt Herrn.... zum Schularzt der Gemeinde.

Die Ernennung erfolgt für die Dauer von .... Jahren.

In der Ernennungsurkunde muss (müssen) die Schule (oder: die Schulen) bezeichnet werden, die der Schularzt zu überwachen hat.

Art. 10. Die Schulleitungen der übernommenen und der unterstützten privaten Volksschulen und Kindergärten unterbreiten dem Schöffenkollegium die Ernennung des Schularztes zum Zwecke der Genehmigung.

Art. 11. Der gemäss Artikel 7 und 8 ernannte Schularzt erhält ein jährliches Gehalt von.... (*).

Art. 12. Das Schöffenkollegium wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Der Beschluss tritt mit dem .... 191 in Kraft.

Der Gemeinderat ...., den ....

Der Schularzt. Anlage I zum Ortsstatut.

....

Hierdurch werden Sie benachrichtigt, dass die für die Schüler vorgeschriebene ärztliche Untersuchung am .... stattfindet.

Das Erscheinen der Eltern ist erwünscht, aber nicht notwendig.

Es wird gebeten, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

Herrschen in der Familie ansteckende Krankheiten? Ja — Nein — Welche?

---

*) Der Gemeinderat kann auch beschliessen:
Der Schularzt erhält eine Entschädigung von . . . für jedes untersuchte Kind.

Herrschte in Ihrer Familie Tuberkulose?
Wann und bei wem?

Der Schularzt

Es wird ersucht, den Zettel nach Ausfüllung in verschlossenem Umschlage dem Kinde mit dem Auftrage, ihn in der Schule abzugeben, auszuhändigen. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt.

C. C. III. 2192.

Anlage III zum Artsstatut.
Vorschriften über Schliessung von Schulen auf Grund ansteckender Krankheiten.

I. Die hochgradige Ansteckungsgefahr bei gewissen Kinderkrankheiten (Scharlach, Masern, Diphteritis usw.) und die leichte Uebertragbarkeit dieser Krankheiten innerhalb der Schule, infolge des engen Zusammenlebens der für diese Krankheiten leicht empfindlichen Kinder zwingen die Gesundheitsbehörden oftmals, die Schliessung einer Schule zu verfügen, um einer Weiterverbreitung dieser Krankheiten vorzubeugen.

Erfolgt die Schliessung der Schule rechtzeitig, so wird es bisweilen gelingen, Epidemien, die sich andernfalls leicht auf das Stadtviertel oder die Gemeinde verbreiten würden, zu verhindern.

II. Die Schliessung der Schule ist notwendig, wenn mehrere Fälle gewisser ansteckender Krankheiten in schneller Folge unter den Kindern verschiedener Familien, welche die gleiche Schule besuchen, vorkommen.

Bevor die Gesundheitsbehörden die Schliessung einer Schule verfügen, haben sie der mehr oder weniger weiten Verbreitung der Krankheit, wegen deren die Schliessung der Schule verfügt werden

soll, in der (bezw. dem) von den Schülern bewohnten Gemeinde (bezw. Stadtteil) Rechnung zu tragen. Wenn diese Krankheit hier, besonders unter den arbeitenden Klassen, stark verbreitet ist, wird die Schliessung der Schule vielfach ohne Nutzen sein.

Auch werden die Gesundheitsbehörden bei der Frage, ob die Schliessung der Schule verfügt werden soll, oftmals den besonders schweren Charakter einer herrschenden Krankheit zu berücksichtigen haben.

III. Jedenfalls bildet die Schliessung der Schule eine zweischneidige Waffe und ist daher mit Unterschied zu behandeln. Denn wenn auch durch die Schliessung einer Schule eine epidemische Verbreitung einer ansteckenden Krankheit bisweilen verhindert werden kann, so wird die Massnahme andererseits oftmals die Verbritung der Krankheit begünstigen. Die gesunden Kinder können in den engen Wohnungen der arbeitenden Klasse schwerlich Tage und Wochen zurückgehalten werden. Schlecht überwacht, werden sie mit anderen Kindern desselben Hauses und der Nachbarschaft gemeinsam spielen und laufen so leichter Gefahr, angesteckt zu werden, als wenn sie tagsüber in der Schule wären.

IV. Die Schliessung der Schule darf unter keinen Umständen zu voreilig verfügt werden. Wenn die Kinder bei ihrer Ankuft in der Schule regelmässig überwacht und die Krankheitsverdächtigen sofort nach Hause geschickt werden, wird sich die Schliessung der Schule vielfach vermeiden lassen.

In Schulen einer grösseren Stadt, wo die Schulräume genügend getrennt liegen und die Kinder der verschiedenen Klassen nur wenig miteinander

in Berührung kommen, wird es oft nicht nötig sein, die Schule ganz zu schliessen. Es wird hier genügen, wenn die Kinder derjenigen Klasse, in welcher Krankheitsfälle vorgekommen sind, vom Unterricht befreit werden.

V. Den Eltern muss mitgeteilt werden, dass sie das grösste Interesse daran haben, ihre vom Unterricht befreiten Kinder nicht dadurch den Gefahren einer Ansteckung auszusetzen, dass sie ihnen gestatten, auf der Strasse, auf öffentlichen Plätzen u. s. w. mit anderen Kindern zu spielen.

VI. Nach Schliessung der Schulen müssen die Behörden gemäss den von der Regierung verfügten Weisungen die notwendigen Desinfizierungen vornehmen lassen.

VII. Der Tag der Wiederaufnahme des Unterrichts wird den Eltern mitgeteilt. Die Schule oder die Schulklasse darf erst nach Ablauf der Ansteckungsperiode der Krankheit, wegen deren die Schule geschlossen werden musste, wieder geöffnet werden.

I. — *Ansteckende Krankheiten, bei welchen die Schliessung der Schule angebracht ist.*

1. *Masern.* — Selten im voraus bemerkbar; die Schliessung der Schule ist nur dann von Nutzen, wenn sie rechtzeitig in den ersten vier oder fünf Tagen nach Feststellung des ersten Krankheitsfalles erfolgt.

Wenn die Krankheit besonders schwer auftritt, ist es angebracht, diejenigen Schulen oder Schulklassen zu schliessen, die von Kindern im Alter von 3—6 Jahren besucht werden, da hier die Masern stets gefährlicher sind als bei älteren Kindern.

Die Wiedereröffnung darf erst fünfzehn Tage nach Schliessung der Schule erfolgen.

2. *Scharlach.* — Die Schliessung der Schule ist angebracht, wenn die Fälle häufig auftreten, und wenn die Krankheit sonst nicht in der Gemeinde oder im Bezirk der Schule verbreitet ist.

Die Wiedereröffnung darf erst fünfzehn Tage nach der Schliessung der Schule erfolgen.

3. *Diphtheritis.* — Die Schliessung der Schule soll nach denselben Grundsätzen erfolgen wie beim Auftreten von Scharlach.

Die Wiedereröffnung darf erst drei Wochen nach der Schliessung der Schule erfolgen.

4. *Typhus.* — Diese Krankheit kann zur Schliessung der Schule führen, wenn die Krankheitsfälle sich in kurzen Zwischenräumen häufen.

Die Wiedereröffnung der Schule darf erst nach Besichtigung und nach Genehmigung durch die „Inspection d'Hygiène" erfolgen.

5. *Spinale Kinderlähmung.* — Der Schulschluss soll verfügt werden, wenn unter den Schulkindern mehrere Erkrankungen vorkommen oder wenn eine Epidemie in den Ortschaft oder im Bezirk der Schule herrscht.

Die Wiedereröffnung darf nur mit Genehmigung der „Inspection d'Hygiène" erfolgen.

II. — *Uebertragbare Krankheiten, bei denen die Schliessung der Schule in der Regel unangebracht ist.*

6. *Keuchhusten.* — Die rechtzeitige Schliessung der Schule ist fast in keinem Falle möglich.

7. *Pocken.* — Falls Impfung oder Wiederimpfung aller Schüler erfolgt, ist die Schliessung der Schule überflüssig.

8. *Kopfgrind (Schorf) und Granulose.* — Die Schliessung der Schule ist unnötig, es genügt Isolierung der erkrankten Schulkinder.

9. *Windpocken (Varicelle), Rubéole, Ziegenpeter.* — Der gewöhnlich gutartige Charakter dieser Krankheiten macht die Schliessung der Schulen überflüssig.

Arrêté concernant l'inspection médicale gratuite des écoles primaires.

L'article 45 de la loi sur l'enseignement primaire du 15 juin 1914 est conçu en ces termes:

„Toute commune est tenue d'établir un service gratuit d'inspection médicale scolaire, comprenant un examen des élèves au moment de leur entrée à l'école et au moins une visite mensuelle de l'école.

Ce service s'étend à toutes les écoles soumises au régime de la présente loi.

Un arrêté royal réglera les conditions générales dans lesquelles s'exerce cette inspection.

Les médecins-inspecteurs des écoles communales sont nommés par le conseil communal; les médecins-inspecteurs des écoles adoptées et adoptables sont nommés par la direction de ces établissements et agréés par le collège échevinal, sauf recours au Roi en cas de refus d'agréation.

A la suite de chaque visite, le médecin-inspecteur adresse au bourgmestre un rapport dont copie est transmise à l'inspecteur d'hygiène, à l'inspecteur de l'enseignement du ressort et à la direction de l'école intéressée.

Par dérogation à l'article 68, 6o de la loi du 12 septembre 1895, les membres du conseil communal et les bourgmestres pourront être appelés à remplir

les fonctions de médecin-inspecteur, moyennant l'approbation, par le Roi, de la délibération du conseil communal nommant l'intéressé et fixant son traitement."

Ces prescriptions sont mises en vigueur par le présent arrêté. Les dispositions suivantes sont prises en vue de leur exécution.

Art. 1er. L'inspection médicale scolaire gratuite, à organiser par les communes, s'étend aux écoles-primaires et gardiennes communales, adoptées et privées subsidiées.

Les communes dispensées de créer ou d'entretenir une école primaire sont tenues d'organiser l'inspection médicale dans les écoles primaires et gardiennes adoptées et subsidiées, situées sur leur territoire.

Les communes autorisées à créer et à entretenir une école en commun, peuvent organiser également en commun l'inspection médicale gratuite de cet établissement.

Art. 2. La tâche de l'inspection médicale des écoles consiste à:

déterminer l'état de santé des élèves;

donner des conseils aux membres du personnel enseignant, aux enfants et aux parents;

proposer des mesures sanitaires préventives.

Le traitement médical des élèves ne rentre pas dans la tâche incombant à l'inspection médicale.

Art. 3. L'inspection médicale scolaire comprend au moins:

I) Un examen médical des enfants à leur entrée à l'école, ainsi qu'au cours des 3e, 5e et dernière années d'études.

Cet examen s'étend à l'état physique et intellectuel des enfants; le résultat en est consigné dans un tableau du modèle imprimé ci-après; il comporte en outre les communications essentielles faites au médecin-inspec-

teur par les parents de l'élève, le médecin traitant (avec l'assentiment de la famille) et l'instituteur.

Les constatations médicales fournies par le médecin de la famille d'après le modèle prescrit exemptent l'élève de la visite médicale à l'école, si elles sont communiquées au médecin-inspecteur.

Le tableau doit être tenu secret et conservé sous clef par le médecin-inspecteur qui, après que l'enfant a quitté définitivement l'école, le transmet au Ministère de l'Intérieur (Section de médecine), où il est conservé pendant 50 ans. Son contenu ne peut être communiqué qu'aux autorités et à leur demande. Le médecin traitant peut aussi le consulter, si l'intéressé ou son remplaçant légal y consent.

II) Un examen plus fréquent des élèves que le médecin-inspecteur estime devoir être soumis à une surveillance spéciale.

III) Une visite mensuelle de l'école, au cours de laquelle le médecin-inspecteur examine les enfants qui lui ont été indiqués par l'instituteur comme suspects de maladie, ou qui doivent être soumis à la surveillance spéciale; il propose à leur sujet les mesures qu'il juge nécessaires.

L'instituteur communique au médecin-inspecteur les observations d'ordre physique, intellectuel et moral qu'il fait au cours de ses relations constantes avec les élèves et de ses rapports avec les parents.

Après chaque visite mensuelle de l'école, le médecin-inspecteur fait rapport sur ses observations au bourgmestre, qui les communique sans retard à la direction de l'école, à l'inspection scolaire et à l'inspection d'hygiène.

IV) Une visite semestrielle des locaux scolaires et de leurs annexes. Cette visite comporte: la situation de l'école, l'état des bâtiments et de leurs annexes; le

nombre et le cubage des classes; le nombre des élèves de chacune d'elles; l'éclairage, le renouvellement de l'air et le chauffage des classes; les bancs, les tableaux; le nettoyage et la désinfection des locaux; l'eau potable; l'éloignement des eaux sales et des déjections; les lieux d'aisances; les cours, les couloirs et les vestiaires.

Le médecin-inspecteur fait rapport sur sa visite à l'inspection scolaire.

V) En cas de maladie contagieuse à l'école ou dans la commune, le médecin-inspecteur renouvelle ses visites aussi souvent qu'il y a lieu, et veille à l'observation de toutes les prescriptions relatives à l'éloignement et à la réadmission des élèves malades, et éventuellement à la fermeture et à la réouverture des classes, ainsi qu'à désinfection des locaux.

Si des cas réels ou suspects de maladie contagieuse se déclarent à l'école, l'instituteur en informe sans retard le médecin-inspecteur.

Art. 4. La visite des élèves a lieu dans un local appartenant à l'école même ou situé à proximité, et mis à la disposition du médecin-inspecteur par la direction de l'établissement. Ce local doit être bien éclairé et chauffé, et pourvu d'une toise et d'une balance.

Art. 5. La durée du mandat des médecins-inspecteurs ne peut être inférieure à 5 ans.

Art. 6. La commune est tenue de payer au médecin-inspecteur un traitement convenable ou une indemnité suffisante par enfant examiné.

Relativement au montant du traitement ou de l'indemnité, il ne peut être fait de différence entre les écoles que le médecin-inspecteur visite.

Art. 7. Un modèle de règlement local déterminant le minimum de l'organisation de l'inspection médicale scolaire gratuite est publié en annexe au présent arrêté.

Art. 8. Le Chef de l'administration civile (Verwal-

tungschef) près le Gouverneur général est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 21 juillet 1916.

C. C. III. 2192.

Modèle de réglement local relatif â l'organisation de l'inspection médicale gratuite des écoles primaires.

En vertu de l'article 75 de la loi communale et de l'article 45 de la loi sur l'enseignement primaire, ainsi que des dispositions réglementaires prises par le Gouverneur général en date du 21 juillet 1916 au sujet de l'organisation d'une inspection médicale scolaire gratuite, le conseil ommunal décide ce qui suit:

Art. 1er. Dans la commune d........, il est arganisé une inspection médicale scolaire gratuite (1) qui s'étend aux écoles primaires et gardiennes communales, adoptées et privées subsidiées.

Art. 2. L'inspection médicale scolaire comprend:

1) Un examen médical approfondi de chaque élève à l'école, de même qu'au cours des 3e, 5e et dernière années d'études;

2) Un examen plus fréquent des enfants pour lesquels une surveillance médicale spéciale a été prévue;

3) Une visite mensuelle de l'école;

4) Une visite semestrielle des locaux et des annexes de l'école;

5) La visite de l'école à l'apparition d'une maladie contagieuse.

---

(1) Observation. — La ou les circonstances le permettront, on réunira plusieurs communes en un seul district d'inspection médicale scolaire qui sera confié, si possible, a un médecin-inspecteur exerçant ses fonctions a titre principal et non accessoire. On évitera autant que possible de confier ces fonctions au médeciu des pauvres.

La tâche du médecin-inspecteur consiste à déterminer l'état de santé des élèves, à donner des conseils aux membres du personnel enseignant, aux enfants et aux parents, à proposer des mesures sanitaires préventives. Le traitement médical des élèves ne rentre pas dans cette tâche.

Le médecin-inspecteur explique aux instituteurs et aux parents les relations existant entre le développement physique et intellectuel des élèves.

Il propose les mesures propres à conserver et à améliorer l'état physique des enfants.

Il donne aux élèves des conseils relatifs à la santé. S'il y a lieu, il recommande aux parents, soit directement, soit par l'intermédiaire des instituteurs, de surveiller la santé de leurs enfants, ou leur propose de faire examiner les élèves par un autre médecin en vue d'un traitement médical. Il désigne en outre les enfants pour qui un enseignement spécial parait nécessaire.

A la suite de l'examen médical fait au cours de la dernière année d'études, le médecin-inspecteur indique aux parents les professions qui, le cas échéant, ne conviennent pas à leur enfant, vu son état physique.

Art. 3. Les communes et les administrations scolaires fixent chaque année pour les écoles dépendant d'elles, de concert avec le médecin-inspecteur, le jour où se fera l'inspection médicale scolaire. Les parents sont informés de cette date quelques jours d'avance.

A l'occasion de cette inspection, le médecin-inspecteur détermine si, dans la famille de l'élève, il règne des maladies contagieuses, en particulier la tuberculose.

L'examen s'étend avant tout aux yeux, aux oreilles, à la bouche, aux dents, au cuir chevelu, au coeur, aux poumons, au système osseux et au système nerveux.

L'examen des garçons et des filles se fait séparément, avec assistance appropriée.

Le médecin-inspecteur se convainc si les enfants ont été vaccinés et revaccinés en temps utile, et consigne ses observations au tableau prescrit.

Ce tableau est strictement confidentiel, et doit être conservé sous clef par le médecin-inspecteur. Lorsque l'enfant change d'école, le tableau le concernant est transmis au nouvel établissement et lorsque l'élève quitte l'école définitivement, il est remis au Ministère de l'Intérieur, Section de Médecine, où il est conservé pendant 50 ans.

Le médecin-inspecteur désigne à l'instituteur les élèves qui, en raison d'un défaut de la vue ou de l'ouïe, doivent occuper en classe une place spéciale ou qui, à cause d'une infirmité physique, intellectuelle ou morale, ont besoin d'une surveillance ou d'un traitement particulier dans l'enseignement.

Si le médecin-inspecteur estime qu'un traitement médical est nécessaire, il en informe les parents.

Le cas echéant, il propose l'exemption des bains, de l'enseignement de la gymnastique, du chant ou d'autres branches, ou l'octroi de faveurs spéciales (nourriture livrée par l'école, etc.); les certificats d'autres médicins se rapportant à ces cas lui sont soumis afin qu'il émette son avis à ce sujet.

Après l'examen médical des élèves, le médecin-inspecteur fait parvenir au bourgmestre un rapport sur l'état de santé des enfants; celui-ci en remet une copie à la direction de l'école, à l'inspection scolaire et à l'inspection d'hygiène; le cas échéant, le médecin-inspecteur fait lui-même des propositions en vue d'améliorer la santé des élèves.

Les directions des écoles mettent à la disposition du médecin-inspecteur un local convenablement chauffé, éclairé, aménagé et pourvu d'une toise et d'une balance.

Art. 4. A l'occasion de la visite mensuelle de l'école,

l'instituteur indique au médecin-inspecteur les enfants qui montrent des indices d'une maladie ou qui ont attiré son attention par d'autres particularités; au sujet de ces élèves, qu'il inscrit sur une liste spéciale, le médecin-inspecteur prend les mesures qui lui paraissent nécessaires.

En présence de l'apparition ou de la suspicion de maladies contagieuses, ou dans d'autres cas urgents, l'instituteur averit immédiatement le médecin-inspecteur.

S'il est nécessaire de prendre une mesure urgente ou radicale, le médecin-inspecteur le fait savoir dans les 24 heures au bourgmestre ou au comité de l'école.

Art. 5. Les locaux scolaires et leurs annexes sont inspectés chaque semestre par le médecin-inspecteur. Cette inspection comporte: la situation de l'école et l'état des bâtiments et de leurs annexes; le nombre et le cubage des classes; le nombre des élèves de chacune d'elles; l'éclairage, le renouvellement de l'air et le chauffage des classes; les bancs, les tableaux; le nettoyage et la désinfection des différents locaux; l'eau potable; l'éloignement des eaux sales et des déjections, les lieux d'aisances; les cours, les couloirs et les vestiaires.

Pour les nouvelles constructions et les modifications essentielles, ainsi que pour le choix de l'emplacement, il y a lieu de prendre l'avis de l'inspecteur d'hygiène.

Art. 6. Par des conférences avec les instituteurs lors des inspections régulières, par des entretiens avec les parents dans certains cas ou à l'occasion de réunions auxquelles les parents participent, le médecin-inspecteur s'efforce d'initier les parents et les instituteurs aux questions les plus importantes ayant trait aux précautions à prendre contre les maladies, à la conservation ou à l'amélioration de l'état de santé, au trai-

tement de la peau, des dents, à la protection contre les maladies contagieuses, etc. Il fait ressortir que les jeux, les exercices corporels, les sports et un usage raisonné de la liberté favorisent la santé des enfants.

Art. 7. Si des maladies contagieuses se déclarent, le médecin-inspecteur renouvelle ses visites aussi souvent qu'il le faut.

Il veille à l'exécution des mesures sanitaires nécessaires, et fait en sorte que les enfants atteints d'une maladie contagieuse ne rentrent pas à l'école avant que tout danger de contagion soit écarté. Il conseille la commune ou la direction de l'école dans la question de la fermeture éventuelle de l'établissement pour cause de maladies contagieuses, en tenant compte à cette occasion des points de vue exposés dans l'annexe III.

L'autorité scolaire et le médecin-inspecteur veillent à ce que les enfants dont les parents, frères ou soeurs sont atteints de maladies contagieuses, telles que typhus (fièvre nerveuse), fièvre scarlatine, diphtérie, varicelle, etc. ne rentrent pas à l'école avant d'avoir produit un certificat du médecin traitant, constatant qu'il n'existe pas de danger de contagion pour leurs condisciples.

Ces dispositions s'appliquent aussi aux instituteurs qui souffrent, eux ou les membres de leur famille avec lesquels ils habitent en commun, de maladies contagieuses.

Art. 8. Les organismes à qui incombe la direction des diverses catégories d'écoles primaires et gardiennes, sont chargés de l'exécution du présent arrêté.

Les divergences d'opinions qui naissent à l'occasion de l'exécution de cet arrêté, sont soumises à la décision du Ministère des Sciences et des Arts.

Art. 9. Le conseil communal désigne M...... en qualité de médecin-inspecteur de la commune.

La nomination est faite pour une durée de .... ans.

Dans l'acte de nomination est (sont) désignée(s) l' (les) école(s) que le médecin-inspecteur doit visiter.

Art. 10. Les directions des écoles primaires et gardiennes adoptées et privées subsidiées soumettent la nomination du médecin-inspecteur à l'approbation du collège échevinal.

Art. 11. Le médecin-inspecteur désigné d'après les articles 7 et 8 touche un traitement annuel de .... (1).

Art. 12. Le collège échevinal est chargé de l'exécution de la présente décision, qui entrera en vigueur le ...... 191 .

......, le .... 191 .
Le Conseil communal.

Le médecin scolaire.
....

Annexe I.
du règlement local.

J'ai l'honneur de vous faire savoir que l'examen médical prescrit pour les élèves aura lieu le ....

Il est désirable, mais non nécessaire, que les parents y assistent.

Prière de répondre aux questions suivantes:

Règne-t-il des maladies contagieuses dans votre famille?

Qui — Non — Lesquelles?

La tuberculose a-t-elle régné dans votre famille?

Quand et qui en a été atteint?

Le médecin scolaire,

Après avoir été complétée, la présente fiche sera remise, sous pli fermé, par l'enfant à l'école. Le contenu en sera considédé comme strictement confidentiel.

---

(1) Observation:
Le conseil communal peut aussi décider:
Le médecin-inspecteur touche une indemnité de . . . . par enfant examiné.

Annexe III
du règlement local.

Prescriptions relatives à la fermeture des écoles à la suite de maladies contagieuses.

I. — La contagiosité très grande de certaines affections de l'enfance (scarlatine, rougeole, diphtérie, etc.) et la facilité extrême de leur transmission dans le milieu scolaire, ou vivent en rapports très intimes des sujets hautement réceptifs, obligent parfois les autorités sanitaires à recourir à une mesure de prophylaxie exceptionnelle: la fermeture d'une école.

Prise en temps opportun, cette mesure permet d'éviter une épidémie dont les ravages peuvent s'étendre à tout un quartier, à tout une commune.

II. — Le licenciement des élèves est nécessaire quand plusieurs cas de certaines maladies contagieuses se sont déclarés coup sur coup parmi des enfants appartenant à des familles différentes et fréquentant la même école.

Avant de s'y décider, les autorités sanitaires devront tenir compte de l'extension plus ou moins grande, dans la commune ou le quartier de la ville habité par les écoliers, de la maladie pour laquelle le licenciement pourrait être ordonné. Si cette maladie y est très répandue, surtout parmi les classes ouvrières, le licenciement est le plus souvent sans utilité.

Enfin. les autorités sanitaires auront quelquefois à se préoccuper du caractère particulièrement grave que peut présenter une affection régnante et qui les déterminera à prononcer le licenciement.

III. — En tout cas, le licenciement des élèves d'une école est une mesure qu'on doit prendre avec discernement. car c'est une arme à deux tranchants.

Si elle peut parfois prévenir l'extension épidémique d'une maladie contagieuse, souvent, au contraire, elle ne fait que favoriser sa propagation. En effet, les enfants congédiés, bien portants, peuvent difficilement être retenus à la maison pendant des journées, des semaines, dans les habitations étroites de la classe ouvrière. Mal surveillés, ils se mêlent aux jeux d'autres enfants de la même maison ou du voisinage et courent ainsi, lorsque la maladie existe autour d'eux, des risques de contagion qui seraient bien plus réduits s'ils passaient leur journée à l'école.

IV. — Il importe surtout de ne pas recourir trop prématurément à la fermeture d'une école. Grâce à une surveillance régulière des enfants à leur arrivée à l'école, au renvoi immédiat de tous les suspects, on peut, dans bien des cas, éviter cette mesure.

Parfois ausi, quand il s'agit d'une ville d'une certaine importance, où les locaux scolaires sont suffisamment distincts et les enfants des diverses classes peu mêlés les uns aux autres, il ne sera pas nécessaire de licencier toute la population scolaire. Il suffira de congédier les enfants d'une seule classe, celle où plusieurs cas de maladie ont été constatés.

V. — Les parents seront informés qu'ils ont le plus grand intérêt à soustraire leurs enfants congédiés aux dangers de contagion, auxquels ils les exposent en leur permettant de jouer avec d'autres enfants dans les rues, sur les places publiques, etc.

VI. — Après le licenciement, les autorités feront procéder aux opérations de désinfection nécessaires, conformément aux instructions publiées par le gouvernement.

VII. — La date de la rentrée des élèves sera annoncée aux parents. L'école et la classe ne seront réouvertes qu'après un laps de temps correspondant à la durée

de la période d'incubation de la maladie ayant nécessité leur fermeture.

I. — *Maladies contagieuses pour lesquelles il convient de licencier l'école.*

1. *Rougeole.* — Les symptômes de cette maladie se constatent rarement avant son apparition; le licenciement n'est efficace qu'à la condition d'être effectué dans les quatre ou cinq jours qui suivant la constatation d'un premier cas.

Si l'affection régnante a un caractère particulièrement grave, il peut être utile de fermer les écoles ou les classes fréquentées par les enfants âgés de trois à six ans, chez lesquels la rougeole est toujours plus sérieuse que chez les enfants d'un âge plus avancé.

La rentrée se fera après un terme de quinze jours, à partir du licenciement.

2. *Scarlatine.* — Le licenciement est opportun lorsque les cas se répètent et que la maladie n'est pas répandue soit dans la commune, soit dans le quartier de l'école.

La rentrée se fera après quinze jours.

3. *Diphtérie.* — Le licenciement sera prescrit dans les mêmes circonstances qui entrainent cette mesure pour la scarlatine.

La rentrée se fera après trois semaines.

4. *Fièvre typhoïde.* — Cette maladie peut obliger au licenciement quand les cas se succèdent à de courts intervalles et en assez grand nombre.

La rentrée ne se fera qu'après la visite des locaux par l'inspection d'hygiène et avec son approbation.

5. *Paralysie spinale infantile.* — Le licenciement est obligatoire si plusieurs cas de maladie se déclarent parmi les élèves, ou s'il règne une épidémie dans la localité ou dans le quartier de l'école.

La réouverture ne se fait qu'avec l'approbation de l'inspection d'hygiène.

II. — *Maladies contagieuses pour lesquelles le licenciement est en général inopportun.*

6. *Coqueluche.* — Il est presque toujours impossible de licencier à temps.

7. *Variole.* — La vaccination ou la revaccination de tous les élèves rendent le licenciement inutile.

8. *Teigne (gale) et ophtalmie granuleuse.* — Le licenciement est inutile, l'isolement local étant suffisant.

9. *Varicelle, rubéole, oreillons.* — La bénignité habituelle de ces maladies dispense du licenciement.

Verordening betreffende het kosteloos geneeskundig toezicht der lagere scholen.

Art. 45 van de wet van 15 Juni 1914 op het lager onderwijs luidt als volgt:

„Elke gemeente is gehouden eenen kosteloozen dienst voor medisch schooltoezicht in te richten, welke dienst omvat een onderzoek der leerlingen bij de opneming in de school en ten minste één schoolbezoek per maand.

Deze dienst strekt zich uit over al de onder het beheer dezer wet staande scholen.

De algemeene voorwaarden, waaronder dit toezicht geschiedt, worden bij koninklijk besluit geregeld.

De geneesheeren-opzieners van de gemeentescholen worden benoemd door den gemeenteraad; de geneesheeren-opzieners van de aangenomen en aanneembare scholen worden door het bestuur dier scholen benoemd en door het schepencollege toege-

laten, behoudens beroep bij den Koning ingeval de toelating wordt geweigerd.

Na elk schoolbezoek zendt de geneesheer-opziener aan den burgemeester een verslag, waarvan een afschrift! wordt overgemaakt aan het gezondheidstoezicht, aan den opziener van het onderwijs in het gebied en aan het bestuur der belanghebbende school.

Met afwijking van artikel 68, 6°, der wet van 12 September 1895, kunnen de leden van den gemeenteraad en de burgemeesters met het ambt van geneesheer-opziener belast worden behoudens goedkeuring, door den Koning, van de beraadslaging van den Koning, van de beraadslaging van den gemeenteraad die den belanghebbende benoemt en zijne jaarwedde bepaalt."

Dit voorschrift wordt door deze Verordening van kracht. In uitvoering ervan worden de volgende schikkingen getroffen.

Art. 1. Het kosteloos schooltoezicht, dat door de gemeenten dient ingericht, strekt zich uit over de gemeentelijke, aangenomen en private ondersteunde lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen).

De gemeenten die ontslagen zijn van het stichten of van het onderhouden eener lagere school, zijn gehouden het geneeskundig toezicht in te richten in de op haar gebied gelegen aangenomen en private ondersteunde lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen).

De gemeenten die gemachtigd zijn een gemeenschappelijke school in te richten en te onderhouden, kunnen het kosteloos geneeskundig toezicht dier scholen gemeenschappelijk regelen.

Art. 2. De taak van het geneeskundig schooltoezicht bestaat in:

het vaststellen van den gezondheidstoestand der leerlingen;

het raadgeven van de leden van het onderwijzend personeel, aan de kinderen en aan de ouders;

het bevorderen van voorbehoedende gezondheidsmaatregelen.

De geneeskundige behandeling der leerlingen maakt geen deel uit van de taak van het geneeskundig toezicht.

Art. 3. Het geneeskundig schooltoezicht omvat ten minste:

I) een onderzoek der kinderen bij hun opneming in de school, alsook in den loop van het 3e, 5e en laatste studiejaar.

Dit onderzoek strekt zich uit over den lichamelijken en verstandelijken toestand der kinderen; de uitslag ervan zal opgeteekend worden in een tabel van het hierna afgedrukt model; het omvat daarenboven de belangrijke mededeelingen aan den geneesheer opziener gedaan door de ouders der leerlingen, door den behandelden geneesheer (met toestemming van de familie) en door den onderwijzer.

Een geneeskundig onderzoek door den geneesheer der familie, die zijn bevindingen naar het voorgeschreven model opmaakt, ontslaat den leerling van het onderzoek in de school, zoo deze bevindingen aan den geneesheer-opziener worden meegedeeld.

De tabel dient geheim gehouden en persoonlijk door den geneesheer-opziener achter slot bewaard, die ze, nadat het kind voor goed de school heeft verlaten, overmaakt aan het ministerie van Binnenlandsche Zaken (Geneeskundige Afdeeling), waar zij gedurende 50 jaar bewaard wordt. Haar inhoud mag enkel op aanvraag aan de overheden meegedeeld worden. De behandelde geneesheer kan eveneens de toelating be-

komen ze te raadplegen, zoo de betrokkene of zijn wettige plaatsvervanger er in toestemt.

II) *Een herhaald onderzoek van de leerlingen, die de geneesheer-opziener aan een bewaking meent te moeten onderwerpen.*

III) *Een maandelijks bezoek der school, gedurende hetwelk de geneesheer-opziener de kinderen onderzoekt, die hem door den onderwijzer aangeduid worden als zijnde verdacht van ziekte, of die dienen bewaakt te worden; hij stelt betrekkelijk deze scholieren de maatregelen voor die hij nodig acht.*

De onderwijzer zal den geneesheer opziener de waarnemingen van lichamelijken, geestelijken en zedelijken aard mededeelen, die hij tengevolge van zijn gestadigen omgang met de leerlingen en zijn betrekkingen met de ouders in staat is te maken.

Na elk maandelijks schoolbezoek zal de geneesheer-opziener over zijn waarnemingen verslag doen aan den burgemeester, die het zonder uitstel heeft mede te deelen aan het bestuur der school, aan het schooltoezicht en aan het gezondheidstoezicht.

IV). *Een halfjaarlijksch bezoek der schoollokalen en der bijgebouwen. Dit bezoek strekt zich uit over: de ligging en den toestand van de school- en bijgebouwen, het getal en de ruimte der klassen, het getal leerlingen van elke klas, de verlichting, de vernieuwing van de lucht en de verwarming, de banken, de borden, het reinigen en het ontsmetten der verschillende schoollokalen, het drinkwater, de afvoering van het vuil water en de uitwerpsels, de gemakken, de speelplaatsen, de gangen en de kleerkamers.*

De geneesheer-opziener doet aan het schooltoezicht verslag over zijn bezoek.

V) *In geval een besmettelijke ziekte heerscht in de school of in de gemeente, vermeerdert de geneesheer-*

opziener het getal zijner bezoeken voor zooveel het noodig is; hij zorgt voor het naleven van al de voorschriften met betrekking tot het verwijderen en het heraannemen der zieke leerlingen, en gebeurlijk tot de sluiting en de heropening der klassen, evenals tot de ontsmetting der schoollokalen.

Zoo zich in de school wezenlijke of verdachte gevallen van besmettelijke ziekte voordoen, moet de onderwijzer zonder uitstel den geneesheer-opziener daarvan kennig geven.

Art. 4. Het onderzoek der leerlingen geschiedt in een lokaal der school of in een in de nabijheid gelegen lokaal, dat door het bestuur der inrichting ter beschikking van den geneesheer-opziener gesteld wordt. Dit lokaal moet wel verlicht en verwarmd zijn; er moet een lengtemaat en een weegtoestel voorhanden zijn.

Art. 5. De geneesheeren-opzieners worden voor ten minste 5 jaar aangesteld.

Art. 6. De gemeente is gehouden aan den geneesheer-opziener een behoorlijke wedde of een toereikende vergoeding voor elk onderzocht kind te betalen.

Betrekkelijk het bedrag der wedde of der vergoeding mag geen verschil gemaakt worden tusschen de door den geneesheer-opziener bezochte scholen.

Art. 7. Een model van plaatselijk reglement, waardoor het minimum der inrichting van het kosteloos geneeskundig schooltoezicht is vastgesteld, wordt als bijlage bij deze Verordening gevoegd.

Art. 8. Het Hoofd van het Burgerlijk Beheer (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België is belast met de uitvoering van deze Verordening.

Brussel, den 21n Juli 1916.
C. C. III. 2192.

MODEL VAN PLAATSELIJK REGLEMENT betreffende de inrichting van het kosteloos geneeskundig toezicht in de lagere scholen.

Op grond van artikel 75 der gemeentewet en van artikel 45 der wet op het lager onderwijs, alsmede van de ter uitvoering dier wet uitgevaardigde Verordening van den Generaalgouverneur betreffende de inrichting van een kosteloos geneeskundig schooltoezicht in dato 21 Juli 1916 besluit de Gemeenteraad wat volgt:

Art. 1. In de gemeente .... wordt een kosteloos geneeskundig schooltoezicht ingericht (1), dat zich uitstrekt over de gemeentelijke, aangenomen en private ondersteunde lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen).

Art. 2. Het geneeskundig schooltoezicht omvat:

1) *een grondig geneeskundig onderzoek van elken leerling bij zijn opneming in den school, alsook in den loop van het 3e, 5e en laatste studiejaar;*

2) *herhaalde onderzoeken der leerlingen voor dewelke een bijzondere geneeskundig bewaking voorzien werd;*

3) *een maandelijksch bezoek der school;*

4) *een halfjaarlijksch bezoek der school- en bijgebouwen;*

5) *bezoek der school bij het uitbreken van besmettelijke ziekten.*

---

(1) Aanmerking. — Daar waar de omstandigheden het toelaten, zal zoo mogelijk een geneesheer-opziener worden aangesteld, die dit ambt als voornaamste bezigheid moet uitoefenen; gebeurlijk zullen verschillende gemeenten tot een ressort van geneeskundig schooltoezicht vereenigd worden. Men zal zooveel mogelijk vermijden dit ambt aan den geneesheer der armen toe te vertrouwen.

De taak van den geneesheer-opziener bestaat in het vaststellen van den gezondheidstoestand der leerlingen, het raadgeven aan de leden van het onderwijzend personeel, aan de kinderen en aan de ouders, en het bevorderen van voorbehoedende gezondheidsmaatregelen. De geneeskundige behandeling der leerlingen maakt geen deel uit van de taak van den geneesheer-opziener.

De geneesheer-opziener zal aan de onderwijzers en aan de ouders het verband uitleggen, dat bestaat tusschen de lichamelijke en de verstandelijke ontwikkeling der kinderen.

Hij zal maatregelen voorstellen, die geschikt zijn om den lichamelijken toestand der kinderen te vrijwaren en te verbeteren.

Hij zal aan de leerlingen passenden raad geven betrekkelijk de gezondheidsleer. Hij zal zoo noodig de ouders, rechtstreeks of door tusschenkomst der onderwijzers, aanmanen over de gezondheid hunner kinderen te waken, of hen voorstellen hun kinderen, met het oog op geneeskundige behandeling, te doen onderzoeken door een anderen geneesheer. Hij zal ook de kinderen aanduiden, voor wie een bijzonder onderricht noodig blijkt te zijn. Ingevolge het geneeskundig onderzoek van het laatste studiejaar, zal de geneesheer-opziener gebeurlijk de ouders de beroepen aanduiden, die voor hun kind, gezien dezes lichamelijken toestand, niet passen.

Art. 3. De gemeenten en de schoolbeheeren stellen ieder jaar voor de scholen die van hen afhangen, in gemeen overleg met den geneesheer-opziener, den dag vast waarop het geneeskundig schooltoezicht zal plaats hebben. De ouders moeten eenige dagen vooraf daarvan verwittigd worden.

Bij gelegenheid van dit onderzoek zal de geneesheer-

opziener vaststellen of in de familie van den leerling besmettelijke ziekten, inzonderheid longtering, heerschen.

Het onderzoek strekt zich in de eerste plaats uit over de oogen, de ooren, den mond, de tanden, de hoofdhuid, het hart, de longen, het beender- en zenuwstelsel.

Het onderzoek van jongens en meisjes geschiedt afzonderlijk en met overeenstemmende medewerking.

De geneesheer-opziener zal zich vergewissen of de kinderen te gepaster tijd ingeënt en heringeënt werden, en zijn waarnemingen op de voorgeschreven tabel aanteekenen.

Deze tabel is streng vertrouwelijk te behandelen, en moet persoonlijk door den geneesheer-opziener achter slot bewaard worden. Zoo het kind van school verandert, wordt de tabel aan de nieuwe inrichting meegedeeld, en wanneer het kind de school voor goed verlaat, wordt zij overgemaakt aan het ministerie van Binnenlandsche Zaken, Geneeskundige Afdeeling, waar zij gedurende 50 jaar bewaard blijft.

De geneesheer-opziener zal den onderwijzer de leerlingen aanduiden die tengevolge van een gebrek aan het gezicht of het gehoor, in de klas een bijzondere plaats moeten innemen, of die, om reden van een lichamelijke, verstandelijke of zedelijke ziekelijkheid, een bijzondere bewaking of behandeling in het onderwijs noodig hebben.

Indien de geneesheer-opziener acht dat een geneeskundige behandeling vereischt wordt, licht hij de ouders daarover in.

Bij voorkomend geval zal hij de vrijstelling voorstellen van baden, turnen, zang of andere leervakken, of het verleenen van bijzondere gunsten (voeding door de school, enz.); de getuigschriften van andere geneeshee-

ren, die tot deze gevallen betrekking hebben, worden aan zijn goedkeuring onderworpen.

Na het geneeskundig onderzoek der leerlingen zal de geneesheer-opziener den burgemeester een verslag doen toekomen over den gezondheidstoestand der kinderen; deze zal er een afschrift van mededeelen aan het bestuur der school, aan het schooltoezicht en aan het gezondheidstoezicht; bij voorkomend geval zal hij zelf voorstellen doen met het oog op de verbetering van den gezondheidstoestand der leerlingen.

De besturen der scholen moeten ter beschikking van den geneesheer-opziener een behoorlijk verwarmd, verlicht en ingericht lokaal stellen, waar een lengtemaat en een weegtoestel moet voorhanden zijn.

Art. 4. Bij gelegenheid van het maandelijksch schoolbezoek zal de onderwijzer den geneesheer-opziener de kinderen aanduiden, bij wie kenmerken van een ziekte waar te nemen zijn, of die zijne aandacht op eene andere wijze op zich getrokken hebben; betrekkelijk deze leerlingen, die hij op een afzonderlijke lijst vermeldt, zal de geneesheer-opziener de maatregelen treffen, die hem noodig schijnen.

Bij het uitbreken van besmettelijke ziekten, bij verdachte of andere, dringende gevallen, moet de onderwijzer onmiddellijk den geneesheer-opziener verwittigen .

Indien het noodig is een dringenden of doortastenden maatregel te treffen, moet de geneesheer-opziener dit binnen 24 uren aan den burgemeester of aan het schoolkomiteit kenbaar maken.

Art. 5. De schoollokalen en bijgebouwen moeten om de zes maanden door den geneesheer-opziener bezichtigd worden. Deze bezichtiging strekt zich uit over: de ligging en den toestand van de school- en bijgebouwen, het aantal en de ruimte der klassen, het getal leerlin-

gen van elke klas, de verlichting, de vernieuwing van de lucht en de verwarming, de banken, de borden, het reinigen en het ontsmetten der verschillende schoollokalen, het drinkwater, de afvoering van het vuil water en de uitwerpsels, de gemakken, de speelplaatsen, de gangen en de kleerkamers.

Bij het optrekken van nieuwe gebouwen of bij wezenlijke veranderingen dient het advies van den gezondheidsopziener ingewonnen.

Art. 6. Door ruggespraak met de onderwijzers tijdens de regelmatige schoolbezoeken, door besprekingen met de ouders in zekere gevallen, of ter gelegenheid van gemeenschappelijke bijeenkomsten, zal de geneesheer-opziener de ouders en de onderwijzers, de voornaamste vraagstukken trachten te doen begrijpen ter voorkoming van ziekten, ter behandeling der huid, der tanden, ter beschutting tegen besmettelijke ziekten, enz. De geneesheer-opziener zal er op drukken dat de spelen, de lichaamsoefeningen, de sport en een redematig gebruikmaken van den vrijen tijd voordeelig zijn voor de gezondheid der kinderen.

Art. 7. Bij het uitbreken van besmettelijke ziekten zal de geneesheer-opziener, volgens de noodwendigheden, het getal zijner bezoeken vermeerderen.

Hij moet voor de uitvoering der noodige gezondheidsmaatregelen zorgen, en beletten dat een door een besmettelijke ziekte aangetast kind de school weer bezoekt, vooraleer alle aanstekingsgevaar door het kind verdwenen is. Hij moet de gemeente of het schoolbestuur de gebeurlijke sluiting der inrichting om reden van besmettelijke ziekten aanraden. Bij deze gelegenheid heeft hij rekening te houden met de in bijlage III behandelde punten.

De schooloverheid en de geneesheer-opziener moeten zorgen dat de kinderen, wier ouders, broeders of

zusters door besmettelijke ziekten, zooals typhus (zenuwkoorts), scharlakenkoorts, keelontsteking, windpokken, enz. aangetast zijn, niet terugkeeren naar de school zonder een getuigschrift van den behandelenden geneesheer ingeleverd te hebben, waarin vastgesteld is, dat er voor hunne medeleerlingen geen gevaar van besmetting bestaat.

Deze bepalingen gelden ook voor de onderwijzers, die zelf, of wier familieleden met wie zij samenwonen aan besmettelijke ziekten lijden.

Art. 8. De besturen der verschillende soorten lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen), zijn met de uitvoering van dit besluit belast.

De meeningsverschillen, die bij de uitvoering van dit besluit zouden ontstaan, moeten aan de beslissing van het ministerie van Wetenschappen en Kunsten onderworpen worden.

Art. 9. De gemeenteraad benoemt den Heer ...... tot geneesheer-opziener der gemeente.

Deze benoeming geldt voor een tijdperk van ...... jaar.

In de akte van benoeming zijn (wordt) de scholen (de school) aan te duiden, die de geneesheer-opziener moet bezoeken.

Art. 10. De besturen der aangenomen en private ondersteunde lagere scholen en bewaarscholen (kindertuinen) onderwerpen de benoeming van den geneesheer-opziener aan de goedkeuring van het schepenlege.

Art. 11. De volgens artikels 7 en 8 benoemde geneesheer-opziener geniet een jaarwedde van .... (1).

---

(1) Aanmerking. — De gemeenteraad kan ook beslissen: De geneesheer-opziener geniet een vergoeding van .... voor elk kind dat hij onderzoekt.

Art. 12. Het schepencollege is met de uitvoering van dit besluit belast. Het besluit wordt met ingang van ...... 191 van kracht.

.........., den ....
De gemeenteraad.

De Geneesheer-opziener. *Bijlage I*
.... *v. h. Pl. Reglement*

Ik heb de eer U te berichten, dat het voor de leerlingen voorgeschreven onderzoek zal plaats hebben op ....

Het is wenschelijk, hoewel niet noodig, dat de ouders daarbij aanwezig zijn.

Gij wordt verzocht op de volgende vragen te antwoorden:

Heerschen er besmettelijke ziekten in de familie?

Ja — Neen — Welke?

Zijn in uwe familie gevallen van longtering voorgekomen?

Wanneer en bij wien?

De Geneesheer-opziener.

Deze fiche zal, na invullung, door het kind onder gesloten omslag ter school afgegeven worden. De opgaven worden streng vertrouwelijk behandeld.

Bijlage III
van het Plaatselijk Reglement.

Voorschriften betreffende de sluiting van scholen ten gevolge van besmettelijke ziekten.

I. — *Door het groot besmettingsgevaar van zekere*

kinderziekten (scharlakenkoorts, mazelen, keelontsteking, enz.) en de lichte aanstekelijkheid dezer ziekten binnen de school, gezien het nauwe samenleven van de kinderen, die er zeer vatbaar voor zijn, worden de gezondheidsoverheden er dikwijls toe gedwongen de sluiting der school te bevelen, ten einde de voortzetting dezer ziekte te voorkomen.

Indien de sluiting op tijd geschiedt, slaagt men er soms in epidemieën te voorkomen, die zich zonder dien maatregel in de wijk of in de gemeente gemakkelijk zouden verspreid hebben.

II. — *De sluiting der school is noodzakelijk, wanneer zich op korten tijd verscheiden gevallen van zekere epidemieën voordoen onder de kinderen van verschillende familiën, die dezelfde school bezoeken.*

Alvorens de sluiting der school te bevelen, dienen de gezondheidsoverheden rekening te houden met de min of meer uitgebreide verspreiding in de gemeente of in de wijk waar de leerlingen verblijven van de ziekte, voor dewelke tot het sluiten der school zou worden besloten. Indien de ziekte op deze plaatsen, vooral onder de werkende klassen, zeer verspreid is, zal de sluiting van de school dikwijls niet het minste nut opleveren.

Daarbij zullen de gezondheidsoverheden dikwijls met den bijzonder ernstigen aard van een heeschende ziekte, dee tot de sluiting der school aanleiding geeft, rekening te houden hebben.

III. — *In alle gevallen is de sluiting eener school een mes met twee sneden: bij het gebruik ervan dient men dan ook de verschillende gevallen te onderscheiden.*

Want, zoo het sluiten eener school soms kan voorkomen dat een epidemieën een epidemisch karakter aanneme, zal deze maatregel anderszijds dikwijls de

uitbreiding der ziekte in de hand werken. Gezonde kinderen kunnen moeilijk gedurende dagen en weken in de enge woningen der werkende klassen opgesloten blijven. Aan een gebrekkelijke bewaking onderworpen, zullen zij met andere kinderen uit hetzelfde huis of uit de buurt spelen. en zoo loopen zij meer gevaar besmet te worden, dan wanneer zij den ganschen dag in de school doorgebracht hadden.

IV. — *Tot de sluiting der school mag in geen geval met overhaasting worden overgegaan. Zoo de kinderen bij hun aankomst in de school regelmatig bewaakt, en zoo de van ziekte verdachten onmiddellijk naar huis gestuurd worden, zal men de sluiting der school dikwijls kunnen vermijden.*

In de scholen van een tamelijke groote stad, waar de lokalen genoegzaam gescheiden zijn, en waar de kinderen der verschillende klassen zelden met elkaar omgaan, is het dikwijls onnoodig de gansche school te sluiten. Hier zal het voldoende zijn de kinderen van de klas waar zich gevallen van ziekte hebben voorgedaan, van de bijwoning der lessen te ontslaan.

V. — *De ouders dienen erover ingelicht dat zij er het grootste belang bij hebben, hunne van het bijwonen der lessen ontslagen kinderen niet bloot te stellen aan het besmettingsgevaar, met hen toe te laten op straat, op de openbare plaatsen, enz., met andere kinderen te spelen.*

VI. — *Na de sluiting der scholen moeten de overheden, in overeenkomst met de aanwijzingen der regeering, overgaan tot de noodige ontsmettingswerken.*

VII. — *De dag van de herneming der lessen wordt ter kennis van de ouders gebracht. De school of de klas mag niet heropend worden, vooraleer de aanstekingsperiode der ziekte, voor dewelke zij moest worden gesloten, voorbij is.*

I. — Besmettelijke ziekten voor dewelke de school behoort gesloten te worden.

1. Mazelen. — *Zelden vooraf te herkennen; de sluiting der school is slechts doelmatig zoo ze op tijd geschiedt, binnen vier of vijf dagen na de vaststelling van het eerste ziektegeval.*

Treedt de ziekte bijzonder erg op, zoo dienen die scholen en klassen gesloten, welke bijgewoond worden door de leerlingen van 3 tot 6 jaar; op dien ouderdom immers zijn de mazelen gevaarlijker dan voor oudere kinderen.

De school mag slechts veertien dagen na de sluiting heropend worden.

2. Scharlakenkoorts. — *Het is raadzaam de school te sluiten, zoo er herhaalde gevallen voorkomen, en zoo de zieke voor het overige niet heerscht in de gemeente of in de wijk der school.*

De school mag slechts veertien dagen na de sluiting heropend worden.

3. Keelontsteking. — *De sluiting zal onder dezelfde voorwaarden als bij gevallen van scharlakenkoorts geschieden.*

De school mag slechts drie weken na de sluiting heropend worden.

4. Typhus. — *Deze ziekte kan aanleiding geven tot de sluiting der school, zoo de gevallen van ziekte zich vrij snel vermenigvuldigen.*

De school mag slechts nadat het gezondheidstoezicht ze bezichtigd en zijn goedkeuring verleend heeft heropend worden.

5. Verlamming van het ruggraadmerg bij kinderen. — *De sluiting van de school moet bevolen worden, wanneer zich onder de kinderen verscheidene gevallen van ziekte voordoen, of wanneer een epidemie heerscht in de gemeente of in de wijk der school.*

De school mag slechts met de goedkeuring van het gezondheidstoezicht heropend worden.

II. — Besmettelijke ziekten, voor dewelke de de school over 't algemeen niet hoeft gesloten te worden.

6. Kinkhoest. — *Het is bijna nooit mogelijk de school op tijd te sluiten.*

7. Pokken. — *Indien al de leerlingen ingeënt of heringeënt worden, is de sluiting der school overbodig.*

8. Kwaad hoofdzeer (schurft) en korrelachtige oogontsteking. — *De sluiting der school is niet noodig; het volstaat dat de zieke leerlingen afgezonderd worden.*

9. Windpokken (varicelle), rubeole, oorlap of ontsteking der oorklieren. — *Het goedaardig karakter dat deze ziekten gewoonlijk vertoonen, maakt de sluiting der scholen overbodig.*

No. 245. — 22. AUGUST 1916. Pag. 2531

VERORDNUNG, ***
betreffend die Erhebung und Behandlung des Ertrages der Kartoffelernte 1916.

Im Interesse einer hinreichenden und gleichmässigen Versorgung der belgischen Zivilbevölkerung mit Kartoffeln bestimme ich:

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Art. I. Die Erzeuger von Kartoffeln sind verpflichtet, den tatsächlichen Gesamtertrag ihrer Kartoffelernte im Jare 1916 spätestens bis zum 15. Oktober 1916 bei der Gemeindebehörde anzumelden.

Diese Anzeige hat den gesamten Ertrag ohne irgend welchen Abzug der als Saatgut oder für den eigenen menschlichen und tierischen Bedarf des Erzeugers erforderlichen Kartoffelmengen zu umfassen.

Mit der Anzeige des Kartoffel-Ernte-Ertrages ist gleichzeitig die Grösse der mit Kartoffeln bebauten Fläche anzugeben. Die Angabe der Fläche hat in Hektar und Ar zu erfolgen.

Die Anzeigepflicht bezieht sich auf alle Erzeuger von Kartoffeln ohne Rücksicht auf die Grösse der mit Kartoffeln bebauten Fläche.

In die Anzeige sind diejenigen Kartoffelmengen nicht einzubeziehen, die bereits vor dem 15. September 1916 mit behördlicher Genehmigung oder auf behördliche Anweisung zur Ablieferung gelangt sind, wie insbesondere die in den an das Verladerbüro beim Zivilkommissar in Mecheln angeschlossenen Gemeinden zur Verladung gelangten Frühkartoffeln.

Art. II. Jeder Erzeuger von Kartoffeln hat die Anzeige lediglich in einer und zwar in der Ge-

---

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

meinde seines Wohnortes zu erstatten. Dabei hat er den Ertrag und die Fläche derjenigen mit Kartoffeln bebouten Ländereien, die in anderen Gemeinden bewirtschaftet werden, mit anzugeben.

Art. III. Die Erzeuger von Kartoffeln sind verpflichtet, die Kartoffelmengen, die sie nach behördlicher Anordnung zum Verkauf zu stellen haben, sorgfältig aufzubewahren, sowie die zur Erhaltung der Kartoffeln nötigen Handlungen vorzunehmen. Im übrigen bleiben die bestehende Bestimmungen inbesondere bezüglich der zur Beförderung von Kartoffeln erforderlichen Geleitpapiere, bezüglich der Regelung des menschlichen und tierischen Verbrauches von Kartoffeln usw. in Kraft.

Art. IV. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden. Ausserdem kann auf Einziehung der Ware erkannt werden.

Zuständig sind die Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Art. V. Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung der Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 16. August 1916.

K. V. S. 8455.

Arrêté * concernant le relevé du rendement de la récolte des pommes de terre de 1916 et les mesures à prendre par les producteurs.**

En vue d'approvisionner de pommes de terre, d'une manière suffisante et équitable, la population civile belge, j'arrête ce qui suit:

Art. Ier. Les producteurs de pommes de terre sont

tenus de déclarer, au plus tard le 15 octobre 1916, à leur administration communale, le rendement réel et total de leurs récoltes de pommes de terre de 1916.

Cette déclaration portera sur le rendement total sans qu'on puisse faire une déduction quelconque soit pour les pommes de terre à planter, soit pour celles destinées à l'alimentation du producteur, de sa famille et de son personnel ou de ses animaux.

En opérant ladite déclaration, on indiquera, en hectares et en ares, la superficie des cultures de pommes de terre.

L'obligation de déclarer concerne tous les producteurs de pommes de terre, sans qu'il soit tenu compte de la superficie de leurs cultures.

Ne devront pas être comprises dans la déclaration, les quantités de pommes de terre qui, en vertu d'une autorisation ou d'un ordre de l'autorité compétente, ont été livrées avant le 15 septembre 1916, notamment les pommes de terre hâtives qui ont été expédiées dans les communes relevant du Bureau de chargement (Verladerbüro) du commissaire civil de Malines.

Art. II. Tout producteur de pommes de terre ne doit faire sa déclaration que dans une seule commune, celle où il a son domicile. Sa déclaration portera aussi sur le rendement et la superficie des champs de pommes de terre qu'il cultive dans d'autres communes.

Art. III. Les producteurs sont tenus de garder soigneusement les quantités de pommes de terre qu'ils devront vendre conformément aux instructions de l'autorité compétente; ils ont aussi l'obligation de prendre toutes les mesures nécessaires à la bonne conservation des pommes de terre.

Restent en vigueur, les dispositions existantes, notamment celles relatives aux permis prescrits pour les transports de pommes de terre et à la réglementa-

tion de la consommation humaine et animale des pommes de terre.

Art. IV. Les infractions au présent arrêté seront punies d'une peine d'emprisonnement de police ou correctionnel d'un an au plus ou d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la marchandise.

Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. V. Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 16 août 1916.

K. V. S. 8455.

Verordening * betreffend opneming en behandeling der opbrengst van den aardappeloogst van 1916.**

In het belang eener voldoende en gelijkmatige gerieving der Belgische burgerlijke bevolking met aardappelen, bepaal ik:

Art. I. De voortbrengers van aardappelen zijn verplicht, de werkelijke geheele opbrengst van hunnen aardappeloogst van het jaar 1916 ten laatste den 15n Oktober 1916 bij het gemeentebestuur aan te geven.

Deze aangifte moet de geheele opbrengst van den aardappeloogst omvatten, zonder aftrekking van om 't even welke hoeveelheid 't zij voor plantgoed bestemd, 't zij tot eigen gebruik van den voortbrenger vereischt voor de voeding van menschen en dieren.

Met de opbrengst van den aardappeloogst moet terzelfdertijd de grootte van het aardappelland aangegeven worden. De aangifte der oppervlakte moet in hektaren en aren worden gedaan.

De plicht tot aangifte geldt voor alle voortbrengers van aardappelen, om het even welke de grootte is van het aardappelland.

In de aangifte moeten de hoeveelheden aardappelen niet vermeld worden, die reeds vóór den 15n September 1916 met de toestemming of op bevel van de overheid afgeleverd zijn, zooals inzonderheid de vroege aardappelen, die in de gemeenten, aangesloten bij het verzendingskantoor bij den burgerlijken commissaris (Verladebüro beim Zivilkommissar) te Mechelen, reeds verzonden werden.

Art. II. Elk voortbrenger van aardappelen moet de aangifte slechts in één enkele gemeente doen en wel in de gemeente, die hij bewoont. Hij moet daarbij de opbrengst en de oppervlakte van de met aardappelen bebouwde landerijen, die in andere gemeenten geëxploiteerd worden, mede aangeven.

Art. III. De voortbrengers van aardappelen zijn verplicht, de aardappelstapels, die zij op bevel van de overheid moeten te koop stellen, zorgvuldig te bewaren, evenals het noodige voor het behoud der aardappelen te doen.

Voor het overige blijven de bestaande bepalingen, inzonderheid, wat aangaat de tot het verzenden van aardappelen vereischte geleibrieven, evenals de regeling van het verbruik van aardappelen voor menschen en dieren enz. van kracht.

Art. IV. Overtredingen der vorenstaande bepalingen worden met ten hoogste één jaar hechtenis of gevangenis of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft. Ook kunnen beide straffen tegelijk uitgesproken worden. Bovendien kan tot verbeurdverklaring der waarde worden besloten.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Art. V. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) wordt met de uitvoering der Verordening belast.

Brussel, den 16n Augustus 1916.

K. V. S. 8455.

BERICHTIGUNG ***
der Verordnung über die Bewirtschaftung des Hafers vom 21. Juli 1916 (Ges.- und Verordn. Blatt Seite 2455).

Im Eingange des Artikels 5 der Verordnung über die Bewirtschaftung des Hafers vom 21. 7. 1916 sind 2 Worte hinzuzufügen. Der erste Satz lautet sodann:

Art. 5. Als Höchtspreis für 100 kg. Hafer von guter marktgängiger Beschaffenheit im Mindestgewicht von 44 Kilogramm für das Hektoliter wird allgemein ein Preis von 33 Franken festgesetzt u. s. w.

Brüssel, den 18. August 1916.

G. G. IV*a* 535. 8. II.

Rectification * relative à l'arrêté du 21 juillet 1916 concernant l'utilisation économique de l'avoine (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2455).**

Au commencement de l'article 5 de l'arrêté du 21 juillet 1916 concernant l'utilisation économique de l'avoine, il faut ajouter 3 mots. La première phrase dudit article est à présent rédigée comme suit:

Art. 5. Le prix maximum *pour 100 kg.* d'avoine de qualité bonne et marchande, pesant au moins 44 kg.

l'hectolitre, est fixé, d'une manière générale, à 33 francs.

Bruxelles, le 18 août 1916.

G. G. IV*a* 535. 8. II.

Terechtbrenging * bij de Verordening van 21 Juli 1916 over de benuttiging van haver (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2455).**

Aan het begin van Art. 5 der Verordening van 21 Juli 1916 over de benuttiging van haver, moeten 2 woorden worden toegevoegd. De eerste zin zal als volgt luiden:

Art. 5. Als hoogste prijs voor 100 kgr. *haver van goede, marktgeschikte hoedanigheid met een laagste gewicht van 44 kgr. per hektoliter, wordt een algemeene prijs van 33 frank vastgesteld.*

Brussel, den 18n Augustus 1916.

*G. G. IV*a *535. 8. II.*

No. 246. — 25. AUGUST 1916. Pag. 2539

VERORDNUNG, ***

In Ergänzung der Verordnung über die Be-

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

standsaufnahme von Web-, Strick- und Bandwaren in Belgien vom 19. Juli 1916, im folgenden kurz „Verordnung" genannt, wird ,bestimmt:

1. Der Anmeldepflicht unterliegen ausser den in den der Verordnung bezeichneten Gegenständen:

a) Handtücher jeder Art (z. B. Toilettehandtücher, Küchenhandtücher, Badetücher usw.) bei einem Vorrat von mehr als 60 Stück einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse;

b) Taschentüscher bei einem Vorrat von mehr als 60 Stück einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse;

c) Bettücher bei einem Vorrat von mehr als 15 Stück einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse;

d) Männerhemden bei einem Vorrat von mehr als 30 Stück einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse;

e) gestrickte und gewirkte Handschuhe und Fausthandschuhe aus Stoff für Männer und Jünglinge bei einem Vorrat von mehr als 60 Paar einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse. Die entgegenstehende Ausnahmebestimmung des Paragraphen 2 Ziffer 5 der Verordnung wird, soweit sie sich auf Handschuhe bezieht, aufgehoben.

f Schals für Männer und Junglinge bei einem Vorrat von mehr als 60 Stück einer Qualität, ohne Rücksicht auf Farbe, Muster und Grösse.

2. Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind ausser den im Paragraphen 2 der Verordnung aufgezählten Gegenständen:

a) Damentaschentücher, welche bestickt oder mit Spitzen versehen sind,

b) fertige Steppdecken,

c) Kinderhosenträger.

3. Wenn die Vorräte der im Paragraph 2 Ziffer 23 der Verordnung genannten Stoffe einschliesslich vorhandener Coupons die dort angegebene Höchstmenge in einer und derselben Qualität übersteigen, so ist der gesamte Vorrat der betreffenden Qualität, also einschliesslich der genannten Höchstmenge anzumelden.

4. Der Paragraph 4 der Verordnung erhält nach Absatz 2 folgenden Zusatz:

„Die Vorschrift des Absatz 2 findet keine Anwendung auf Firmen, die bisher eigene Nähstellen im Hausbetrieb oder in Heimarbeit zur Anfertigung von Kleidungsstücken für unmittelbaren Verkauf an Selbstverbraucher unterhielten."

5. Die Frist zur Anmeldung (Paragraph 1 Absatz 1 der Verordnung) und zur Trennung pp. (Paragraph 6 Absatz 2 der Verordnung) wird bis zum 28. August 1916 ausgedehnt.

6. Die Anmeldung und die Einsendung von Mustern müssen porto- und frachtfrei erfolgen.

Brüssel, den 22. August 1916.

C. C. IV A. 11916.

Comme complément à l'arrêté du 19 juillet 1916, concernant le relevé des stocks de tissus, de bonneterie (articles en tricot, etc.) et d'articles de rubanerie se trouvant en Belgique [lequel arrêté sera désigné ci-dessous simplement par le mot „arrêté"], il est décidé ce qui suit:

1. Doivent aussi être déclarés, outre les objets désignés dans l'arrêté:

a) les essuie-mains de tout genre (par exemple serviettes de toilette, essuie-mains de cuisine, serviettes de

bain, etc.), lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 60 pièces d'une même qualité, sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin ou des dimensions;

b) les mouchoirs de poche, lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 60 pièces d'une même qualité, sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin ou des dimensions;

c) les draps de lit, lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 15 pièces d'une même qualité, sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin ou des dimensions;

d) les chemises pour hommes, lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 30 pièces d'une même qualité, sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin ou des dimensions;

e) les gants à mailles (tricotés) et les mitaines en étoffe, pour hommes et garçonnets, lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 60 paires d'une même qualité, sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin et des dimensions. La disposition contraire du § 2 no. 5 de l'arrêté est abrogée pour autant qu'elle se rapporte aux gants;

f) les écharpes pour hommes et garçonnets, lorsqu'il s'agit d'un stock de plus de 60 pièces d'une même qualité sans qu'il soit tenu compte de la couleur, du dessin ou des dimensions.

2. Ne doivent pas être déclarés, outre les objets désignés au § 2 de l'arrêté:

a) les mouchoirs de poche brodés ou avec dentelles, pour dames,

b) les courtepointes finies,

c) les bretelles pour enfants.

3. Si, pour une seule et même qualité, les stocks des tissus nommés au § 2 no. 23 de l'arrêté, y compris les coupons, dépassent la quantité maximum y indiquée,

la déclaration devra porter sur le total de la qualité en question, y compris ladite quantité maximum.

4. Le § 4 de l'arrêté est complété comme suit, après le 2e alinéa:

„La prescription du 2e alinéa n'est pas applicable aux entreprises qui, jusqu'à présent, ont confectionné des vêtements, destinés directement aux consommateurs, en faisant travailler soit dans des ateliers de couture établis dans leurs immeubles, soit à domicile."

5. Le délai de déclaration (§ 1er, 1er alinéa de l'arrêté) et le délai accordé pour la mise à part (séparation) des objets non cessibles (§ 6, alinéa de l'arrêté) sont prorogés jusqu'au 28 août 1916.

6. L'envoi des déclarations et des échantillons doit se faire franc de port.

Bruxelles, le 22 août 1916.

C. C. IV A. 11916.

In aanvulling der Verordening van 19 Juli 1916 over de stapelopneming van weefsels, gemaakte en gebreide goederen en van lintwaren in België, verder kortweg „Verordening" genoemd, wordt bepaald:

1. Behalve de in de Verordening opgesomde voorwerpen, moeten eveneens aangegeven worden:

a) *handdoeken van elke soort (b. v. toilette-handdoeken, keukenhanddoeken, badhanddoeken, enz.) bij hoeveelheden van meer dan 60 stuk van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn;*

b) *zakdoeken bij hoeveelheden van meer dan 60 stuk van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn;*

c) *beddelakens bij hoeveelheden van meer dan 15 stuk van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn;*

d) *heerenhemden bij hoeveelheden van meer dan 30 stuk van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn;*

e) *gebreide en gemaakte handschoenen, wanten uit stof, voor heeren en jongelingen, bij hoeveelheden van meer dan 60 paar van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn. De hiermede in strijd zijnde uitzonderingsbepaling van paragraaf 2 nummer 5 der Verordening is opgeheven, zoover zij op handschoenen betrekking heeft.*

f) *sjerpen voor heeren en jongelingen bij hoeveelheden van meer dan 60 stuk van dezelfde hoedanigheid, om 't even welke de kleur, de teekening en de afmetingen zijn.*

2. *Behalve de in paragraaf 2 der Verordening opgesomde voorwerpen, moeten niet aangegeven worden:*

a) *dameszakdoeken, die geborduurd of van kant voorzien zijn,*

b) *gemaakte gestikte dekens,*

c) *kinderbretellen.*

3. *Indien de stapels der stoffen, opgesomd onder paragraaf 2 nummer 23 van de Verordening, de voorhanden koepons erbij begrepen, de aldaar bepaalde hoogste hoeveelheid voor een en dezelfde hoedanigheid overtreffen, zoo moet de geheele stapel van de betreffende hoedanigheid, dus met inbegrip van bedoelde hoogste hoeveelheid, aangegeven worden.*

4. *Aan paragraaf 4 van de Verordening is achter lid 2 het volgende toe te voegen:*

„Het voorschrift van lid 2 is niet toepasselijk op firma's, die tot dusver kleedingstukken voor den rechtstreekschen verkoop voor eigen gebruik lieten maken in haar naaiplaatsen of aan huis."

5. *De termijn voor de aangifte (paragraaf 1 lid 1*

der Verordening) en voor de scheiding pp. (paragraaf 6 lid 2 der Verordening) is tot 28 Augustus 1916 verlengd.

6. De lijsten van aangifte en de stalen moeten vrij van porto- en vrachtkosten ingezonden worden.

Brussel, den 22n Augustus 1916.

C. C. IV. A. 11916.

No. 247. — 28. AUGUST 1916. Pag. 2547

VERORDNUNG, ***
betreffend die Beschlagnahme und Bestandserhebund der Fahrradbereifungen. (Einschränkung des Fahrradverkehrs.)

§ 1. Von dieser Verordnung werden sämtliche vorhandenen oder neuerzeugten oder neueingeführten neuen, gebrauchten sowie die nur noch als Altgummi zu bewertender Fahrraddecken und Fahrradschläuche und deren Abfälle betroffen, ohne Rücksicht darauf, ob sie bereits fertiggestellt

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

oder noch in der Herstellung begriffen sind, und ob sie sich an Fahrrädern befinden oder von diesen getrennt aufbewahrt werden, sofern sie nicht Eigentum deutscher Militär- oder Zivilbehörden sind.

§ 2. *Beschlagnahme.*

Alle von dieser Verordnung betroffenen Gegenstände werden hiermit beschlagnahmt. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, dass die Benutzung und die Vornahme von Veränderungen (Verarbeitung, Vernichtung) an den von ihr berührten Gegenständenn sowie rechtsgeschäftliche Verfügungen (Kauf, Verkauf, Schenkung) über diese verboten sind, soweit sie nicht auf Grund der folgenden Anordnungen erlaubt werden.

§ 3. *Verwendungserlaubnis.*

Die weitere Benutzung der in § 1 bezeichneten Gegenstände für ihren bestimmungsgemässen Gebrauch ist vom 20. 9. 1916 ab nur den Personen gestattet, die eine Radfahrerlaubnis von den in § 4 genannten militärischen Dienststellen erhalten haben. Eine Radfahrerlaubnis muss beantragt werden (§ 4) und wird nur solchen Personen erteilt werden, die das Fahrrad *in Ermangelung anderer zweckmässiger Verkehrsmittel* nötig haben, und zwar:

1. Angestellten und Arbeitern für Fahrten von und zur Arbeitsstätte,
2. als Beförderungsmittel von und zur Schule, in beiden Fällen, wenn die Entfernung mehr als zwei Kilometer beträgt,

3. zur Ausübung eines dem öffentlichen oder allgemeinen Wohle dienenden Berufes oder Gewerbes,
4. Personen, die infolge ihres körperlichen Zustandes (Fehlen von Gliedmassen, Lähmung usw.) auf die Benutzung eines Fahrrades angewiesen sind.

Die Erlaubnis wird nur erteilt für den auf der Radfahrerlaubnis angegebenen Zweck und Weg, bezw. Bezirk, sowie für die darin genannte Person.

§ 4. *Radfahrerlaubnis.*

Die in § 3 vorgesehene Erlaubnis zur weiteren Verwendung der in § 1 bezeichneten Gegenstände ist auf amtlichen Vordrucken (Formblatt A^1, A^2), zu beantragen, die bei allen Ortskommandanturen erhältlich sind. Der Antrag auf Erteilung einer Radfahrerlaubnis ist bei der für den Wohnort des Antragstellerszuständigen Ortskommandantur einzureichen, und zwar sind Anträge gem. § 3 zu 1 von den Arbeitgebern, zu 2 von den Schulleitern, beide als Sammelanträge, zu 3 von dem Gemeindevorstand einzureichen, zu 4 unter Beifügung eines militärärztlichen Gutachtens.

Für Ausstellung des Gutachens ist eine Gebühr von M. 10.— zu entrichten; in Ausnahmefällen bei nachgewiesener Bedürfigkeit sind die Kreischefs berechtigt, die Zahlung der Gebühr zu erlassen.

Die Ortskommandanturen geben die Anträge nach Begutachtung unmittelbar an die Kreischefs weiter und teilen die Entscheidung des Kreischefs, gegebenfals unter Aushändigung der Radfahrerlaubnis, dem Antragsteller mit. Im Falle der Nichtgenehmigung des Antrages verbleibt dieser bei der Ortskommandantur.

Die Genehmigung erfolgt jeweils auf Widerruf und höchstens auf die Dauer von sechs Monaten. Für die Beantragung der Verlängerung der Radfahrerlaubnis gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Beantragung selbst.

Falls in den Voraussetzungen zur Erteilung einer Radfahrerlaubnis Aenderungen (Umzug, Arbeitsniederlegung, Todesfall usw.) eintreten, sind die Arbeitgeber bezw. Schulleiter und Gemeindevorstände verpflichtet, dies der zuständigen Ortskommandantur mitzuteilen.

§ 5. *Veräusserungserlaubnis.*

Für den Ankauf der in § 1 bezeichneten Gegenstände, soweit sie durch die vorstehenden Anordnungen beschlagnahmt sind und nicht mehr benutzt werden dürfen, sind bei den Kraftfahrstellen in den Gouvernements-Hauptstädten „Sammelstellen für Fahrradbereifung” eingerichtet; die Kraftfahrstellen können erforderlichenfalls mit Genehmigung des General-Gouvernements weitere Sammelstellen einrichten und bekanntgeben.

Die Veräusserung der von Verordnung betroffenen Gegenstände ist nur an eine solche „Sammelstelle für Fahrradbereifungen” zulässig. Die Sammelstellen werden für die zur Ablieferung kommenden Fahrradbereifungen bis zum 15. September 1916 folgende Preise zahlen:

Klasse A „sehr gut” Decke M 4.— Schlauch M 3.— Schlauchreifen M 7.—.

Klasse B „alles übrige, sofern nicht Altgummi” Decke M 3.— Schlauch M 2.— Schlauchreifen M 5.—.

§ 6. *Meldepflicht.*

Die von der Verordnung betroffenen Gegenstände, die bis zum 15. September 1916 nicht an eine Sammelstelle veräussert sind, sind anzumelden, unabhängig davon, ob sie getrennt von den Fahrrädern lagern oder aufgezogen sind, oder ob für die Fahrräder eine Radfahrerlaubnis ausgestellt ist. Die Anmeldungen sind bis zum 20. September an die für den Lagerort der Fahrraddecken und Schläuche zuständige Kraftfahrstelle in doppelter Ausfertigung auf amtlichen Meldescheinen (Formblatt B), die unentgeltlich bei den Ortskommandanturen zu erhalten sind, und von denen der Meldepflichtige eine abgestempelte Ausfertigung als Bewies für erfolgte Meldung zurückerhält, zu melden.

Eine bereits früher erfolgte Meldung oder Beschlagnahme befreit nicht von der Meldepflicht.

Zu der Meldung sind verpflichtet:

1. der Eigentümer,
2. derjenige, der die Bereifungen im Gewahrsam hat (Besitzer oder Lagerhalter),
3. jeder, der im eigenen oder fremden Interesse berechtigt ist, über die Bereifungen zu verfügen.

Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen von der Anzeigepflicht.

§ 7. *Veräusserungspflicht.*

Diejenigen von der Verordnung betroffenen Gegenstände, die bis zum 15. September 1916 nicht an seine Sammelstelle abgeliefert sind und nicht auf einem durch Radfahrerlaubnis (§ 4) zum Ver-

kehr zugelassenen Fahrrad aufgezogen sind, müssen auf Verlangen der Kraftfahrstellen der deutschen Heeresverwaltung übereignet werden. Regelung der Entschädigung erfolgt dann durch die Kraftfahrstellen.

§ 8. *Erneuerung der Bereifung.*

Für zugelassene Fahrräder (§ 4) wird erforderlichenfalls aus den Beständen an angekaufter Bereifung unter Zugrundelegung des Uebergabepreises von der zuständigen Kraftfahrstelle, soweit tunlich, Ersatz geliefert. Die abgegebene Bereifung wird vergütet.

§ 9. *Strafbestimmungen.*

Wer den in der Verordnung festgesetzten Verpflichtungen zuwiderhandelt, und wer Angaben, zu denen er nach der Verordnung verpflichtet ist, unrichtig macht oder unterlässt, wird mit Geldstrafe bis zu 10.000 M und mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft. Auch kann auf Einnziehung der verheimlichten Gegenstände erkannt werden.

Zuständig sind die Militärgerichte und Befehlshaber.

§ 10. Die Verordnung betreffend Anzeige von Gummireifen, Altgummi pp. vom 10. August 1915 G. u. V. Bl. Seite 875) wird hierdurch nicht berührt; die Ergänzungsverordnung hierzu vom 30. November 1915 (G. u. V. Bl. S. 1391) wird aufgehoben.

Ferner werden vom 20. September 1916 ab die Bekanntmachung betr. die Benutzung von Fahrrä-

dern vom 10. Oktober 1915 und die Aenderung vom 2. 5. 16. (G. u. V. Bl. S. 2059) zu der Bekanntmachung vom 7. 4. 16. (G. u. V. Bl. S. 1917) sowie die über die Grenzen des Fahrradverkehrs ergangenen Verordnungen der Gouvernements hiermit aufgehoben.

§ 11. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Brüssel, den 22. August 1916.

C. C. VI *b*. 17751/T.

Arrêté * concernant la saisie et le relevé des bandages pneumatiques de bicyclettes. (Restriction de la circulation des bicyclettes).**

§ 1er. Le présent arrêté est applicable à toutes les enveloppes et à toutes les chambres à air de bicyclettes (y compris les déchets) qui existent déjà et à celles qui seront fabriquées ou importées dans la suite, peu importe qu'elles soient neuves, qu'elles aient déjà servi, qu'elles ne puissent plus être utilisées que comme vieux caoutchouc, que la fabrication en soit ou non achevée, qu'elles soient adaptées ou non aux roues des bicyclettes, mais à la condition qu'elles n'appartiennent ni à des autorités militaires ni à des autorités civiles allemandes.

§ 2. *Saisie.*

Tous les objets auxquels s'applique le présent arrêté sont saisis. Comme suite à cette saisie, il est interdit de faire usage de ces objets, d'y apporter des modifications (en les travaillant, en les détruisant) et de prendre des dispositions juridiques les concernant (achat, vente, cession à titre gracieux), sauf cependant dans les cas cas prévus par les présentes dispositions.

§ 3. *Autorisation de faire usage des objets visés par le présent arrêté.*

A partir du 20 septembre 1916, seules les personnes auxquelles un permis de circuler à bicyclette aura été délivré par les autorités militaires nommées au § 4 pourront continuer à employer les objets désignés au § 1er, à la condition de s'en servir conformément à leur destination. Lesdits permis ne seront accordés que sur demande (§ 4) et qu'aux personnes qui ont besoin de leur bicyclette par suite de *l'absence d'autres moyens rationnels de circulation;* savoir:

1) aux employés et aux ouvriers, pour aller au lieu où ils travaillent et en revenir,
2) pour se rendre à l'école et en revenir,
   dans les deux cas, la distance du trajet simple devra dépasser 2 kilomètres,
3) pour exercer une profession ou un métier servant au bien public ou général,
4) aux personnes qui, par suite de leur état corporel, (absence d'un membre, paralysie, etc.) sont obligées de faire usage d'un cycle.

Ledit permis n'est valable que dans le but indiqué, pour le chemin ou le district désigné et pour la personne au nom de laquelle il est délivré.

§ 4. *Autorisation de circuler à bicyclette.*

L'autorisation, prévue au § 3, de continuer à se servir des objets désignés au § 1er doit être demandée à l'aide de la formule officielle (formule A^1, A^2) que les intéressés peuvent se procurer dans toutes les „Kommandanturen" locales. La demande d'autorisation doit être remise à la „Kommandantur" du lieu où l'auteur de la demande est domicilié; les demandes doivent être

remises, sous forme d'une demande collective, par les patrons ou chefs d'industrie, pour les personnes visées par le no. 1 du § 3, et par les chefs d'école, pour celles visées par le no. 2 du § 3; les demandes des personnes visées par le no. 3 du § 3 seront remises par le bourgmestre; les personnes visées par le no. 4 du § 3 joindront à leur demande un certificat délivré par un médecin militaire et dans lequel celui-ci émettra son avis.

Pour ce certificat, l'intéressé devra payer une taxe de 10 marcs; exceptionnellement, s'il est avéré que l'intéressé est nécessiteux, le chef d'arrondissement a le droit de le dispenser du payement de la taxe.

Les „Kommandanturen" locales transmettent les demandes directement aux chefs d'arrondissement, après avoir émis leur avis à ce sujet; elles communiquent la décision du chef d'arrondissement aux intéressés, en leur délivrant, s'il y a lieu, le permis de circulation demandé. Si l'autorisation est refusée, la demande est conservée à la „Kommandantur".

L'autorisation est toujours révocable; elle est donnée au plus pour un délai de 6 mois. Les demandes concernant le renouvellement de l'autorisation sont soumises aux mêmes dispositions que les demandes primitives.

Si les conditions qui ont motivé l'autorisation se modifient dans la suite (changement de domicile, cessation de travail, décès, etc.), les patrons, chefs d'industrie, chefs d'école ou bourgmestres sont tenus d'en prévenir la „Kommandantur" locale.

§ 5. *Autorisation de céder les objets visés par le présent arrêté.*

En vue d'acheter les objets désignés au § 1er, pour autant qu'ils sont saisis en vertu des dispositions précé-

dentes et ne peuvent plus être utilisés, des „Sammelstellen für Fahrradbereifung" (Bureaux d'achat des bandages pneumatiques de bicyclettes) seront organisées près des „Kraftfahrstellen" (Bureaux d'inscription des automobiles) des chefs-lieux de gouvernement. Les „Kraftfahrstellen" peuvent, s'il y a lieu et avec l'autorisation du Gouvernement général, créer d'autres „Sammelstellen" et en informer le public.

Les objets visés par le § 1er du présent arrêté ne peuvent être cédés qu'à une „Sammelstelle für Fahrradbereifung"; lesdites „Sammelstellen" payeront pour les bandages pneumatiques qui leur seront livrés le 15 septembre 1916 au plus tard ou avant cette date:

Classe A: „très bons" enveloppes: 4 marcs; chambres à air: 3 marcs; pneumatiques complets dits boyaux: 7 marcs;

Classe B: „tous les autres, à l'exception de ceux considérés comme vieux caoutchouc" enveloppes: 3 marcs; chambres à air: 2 marcs; pneumatiques complets dits boyaux: 5 marcs.

§ 6. *Obligation de déclarer.*

Les objets visés par le présent arrêté qui, le 15 septembre 1916 au plus tard, n'auront pas été cédés à une une „Sammelstelle" devront être déclarés, peu importe qu'ils soient ou non adaptés aux roues d'un cycle ou qu'un permis de circulation ait été ou non délivré pour le cycle auquel ils sont adaptés. Les déclarations devront être remises, le 20 septembre 1916 au plus tard, en double exemplaire et au moyen des formules officielles *ad hoc* (formule B) à la „Kraftfahrstelle" compétente pour le lieu où se trouvent les enveloppes et les chambres à air; les formules de déclaration sont livrées

gratuitement sur demande par les „Kommandanturen" locales; des deux exemplaires remplis par le déclarant, un lui est rendu, après avoir été timbré, pour lui permettre de prouver qu'il a opéré sa déclaration.

Toute déclaration ou saisie opérée auparavant ne dispense pas de l'obligation de faire la déclaration imposée par le présent arrêté.

Sont tenus de déclarer:

1) le propriétaire,

2) celui qui détient les bandages pneumatiques (le détenteur, le dépositaire),

3) quiconque, dans son propre intérêt ou dans l'intérêt d'autrui, a le droit de disposer des bandages pneumatiques.

La déclaration opéré par l'une des personnes susmentionnées dispense les autres de l'obligation de déclarer.

§ 7. *Obligation de céder les objets visés par le présent arrêté.*

Les objets visés par le présent arrêté qui n'auront pas été remis à une „Sammelstelle" le 15 septembre 1916 au plus tard et qui ne seront pas adaptés à un cycle pour lequel un permis de circuler (§ 4) a été donné, devront être livrés à l'administration militaire allemande, sur réquisition des „Kraftfahrstellen". L'indemnité à verser de ce chef sera réglée par les soins des „Kraftfahrstellen".

§ 8. *Renouvellement des bandages pneumatiques.*

En vue de permettre de renouveler les bandages pneumatiques des cycles autorisés (§ 4), si ce renouvellement est nécessaire, la „Kraftfahrstelle" compétente

pourra, en tenant compte du prix payé par elle, fournir des bandages pris aux stocks achetés. Les vieux bandages cédés en échange seront achetés.

§ 9. *Dispositions pénales.*

Quiconque aura agi contrairement aux obligations lui imposées par le présent arrêté, quiconque n'aura pas fait les déclarations lui prescrites par le présent arrêté ou les aura faites d'une manière inexacte sera puni soit d'une amende pouvant atteindre 10.000 marcs et d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre, on pourra prononcer la confiscation des objets non déclarés.

Les tribunaux et commandants militaires sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

§ 10. L'arrêté du 10 août 1915 concernant la déclaration dés pneumatiques, du vieux caoutchouc, etc. (Bull. off. des lois et arr., p. 875) n'est modifié en rien par les présentes dispositions; l'arrêté du 30 novembre 1915 complétant ledit arrêté du 10 août 1915 (Bull. off. des lois et arr., p. 1391) est abrogé.

En outre, seront abrogés à partir du 20 septembre 1916: l'avis du 10 octobre 1915 concernant l'emploi des bicyclettes, la modification du 2 mai 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 2059) apportée à l'avis du 7 avril 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 1917) et les arrêtés décrétés par les divers gouvernements au sujet des limites de la circulation des bicyclettes.

§ 11. Le présent arrêté entre immédiatement en vigueur.

Bruxelles, le 22 août 1916.
G. G. VI b 17751 T.

Verordening * betreffend het in beslag nemen van de rijwielbanden en het opnemen van de stapels. (Beperking van het rijwielverkeer.)**

§ 1. Deze Verordening is van toepassing op alle buiten- en binnenbanden van rijwielen (ook op den afval ervan) die thans voorhanden zijn of die voortaan vervaardigd of ingevoerd worden, zoowel de nieuwe als de gebruikte en deze die nog enkel als oud rekgom te beschouwen zijn, en om het even of die banden al dan niet reeds afgewerkt zijn of al dan niet aan de wielen zitten, zoover zij nochtans niet het eigendom zijn van Duitsche krijgs- of burgerlijke overheden.

§ 2. Beslaglegging.

Alle voorwerpen die onder toepassing dezer Verordening vallen worden hierbij aangeslagen. De beslaglegging heeft voor uitwerking dat het verboden is de aangeslagen voorwerpen te benuttigen of te wijzigen (verwerken, vernietigen) of er rechtszakelijk (door aankoop, verkoop, schenking) over te beschikken, zooverre dit niet op grond der volgende schikkingen toegelaten wordt.

§ 3. Gebruikstoelating.

Van 20. September 1916 af, mogen de onder § 1 vermelde voorwerpen tot het gebruik, waartoe zij bestemd zijn, alleen voortgebezigd worden door de personen die een rijwieltoelating van de onder § 4 vermelde krijgskantoren ontvangen hebben. Die rijwieltoelating wordt slechts op aanvraag verleend (§ 4) en alleen aan de personen die, bij gemis van andere geschikte vervoermiddelen, *een rijwiel noodig hebben, en wel:*

1. *aan bedienden en werklieden, voor het verkeer van en naar hunne werkplaats;*

2. *als vervoermiddel van en naar de school;*
in beide gevallen, moet de afstand meer dan 2 kilometer bedragen;
3. *ter uitoefening van een beroep of bedrijf van van algemeen en openbaar nut;*
4. *aan personen die, ten gevolge van hun lichaamstoestand (ontbreken van ledematen, verlamming, enz.), het rijwiel niet kunnen missen.*

De toelating wordt alleen verleend voor het doel en voor den weg of omschrijving die in de rijwieltoelating vermeld staan, evenals voor den daarin aangeduiden persoon.

§ 4. Rijwieltoelating.

De onder § 3 voorziene toelating om de onder § 1 vermelde voorwerpen te blijven benuttigen moet aangevraagd worden op ambtelijke formulieren (formulier A_1, A_2*), die bij alle plaatselijke kommandanturen te verkrijgen zijn. Die aanvraag moet ingediend worden bij de plaatselijke kommandantuur van de woonplaats van den aanvrager, en wel door de werkgevers voor de personen bedoeld in cijfer 1 van § 3, door de schoolhoofden voor de personen bedoeld in cijfer 2 (beide op gezamenlijke aanvragen) en door het gemeentebestuur voor de personen bedoeld in cijfer 3; de personen bedoeld in cijfer 4 voegen bij hun aanvraag een getuigschrift van den krijgsdokter.*

Voor het afleveren van het getuigschrift is een recht van 10 mark te betalen; bij wijze van uitzondering, wanneer het bewezen is dat de betrokken persoon behoeftig is, kan de Kreischef hem van het betalen van dit recht ontslaan.

De plaatselijke kommandanturen sturen de aanvragen, na er hun advies over te hebben gegeven, onmiddellijk aan de Kreischefs; zij deelen de beslissing van

den Kreischef aan den aanvrager mede, desgevallend onder aflevering van de rijwieltoelating. Wordt de aanvraag afgewezen, zoo blijft deze op de plaatselijke kommandantuur.

De toelating is te allen tijde herroepelijk en wordt maar voor ten hoogste zes maanden afgeleverd. Voor de aanvraag om vernieuwing van de rijwieltoelating gelden dezelfde bepalingen als voor de eerste aanvraag.

In geval de voorwaarden, waarop een rijwieltoelating verleend werd, wijzigingen ondergaan (verhuizing, staking van het werk, sterfgeval, enz.) zijn de werkgevers of schoolhoofden en gemeentebesturen gehouden, dit bij de betrokken plaatselijke kommandantuur aan te geven.

§ 5. Verkoopstoelating.

Voor den aankoop van de onder § 1 vermelde voorwerpen, zooverre zij door vorenstaande bepalingen aangeslagen zijn en niet meer mogen gebruikt worden, werden bij de motorwagenkantoren (Kraftfahrstellen) in de Gouvernements-hoofdplaatsen „verzamelkantoren voor rijwielbanden" (Sammelstellen für Fahrradbereifung) ingericht; de motorwagenkantoren kunnen desnoods met toestemming van het General-Gouvernement verdere verzamelkantoren inrichten en dit ter algemeene kennis brengen.

De onder de Verordening vallende voorwerpen mogen alleen aan zulk een „verzamelkantoor voor rijwielbanden" afgestaan worden.

De verzamelkantoren zullen vóór de ingeleverde rijwielbanden tot den 15n September 1916 de volgende prijzen betalen:

Klasse A „zeer goed", Buitenband M. 4.—, binnenband M. 3.—, darm M. 7.—.

Klasse B „al het overige, uitgenomen oud rekgom", Buitenband M 3.—, binnenband M. 2.— darm M. 5.—

§ 6. Aangifteplicht.

De onder de Verordening vallende voorwerpen die ten laatste den 15n September 1916 niet aan een verzamelkantoor afgestaan zijn, moeten aangegeven worden, om het even of zij al dan niet aan de wielen zitten en of een rijwieltoelating voor de rijwielen afgeleverd werd. De aangiften moeten ten laatste den 20n September in dubbel afschrift op ambtelijke lijsten van aangifte (formulier B) ingediend worden bij het motorwagenkantoor dat voor de bewaarplaats der buiten en binnenbanden bevoegd is; deze lijsten zijn kosteloos bij de plaatselijke kommandanturen te verkrijgen; een der beide exemplaren wordt afgestempeld en aan den meldingsplichtige overhandigd, om hem tot bewijs zijner aangifte te dienen.

Eene reeds vroeger gedane aangifte of beslaglegging ontslaat niet van den hierboven bedoelden aangifteplicht.

Tot aangifte zijn verplicht:

1. *de eigenaar.*
2. *hij, die de banden in bewaring heeft (bezitter of stapelhouder),*
3. *elk, die in eigen of andermans belang gerechtigd is, over de banden te beschikken.*

De aangifte door een der vermelde personen ontslaat de andere van de aangifte.

§ 7. Verplichting tot verkoopen.

Alle onder deze Verordening vallende voorwerpen, die ten laatste den 15n September 1916 niet bij een verzamelkantoor ingeleverd zijn of niet op een rijwiel zitten dat bij rijwieltoelating (§ 4) tot het verkeer toe-

gelaten is, moeten op verzoek der motorwagenkantoren aan het Duitsch legerbeheer afgestaan worden. Regeling der vergoeding geschiedt dan door de motorwagenkantoren.

§ 8. Vernieuwing der banden.

De banden van de toegelaten rijwielen (§ 4) worden, desnoods en zoover doenlijk, door het bevoegde motorwagenkantoor vernieuwd uit de stapels der aangekochte banden en op grond der betaalde overnemingsprijzen. De afgegeven oude band wordt vergoed.

§ *9*. Strafbepalingen.

Wie de in deze Verordening vastgestelde verplichtingen overtreedt en wie de aangiften, waartoe hij volgens de Verordening gehouden is, niet of onjuist doet, wordt gestraft met ten hoogste 10.000 mark boete en met ten hoogste één jaar gevangenis of met één van beide straffen. Ook kan verbeurdverklaring der verheelde voorwerpen uitgesproken worden.

Bevoegd zijn de krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

§ 10. De Verordening van 10 Augustus 1915 betreffend aangifte van rekgombanden, oude gom, enz. (W. en V. bz. 875) blijft hierbij onaangeroerd; de aanvullingsverordening daartoe van 30 November 1915 (W. en V. bz. 1391) wordt opgeheven.

Verder worden hierbij van 20 September 1916 af opgeheven: de Bekendmaking van 10 Oktober 1915 betr. benuttiging van rijwielen en de wijziging van 2 Mei 1916 (W. en V. bz. 2059) aan de Bekendmaking van 7 April 1916 (W. en V. bz. 1917), evenals de door de Gouvernementen uitgevaardigde Verordeningen betreffend de grenzen van het rijwielverkeer.

§ 11. Deze Veordening wordt onmiddellijk van kracht.

Brussel, den 22n Augustus 1916.

G. G. VIb. 17751 T.

VERORDNUNG, ***

betreffend Abänderung der Verordnung vom 27. März 1916 über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln.

Die Ziffer 13 der Verordnung vom 27. März 1916 betreffend den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln (G. u. V. Bl. S. 1859) beigefügten Liste erhält nachstehende Fassung:

	Preis Franken.	Der Preis versteht sich für:	Verpackung:
13). *Kalisalze:*	—	—	—
a) Kainit Hartsalz (Kaïnite-Hartsalz) Basis 12.4 °/₀ reines Kali.	6.—	100 kg.	lose
b) Hederich-Kainit (Kaïnite pour la destruction des sénés) Basis 12,4 °/₀ reines Kali	7.—	„	„
c) Sylvinit (Sylvinite) Basis 12,4 °/₀ reines Kali	6.—	„	„
d) Düngesalz 40 °/₀ (Petit chlorure 40 °/₀) Basis 40 °/₀ reines Kali	18.35	„	„
e) Chlorkalium (Chlorure de potassium) Basis 80 °/₀ Chlorkalium (entsprechend ca 50 °/₀ reinem Kali)	25.50	„	„
f) Schwefelsaures Kali (Sulfate de potasse) Basis 90 °/₀ Schwefelsaures Kali (entsprechend 48—49 °/₀ reinem Kali). . .	29.35	„	
g) Schwefelsaures Kalimagnesia (Sulfate double de potasse et de magnésie) Basis 48 °/₀ schwefelsaures Kali (entsprechend ca. 26 °/₀ reinem Kali)	18.20	„	„

Der bei Lieferung dieser Erzeugnisse in Papiersäcken gemäss Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung vom 27. März 1916 zulässige Aufschlag wird auf Frs. 1.25 für 100 kg festgesetzt.

Brussel, den 22n August 1916. ,

C. C. VII 7544.

Arrêté * modifiant l'arrêté du 27 mars 1916 concernant le commerce des engrais chimiques.**

Le no. 13 de la liste publiée en annexe à l'arrêté du 27 mars 1916, concernant le commerce des engrais chimiques (Bull. off. des lois et arr., p. 1859), est rédigé comme suit:

	Prix francs	Le prix s'entend pour:	Emballage
13) *Sels de potasse:*	—	—	—
a) Kaïnite-Hartsalz, base 12.4% de potasse pure	6,—	100 kg.	en vrac.
b) Kaïnite pour la destruction des sénés, base 12.4% de potasse pure	7.—	,,	,,
c) Sylvinite, base 12.4% de potasse pure	6.—	,,	,,
d) Petit chlorure 40%, base 40% de potasse pure	18.35	,,	,,
e) Chlorure de potassium, base 80% de chlorure de potassium (correspondant environ à 50% de potasse pure).	25.50	,,	,,
f) Sulfate de potasse, base 90% de sulfate de potasse (correspondant à 48-49 % de potasse pure)	29.35	,,	,,
g) Sulfate double de potasse et de magnésie, base 48% de sulfate de potasse (correspondant environ à 26% de potasse pure)	18.20	,,	,,

Lorsque la livraison se fait par sacs en papier, le supplément applicable de ce chef à ces produits, conformément à l'article 4, 2e alinéa, de l'arrêté du 27 mars 1916, sera de fr. 1.25 par 100 kg.

Bruxelles, le 22 août 1916.

C. C. VII. 7544.

Verordening *** houdende wijziging van de Verordening van 27 Maart 1916 betreffende den verkoop van kunstmeststoffen.

Nummer 13 der aan de Verordening van 27 Maart 1916 betreffend. den verkoop van kunstmeststoffen (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1859), toegevoegde lijst moet luiden als volgt:

	Prijs frank:	*De prijs geldt voor:*	*Verpakking*
13) Potaschzouten	—	—	—
a) *Kaïniet-Hartsalz, basis 12,4 % zuivere potasch*	6.—	100 kgr.	los
b) *Herik-Kaïniet (Kaïnite pour la destruction des sénés), basis 12,4 % zuivere potasch* . . .	7.—	,,	,,
c) *Sylviniet, basis 12,4 % zuivere potasch*	6.—	,,	,,
d) *Kleine chloorpotasch 40 %, basis 40 % zuivere potasch* . .	18.35	,,	,,
e) *Chloorpotasch, basis 80 % chloorpotasch (overeenkomend met ongeveer 50 % zuivere potasch)*	25.50	,,	,,
f) *Zwavelzure potasch, basis 90 % zwavelzure potasch (overeenkomend met 48-49 % zuivere potasch)*	29.35	,,	,,
g) *Dubbel sulfaat van potasch en magnesia, basis 48 % zwavelzure patasch (overeenkomend met ongeveer 26 % zuivere potasch)*	18.20	,,	,,

Bij de levering dezer voortbrengselen in papieren zakken is de overeenkomstig artikel 4, lid 2, der Verordening van 27 Maart 1916 toegelaten bijslag op 1.25 frank per 100 kgr. vastgesteld.

Brussel, den 22n Augustus 1916.

C. C. VII 7544.

No. 248. — 30. AUGUST 1916. Pag. 2559

VERORDNUNG, ***
betreffend die Regelung des Verkehrs mit Butter.

Art. 1. Die durschschnittliche Menge Milch, die in einer Wirtschaft bisher zu Butter verarbeitet worden ist, ist auch in Zukunft zur Herstellung von Butter zu verwenden.

Die Verarbeitung von Vollmilch zu Käse ist nur denjenigen Personen gestattet, die bereits vor dem 1. August 1914 berufsmässig mit der Herstellung von Käse aus Vollmich beschäftigt waren. In solchen Betrieben darf höchstens diejenige Menge von Vollmilch zu Käse verarbeitet werden, die

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

bereits vor den 1. August 1914 verkäst worden ist.

Ausnahmen bewilligt der Verwaltungschef.

Art. 2. Die Schlachtung von Milchkühen, das heisst von Kühen, die täglich mehr als 4 Ltr. Milch geben, ist verboten.

Das Verbot gilt nicht, wenn es sich um Notschlachtungen, das heisst um solche Schlachtungen handelt, die infolge schwerer Erkrankung des Tieres oder infolge eines Unglückfalles nach Bescheiniging des zuständigen Amtstierarztes notwendig sind.

Die Notschlachtungen von Milchkühen sind unter Vorlage der amtstierärztlichen Bescheinigungen sofort dem Bürgermeister des Schlachtortes anzuzeigen, der die Anzeigen und amtstierärztlichen Bescheinigungen dem Zivilkommissar beim Kreischef einzureichen hat.

Art. 3. Jeder Hersteller von Butter ist vom 4. September 1916 an verpflichtet, seine gesamte regelmässige Buttererzeugung (Artikel 1) dem Buttervertriebsverband, genannt „Fédération Nationale des Unions Professionnelles de Marchands et Producteurs de Beurre" käuflich gegen den festgesetzten Höchstpreis zu überlassen und an den vom zuständigen Bürgermeister im Benehmen mit dem zuständigen Zivilkommissar anzugebenden Stellen und Zeiten in der Gemeinde abzuliefern.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich nicht:

1) auf diejenige Buttermenge, die zur Deckung des eigenen Ernährungsbedarfes des Herstellers oder der an eine Molkerei angeschlossenen Landwirte nach den allgemeinen Grundsätzen über den Verbrauch von Butter (Artikel 10) erforderlich ist;

2) auf diejenige Buttermenge, die seitens des

Herstellers nach den gleichen Grundsätzen an die in der eigenen Gemeinde ansässige Bevölkerung behufs deren eigener Versorgung, sowie an die in Absatz 2 Ziffer 1 des Artikels I der Verordnung vom 26. Juli 1916, betreffend die Regelung des Handels mit Butter (G. & V. Bl. S. 2459), genannten staatlichen und Gemeindeverwaltungen, Konsumanstalten und Konsumgenossenschaften, gemeinnützigen Einrichtungen und ähnlichen Anstalten abgesetzt wird.

Ist ein Hersteller ganz oder teilweise behindert, seiner Lieferungspflicht nachzukommen, so hat er die Gründe hierfür dem zuständigen Zivilkommissar gegenüber glaubhaft darzutun.

Art. 4. Erfolgt die Lieferung der Butter nicht freiwillig, so kann sie zu einem, um 10 v. H. hinter dem Höchstpreise zurückbleibender Preise für den Buttervertriebsverband enteignet werden.

Art. 5. Die Bildung von Butterrücklagen durch Hersteller und Händler ist verboten. Die vom Hersteller und Händler zurzeit angelegten Butterrücklagen werden mit Wirkung vom 1. September 1916 ab behufs Zuführung in den Verkehr hiermit beschlagnahmt. Die Hersteller und Händler haben die am 1. September 1916 noch bestehenhenden Butterrücklagen bis spätestens 10. September 1916 dem Staatskommissar des Buttervertriebsverbandes in Brüssel anzuzeigen. (Adresse: Der Staatskommissar des belgischen Buttervertriebsverbandes in Brüssel.) Jeder Hersteller und Händler ist verpflichtet, seine Butterrücklagen dem Buttervertriebsverbandes genannt „Fédération Nationale des Unions Professionnelles de Marchands et Producteurs de Beurre" käuflich gegen den festgesetzten Höchstpreis zu überlassen.

Art. 6. Der Verwaltungschef wird ermächtigt, die Preise für Butter beim Hersteller abweichend von den Bestimmungen der Verordnung vom 16. Juli 1916 (G. & V. Bl. S. 2411) für den ganzen Bereich des General-Gouvernements oder einzelnen Provinzen zu regeln und hierbei für Molkerei-Butter, die mit einer amtlichen Schutzmarke versehen ist, zu Gunsten des Herstellers einen Zuschlag zum Ankaufspreise festzusetzen.

Art. 7. Jede Beförderung von Butter aus der Erzeugungs-Gemeinde darf vom 4. September 1916 an nur mir amtlichen Begleitschein stattfinden.

Art. 8. Abgesehen von den Organen der Polizei haben auch die von dem Staatskommissar beauftragten Organe das Recht, die Räume, in denen milchwirtschaftliche Erzeugnisse hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen. Sie können weiterhin die Vorlage von Geschäftsbüchern, Rechnungen und sonstigen, im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken fordern und darin Einsicht nehmen.

Art. 9. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen sowie gegen die Verordnung vom 16. Juli 1916 (G. & V. Bl. S. 2411) und die Verordnung vom 26. Juli 1916 (G. & V. Bl. S. 2459) werden mit Gefängnis von 8 Tagen bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe von Fr. 26 bis zu Fr. 500 oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ausserdem kann auf zeitweise oder dauernde Schliessung derjenigen Betriebe erkannt werden, in denen eine Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung begangen worden ist. Ferner kann auf Einziehung der Ware erkannt werden.

Zuständig sind die Strafkammern der belgischen Gerichte erster Instanz.

Der Artikel 11 der Verordnung vom 16. Juli 1916 sowie die Artikel 4 und 5 der Verordnung vom 26. Juli 1916 werden aufgehoben.

Art. 10. Der Verwaltungschef wird mit der Ausführung der vorstehenden Verordnung beauftragt. Er kann alle zum geregelten Vollzuge erforderlichen Ausführungsbestimmungen treffen, insbesondere allgemeine Grundsätze über den Verbrauch von Butter aufstellen.

Brüssel, den 22. August 1916.
G. G. VII. 7953.

BEKANNTMACHUNG. ***

In Ausführung des Artikels 6 der Verordnung des Herrn General-Gouverneurs vom 22. August 1916, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Butter (G. & V. Bl. S. 2559), wird bekannt gemacht:

Der Preis, den der Hersteller für Molkerei-Süssrahm-Butter mit höchstens 18 v. H. Gehalt an Nichtbutter, die mit einer amtlichen Schutzmarke versehen ist, beim Verkaufe frei Brüssel, einschliesslich der üblichen Verpackung, fordern kann (Grundpreis), wird bis auf weiteres auf Fr. 6.— für 1 Kg. erhöht.

Brüssel, den 24. August 1916.

Arrêté *** concernant la réglementation du commerce du beurre.

Art. 1er. Dans toute exploitation, on devra employer dorénavant à la fabrication du beurre la même quantité moyenne de lait que celle qui y a été utilisée à cette fin jusqu'à présent.

L'utilisation du lait non écrémé en vue de la fabrication du fromage ne sera permise qu'aux personnes qui, avant le 1er août 1914, s'occupaient déjà professionnellement de la fabrication du fromage au moyen de lait non écrémé. Dans les exploitations de ce genre, la quantité maximum de lait non écrémé réservée à la fabrication du fromage ne devra pas dépasser la quantité employée à cette production antérieurement à la date du 1er août 1914.

Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef pourra autoriser des exceptions.

Art. 2. Il est défendu d'abattre des vaches laitières, c'est-à-dire des vaches donnant plus de 4 litres de lait par jour.

Cette défense ne s'applique pas aux abatages forcés, c'est-à-dire aux abatages rendus nécessaires soit par une maladie grave contractée par la bête, soit par un accident; cette nécessité devra, dans les 2 cas, être certifiée par le vétérinaire agréé compétent.

Les abatages forcés de vaches laitières devront être déclarés, sans délai, au bourgmestre de l'endroit où ils auront eu lieu; le certificat du vétérinaire agréé sera joint à la déclaration; le bourgmestre devra transmettre les déclarations et lesdits certificats au commissaire civil près le chef d'arrondissement.

Art. 3. A partir du 4 septembre 1916, tout producteur de beurre devra consentir à vendre au prix maximum sa production entière et régulière de beurre (article 1er) au „Buttervertriebsverband" nommé „Fédération nationale des unions professionnelles de marchands et producteurs de beurre" et à la livrer à tel endroit et à tels jour et heure que le bourgmestre de la commune indiquera à cette fin après s'être entendu avec le commissaire civil compétent.

L'obligation de livrer ne portera pas sur:

1) la quantité de beurre réservée, conformément aux règles générales concernant la consommation du beurre (article 10), à la consommation soit du producteur lui-même soit des agriculteurs qui fournissent leur fait à une laiterie;

2) la quantité de beurre que le producteur vend, conformément aux mêmes règles, soit aux habitants de sa propre commune, afin de pourvoir à leur consommation personnelle, soit aux administrations de l'Etat et des communes, aux établissements et sociétés coopératives de consommation, aux institutions d'intérêt public et autres de même genre, nommés dans l'alinéa 2, no. 1 de l'article Ier de l'arrêté du 26 juillet 1916 réglant le commerce du beurre (Bull. off. des lois et arr., p. 2549).

Dans le cas où un producteur serait totalement ou partiellement empêché d'effectuer ses livraisons obligatoires, il en devra exposer les motifs, d'une manière plausible, au commissaire civil compétent.

Art. 4. Si le beurre n'est pas livré à l'amiable, il pourra être exproprié au profit du „Buttervertriebsverband" (Fédération nationale des unions professionnelles de marchands et producteurs de beurre) à un prix inférieur de 10 % au prix maximum.

Art. 5. Il est interdit aux producteurs et aux marchands de se créer une réserve de beurre. Les réserves dont les producteurs et marchands disposent à présent seront saisies à partir du 1er septembre 1916 afin d'être mises dans le commerce. Les producteurs et marchands devront déclarer, le 10 septembre 1916 au plus tard, au commissaire (Staatskommissar) du „Buttervertriebsverband" à Bruxelles les réserves qu'ils auront encore à la date du 1er septembre 1916. (Les déclarations devront être adressées au „Staatskommissar des belgischen Buttervertriebsverbandes", à Bruxelles.) Tout producteur ou tout marchand est obligé de permettre au

„Buttervertriebsverband" (Fédération nationale des unions professionnelles de marchands et producteurs de beurre) d'acheter les réserves de beurre au prix maximum fixé.

Art. 6. Le Chef de l'administration civile est autorisé à réglementer soit pour tout le territoire du Gouvernement général, soit pour les diverses provinces, par dérogation aux dispositions de l'arrêté du 16 juillet 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 2411), les prix fixés pour les producteurs de beurre; il pourra, en faveur du producteur, établir un supplément de prix pour le beurre de laiterie portant une marque officielle de contrôle.

Art. 7. A partir du 4 septembre 1916, tout transport de beurre au delà des limites de la commune où ce beurre a été produit ne sera autorisé qu'en vertu d'un permis de transport officiel.

Art. 8. Outre les mandataires de la police, les personnes ayant reçu un mandat *ad hoc* du commissaire du „Buttervertriebsverband" ont le droit de pénétrer dans les locaux où l'on fabrique, conserve ou offre en vente les produits de l'industrie laitière et de procéder à l'inspection desdits locaux. Elles peuvent également exiger qu'on leur montre les livres de commerce, les factures et les autres pièces écrites usitées dans les relations commerciales, et sont autorisées à en prendre connaissance.

Art. 9. Les infractions aux dispositions précédentes ainsi qu'à l'arrêté du 16 juillet 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 2411) et à l'arrêté du 26 juillet 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 2459) seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à 6 mois et d'une amende de 26 à 500 francs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. En outre, on pourra prononcer la fermeture temporaire ou définitive des exploitations dans lesquelles une infraction au présent arrêté aura été

commise. De plus, on pourra également prononcer la confiscation de la marchandise.

Les chambres correctionnelles des tribunaux belges de première instance sont compétentes pour juger lesdites infractions.

L'article 11 de l'arrêté du 16 juillet 1916 ainsi que les articles 4 et 5 de l'arrêté du 26 juillet 1916 sont abrogés.

Art. 10. Le Chef de l'administration civile est chargé de l'exécution du présent arrêté. En vue d'assurer son application régulière, il pourra prendre des dispositions réglementaires et publier, notamment, des principes généraux concernant la consommation du beurre.

Bruxelles, le 22 août 1916.

C. C. VII. 7953.

En exécution de l'art. 6 de l'arrêté du 22 août 1916 de Son Excellence le Gouverneur général, concernant la réglementation du commerce du beurre (Bull. off. des lois et arr., p. 2562), le présent avis est porté à la connaissance de tous les intéressés:

Le prix de vente que le producteur pourra exiger (prix régulateur) pour le beurre crème provenant d'une laiterie, ayant au plus 18 % de matières étrangères au beurre pur et portant une marque officielle de contrôle, est, jusqu'à nouvel ordre, fixé à fr. 6.— le kg. livré franco à Bruxelles, y compris l'emballage usuel.

Bruxelles, le 24 août 1916.

Verordening *** betreffend regeling van den handel in boter.

Art. 1. De gemiddelde hoeveelheid melk, die tot nu toe in een melkbedrijf tot boter verwerkt werd, moet

ook verder tot vervaardiging van boter worden gebruikt.

Alleen deze personen, die reeds vóór den 1n Augustus 1914 voor beroep hadden kaas uit ongeroomde melk te vervaardigen, mogen ongeroomde melk tot kaas verwerken. Zulke bedrijven mogen ten hoogste dezelfde hoeveelheid ongeroomde melk tot kaas verwerken, die reeds vóór den 1n Augustus 1914 tot het bereiden van kaas werd gebruikt.

Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) kan uitzonderingen toestaan.

Art. 2. Het slachten van melkkoeien, 't is te zeggen van koeien die dagelijks meer dan 4 liter melk geven, is verboden.

Dit verbod geldt niet voor gedwongen slachtingen, 't is te zeggen, wanneer het dier ten gevolge van zware ziekte of van een ongeval moet worden afgemaakt; in beide gevallen is daartoe de bevestiging van den bevoegden aangenomen veearts vereischt.

Het gedwongen slachten van melkkoeien moet onmiddellijk aan den burgemeester der gemeente waar de slachting plaats vindt, onder voorlegging der getuigschriften van den aangenomen veearts medegedeeld worden; deze zal de aangiften met de getuigschriften van den aangenomen veearts aan den burgerlijken kommissaris (Zivilkommissar) bij den „Kreischef" overmaken.

Art. 3. Elk vervaardiger van boter is gehouden, van 4 September 1916 af, zijn gezamenlijke geregelde boteropbrengst (artikel 1) aan den bond van boterverkoopers, genoemd „Nationale Bond van de Beroepsvereenigingen der Verkoopers en Voortbrengers van Boter" tegen den vastgestelden hoogstens prijs te verkoopen en, aan de door den bevoegden burgemeester, in overeenstemming met den bevoegden burgerlijken kom-

missaris (Zivilkommissar), aan te duiden kantoren en op de vast te stellen tijdstippen in de gemeente af te leveren.

Moet niet afgeleverd worden:

1) *de hoeveelheid boter, die de voortbrenger of de bij een melkerij aangesloten landbouwers, overeenkomstig de algemeene grondregels over het verbruik van boter (artikel 10), voor de eigen voeding noodig hebben;*

2) *de hoeveelheid boter, die de voortbrenger, overeenkomstig dezelfde grondregels, overlaat aan de bevolking zijner gemeente voor dezer eigen voorziening, alsook aan de in lid 2, nummer 1 van artikel I der Verordening van 26 Juli 1916, betreffend de regeling van den boterhandel (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2459) opgesomde Staats- en gemeentebesturen, verbruiksinrichtingen en -coöperatieven, inrichtingen van algemeen nut en andere dergelijke inrichtingen.*

In geval een voortbrenger van boter volkomen of ten deele verhinderd is, zijn leveringsplicht na te komen, zoo moet hij den bevoegden burgerlijken kommissaris (Zivilkommissar) zijn redenen op behoorlijke wijze uiteenzetten.

Art. 4. Wordt de boter niet vrijwillig geleverd, zoo kan tegen een prijs die 10 % beneden den hoogsten prijs blijft, ten bate van den bond van boterverkoopers onteigend worden.

Art. 5. Het aanleggen van botervoorraden door voortbrengers en handelaars is verboden. De door de voortbrengers en handelaars tot nu toe aangelegde botervoorraden worden te beginnen met 1 September 1916 aangeslagen, om in den handel gebracht te worden. De voortbrengers en handelaars moeten de op 1 September 1916 nog voorhanden botervoorraden ten laatste op 10 September 1916 bij den Staatskommis-

saris van den bond van boterverkoopers te Brussel aangeven. (Zich wenden tot den Staatskommissaris van den bond van Belgische boterverkoopers — „Staatskommissar des belgischen Buttervertriebverbandes", te Brussel.) Elk voortbrenger en handelaar is verplicht, zijn botervoorraden aan den bond van boterverkoopers, genoemd: Nationale Bond van de Beroepsvereenigingen der Verkoopers en Voortbrengers van Boter tegen den vastgestelden hoogsten prijs te verkoopen.

Art. 6. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is gemachtigd de prijzen voor boter, aan den voortbrenger te betalen, in afwijking van de bepalingen der Verordening van 16 Juli 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2411) voor het geheele gebied van het General-Gouvernement of van afzonderlijke provinciën te regelen en hierbij voor melkerijboter, die een ambtelijk kontroolmerk draagt, ten bate van den voortbrenger een bijslag tot den ankoopprijs vast te stellen.

Art. 7. Van 4 September 1916 af mag boter uit de gemeente waar zij gemaakt is, nog alleen met ambtelijken geleibrief vervoerd worden.

Art. 8. Buiten de lasthebbers van de politie zijn ook de personen die daartoe van den Staatskommissaris opdracht hebben bekomen gerechtigd, de lokalen waarin melkerijvoortbrengselen vervaardigd, bewaard of te koop gesteld worden, te betreden en deze te bezichtigen. Zij mogen verder het overleggen van zakenboeken, rekeningen en andere in den handel gebruikelijke stukken verlangen en deze inzien.

Art. 9. Overtredingen der vorenstaande bepalingen, evenals der Verordening van 16 Juli 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2411) en der Verordening van 26 Juli 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2459),

worden met 8 dagen tot zes maand gevangenis en met 26 tot 500 frank boete of met een van beide straffen gestraft. Buitendien kan de sluiting voor een tijd of voor goed van zulke bedrijven uitgesproken worden, waarin een overtreding van deze Verordening is voorgekomen. Verder kan tot de verbeurdverklaring der waar besloten worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de strafkamers der Belgische rechtbanken van 1n aanleg.

Art. 11 der Verordening van 16 Juli 1916, evenals artikelen 4 en 5 der Verordening van 26 Juli 1916 zijn opgeheven.

Art. 10. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) is met de uitvoering van vorenstaande Verordening belast. Hij kan alle tot de geregelde voltrekking vereischte uitvoeringsbepalingen uitvaardigen, en inzonderheid algemeene grondregelen voor het botergebruik vaststellen.

Brussel, den 22n Augustus 1916.
C. C. VII. 7953.

In uitvoering van artikel 6 der Verordening van 22 Augustus 1916 van den heer Generalgouverneur, over de regeling van den handel in boter (Wet- en Verordeningsblad ,bl. 2560), wordt ter kennis gebracht:

De prijs (grondprijs), die voor zoete melkerijroomboter, met ten hoogste 18 % vreemde bestanddeelen en voorzien van een ambtelijke kontroolmerk, door den voortbrenger mag worden gevraagd bij den verkoop franco te Brussel, met inbegrip van de gebruikelijke verpakking, is voorshands op 6 frank per kgr. verhoogd.

Brussel, den 24n Augustus 1916.

BEKANNTMACHUNG.
betreffend die Gebühr für die Freigabe von Zucker, Melasse und Rübensirup.

In Ausführung des Artikels 1, Absatz 3, der Verordnung vom 18 Juli 1916 über die Verwertung der Zuckerrüben und der daraus gewonnenen Erzeugnisse (G. & V. Bl. S. 2451) setze ich für die während der Betriebszeit 1916/17 gewonnenen Erzeugnisse nachtstehende Gebühren fest:

1. Für die Freigabe von Zucker zum Verbrauch 0,40 Fr. für 100 Kg.
2. Für die Freigabe von Melasse und Rübensirup 0,20 Fr. für 100 Kg.

Für die in der Betriebszeit 1915/1916 gewonnenen Erezeugnisse bleiben die durch die Ausführungsbestimmung vom 15. Februar 1916 (G. & V. Bl. S. 1615) festgesetzten Freigabegebühren aufrechterhalten.

Brussel, den 22. August 1916.
CC. VII Z. V. 19179.

Avis concernant la taxe grevant la levée de saisie du sucre, de la mélasse et du sirop de betteraves.

En exécution de l'article 1er, 3e alinéa, de l'arrêté du 18 juillet 1916 concernant l'utilisation des betteraves à sucre et des produits qui en proviennent (Bull. off. des l. et a., p. 2451), je fixe comme suit les taxes applicables aux produits obtenus pendant la campagne 1916-1917:

1. pour la levée de saisie du sucre destiné à la consommation: fr. —.40 par 100 kg.
2. pour la levée de saisie de la mélasse et du sirop de betteraves: fr. —.20 par 100 kg.

Les taxes établies par la disposition réglementaire du 15 février 1916 (Bull. off. des l. et a., p. 1615) restent en vigueur pour la levée de saisie des produits obtenus pendant la campagne 1915/1916.

Bruxelles, le 22 août 1916.
CC VII Z. V. 19179.

Bekendmaking betreffend het te betalen recht op den afstand van suiker, melasse en beetenstroop.

In uitvoering van artikel 1, lid 3, der Verordening van 18 Juli 1916 over het benuttigen van suikerbeeten en van de daaruit gewonnen voortbrengselen (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2451), stel ik voor de voortbrengselen, gewonnen gedurende het bedrijfsjaar 1916/1917, onderstaande rechten vast:

1. *voor het afstaan van suiker voor het gebruik 0,40 frank per 100 kgr.*
2. *voor het afstaan van melasse en beetenstroop 0,20 frank per 100 kgr.*

Voor de voortbrengselen, gewonnen gedurende het bedrijfsjaar 1915/16, blijven de door de uitvoeringsbepaling van 15 Februari 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1615) vastgestelde rechten op den afstand van kracht.

Brussel, den 22n Augustus 1916.
C. C. VII. Z. V. 19179.

No. 249. — 2. SEPTEMBER 1916. Pag. 2567

VERORDNUNG, ***
betreffend die Verabreichung von Vollmilch an Tiere.

Art. 1. Milch in nicht entrahmtem Zustande darf als Futtermittel nur an Kälber im Alter bis zu 14 Tagen verabreicht werden.

Im übrigen ist ihre Verwendung als tierisches Futtermittel verboten.

Art. 2. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis von 8 Tagen bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe von 26 Frs. bis zu 500 Frs. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zuständig sind die Strafkammern der belgischen Gerichte erster Instanz für das Gebiet der Kommandantur Maubeuge das dortige französische Gericht.

Brüssel, den 28. August 1916.
C. C. VII. 7986.

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Arrêté * concernant le lait non écrémé donné en nourriture aux animaux.**

Art.' 1er. Le lait non écrémé ne peut être donné en nourriture qu'aux veaux n'ayant pas encore 15 jours.

Dans tous les autres cas, il est défendu d'utiliser le lait non écrémé en vue de l'alimentation animale.

Art. 2. Les infractions au présent arrêté seront punies soit d'une peine d'emprisonnement de 8 jours à 6 mois et d'une amende de 26 à 500 francs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Lesdites infractions seront jugées par les chambres correctionnelles des tribunaux belges de première instance; dans le district de la ,,Kommandantur" de Maubeuge, elles seront jugées par le tribunal français de Maubeuge.

Bruxelles, le 28 août 1916.
C. C. VII. 7986.

Verordening * betreffend het vervoederen van ongeroomde melk.**

Art. 1. Ongeroomde melk mag alleen aan kalveren opgevoerd worden, die niet meer dan 14 dagen oud zijn.

Voor het overige is het verboden ongeroomde melk als voeder voor dieren te gebruiken.

Art. 2. Overtredingen worden gestraft met 8 dagen tot 6 maanden gevangenis en met 26 tot 500 frank boete, of met een van beide straffen.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de strafkamers der Belgische rechtbanken van 1n aanleg en, voor het kommandantuurgebied Maubeuge, de Fransche rechtbank dezer stad.

Brussel, den 28n Augustus 1916.
C. C. VII 7986.

BEKANNTMACHUNG. ***
über Höchstpreise für Zucker Melasse und Zuckre-Rübensirup aus der Betriebszeit 1916/1917

Auf Grund des Artikels VI Abs. 2 der Verordnung vom 18. Juli 1916 über die Verwertung der Zuckerrüben und der daraus gewonnenen Erzeugnisse (G. & V. Bl. S. 2451) setze ich folgende Höchstpreise fest:

	für 100 kg
Rohzucker (Grundlage 88 %ige Ausbeute)	Fr. 55.
Vergeoise	„ 62.
Kristallzucker	„ 62.
Gemahlene Raffinade (Abfälle von Würfelzucker)	„ 64.
Würfelzucker (Raffinade)	„ 72.
Melasse (Grundlage 46 % Clerget-Herzfeld 41° Bé Methode Langlet)	„ 12.
Zuckerrübensirup bester Beschaffenheit (Mindestdichtigkeit 41° Bé Langlet in Leihfässern)	„ 55.

Die Preise gelten für Lieferung frei Wagen Abgangsstation (Staatsbahn) und ausser bei Sirup ohne Verpackung.

Für Verpackung dürfen für 100 kg. gerechnet werden:

a) für Rohzucker-Säcke . . . . Fr. 2.—
b) für Krisstalzucker- und Raffinade-Säcke „ 2.50
c) für Verpackung des Würfelzuckers (Kisten einschliesslich Papier) . . . . „ 3.50

Die Höchstpreise für Zucker erhöhen sich bei Lieferung nach dem 31. Dezember 1916 vom 1.

jeden folgenden Monats ab um 0,25 Frs. bis um höchstens 1,25 Frs.

Erfolgt die Zuführung des Zuckers und des Zucker-Rübensirups in den Verkehr durch Vermittlung des Handels, so darf zu den vorgenannten Höchstpreisen insgesamt ein Zuschlag von höchstens 6 v. H. genommen werden.

Brussel, den 28. August 1916.

C. C. VII. 19799.

Avis * concernant les prix maxima du sucre, de la mélasse et du sirop de betteraves *à* sucre obtenus pendant la campagne 1916/17.**

En vertu de l'article VI, 2e alinéa, de l'arrêté du 18 juillet 1916 concernant l'utilisation des betteraves à sucre et des produits qui on proviennent (Bull. off. des lois et arr., p. 2451), j'établis les prix maxima suivants:

	Prix par 100 kg.
sucre brut (base: 88 % de rendement) . .	fr. 55.—
vergeoise	„ 62.—
sucre cristallisé	„ 62.—
poudre blanche (déchets de sucre en morceaux)	„ 64.—
sucre en morceaux (raffiné)	„ 72.—
mélasse (base: 46 % Clerget-Herzfeld 41o Bé méthode Langlet)	„ 12.—
sirop de betteraves à sucre de première qualité (densité minimum 41o Bé Langlet, dans des fûts en location)	„ 55.—

Ces prix s'entendent pour marchandises livrées sur wagon en gare de départ (chemin de fer de l'Etat) et sans emballage (excepté pour le sirop).

L'emballage peut être facturé comme suit:

a) pour les sacs à sucre brut . . . . . fr. 2.—
b) pour les sacs à sucre cristallisé ou raffiné . . . . „ 2.50
c) pour l'emballage du sucre en morceaux (caisses, y compris le papier) . . . . „ 3.50

Pour toute livraison effectuée après le 31 décembre 1916, les prix maxima fixés pour le sucre hausseront de fr. —.25 par mois, à partir du 1er de chaque mois; la hausse totale ne dépassera pas fr. 1.25.

Si le sucre ou le sirop de betteraves à sucre est porté dans le trafic par l'entremise du commerce, les prix maxima susmentionnés subriront une hausse qui ne pourra dépasser 6 % au total.

Bruxelles, le 28 août 1916.

C. C. VII. 19799.

Bekendmaking * betreffend hoogste prijzen voor suiker, melasse en suikerbeetenstroop, uit het bedrijfsjaar 1916/17.**

Op grond van artikel VI, lid 2, der Verordening van 18 Juli 1916 over de benuttiging van de suikerbeeten en de daaruit gewonnen voortbrengselen (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2451), stel ik volgende hoogste prijzen vast:

	voor 100 kgr.
ruwe suiker (grondslag 88 % voortbrengst)	*55 frank*
vergeoise	*62* „
kristalsuiker	*62* „
gemalen raffinade (afval van klontjessuiker)	*64* „
klontjessuiker (raffinade)	*72* „
melasse (grondslag 46 %, Clerget-Herzfeld 41° Bé Methode Langlet)	*12* „
suikerbeetenstroop van beste hoedanigheid (dichtheid van ten minste 41° Bé Langlet in geleende vaten)	*55* „

Deze prijzen gelden voor de levering vrij op wagen vertrekstation (Staatsspoorweg)en, behalve voor stroop, zonder verpakking.

Voor verpakking mogen per 100 kgr. berekend worden:

a) *voor ruwe suikerzakken . . . . .*	*2.00*	*frank.*
b) *voor kristalsuiker- en raffinadezakken*	*2.50*	„
c) *voor verpakking van klontjessuiker kisten, papier inbegrepen . . . . . .*	*3.50*	„

De hoogste prijzen voor suiker stijgen bij levering na den 31n December 1916 van af den 1n van elke volgende maand met 0.25 fr., tot ten hoogste 1.25 frank.

Wordt de suiker en suikerbeetenstroop door tusschenkomst van den handel te koop gesteld, zoo mag bij de bovenvermelde hoogste prijzen alles in alles een bijslag van ten hoogste 6 % berekend worden.

Brussel, den 28n Augustus 1916.
C. C. VII. 19799.

BEKANNTMACHUNG ***

Auf Grund meiner Verordnung vom 8. Juli 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen sowie der dazu am 8. Juli 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen, habe ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte Kommission die Höchstprreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, Mehl, Kleie und Brot bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

für Weizen, ab Lager od. Mühle geliefert	Franks	41,21	für	100	kg.
„ Roggen „ „ „ „ „	„	27.60	„	„	„
„ Mengekorn „ „ „ „	„	29,90	„	„	„
„ ungeschälten Spelz „ „ „	„	25,80	„	„	„
„ Weizenkleie, ab Mühle geliefert.	„	22,—	„	„	„
„ Mengekornkleie „ „ .	„	20,—	„	„	„
„ Roggekleie „ „ „ .	„	18,—	„	„	„
„ Weizenmehl, den Bäckern oder Verbrauch geliefert	„	51,29	„	„	„
„ Roggenmehl den Bäck. od. Verbrauch. geliefert	„	35,55	„	„	„
„ Mengekornmehl den Bäck. od. Verbrauch. gel.	„	37,60	„	„	„
„ Weizenmehl zu 60 °/₀ oder feiner ausgemahl., den Kuchenbäckern geliefert	„	80,—	„	„	„
„ Roggenmehl zu 60 °/₀ oder feiner ausgemahl., den Kuchenbäckern geliefert	„	65,—	„	„	„
„ Weizenbrot den Verbrauchern geliefert	„	0,46	„	1	„

Diese Höchstpreise treten am 15. September in Kraft.

Den Provinzial-Ernte-Kommissionen wird die Befügnis erteilt, für den Bezirk einzelner Gemeinden auf Antrag oder nach Anhörung der Bürgermeister je einen niedrigeren Höchstpreis für Weizenbrot, sowie Höchstpreise für Brot, zu dessen Zubereitung Roggenmehl verwandt wird, festzusetzen.

Für die Verkäufe der Erzeuger von Brotgetreide an das Comité National de Secours et d'Alimentation bleiben die in den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung betreffend die Ernte-Kommissionen vom 8. Juli 1916 festgesetzten Höchstpreise in Geltung.

Brussel, den 30. August 1916.
Z. E. K. 512.

Comme suite à mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), et aux dispositions réglementaires du 8 juillet 1916 dudit arrêté, j'ai, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission), fixé, jusqu'à nouvel avis, les prix maxima suivants, applicables aux ventes de blé battu, farine, son et pain:

froment	pris au dépôt ou au moulin.	fr.	41,21	les 100 kg.
seigle	„ „ „ „ „ „	„	27,60	„ „ „
méteil	„ „ „ „ „ „	„	29,90	„ „ „
épeautre non pelé	„ „ „ „ „ „	„	25,80	„ „ „
son de froment pris au moulin	. . . .	„	22,—	„ „ „
son de méteil	„ „ „	„	20,—	„ „ „
son de seigle	„ „ „	„	18,—	„ „ „
farine de froment livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	51,29	„ „ „
farine de seigle livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	35,55	„ „ „
farine de méteil livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	37,60	„ „ „
farine de froment moulue à 60 % ou plus finement. livrée aux pâtissiers	. . . .	„	80,—	„ „ „
farine de seigle moulue à 60 % ou plus finement, livrée aux pâtissiers	. . . .	„	65,—	„ „ „
pain de froment livré aux consommateurs		„	0,46	le kg.

Ces prix maxima entreront en vigueur le 15 septembre.

Les commissions provinciales de la récolte auront le droit, dans certaines communes, sur la demande du bourgmestre ou après avoir entendu ce dernier, d'abaisser le prix maximum du pain de froment, ainsi que d'établir des prix maxima pour le pain contenant de la farine de seigle.

Pour le blé vendu par les producteurs au Comité national de secours et d'alimentation, les prix maxima déterminés dans les dispositions réglementaires de

l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), restent en vigueur.

Bruxelles, le 30 août 1916.

Z. E. K. 512.

Op grond mijner Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de Oogstkommissies, evenals der uitvoeringsbepalingen van 8 Juli 1916 tot deze Verordening, heb ik, op voorstel der Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission), de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel, zemelen en brood voorshands als volgt vastgesteld:

voor tarwe	*uit stapelplaats of molen geleverd*	*fr.*	*41.21*	*per 100 kg.*
„ *rogge*	„ „ „ „ „	„	*27,60*	„ „ „
„ *masteluin*	„ „ „ „ „	„	*29.90*	„ „ „
„ *ongepelde spelt*	„ „ „ „	„	*25,80*	„ „ „
„ *tarwezemelen*	*uit molen geleverd* . .	„	*22,—*	„ „ „
„ *masteluinzemelen*	„ „ „ . .	„	*20,—*	„ „ „
„ *roggezemelen*	„ „ „ . .	„	*18,—*	„ „ „
„ *tarwemeel*	*aan bakkers of gebruikers geleverd*	„	*51,29*	„ „ „
„ *roggemeel*	„ „ „ „ „	„	*35,55*	„ „ „
„ *masteluinmeel*	„ „ „ „	„	*37,60*	„ „ „
„ *tarwemeel op 60 %*	*of fijner gemalen, aan pasteibakkers geleverd*	„	*80,—*	„ „ „
„ *roggemeel op 60 %*	*of fijner gemalen, aan pasteibakkers geleverd*	„	*65,—*	„ „ „
„ *tarwebrood*	*aan gebruikers geleverd* . .	„	*0,46*	„ *kg.*

Deze hoogste prijzen worden op 15 September van kracht.

Den Provincialen Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) wordt de bevoegdheid verleend, voor de omschrijving van afzonderlijke gemeenten op verzoek of na raadpleging van de burgemeesters, telkens eenen lageren hoogsten prijs voor tarwebrood, evenals hoogste prijzen voor brood, tot het bereiden waarvan roggemeel wordt gebruikt, vast te stellen.

Voor de verkoopen der voortbrengers van koren

aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, blijven de hoogste prijzen, vastgesteld in de uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de Oogstkommissies, van kracht.

Brussel, den 30n Augustus 1916.

Z. E. K. 512.

BEKANNTMACHUNG.
betreffend den Kauf von Saatgetreide.

In Verfolg der Verordnung betreffend die Erntekommissionen vom 8. Juli 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2391/2394) § 4 Abs. 2 bestimme ich folgendes:

Wünscht ein Landwirt zur Verbesserung bezw. Vermehrung seines Saatgutes in den Besitz von besserem bezw. mehr Saatgut zu gelangen, so hat er einen diesbezüglichen Antrag bis spätestens zum 1. November 1916 bei dem Bürgermeister seiner Gemeinde zu stellen, der ihn an die zuständige Provinzial-Ernte-Kommission weitergibt. Falls diese zustimmt, kann der Landwirt das gewünschte Saatgut aus den dem Comité National freigegebenen Getreidevorräten zu einem Preise erhalten, der bis zu dem jeweilig festgesetzten Höchstpreise ab Lager oder Mühle gehen kann.

Die durch den Zukauf von Saatgetreide in der Wirtschaft des Landwirtes überschüssig gewordene Getreidemenge eigener Erzeugung hat er an das Comité National abzuliefern.

Die Provinzial-Ernte-Kommission wird dem Landwirt mitteilen, in welcher Weise durch den Einkauf von Saatgetreide seine Lieferungspflicht an die Aufkäufer des Comité National sich erhöht.

Brüssel, den 30. August. 1916.

Z. E. K. 513.

Avis concernant l'achat des céréales destinées aux semailles.

Comme suite au 2e alinéa du § 4 de l'arrêté du 8 juillet 1916 concernant les commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen) [Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2391 à 2394], je décide ce qui suit:

Si, en vue d'améliorer ou d'augmenter ses quantités de céréales destinées aux semailles, un agriculteur désire acquérir soit des semences de meilleure qualité soit un supplément de semences, il devra, le 1er novembre 1916 au plus tard, adresser à cette fin une demande à son bourgmestre, qui la transmettra à la commission provinciale de la récolte (Provinzial-Ernte-Kommission) compétente pour la commune. Si la commission accueille favorablement la demande, l'agriculteur pourra se faire délivrer les quantités en question par le Comité national qui les prendra aux stocks dont la saisie a été levée; le prix de vente pourra atteindre le prix maximum en vigueur au moment de la transaction pour les céréales prises au dépôt ou au moulin.

Les producteurs devront livrer au Comité national les quantités de céréales récoltées par eux et qui, par suite de l'achat de semences, constituent un excédent pour leur exploitation.

La commission provinciale de la récolte fera savoir aux agriculteurs quelles quantités supplémentaires de céréales ils seront obligés de livrer aux mandataires du Comité national comme conséquence de l'achat de semences.

Bruxelles, le 30 août 1916.

Z. E. K. 513.

Bekendmaking betreffend het koopen van zaaikoren.

In aansluiting aan mijn Verordening van 8 Juli

1916 betreffend de Oogstkommissies (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2391-2294) § 4, lid 2, bepaal ik wat volgt:

Wenscht een landbouwer tot verbetering of vermeerdering van zijn zaaigoed zich beter of meer zaaigoed aan te schaffen, zoo moet hij hieromtrent ten laatste op 1 November 1916 een aanvraag indienen bij den burgemeester zijner gemeente, die ze aan de bevoegde Provinciale Oogstkommissie (Provinzial-Ernte-Kommission) overmaakt. In geval deze toestemt, kan de landbouwer het verlangde zaaigoed bekomen uit de aan het Nationaal Komiteit afgestane korenstapels, tegen eenen prijs, die niet hooger mag gaan dan den telkens vastgestelden hoogsten prijs uit de stapelplaats of uit den molen.

De landbouwer moet de hoeveelheid koren van eigen voortbrengst, die ten gevolge van het bijkoopen van zaaigoed in zijn bedrijf overschiet, aan het Nationaal Komiteit inleveren.

De Provinciale Oogstkommissie zal den landbouwer mededeelen, in welke mate zijn leveringsverplichting aan de opkoopers van het Nationaal Komiteit, ten gevolge van den inkoop van zaaikoren, verhoogd wordt.

Brussel, den 30n Augustus 1916.

Z. E. K. 513.

VERORDNUNG,
betreffend Zahlungsverbot und Vermögenssperre gegen Rumänien.

Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung vom 3. November 1914, betreffend Zahlungsverbot gegen England und Frankreich, in der Fassung der Verordnung vom 12. August 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Bel-

giens No. 10 und 109), werden im Wege der Vergeltung auch auf Rumänien für onwendbar erklärt.

Die Anwendung unterliegt folgenden Einschränkungen:

1) Für die Frage, ob das Zahlungsverbot und die Stundung gegen den Erwerber wirkt oder nicht (Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung) kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnitz oder Sitz des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 28. August 1916 oder vorher stattgefunden hat.

2) Soweit sonst in der Verordnung vom 3. November 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an die Stelle.

Art. 2. Als feindlicher Staat im Sinne der Verordnung vom 5. Mai 1916 über das Vermögen von Angehörigen feindlicher Staaten (Gesetz- und-Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens No. 212) gilt auch Rumänien mit der Massgabe, dass an Stelle des in Artikel 1 genannten Zeitpunktes vom 9. Oktober 1915 der 28. August 1916 tritt.

Brüssel, den 30. August 1916.
B. A. 22479 A.

Arrêté concernant l'interdiction d'effectuer des payements en faveur de la Roumanie et de disposer des biens des ressortissants roumains.

Art. 1er. Les prescriptions de l'arrêté du 3 novembre 1914, concernant l'interdiction d'effectuer des payements destinés à l'Angleterre et à la France, modifiées par l'arrêté du 12 août 1915 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, nos. 10 et 109)

sont, par voie de rétorsion, déclarées applicables à la Roumanie.

L'application comporte les restrictions suivantes:

1) Pour savoir si l'interdiction de payer et le sursis sont ou non opposables au cessionnaire (article 2, 2e alinéa de l'arrêté), on devra, sans tenir compte du domicile ou de la résidence du cessionnaire, constater si la cession a eu lieu soit après soit avant le 28 août 1916.

2) Pour autant que, dans l'arrêté du 3 novembre 1914, il est question de la date de l'entrée en vigueur dudit arrêté, cette date est remplacée par la date de l'entrée en vigueur du présent arrêté.

Art. 2. Quant à l'application de l'arrêté du 5 mai 1916, concernant les biens des ressortissants de pays ennemis (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 212), la Roumanie est considérée également comme pays ennemi, toutefois en tenant compte que la date du 9 octobre 1915, mentionnée dans l'article 1er dudit arrêté, est remplacée par la date du 28 août 1916.

Bruxelles, le 30 août 1916.

B. A. 2479 A.

Verordening, betreffend het verbod van betaling tegenover Roemeniën betreffend het vermogen van Roemeensche onderdanen.

Art. 1. De bepalingen der Verordening van 3 November 1914 „betrekkelijk verbod van betaling tegen Engeland en Frankrijk", in de bewoording der Verordening van 12 Augustus 1915 (Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België nrs. 10 en 109) worden, bij wijze van vergelding ook toepasselijk verklaard op Roemenië.

De toepassing is aan volgende beperkingen onderworpen:

1) *Voor de vraag, of het verbod van betaling en de schorsing tegen den overnemer geldt of niet (artikel 2, 2e alinea der Verordening), komt niet in aanmerking de woonplaats of de zetels des ondernemers, maar enkel of de overdraging na of vóór den 28n Augustus 1916 plaats gehad heeft.*

2) *De aanduidingen omtrent de tijdsbepaling van het in kracht treden der Verordening van 3 November 1914, worden vervangen door de tijdsbepaling van het in werking treden dezer Verordening.*

Art. 2. Ook Roemenië geldt als vijandelijke staat in den zin der Verordening van 5 Mei 1916 betreffend het vermogen van onderdanen van vijandelijke staten Wet- en Verordeningsblad voor de bezette streken van België, nr. 212), met dien verstande, dat 28 Augustus 1916 de in artikel 1 aangegeven tijdsbepaling van 9 Oktober 1915 vervangt.

Brussel, den 30n Augustus 1916.

B. A. 2479 A.

No. 250. — 5. SEPTEMBER 1916. (Nihil).

No. 251. — 7. SEPTEMBER 1916. Pag. 2583

BERICHTIGUNG.

Die französische Uebersetzung der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 14. 7. 16., C. C. VII 6390, betreffend die Beschlagnahme und Verwertung der Zichorienwurzeln (Gesetz- und Verordenungsblatt Seite 2409), ist hinsichtlich der technischen Ausdrücke nachgeprüft worden. Nachstehend wird die neue Fassung der französischen Uebersetzung veröffentlicht.

La traduction française de l'arrêté du 14 juillet 1916 (C. C. VII. 6390) de Son Excellence le Gouverneur général concernant la saisie et l'utilisation des cossettes de chicorée (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2409) a été soumise à une revision portant sur les expressions techniques y contenues. Nous publions ci-dessous le nouveau texte de ladite traduction.

De Fransche vertaling van de Verordening van 14 Juli 1916, C. C. VII. 6390, van den heer Generalgouverneur, betreffend de inbeslagneming en benuttiging van suikerijwortels (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2409), is met het oog op de vakwoorden herzien geworden. Hier volgt de herziene Fransche vertaling van bedoelde Verordening.

Arrêté concernant la saisie et l'utilisation des racines et cossettes de chicorée.

Art. 1er. Toutes les *racines* de chicorée de la récolte de 1916/17 qui se trouvent dans le territoire du Gouvernement général, y compris celles qui ont servi à la culture maraichère des chicorées, sont saisies en vertu du présent arrêté.

Art. 2. Les *racines* saisies ne doivent subir aucune modification; il est défendu d'en disposer par convention ou par contrat. De telles conventions ou de tels contrats sont nuls et non avenus.

Il est interdit de faire servir les *racines* à l'alimentation du bétail ou de les brûler. Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique peut, sur demande, autoriser des exceptions à l'interdiction de donner des racines en nourriture au bétail.

Art. 3. Le soin d'utiliser les *racines* de chicorée est

confié à la Section de la Chicorée (Zichorienabteilung)de la „Central-Einkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H."

Art. 4. Tout détenteur de racines de chicorée est tenu de livrer son stock, moyennant payement au comptant, à la Section de la chicorée (Zichorienabteilung) de la „Zentral-Einkaufsgesellschaft" ou aux personnes désignées par elle et qui doivent prouver leur qualité de mandataires. Il est défendu de vendre à d'autres acheteurs.

Quiconque vend des *racines* de chicorée est tenu de s'assurer si l'acheteur est autorisé à acheter et de se faire montrer la pièce justificative prescrite (1er alinéa).

Si le détenteur refuse de céder ses *racines* aux mandataires de la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufsgesellschaft", le chef d'arrondissement pourra, à la requête de ladite „Zentral-Einkaufsgesellschaft", ordonner que le stock en question soit exproprié, au besoin en ayant recours à la force armée, à un prix inférieur de 20 % au prix d'achat établi par l'article 5.

Art. 5. Le prix d'achat des cossettes de chicorée *séchées* dépend de leur qualité et de leur rendement présumé. Ce prix est déterminé par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufsgesellschaft" en tenant compte que 100 kg. de cosettes *séchées* de la meilleure qualité, livres en gare de départ, peuvent être payés 25 francs au plus. Le prix sera payé comptant.

Art. 6. Le transport des *racines* et cossettes de chicorée en Belgique, par chemin de fer, bateau ou camion, n'est autorisé qu'en vertu soit d'une lettre de voiture, soit d'un connaissement, soit d'un permis de transport par camion, délivré par la Section de la chicorée de la „Zentral-Einkaufsgesellschaft" et revêtu du timbre du Chef de l'administration civile près le Gouverneur général.

Art. 7. Les articles 1er à 6 sont aussi applicables à toutes les *racines* et cossettes de chicorée provenant des récoltes antérieures.

Art. 8. Les infractions aux art. 2, 3, 4, 5 et 6 seront punies d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou d'une amende pouvant atteindre 20.000 marcs. L'amende pourra aussi être réunie à la peine d'emprisonnement. En outre, on pourra prononcer la confiscation de la marchandise qui aura formé l'objet de l'infraction.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 9. Le Chef de l'administration civile près le Gouverneur général est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Art. 10. Sont abrogés les arrêtés du 13 août 1915 concernant la saisie des cossettes de chicorée (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 107, p. 880), du 16 septembre 1915 concernant l'emploi des cossettes de chicorée de la nouvelle récolte (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 120, p. 1044) et du 23 octobre 1915 concernant l'utilisation des cossettes de chicorée séchées qui sont saisies (v. Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 134, p. 1267).

Bruxelles, le 14 juillet 1916.

C. C. VII. 6390.

VERORDNUNG.
uber den Verkehr mit Sprengstoffen.

Art. 1. Für die Beschaffung von Sprengstoffen und Zündmitteln (Sprengkapseln, elektrischen Zündern, Zündschnüren u. s. w.) und deren Abgabe zu privaten Zwecken sind die deutschen Bergverwaltungen in Lüttich, Charleroi und Mons zuständig und zwar:

die Bergverwaltung in Lüttich für die Provinzen Lüttich, Luxemburg, Limburg und Antwerpen,

die Bergverwaltung in Charleroi für die Provinz Namur, den südöstlichen, durch den Verwaltungschef näher abzugrenzenden Teil der Provinz Hennegau und den zu den Gerichtsbezirken Nivelles und Löwen gehörigen Teil der Provinz Brabant und die Bergverwaltung in Mons für den nordwestlichen Teil der Provinz Hennegau und den zu dem Gerichtsbezirk Brussel gehörigen Teil der Provinz Brabant.

Anträge auf Abgabe von Sprengstoffen und Zündmitteln sind schriftlich unter Angabe des Zweckes, des Aufbewahrungsortes und der mit der Aufbewahrung und Verwendung zu betrauenden Person an die zuständige Bergverwaltung zu richten.

Art. 2. Die Bergverwaltungen erteilen bei der Abgabe der Sprengstoffe und Zündmittel die in Artikel 1 der Verordnung über Verheimlichung von Sprengstoffen vom 1. Oktober 1915 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 125) geforderte schriftliche Erlaubnis. Sie können bei der Abgabe Weisungen für die Aufbewahrung und Verwendung der Sprengstoffe und Zündmittel geben.

Art. 3. Sprengstoffe und Zündmittel in privatem Besitz dürfen nur in Lagerräumen aufbewahrt werden, die auf Grund der Königlichen Verordnung vom 29. Oktober 1894 durch die zuständige belgische Behörde genehmigt und der deutschen Bergverwaltung gemeldet sind.

Ausnahmen könnnen die Bergverwaltungen bewilligen. Frühere Ausnahmebewilligungen verlieren mit dem 20. September 1916 ihre Gültigkeit Erneuerungsanträge sind sofort einzureichen.

Art. 4. Der Lagerbesiter hat für die sichere Aufbewahrung, im besonderen für den ordnungsmässigen Zustand und Verschluss des Lagerraumes, für die Führung eines Lagerbuches nach dem beigefügten Muster und für die sachgemässe Verwendung der Sprengstoffe und Zündmittel Sorge zu tragen. Das Lagerburch ist den von der zuständigen militärischen Dienststelle oder von der Bergverwaltung beauftragten Personen auf Verlangen vorzulegen.

Art. 5. Sind Anzeichen vorhanden, dass der Verschlusss eines Lagers beschädigt, die sichere Aufbewahrung gefährdet oder Sprengstof abhanden gekommen ist, so hat der Lagerbesitzer dem nächsten Militärbefehlshaber unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Art. 6. Mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen wird bestraft wer den Vorschriften in Artikel, 3, 4 und 5 oder den von der Bergverwaltung auf Grund des Artikel 2 Absatz 2 dieser Verordnung gegebenen Weisungen zuwiderhandelt.

Zuständig sind die Militärbefehlshaber und die Militärgerichte.

Brüssel, den 30. August 1916.

G. G. J. I. 8034/16.

Arrêté concernant le trafic des explosifs.

Art. 1er. Les administrations allemandes des mines (Bergverwaltungen) à Liége, Charleroi et Mons sont compétentes pour les fournitures d'explosifs, de détonateurs, etc. (détonateurs ordinaires, amorces électriques, mèches, etc.), destinés à des usages privés;

la compétence de l'administration allemande des mines à Liége s'étend aux provinces de Liége, Luxembourg, Limbourg et Anvers;

la compétence de l'administration allemande des mines à Charleroi s'étend à la province de Namur, à la partie sud-est de la province de Hainaut, dont le chef de l'administration civile déterminera les limites, et à la partie de la province de Brabant appartenant aux arrondissements judiciaires de Nivelles et de Louvain;

la compétence de l'administration allemande des mines à Mons s'étend à la partie nord-ouest de la province de Hainaut et à la partie de la province de Brabant appartenant à l'arrondissement judiciaire de Bruxelles.

Les demandes de cession d'explosifs, de détonateurs, etc. doivent être adressées par écrit à l'administration des mines compétente; cette demande indiquera le motif, le lieu de garde et la personne chargée de la garde et de l'utilisation.

Art. 2. Lors de la cession des explosifs, des détonateurs, etc., les administrations allemandes des mines remettent aux intéressés l'autorisation écrite imposée par l'article 1er de l'arrêté du 1er octobre 1915, concernant la défense de cacher des explosifs (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 125).

Elles peuvent en même temps donner des instructions concernant la garde et l'utilisation des explosifs, des détonateurs, etc.

Art. 3. Les explosifs, les détonateurs, etc. possédés par les particuliers ne doivent être gardés que dans les dépôts autorisés par l'autorité belge compétente, en vertu de l'arrêté royal du 29 octobre 1894, et déclarés à l'administration allemande des mines.

Les administrations allemandes des mines peuvent

autoriser des exceptions. Les autorisations accordées antérieurement perdront leur validité à partir du 20 septembre 1916. Les demandes de renouvellement doivent être remises immédiatement.

Art. 4. Le dépositaire est tenu de veiller à la bonne garde des produits, notamment à ce que l'état et la fermeture du dépôt soient réglementaires, à ce qu'un livre de dépôt soit tenu conformément au modèle annexé au présent arrêté et à ce que les explosifs, les détonateurs, etc. soient employés rationnellement. Le livre de dépôt doit être présenté, sur demande, aux mandataires de l'autorité militaire compétente ou de l'administration allemande des mines.

Art. 5. S'il y a lieu de supposer soit que la fermeture d'un dépôt est détériorée, soit que la garde des produits n'est plus assurée ou que des explosifs ont disparu, le dépositaire devra en prévenir immédiatement le commandant militaire le plus proche.

Art. 6. Sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre, quiconque aura enfreint les dispositions des articles 3, 4 et 5 ou les instructions données par l'administration allemande des mines en vertu de l'article 2, 2e alinéa, du présent arrêté.

Les commandants et tribunaux militaires sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 30 aoû 1916.

G. G. J. I. 8034/16.

Verordening over den handel in ontplofbare stoffen.

Art. 1. De Duitsche mijnbeheeren (Bergverwaltun-

gen) te Luik, Charleroi, en Bergen zijn bevoegd ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen (gewone ontstekers, elektrische zunders, lonten, enz.) af te leveren voor private doeleinden;

het Duitsch mijnbeheer te Luik heeft deze bevoegdheid voor de provinciën Luik, Limburg en Antwerpen;

het Duitsch mijnbeheer te Charleroi voor de provincie Namen, het Zuidoostelijk gedeelte der provincie Henegouw, waarvan het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) de grenzen nader zal bepalen, en het tot de rechterlijke arrondissementen Nijvel en Leuven behoorend gedeelte der provincie Brabant;

het Duitsch mijnbeheer te Bergen voor het Noordwestelijk gedeelte der provincie Henegouw en het tot het rechterlijk arrondissement Brussel behoorend gedeelte der Provincie Brabant

Aanvragen om levering van ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen moeten schriftelijk, met aangifte van het doeleinde, van de bewaarplaats en van de met de bewaring en aanwending belasten persoon, tot het bevoegd mijnbeheer gericht worden.

Art. 2. De Duitsche mijnbeheeren stellen den belanghebbenden met de afgifte van ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen de bij artikel 1 der Verordening van 1 Oktober 1915 over „het verschuilen van ontplofstoffen" (Wet- en Verordeningsblad nr. 125) vereischte schriftelijke toelating ter hand.

Zij kunnen terzelfder tijd ook aanwijzingen geven voor het bewaren en aanwenden der ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen.

Art. 3. Ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen in het bezit van partikulieren, mogen alleen in bergplaatsen bewaard worden, die op grond van het koninklijk besluit van 29 Oktober 1894, door de bevoeg-

de Belgische overheid zijn goedgekeurd en bij het Duitsche mijnbeheer werden aangegeven.

De Duitsche mijnbeheeren kunnen uitzonderingen toestaan. Vroegere toegestane uitzonderingen zijn van 20 September 1916 af niet meer geldig. Aanvragen om vernieuwing moeten onmiddellijk ingediend worden.

Art. 4. De bergplaatsbezitter moet zorg dragen voor de veilige bewaring, inzonderheid voor den ordelijken toestand en de sluiting der bergplaats, voor het houden van een stapelboek volgens bijgaand model en voor het doelmatig gebruik van de ontplofbare stoffen en ontstekingsmiddelen. Het stapelboek moet den vanwege de bevoegde krijgsoverheid of het Duitsche mijnbeheer aangestelden personen op verzoek voorgelegd worden.

Art. 5. Zijn er teekens voorhanden, dat het slot eener bergplaats beschadigd, dat de veilige bewaring in gevaar of dat ontplofbare stof ontvreemd is, zoo moet de bergplaatsbezitter onmiddellijk den naastbijzijnden krijgsbevelhebber daarvan kennis geven.

Art. 6. Met ten hoogste 5 jaar gevangenis en ten hoogste 20.000 mark boete of met één van beide straffen wordt gestraft; al wie de voorschriften onder artikelen 3, 4 en 5 of de door het Duitsch mijnbeheer, krachtens artikel 2, lid 2, dezer Verordening gegeven bevelen overtreedt.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de krijgsbevelhebbers en krijgsrechtbanken.

Brussel, den 30n Augustus 1916.

G. G. J. I. 8034 16.

No. 252. — 10. SEPTEMBER 1916. Pag. 2595

VERORDNUNG, ***
über den Verkehr mit Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren in Belgien.

§ 1. Das „Militärische Textil-Beschaffungsamt" in Brüssel hat das Recht von den nach § 1 der Verordnung über die Bestandsaufnahhme von Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren in Belgien vom 19. Juli 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 239) bei den anmeldepflichtigen vorhandenen Waren 75 % zu erwerben.

Soweit ein freihändiger Verkauf auf Grund der nach § 2 massgebenden Preisberechnung nicht gelingt, können die betreffenden Waren von dem „Militärischen Textil-Beschaffungsamt" in Brüssel enteignet werden.

Auf folgende unter 1 bis 8 genannten Warengattungen findet dieses Recht nur insoweit Anwendung, als für die betreffenden Waren niedri-

---

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

gere Preise von dem „Militärischen Textil-Beschaffungsamt” in Brüssel angemessen erachtet werden als die bei den betreffenden Nummern genannten Preise.

1. Herrenstoffe sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 140 Zentimeter 14 Mark für das Meter übersteigt.

2. Wäschestoffe, sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 80 Zentimeter 2 Mark für das Meter und für halbleinene und reinleinene Stoffe bei einer Breite von etwa 80 Zentimeter 3 Mark für das Meter übersrteigt.

3. Reinwollene Schlafdecken, sofern der Grosshandelspreis 30 Mark für das Stück übersteigt.

4. Fertige Herren-Tag-und Nachthemden, sofern der Grosshandelspreis 7 Mark für das Stück übersteigt.

5. Wollene Damenkleider- und Mäntelstoffe, sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 130 Zentimeter 10 Mark für das Meter übersteigt.

6. Baumwollene, einfarbige oder buntgewebte Kleider- und Schürzenstoffe, sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 90 Zentimeter 3 Mark für das Meter übersteigt.

7. Baumwollene, bestickte Kleider- und Schürzenstoffe, sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 90 Zentimeter 6 Mark für das Meter übersteigt.

8. Baumwollene bedruckte Kleiderstoffe, sofern der Grosshandelspreis bei einer Breite von etwa 90 Zentimeter 2 Mark für das Meter übersteigt.

Wo in vorstehendem Verzeichnis Preise für bestimmte Breitenmasse der Stoffe als Grenze ange-

geben sind, ist für andere Breiten der Preis entsprechend höher oder niedriger anzunehmen.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabattes massgebend.

§ 2. Bei freihändigem Ankauf ist derjenige Preis zu Grunde zu legen, der für gleichartige Waren in Belgien vor dem 25. Juli 1914 als Verkaufspreis der Fabrikanten handelsüblich war, mit einem Zuschlag von 20-45 %. Für die freihändig angekauften Waren wird bei der Anlieferung der Ware 50 % des festgesetzten Preises, der Rest nach Prüfung der Ware bezahlt.

Im Falle der Enteignung erhält der Ablieferer ein Beitreibungsanerkenntnis über Menge, Art und Wert der Waren; über die Entschädigung entscheidet die Reichsentschädigungskommission nach den bestehenden Grundsätzen:

§ 3. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen wird, sofern nicht nach allgemeinem Strafgesetz höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. Wer sich weigert, enteignete Gegenstände herauszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden,
2. Wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand bei Seite schafft, beschädigt oder zerstört, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräusserungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn beschliesst.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

§ 4. Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Waren, die sich nachweislich

an dem in der Verordnung vom 19. Juli über die Bestandsaufnahme von Web-, Wirk-, Strick- und Bandwaren in Belgien (Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 239 vom 31. Juli 1916) festgesetzen Stichtage im Eigentum der Commission for Relief in Belgium oder des Comité National de Secours et d'Alimentation befanden oder die nachweislich nach diesem Stichtage von ihnen aus dem Auslande eingeführt werden.

Brüssel, den 19. Juli 1916.

C. C. IV. A. 9279.

Arrêté * concernant le trafic des tissus, de la bonneterie (articles en tricot, etc.) et des articles de rubanerie en Belgique.**

§ 1er. Le „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles a le droit d'acquérir 75 % des marchandises qui sont désignées au § 1er de l'arrêté du 19 juillet 1916, concernant le relevé des stocks de tissus, de bonneterie (articles en tricot, etc.) et d'articles de rubanerie se trouvant en Belgique (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 239), et qui sont détenues par les personnes auxquelles incombe le devoir de faire la déclaration prescrite.

Si lesdites marchandises ne se vendent pas à l'amiable, aux prix calculés conformément au § 2, elles pourront être expropriées par le „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles.

Ce droit ne s'applique aux 8 catégories suivantes de marchandises que pour autant que le „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" à Bruxelles juge équitable d'évaluer lesdites marchandises à des prix inférieurs aux prix indiquées ci-dessous:

1. étoffes pour hommes, si le prix du commerce de gros dépasse 14 marcs par mêtre, pour une largeur approximative de 140 centimètres;

2. tissus pour la lingerie, si le prix du commerce de gros dépasse 2 marcs par mètre, pour une largeur approximative de 80 centimètres, et 3 marcs par mètre, pour les tissus mi-lin et tout lin et pour une largeur approximative de 80 centimètres;

3. couvertures de lit, de voyage, etc. en pure laine, si le prix du commerce de gros dépasse 30 marcs par couverture;

4. chemises de jour et de nuit confectionnées pour hommes, si le prix du commerce de gros dépasse 7 marcs par chemise;

5. étoffes de laine pour vêtements de dames et pour manteaux de dames, si le prix du commerce de gros dépasse 10 marcs par mètre pour une largeur approximative de 130 centimètres;

6. étoffes pour vêtements et pour tabliers, en coton, unicolores ou en plusieurs couleurs, si le prix du commerce de gros dépasse 3 marcs par mètre pour une largeur approximative de 90 centimètres;

7. étoffes brodées, en coton, pour vêtements et tabliers, si le prix du commerce de gros dépasse 6 marcs par mètre pour une largeur approximative de 90 centimètres;

8. étoffes en coton imprimé pour vêtements, si le prix du commerce de gros dépasse 2 marcs par mètre pour une largeur approximative de 90 centimètres.

Lorsque, dans ces 8 catégories, les prix indiqués comme limites se rapportent à des largeurs déterminées, lesdits prix seront augmentés ou diminués en conséquence pour les autres largeurs. S'il est accordé des rabais sur certaines marchandises, on tiendra compte des prix obtenus après déduction de ces rabais.

§ 2. Pour les achats à l'amiable, on se basera sur le prix de fabrique usuel auquel les marchandises de ce genre se vendaient en Belgique avant le 25 juillet 1914, en tenant compte d'une hausse de 20 à 45 %. Les marchandises achetées à l'amiable se payeront comme suit: à la livraison, 50 % du prix fixé; le reste, après examen des marchandises.

Si les marchandises sont expropriées, la personne qui les livre recevra un bon de réquisition (Beitreibungsanerkenntnis) indiquant la quantité, le genre et la valeur desdites marchandises; la „Reichsentschädigungskommission" (Commission impériale pour le règlement des indemnités) décidera au sujet de l'indemnité, conformément aux règles en vigueur.

§ 3. Sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre, à moins que les lois pénales ordinaires ne prévoient une peine plus élevée:

1. quiconque aura refusé soit de se dessaisir des marchandises expropriées, soit de les apporter ou de les envoyer au lieu indiqué,

2. quiconque, sans autorisation, aura caché, détérioré, détruit, vendu ou acheté un objet saisi ou bien conclu une transaction en vue de céder ou d'acquérir un tel objet.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger ces infractions.

§ 4. Les dispositions du présent arrêté ne sont pas applicables aux marchandises qui, ainsi qu'il doit être prouvé, appartenaient à la „Commission for Relief in Belgium" ou au Comité national de secours et d'alimentation, à la date du jour du relevé prescrit par l'arrêté du 19 juillet, concernant le relevé des stocks de tissus, de bonneterie (articles en tricot, etc.) et d'articles de

rubanerie se trouvant en Belgique (Bulletin officiel des lois et arrêtés, no. 239 du 31 juillet 1916), ou qui ont été importées de l'étranger par ces deux comités après le jour dudit relevé.

Bruxelles, le 19 juillet 1916.

C. C. IV. A. 9279.

Verordening * over den handel in weefsels, gemaakte en gebreide goederen, en lintwaren in België.**

§ 1. *Het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel heeft het recht, zich 75 % aan te schaffen van de goederen, bedoeld onder § 1 der Verordening van 19 Juli 1916 over de stapelopneming van weefsels, gemaakte en gebreide goederen en van lintwaren in België (Wet- en Verordeningsblad nr. 239), en voorhanden bij personen, die gehouden zijn er aangifte van te doen.*

In geval geen onderhandsche verkoop, op grond van de overeenkomstig § 2 te berekenen prijzen, tot stand komt, mag het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel de betreffende goederen onteigenen.

Dit recht geldt enkel voor de goederen, opgesomd in de 8 volgende kategorieën, zoover het „Militärisches Textil-Beschaffungsamt" te Brussel, het billijk oordeelt bedoelde goederen tegen lagere dan bij de betreffende nummers aangegeven prijzen et berekenen:

1. *Heerenstoffen, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 140 centimeter stofbreedte, meer dan 14 mark per meter bedraagt.*

2. *Witboed, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 80 centimeter stofbreedte meer dan 2 mark per meter en voor halflinnen en heellinnen*

stoffen, bij ongeveer 80 centimeter stofbreedte, meer dan 3 mark per meter bedraagt.

3. *Heelwollen beddedekens, zoover de prijs van den handel in 't groot meer dan 30 mark per stuk bedraagt.*

4. *Gemaakte dag- en nachthemden voor heeren, zoover de prijs van den handel in 't groot meer dan 7 mark per stuk bedraagt.*

5. *Wollen stoffen voor vrouwenkleederen en -mantels, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 130 centimeter stofbreedte, meer dan 10 mark per meter bedraagt.*

6. *Katoenen, eenkleurige of veelkleurige weefstoffen voor kleederen en schorten, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 90 centimeter stofbreedte, meer dan 3 mark per meter bedraagt.*

7. *Katoenen, met borduursel versierde stoffen voor kleederen en schorten, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 90 centimeter stofbreedte, meer dan 6 mark per meter bedraagt.*

8. *Bedrukte katoenen kleederstoffen, zoover de prijs van den handel in 't groot, bij ongeveer 90 centimeter stofbreedte, meer dan 2 mark per meter bedraagt.*

Waar in vorenstaande lijst prijzen voor bepaalde breedteafmetingen der stoffen als grens aangegeven zijn, moet de prijs bij andere stofbreedte overeenkomstig hooger of lager berekend worden.

Wordt op de prijzen een afslag toegestaan, dan gelden de prijzen waarvan de afslag afgetrokken is.

§ 2. Bij onderhandschen aankoop dient de prijs, die in België vóór 25 Juli 1914 voor soortgelijk goederen als verkoopprijs van den fabrikant in den handel gold, tot grondslag: bij dezen prijs komt een bijslag van 20 tot 45 %. Voor de onderhands gekochte goederen is bij de levering 50 % van den vastgestelden prijs te

bepalen; de andere helft wordt na het onderzoek der goederen voldaan.

In geval de goederen onteigend worden, ontvangt de leveraar een opeischingsbekentenis (Beitreibungsanerkenntnis), waarin hoeveelheid, aard en waarde der goederen zijn aangegeven. De „Reichsentschädigungskommission" beslist overeenkomstig de bestaande grondregels over de schadeloosstelling.

§ 3. Wordt gestraft met ten hoogste 1 jaar gevangenis en met ten hoogste 20 000 mark boete of met een dezer beide straffen zoover de algemeene strafwet geen zwaardere straffen voorziet:

1. *Wie weigert onteigende voorwerpen af te leveren, of ze op verlangen van den verwerver te brengen of te verzenden,*

2. *Wie onbevoegd een in beslag genomen voorwerp verwijdert, besechadigt of vernielt, verkoopt of koopt of het op eenige andere wijze uit winstbejag van de hand doet of verwerft.*

De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot oordeelvellen bevoegd.

§ 4. De bepalingen dezer Verordening zijn niet toepasselijk op goederen, waarvan bewezen kan worden, dat zij op den proefdag, vastgesteld bij Verordening van 19 Juli 1916 over de stapelopneming van weefsels, afgemaakte en gebreide goederen en van lintwaren in België (Wet- en Verordeningsblad, nr. 239 van 31 Juli 1916) het eigendom uitmaakten van de „Commission for Relief in Belgium" of van het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, of waarvan bewezen kan worden, dat zij na dien proefdag door deze laatsten uit het buitenland zijn ingevoerd.

Brussel, den 19n Juli 1916.
C. C. IV. A. 9279

VERORDNUNG, ***
über den Verkehr mit Textil-Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten, sowie deren Abfallprodukten.

§ 1. Nach Massgabe der folgenden Bestimmungen sind die am 12. September 1916 (Stichtag) im Gebiet des Generalgouvernements vorhandenen Bestände von Gegenständen der nachbezeichneten Art der Meldepflicht unterworfen, nämlich:

1) Baumwolle, Kunstbaumwolle, Jute und Hanf,

2) baumwollene, kunstbaumwollene, kunstseidene und alle andern mit diesen Materialien gemischten oder verzwirnten Garne,

3) reinwollene und halbwollene Garne sowie alle mit Wolle irgendwelcher Art gemischten oder verzwirnten Garde,

4) Bindegarne, Bindfäden und Kordeln,

5) alte und neue Seile und Taue,

6) Vorgespinste der unter 1 bis 5 bezeichneten Erzeugnisse,

7) Putzbaumwolle,

8) Spinn- und Webabfälle der unter 1 bis 5 bezeichneten Erzeugnisse.

§ 2. Zur Anmeldung verpflichtet sind alle natürlichen und juristischen Personen, Gesellschaften, Verbände und Vereinigungen, privatrechtlicher oder öffentlichrechtlicher Natur, die am 12. September 1916 (Stichtag) Gegenstände der in § 1 bezeichneten Art in Gewahrsam haben. Befinden sich solche Gegenstände nicht im Gewahrsám des Eigentümers, so sind sie sowohl vom Eigentümer, als auch von demjenigen anzumelden, der sie in Gewahrsam hat. (Lagerhalter, Spediteur u. s. w.)

Zur Anmeldung verpflichtet ist ferner jeder, der nach dem Stichtage meldepflichthige Gegenstände in Gewahrsam erhält, die vor dem Stichtage bereits an ihn abgesandt waren.

Wer darüber im Unklaren ist, ob er anmeldepflichtig ist oder nicht, hat anzumelden.

§ 3. Von der Verpflichtung zur Anmeldung befreit ist:

1) hinsichtlich der im § 1 unter 2 und 3 bezeichneten Gegenstände: wer von einer Art und Farbe dieser Gegenstände nich mehr als 5 kg. in Gewahrsam hat,

2) hinsichtlich der im § 1 unter 1, 6 und 7 bezeichneten Gegenstände: wer von einer Art dieser Gegenstände nicht mehr als 25 kg in Gewahrsam hat,

3) hinsichtlich der im § 1 unter 4 bezeichneten Gegenstände: wer von einer Art dieser Gegenstände nicht mehr als 300 kg. in Gewahrsam hat,

4) hinsichtlich der im § 1 unter 5 bezeichneten Gegenstände: wer von einer Art dieser Gegenstände nicht mehr als 600 kg in Gewahrsam hat, ferner derjenige, welcher solche Gegenstände in seinem Gewerbebetriebe benutzt, insoweit sie zur Aufrechterhaltung seines Gewerbebetriebes erforderlich sind.

§ 4. Die Anmeldung der Bestände nach Art und Gewichtsmeige jeder Art hat bis spätestens 15. September 1916 bei den nachbezeichneten Stellen zu erfolgen:

1) hinsichtlich der in § 1 unter 1 und 7 bezeichneten Waren: bei der Rohstoff-Verwaltungsstelle in Brüssel, Kunstherlevingslaan 30,

2) hinsichtlich der in § 1 unter 2 bezeichneten Waren sowie der Vorgespinste und Spinn- und

Webabfälle solcher Erzeugnisse: bei der Baumwollgarn-Abrechnungsstelle in Brüssel, Grand-Hotel, Anspachlaan 29.

3) hinsichtlich der in § 1 unter 3 aufgeführten Waren sowie der Vorgespinste und Spinn- und Webabfälle solcher Erzeugnisse: bei der Einkaufsstelle der Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, Garnabteilung, in Brüssel, Grand-Hotel, Anspachlaan 29,

4) hinsichtlich der in § 1 unter 4 und 5 bezeichneten Waren: bei der Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien, Abteilung Bindegarne, in Brüssel, Jonkherstraat 2/4.

5) hinsichtlich der in § 1 unter 6 und 8 aufgeführten Waren bei den für die entsprechenden Garne und Gewebe nach Ziffer 1 bis 4 dieses Paragraphen (§ 4) zuständigen Stellen und Gesellschaften.

Die Anmeldung hat, unter Beifügung eines Musters für jede Art, schriftlich zu erfolgen, und zwar für die in § 1 unter Ziffer 3 bezeichneten Gegenstände auf Meldescheinen, die bei dem zuständigen Kreischef (Kommandant, Abschnittskommandeur) unentgeltlich zu erhalten sind.

Massgebend für die Anmeldung ist der Bestand am Stichtage.

§ 5. Die in § 4 genannten Stellen und Gesellschaften sind berechtigt, die nach § 1 anmeldepflichtigen Bestände aufzukaufen. Soweit ein freihändiger Ankauf auf Grund der nach § 6 massgebenden Preisberechnung nicht gelingt, können die betreffenden Waren auf Antrag der oben genannten Stellen und Gesellschaften durch das Generalgouvernement, Sektion K. R., zu Gunsten dieser Stellen und Gesellschaften enteignet werden.

§ 6. Bei freihändigen Ankauf ist derjenige Preis zu Grunde zu legen, der für gleichartige Waren in Belgien vor dem 25. Juli 1914 als Verkaufspreis des Fabrikanten handelsüblich war, mit einem Zuschlag von 30—60 %. Für die freihändig angekauften Waren wird bei der Anlieferung der Ware bei Abfällen 50 %, bei anderen Waren 75 % des festgesetzten Preises, der Rest nach Prüfung der Ware gezahlt.

Im Falle der Enteignung erhält der Ablieferer ein Beitreibungsanerkenntnis über Menge, Art und Wert der Waren; über die Enschädigung entscheidet die Reichsentschädigungskommission nach den bestehenden Grundsätzen.

§ 7. Abgesehen von den Verkäufen gemäss § 5 an die dort genannten Stellen und Gesellschaften darf vorläufig bis zum 15. Oktober 1916 nur der zehnte Teil der anmeldepflichtigen Bestände veräussert oder verarbeitet werden. Im übrigen dürfen Waren dieser Art weder veräussert, noch verarbeit werden; als Verarbeitung im Sinne dieser Vorschrift gilt insbesondere das Spinnen, Zwirnen, Färben, Weben, Stricken, Wirken und Flechten.

§ 8. Die Besitzer der nach § 1 anmeldepflichtigen gen Gegenstände sind verpflichtet, diese bis auf weiteres zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Abgesehen von der Ausnahmebestimmung des § 7 Satz 1 ist auch jede Besitzveränderung der anmelde pflichtigen Gegenstände verboten.

§ 9. Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich oder grob fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 20.000.— M oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach allgemeinem Straf-

gesetz höhere Strafen verwirkt sind. Daneben ist die Einziehung derjenigen Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, zu Gunsten der in § 4 genannten Stellen und Gesellschaften zulässig; bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung muss aus Einziehung erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§ 10 Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

§ 11. Die Vorschriften in Artikel 5, 6, 7, 8 und 9, Absatz 1, Satz 2 dieser Verordnung finden keine Anwendung auf die am Stichtage nachweislich im Eigentum der Commission for Relief in Belgium oder des Comité National de Secours et d'Alimentation befindlichen Waren.

Brüssel, den 22. August 1916.

C. C. IV *a* 11972.

Arrêté * concernant le trafie des matières premières textiles, des produits mi-ouvrés et finis et de leurs déchets.**

§ 1er. Doivent être déclarés, conformément aux dispositions suivantes, les objets se trouvant le 12 septembre 1916 (jour du relevé) dans le territoire du Gouvernement général et rentrant dans les catégories désignées ci-après:

1) coton, coton artificiel, jute et chanvre,

2) fils de coton, de coton artificiel, de soie artificielle et tous les autres fils mélangés ou retordus avec ces matières textiles,

3) les fils en pure laine ou demi-laine ainsi que les fils mélangés ou retordus avec une laine quelconque,

4) fils pour lieuses, ficelles et cordes,

5) cordages et câbles usagés et neufs,

6) produits préparatoires (mèches, etc.) de tous les produits désignés aux nos. 1 à 5,

7) déchets de coton pour le nettoyage des machines,

8) déchets de la filature et du tissage des produits désignés aux nos. 1 à 5.

§ 2. Sont tenus de faire la déclaration toutes les personnes physiques ou morales et les sociétés, groupements et associations du droit privé ou public qui, le 12 septembre 1916 (jour du relevé), détiennent des objets rentrant dans les catégories désignées au § 1er. Si lesdits objets ne sont pas détenus par le propriétaire, quiconque les détiendra (dépositaire, commissionnaire-expéditeur, etc.) devra les déclarer.

Est, en outre, tenu de faire la déclaration, quiconque, après le jour du relevé, recevra et détiendra des objets déclarables lui expédiés avant le jour du relevé.

Quiconque ne sait pas exactement s'il est obligé ou non de faire une déclaration, est tenu de déclarer.

§ 3. Sont exempts de l'obligation de déclarer:

1) quant aux objets désignés aux nos. 2 et 3 du § 1er: quiconque ne détient pas plus de 5 kg. d'une même catégorie et d'une même couleur desdits objets,

2) quant aux objets désignés aux nos. 1, 6 et 7 du § 1er: quiconque ne détient pas plus de 25 kg. d'une même catégorie desdits objets,

3) quant aux objets désignés au no. 4 du § 1er: quiconque ne détient pas plus de 300 kg. d'une même catégorie desdits objets,

4) quant aux objets désignés au no. 5 du § 1er: quiconque ne détient pas plus de 600 kg. d'une même catégorie desdits objets; en outre, quiconque utilise lesdits objets dans son exploitation, pour autant qu'ils soient nécessaires à la continuation de cette exploitation.

§ 4. La déclaration des stocks, par catégorie et avec indication des poids pour chaque catégorie, doit se faire le 15 septembre 1916 au plus tard aux bureaux suivants:

1) pour les marchandises désignées aux nos 1 et 7 du § 1er: à la „Rohstoff-Verwaltungsstelle", à Bruxelles, 30, avenue de la Renaissance;

2) pour les marchandises désignées au no. 2 du § 1er ainsi que pour les produits préparatoires (mèches, etc.) et les déchets de la filature et du tissage desdites marchandises: à la „Baumwollgarn-Abrechnungsstelle", à Bruxelles, Grand Hôtel, 29, boulevard Ansprach;

3) pour les marchandises désignées au no. 3 du § 1er ainsi que pour les produits préparatoires (mèches, etc.) et les déchets de la filature et du tissage desdites marchandises: à la „Einkaufsstelle der Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft für Belgien, Garnabteilung", à Bruxelles, Grand Hôtel, 29, boulevard Anspach;

4) pour les marchandises désignées aux nos. 4 et 5 du § 1er: à la „Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien, Abteilung Bindegarne", à Bruxelles, 2-4, rue du Gentilhomme;

5) pour les marchandises désignées aux nos. 6 et 8 du § 1er: à chacune des autorités ou sociétés compétentes pour recevoir les déclarations concernant les divers fils et tissus désignés aux nos. 1 à 4 du présent paragraphe (§ 4).

La déclaration doit se faire par écrit; un échantillon de chaque catégorie sera joint à la déclaration; pour les objets désignés au no. 3 du § 1er, on se servira à cette fin de bulletins de déclaration *ad hoc* qui seront fournis gratuitement sur demande par le chef d'arrondissement (Kreischef, Kommandant, Abschnittskommandeur) compétent.

La déclaration portera sur les quantités détenues le jour du relevé.

§ 5. Les autorités et sociétés nommées au § 4 ont le droit d'acheter les stocks qui doivent être déclarés en vertu du § 1er. S'il ne leur est pas possible d'acheter à l'amiable, en tenant compte du prix établi conformément au § 6, les marchandises en question pourront, à la demande et en faveur des autorités et sociétés susmentionnées, être expropriées par la Section K. R. du Gouvernement général.

§ 6. Pour les achats à l'amiable, on se basera sur le prix de fabrique usuel auquel les marchandises de ce genre se vendaient en Belgique avant le 25 juillet 1914, en tenant compte d'une hausse de 30 à 60 %. Les marchandises achetées à l'amiable se payeront comme suit: à la livraison: pour les déchets, 50 % du prix fixé; pour les autres marchandises, 75 % dudit prix; le reste sera versé après examen des marchandises.

Si les marchandises sont expropriées, la personne qui les livre recevra un bon de réquisition (Beitreibungsanerkenntnis) indiquant la quantité, le genre et la valeur desdites marchandises; la „Reichsentschädigungskommission" (Commission impériale pour le règlement des indemnités) décidera au sujet de l'indemnité, conformément aux règles en vigueur.

§ 7. Abstraction faite des ventes qui seront effectuées conformément au § 5 aux autorités ou sociétés y désignées, il ne pourra, provisoirement jusqu'au 15 octobre 1916, être cédé ou mis en travail que la dixième partie des stocks déclarables. Pour le surplus, toutes les marchandises de ce genre ne pourront être ni cédées ni mises en travail; par la mise en travail, quant à l'application de la présente disposition, il faut entendre notamment la filature, le retordage, la teinture, le tissage, le tricotage et le tressage.

§ 8. Les détenteurs des objets déclarables en vertu du § 1er sont tenus de les garder avec soin jusqu'à nouvel ordre. Abstraction faite de la disposition dérogatoire du § 7, 1re phrase, tout changement de détenteur des objets déclarables est interdit.

§ 9. Quiconque, intentionnellement ou par grave négligence, aura enfreint les dispositions du présent arrêté sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre, à moins toutefois que les lois pénales ne prévoient l'application d'une peine plus élevée. En outre, on pourra prononcer la confiscation des choses qui auront formé l'objet de l'infraction; cette confiscation se fera en faveur des autorités et sociétés nommées au § 4; si l'infraction a été commise intentionnellement, ladite confiscation devra être prononcée.

Toute tentative d'infraction est punissable.

§ 10. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

§ 11. Les dispositions des articles 5, 6, 7, 8 et 9, 1er alinéa, 2e phrase du présent arrêté ne sont pas applicables aux marchandises dont la „Commission for Relief in Belgium" et le Comité national de secours et d'alimentation seront propriétaires le jour du relevé à la condition que cette propriété puisse être prouvée.

Bruxelles, le 22 août 1916.

C. C. IV*a* 11972.

Verordening * over den handel in textielgrondstoffen, in half afgewerkte en afgewerkte fabrikaten, evenals in hun afvalvoortbrengselen.**

§ 1. De stapels voorwerpen van hieronder aangeduide soort, die op 12 September 1916 (proefdag) in het gebied van het Generalgouvernement voorhanden

zijn, moeten overeenkomstig de volgende bepalingen worden aangegeven, namelijk:

1) *katoen, kunstkatoen, jute en hennep,*

2) *katoenen, kunstkatoen, kunstzijden en alle andere met deze stoffen gemengde of getwijnde garens,*

3) *zuiverwollen en halfwollen garens, evenals alle met wol van om 't even welke soort gemengde of getwijnde garens,*

4) *bindgaren, bindtouwen en koorden,*

5) *oude en nieuwe touwen en kabels,*

6) *voorspinsels (wieken, enz.) van de onder 1-5 aangeduide voortbrengselen,*

7) *poetskatoen,*

8) *spin- en weefafval van de onder 1-5 aangeduide voortbrengselen.*

§ 2. Alle natuurlijke en rechtspersonen, privaat of openbaar rechtelijke vennootschappen, lichamen en vereenigingen, die op 12 September 1916 (proefdag) voorwerpen van de in § 1 aangeduide soort in bewaring hebben, zijn verplicht daarvan aangifte te doen. In geval zulke voorwerpen niet bij den eigenaar in bewaring liggen, moeten zij zoowel door denn eigenaar als door den persoon, bij wien ze in bewaring zijn (pakhuishouder, expediteur, enz.), aangegeven worden.

Verder is ieder, die na den proefdag aan te geven voorwerpen in bewaring ontvangt, welke reeds vóór dien dag aan zijn adres waren verzonden, verplicht aangifte te doen.

Twijfelt iemand of zijn goederen al dan niet aan te geven zijn, zoo moet hij ze aangeven.

§ 3. Is niet verplicht aangifte te doen:

1) *wat betreft de voorwerpen aangeduid in § 1 onder 2 en 3: wie van één soort en kleur dier voorwerpen niet meer dan 5 kgr. in bewaring heeft,*

2) *wat betreft de voorwerpen aangeduid in § 1*

onder 1, 6 en 7: wie van één soort dier voorwerpen niet meer dan 25 kgr. in bewaring heeft,

3) *wat betreft de voorwerpen aangeduid in § 1 onder 4: wie van één soort dier voorwerpen niet meer dan 300 kgr. in bewaring heeft,*

4) *wat betreft de voorwerpen aangeduid in § 1 onder 5: wie van één soort dier goederen niet meer dan 600 kgr. in bewaring heeft, alsook wie zulke voorwerpen in zijn nijverheidsbedrijf gebruikt, zoover zij tot het in stand houden van zijn nijverheidsbedrijf vereischt zijn.*

§ 4. De aangifte van de stapels naar soort en gewicht voor elke soort, moet ten laatste op 15 September 1916 bij onderstaande kantoren geschieden:

1) *wat betreft de goederen aangeduid in § 1 onder 1 en 7: bij de „Rohstoff-Verwaltungsstelle", te Brussel, Kunstherlevingslaan, 30,*

2) *wat betreft de goederen aangeduid in § 1 onder 2, evenals de voorspinsels (wieken, enz.) en de spin- en weefafval dier voortbrengselen: bij de „Baumwollgarn-Abrechnungsstelle", te Brussel, Grand Hôtel, Anspachlaan, 29,*

3) *wat betreft de goederen opgesomd in § 1 onder 3, evenals de voorspinsels (wieken, enz.) en spin- en weefafval dier voortbrengselen: bij de „Einkaufsstelle der Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, Garnabteilung", te Brussel, Grand Hôtel, Anspachlaan 29,*

4) *wat betreft de goederen aangeduid in § 1 onder 4 en 5: bij de „Zentral-Einkaufsgesellschaft für Belgien, Abteilung Bindegarne", te Brussel, Jonkheerstraat, 2-4.*

5) *wat betreft de goederen opgesomd in § 1 onder 6 en 8: bij de op grond van nummers 1-4 van dezen paragraaf (§ 1) bevoegde kantoren en vennootschappen voor de overeenstemmende garens en weefsels.*

De aangifte moet, onder bijvoeging van een staal voor elke soort, schriftelijk worden gedaan, en wel voor voorwerpen aangeduid in § 1 onder nummer 3, op lijsten van aangifte, die te dien einde kosteloos te bekomen zijn bij den bevoegden „Kreischef" (Kommandant, Abschnittskommandeur).

Voor de aangifte geldt de stapel, zooals hij op den proefdag was.

§ 5. De kantoren en vennootschappen, vermeld in § 4 hebben het recht, de overeenkomstig § 1 aan te geven stapels op te koopen. Zoover geen ondershandsche aankoop, op grond van de overeenkomstig § 6 te berekenen prijzen tot stand komt, mag het Generalgouvernement Sektion K. R., op voorstel van voormelde kantoren en vennootschappen, de betreffende goederen onteigenen ten bate dier kantoren en vennootschappen.

§ 6. Bij onderhandschen aankoop dient de prijs, die in België vóór 25 Juli 1914 voor soortgelijke goederen als verkoopprijs van den fabrikant in den handel gold, tot grondslag; bij dezen prijs komt een bijslag van 30 tot 60 %. Voor de ondershands gekochte goederen, is bij de levering voor afval 50 %, voor andere goederen 75 % van den vastgestelden prijs te betalen; het overige bedrag wordt na het onderzoek der goederen voldaan.

In geval de goederen onteigend worden, ontvangt de leveraar een opeischingsbekentenis (Beitreibungsanerkenntnis), waarin hoeveelheid, aard en waarde der goederen zijn aangegeven. De „Reichsentschädigungskommission" beslist overeenkomstig de bestaande grondregels over de schadeloosstelling.

§ 7. Van den verkoop overeenkomstig § 5, aan de aldaar genoemde kantoren en vennootschappen afgezien, mag voorloopig tot op 15 Oktober 1916 slechts

het tiende deel van de aan te geven stapels vervreemd of verwerkt worden. Voor het overige mogen soortgelijke goederen nog vervreemd, noch verwerkt worden; onder verwerken is in den zin van dit voorschrift inzonderheid te verstaan: het spinnen, twijnen, verwen, weven, breien en vlechten.

§ 8. De bezitters van overeenkomstig § 1 aan te geven voorwerpen zijn verplicht, deze voorhands te bewaren en met de noodige zorgen te behandelen. Afgezien van de uitzonderingsbepaling van § 7, 1e zin, is elke bezitsverandering van de aan te geven voorwerpen eveneens verboden.

§ 9. Wie de voorschriften van deze Verordening opzettelijk of uit grove nalatigheid overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste 1 jaar gevangenis en met ten hoogste 20.000 mark boete, of met een van beide straffen, zoover de algemeene strafwet geen zwaardere straffen voorziet. Daarenboven kan de verbeurdverklaring der voorwerpen, waarop de strafbare handeling betrekking heeft, ten bate van de in § 4 genoemde kantoren en vennootschappen uitgesproken worden; bij opzettelijke overtredingen van deze Verordening moet de verbeurdverklaring worden uitgesproken.

De poging tot overtreding is strafbaar.

§ 10. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsoverheden zijn tot oordeelvellen bevoegd.

§ 11. De voorschriften van artikelen 5, 6, 7, 8 en 9, lid 1, 2e zin, van deze Verordening zijn niet toepasselijk op goederen, waarvan bewezen kan worden, dat zij op den proefdag, het eigendom waren van de „Commission for Relief in Belgium" of van het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit.

Brussel, den 22n Augustus 1916.

C. C. IV A 11972.

VERORDNUNG.

Einziger Artikel.

Artikel 9 des organischen Gesetzes über den höheren Unterricht vom 15. 7. 1849 erhält folgenden Zusatz:

Verdiente Männer, deren Häupttätigkeit ausserhalb der Universität liegt und die zur Vertretung einzelner spezieller Zweige der Wissenschaft in den Lehrkörper einer Universität berufen werden, können zu ordentlichen Honorarprofessoren ernannt werden.

Sie erhalten damit den Rang der ordentlichen Professoren und die Rechte der Dozenten. Ihr Gehalt wird von Fall zu Fall festgesetzt. In der durch Artikel 10 des vorgenannten Gesetzes bestimmten Zahl der Professoren werden sie nicht mitgerechnet. Sie bedürfen zur Ausübung ihrer Haupttätigkeit nicht der in Artikel 12 desselben Gesetzes vorgesehenen Erlaubnis.

A. H. Q., den 22. August 1916.

C. C. III*b* 558.

Article unique.

L'article 9 de la loi organique de l'Enseignement supérieur donné aux frais de l'Etat du 15. 7. 1849, est complété comme suit:

Les hommes de mérite qui ont leur occupation principale en dehors de l'Université et qui sont appelés à faire partie du personnel enseignant d'une Université pour y représenter une branche particulière de la science, peuvent être nommés professeur ordinaire honoraire.

Cette nomination leur confère le rang des professeurs ordinaires avec les droits des chargés de cours. Leur traitement est fixé, dans chaque cas, par décision spéciale. Ils ne sont pas compris dans le nombre des professeurs, tel que celui-ci est fixé par l'article 10 de la loi prérappelée. Pour continuer à exercer leur occupation principale, ils n'ont point besoin de l'autorisation prévue par l'article 12 de la loi susvisée.

A. H. Q., le 22 août 1916.

C. C. III*b* 558.

Eenig artikel.

Artikel 9 der wet tot regeling van het op Staatskosten gegeven Hooger Onderwijs van 15. 7. 1849 word als volgt aangevuld:

Verdienstelijke mannen, die hunne bezigheid buiten de Universiteit hebben en die tot vertegenwoordiging van eenig bijzonder wetenschappelijk vak onder de leerkrachten eener Universiteit worden opgenomen, kunnen tot gewoon eere-professor benoemd worden. Met deze benoeming verkrijgen zij den rang der der gewone professoren en de rechten der docenten. Hunne wedde wordt, voor elk geval, afzonderlijk bepaald. Zij tellen niet mede in het bij artikel 10 van voormelde wet vastgestelde getal professoren. Tot uitoefening na hunne hoofdbezigheid behoeven zij de bij artikel 12 van bewuste wet voorgeschreven machtiging niet.

A H. Q., den 22n Augustus 1916.

*C. C. III*b *558*

4.

VERORDNUNG.

Zur Aburteilung von Zuwiderhandlungen gegen

die Verordnungen „betreffend Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs” vom 9. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2495), „betreffend die Einschränkung des Verbrauchs an Sahne” vom 9. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2497) sowie „betreffend die Regelung des Verkehrs mit Butter” vom 22. August 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2559) is für das Gebiet der Kommandantur Maubeuge das französische Gericht von Maubeuge zuständig.

Brüssel, den 2. September 1916.

C. C. VI *a* 7235.

Dans le district de la „Kommandantur” de Maubeuge, le tribunal français de Maubeuge est compétent pour juger les infractions aux dispositions des arrêtés du 9 août 1916, concernant la restriction de la consommation de la viande et de la graisse (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 2495), du 9 août 1916, concernant la restriction de la consommation de la crême (Buletin officiel des lois et arrêtés, page 2497), et du 22 août 1916, concernant la réglementation du commerce du beurre (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 2559).

Bruxelles, le 2 septembre 1916.

C. C. VI*a* 7235.

Tot oordeelvellen in zake overtredingen van de Verordeningen van 9 Augustus 1916 „betreffend beperkt gebruik van vleesch en vet” (Wet- en Verordeningsblad bl. 2495), van 9 Augustus 1916 „betreffend beperkt gebruik van room” (Wet- en Verordeningsblad bl. 2497), evenals van 22 Augustus 1916 „betreffend regeling van den handel in boter” (Wet- en Verordeningsblad bl. 2559), is voor het Gebied der Kom-

mandantur Maubeuge de Fransche rechtbank te Maubeuge bevoegd.

Brussel, den 2n September 1916
C. C. VIa 7235.

No. 253. — 13. SEPTEMBER 1916. Pag. 2611.

VERORDNUNG.
über die Liquidation britischer Unternehmungen.

§ 1. Bei Unternehmungen, deren Kapital überwiegend britschen Staatsangehörigen zusteht, oder die vom britischen Gebiet aus geleitet oder beaufsichtigt werden oder bis zum Kriegsausbruch geleitet oder beaufsichtigt worden sind, kann die Liquidation der Unternehmung angeordnet werden. Das Gleiche gilt von einer britischen Beteiligung an einem Unternehmen. Einem Unternehmen im Sinne dieser Verordnung stehen Zweigniederlassungen, Agenturen, Warenlager, Nachlassmassen und Grundstücke sowie Vermögenswerte jeder Art gleich.

Zuständig zur Anordnung ist:

1. sofern es sich um Unternehmungen handelt, die in Belgien einen industriellen Betrieb unterhalten oder Warenhandel oder Versicherungsgeschäfte betreiben, sowie bei Warenlagern und Grundstücken der Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien,
2. in den übrigen Fällen der Generalkommissar für die Banken in Belgien.

Vor der Anordnung ist meinen Zustimmung einzuholen.

§ 2. Die Liquidation ist nach allgemeinen und besonderen Weisungen, deren Erlass ich mir vor-

behalte, durch einen Liquidator durchzuführen. Der Liquidator wird in den Fällen des § 1 Absatz 2 Nr. 1 vom Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien, in den Fällen des § 1 Absatz 2 Nr. 2., vom Generalkommissar für die Banken in Belgien ernannt.

§ 3. Der für ein Unternehmen bestellte Liquidator hat sich in den Besitz des Unternehmens zu setzen. Er ist zu allen Rechtshandlungen für das Unternehmen ausschliesslich befugt. Er kann das Unternehmen als Ganzes veräussern.

Die Befugnisse des Inhabers des Unternehmens sowie die Befugnisse anderer Personen zu Rechtshandlungen für das Unternehmen ruhen. Das Gleiche gilt von den Befugnissen aller Organe.

Ist für die britische Beteiligung an einem Unternehmen ein Liquidator bestellt, so übt er alle Rechte des britischen Beteiligten aus; er ist insbesondere auch befugt, die Beteiligung an das Unternehmen oder an Dritte zu veräussern. Handelt es sich um die Beteiligung an einer offenen Handelsgesellschaft oder an einer Kommanditgesellschaft, so kann der Liquidator die Gesellschaft ohne Einhaltung einer Frist kündigen.

Ist das Recht der Beteiligung in einer Urkunde verbrieft, so kann diejenige Stelle, welche die Liquidation angeordnet hat, bestimmen, dass das Unternehmen an Stelle der von dem Liquidator für kraftlos zu erklärenden Urkunde eine neue Urkunde über die Beteiligung aufzustellen hat.

§ 4. Der Liquidator kann ungeachtet der Vorschriften der Verordnung betreffend Zahlungsverbot gegen England vom 3. November 1914, die Erfüllung vermögensrechtlicher Ansprüche fordern; das Zahlungsverbot und die Stundung enden

mit dem Ablauf eines Monats nach der Aufforderung zur Leistung.

Endet bei einem Wechsel, bei welchem gemäss § 4 der Verordnung vom 3. November 1914 die Protesterhebung hinausgeschoben ist, die Stundung auf Grund der Vorschrift des Absatz 1, so bleiben gleichwohl die Protesterhebung und der Rückgriff aus dem Wechsel bis auf weiteres ausgeschlossen. Diese Vorschrift findet auf Schecks entsprechende Anwendung.

§ 5. Für das der Liquidation unterstehende Vermögen gelten die in Artikel 1 der Verordnung über das Vermögen von Angehörigen eindlicher Staaten vom 5. Mai 1916 bezeichneten Verfügungsbeschränkungen nicht, sofern die Verfügungen von dem Liquidator vorgenommen werden.

§ 6. Liegen bei einem Unternehmen Tatsachen vor, die die Annahme rechtfertigen, dass die Voraussetzungen des § 1 zutreffen, so hat die zur Anordnung der Liquidation zuständige Stelle das Recht, die Bücher und Schriften einzusehen und von den Verwaltungsmitgliedern, Inhabern und Angestellten sowie von allen Personen, die Mitteilungen über das Unternehmen zu machen in der Lage sind, Auskunft über die Geschäftsverhältnisse zu verlangen.

§ 7 Das Unternehmen hat alle durch die Liquidation veranlassten Kosten zu tragen. Diese Kosten gelten als bevorrechtigte Forderungen. Der Liquidationserlös ist, soweit er auf britische Staatsangehörige entfällt, zu hinterlegen. Die die Liquidation anordnende Stelle kann an in Belgien wohnende britische Beteiligte die Auszahlung der für den Unterhalt erforderlichen Beträge gestatten.

§ 8. Für die Ausführung der ihm übertragenen

Geschäfte ist der Liquidator ausschliesslich dem Generalgouverneur verantwortlich.

§ 9. Als britisches Gebiet im Sinne dieser Verordnung gelten Grossbritannien und Irland sowie, mit Ausnahme Kanadas und der Südafrikanischen Union, die britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen; als britische Staatsangehörige gelten die Angehörigen dieser Länder sowie die nach britischem Rechte begründeten juritischen Personen.

§ 10. Wer vorsätzlich einem gemäss dieser Verordnung gestellten Liquidator Gegenstände ganz oder teilweise entzieht oder bei einer Entziehung mitwirkt, oder wer die im § 6 vorgeschriebene Auskunft vorsätzlich nicht erteilt oder wissentlich oder fahrlässig unwahre Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark und Gefängnis bis zu 5 Jahren oder mit einenr der beiden Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und die deutschen Militärbefehlshaber.

Brüssel, den 29. August 1916.

C. C. IV A. 13011.

Arrêté concernant la liquidation d'entreprises britanniques.

§ 1er. On pourra ordonner la liquidation de toute entreprise dont le capital appartient en majeure partie à des sujets britanniques ou encore de toute entreprise dont la direction ou la surveillance a actuellement ou bien a eu jusqu'au début, de la guerre son siège en territoire britannique. Il peut en être de même de toute participation britannique à une entreprise. Sont assimilés à une entreprise quant à l'application du présent

arrêté: les succursales, les agences, les dépôts de marchandises, les successions, les immeubles et les biens de toute espèce.

Sont compétents pour ordonner la liquidation:

1. Le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général en Belgique, s'il s'agit soit d'entreprises qui, en Belgique, exploitent une industrie, exercent un commerce de marchandises ou s'occupent d'assurances, soit de dépôts de marchandises ou d'immeubles;

2. Le Commissaire général des banques en Belgique (Generalkommissar für die Banken in Belgien) dans tous les autres cas.

Avant d'être ordonnée, la liquidation devra être soumise à mon approbation.

§ 2. La liquidation sera effectuée par un liquidateur conformément à des instructions générales et particulières que je me réserve de publier. Dans les cas prévus au no. 1 du § 1er, 2e alinéa, le liquidateur sera nommé par le Chef de l'administration civile près le Gouverneur général en Belgique; dans les cas prévus au no. 2 du § 1er, 2e alinéa, il sera nommé par le Commissaire général des banques en Belgique.

§ 3. Le liquidateur commis à la liquidation d'une entreprise est tenu de se mettre en possession de cette entreprise. Tous les engagements au nom de l'entreprise ne peuvent être contractés que par lui. Il peut aliéner l'entreprise en bloc.

Les droits du propriétaire de l'entreprise ou d'autres personnes de contracter des engagements au nom de l'entreprise sont suspendus. Il en est de même des droits de mandataires quelconques.

S'il a été nommé un liquidateur pour une participation britannique à une entreprise, celui-ci exerce tous les droits de l'ayant droit britannique, en particulier, il

est autorisé à céder cette part soit à l'entreprise soit à des tiers. S'il s'agit d'une participation à une société en nom collectif ou une société en commandite, le liquidateur a le droit de procéder à la renonciation de la société sans observer aucun délai.

Si les droits résultant de la participation ont été stipulés dans un acte, l'autorité qui a ordonné la liquidation a le droit d'obliger l'entreprise à remplacer par un nouvel acte celui que le liquidateur invalidera.

§ 4. Contrairement aux dispositions de l'arrêté du 3 novembre 1914 concernant l'interdiction d'effectuer des payements au profit de l'Angleterre, le liquidateur a le droit de réclamer l'exécution des engagements contractés; l'interdiction de payement et le sursis prennent fin un mois après que le liquidateur a demandé l'exécution des engagements.

Si, pour une lettre de change ou un billet à ordre dont le protêt a été prorogé conformément au § 4 de l'arrêté du 3 novembre 1914, le sursis vient à prendre fin en vertu de la disposition contenue au 1er alinéa, ledit protêt et le recours provenant de cette lettre de change ou de ce billet à ordre resteront néanmoins interdits jusqu'à nouvel ordre. Cette disposition s'applique également aux chèques.

§ 5. Les restrictions mentionnées à l'article 1er de l'arrêté du 5 mai 1916 concernant les biens des ressortissants de pays ennemis ne sont pas applicables aux biens qui font l'objet de la liquidation, à condition qu'il s'agisse de dispositions prises par le liquidateur.

§ 6. Si certains indices font supposer qu'une entreprise rentre dans la catégorie de celles dont parle le § 1er, l'autorité compétente pour ordonner la liquidation a le droit de prendre connaissance des livres et des

écrits et de s'adresser aux administrateurs, propriétaires ou employés de cette entreprise ainsi qu'à toutes les personnes pouvant fournir des informations à son sujet et d'exiger d'eux des renseignements concernant les affaires de ladite entreprise.

§ 7. L'entreprise doit supporter tous les frais causés par la liquidation. Ces frais constituent des créances privilégiées. La part du produit de la liquidation revenant à des sujets britanniques doit être déposée en consignation. L'autorité qui ordonne la liquidation peut autoriser le paiement, aux ayants droit de nationalité britannique habitant en Belgique, des sommes nécessaires à leur entretien.

§ 8. Le liquidateur n'est responsable de sa gestion qu'envers le Gouverneur général.

§ 9. Sont considérés comme territoire britannique, quant à l'application du présent arrêté: la Grande-Bretagne et l'Irlande ainsi que toutes les colonies et posessions britanniques extérieures, à l'exception du Canada et de l'Union sud-africaine; sont considérés comme sujets britanniques, tous les ressortissants desdits pays ainsi que toutes les personnes morales constituées conformément au droit britannique.

§ 10. Quiconque, intentionnellement, aura soustrait, en tout ou en partie, des objets à un liquidateur nommé conformément au présent arrêté ou aura été complice d'une pareille soustraction; quiconque, intentionnellement, n'aura pas fourni les renseignements prescrits au § 6 ou, soit sciemment, soit par négligence, aura donné de fausses indications sera puni d'une amende pouvant atteindre 100,000 marcs et d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus ou bien d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Toute tentative d'infraction est punissable.

Les tribunaux et commandants militaires allemands

sont compétents pour juger les infractions au présent arrêté.

Bruxelles, le 29 août 1916.

C. C. IV A 13011.

Verordening over de likwidatie van Britsche ondernemingen.

§ 1. *De likwidatie kan bevolen worden van al de ondernemingen wier kapitaal voor het meerendeel aan Britsche onderdanen toebehoort, of wier leiding of bewaking thans haar zetel op Britsch gebied heeft of waarvan dit tot bij het uitbreken van den oorlog het geval was. Dit geldt ook voor elke Britsche deelneming aan een onderneming. Als ondernemingen in den zin dezer Verordening zijn ook te beschouwen de hulphuizen, agentschappen, pakhuizen, nalatenschappen, onroerende goederen en om het even welke andere goederen.*

Zijn bevoegd de likwidatie te bevelen:

1. *Het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Generalgouverneur in België voor de ondernemingen die in België een nijverheidsbedrijf onderhouden, een warenhandel of verzekeringszaken drijven, evenals voor pakhuizen en onroerende goederen;*
2. *De algemeene Kommissaris voor de banken in België (Generalkommissar für die Banken in Belgien) in de overige gevallen.*

Het bevel tot likwidatie moet vooraf door mij goedgekeurd worden.

§ 2. De likwidatie moet door eenen likwidator worden uitgevoerd volgens algemeene en bizondere voorschriften, waarvan ik mij het uitvaardigen voorbehoud. De likwidator wordt benoemd: door het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungschef) bij den Ge-

neralgouverneur in België, in de gevallen voorzien onder § 1, lid 2, nr. 1; door den Algemeenen Kommissaris voor de Banken in België, in de gevallen voorzien onder § 1, lid 2, nr. 2.

§ 3. De voor een onderneming aangestelde likwidator moet zich in het bezit der onderneming stellen. Hij alleen is bevoegd alle rechtshandelingen voor de onderneming aan te gaan. Hij kan de onderneming in haar geheel van de hand doen.

De bevoegdheden van den eigenaar der onderneming en van andere personen om rechtshandelingen voor de onderneming aan te gaan, zijn geschorst. Dit geldt ook voor de bevoegdheden van al de lasthebbers.

Wordt voor de Britsche deelneming aan een onderneming een likwidator aangesteld, zoo oefent deze alle rechten van den Britschen rechthebbende uit; hij is inzonderheid ook berechtigd, dat aandeel af te staan aan de onderneming zelf of aan derde personen. Gaat het om de deelneming aan een vennootschap onder gemeenschappelijken naam of aan een vennootschap bij wijze van geldschieting, zoo kan de likwidator de vennootschap opzeggen, zonder eenigen termijn in acht te nemen.

Werd het aandeelrecht in eene orkonde beschreven, zoo kan de overheid, die de likwidatie heeft bevolen, de onderneming verplichten de oorkonde die de likwidator als vervallen zal verklaren, door eene nieuwe te vervangen.

§ 4. De likwidator kan, in strijd met de voorschriften der Verordening van 3 November 1914, betrekkelijk verbod van betaling tegen Engeland, eischen dat de aangegane verbintenissen worden nagekomen; het verbod van betaling en het uitstel loopen ten einde één maand na dat de liquidator het nakomen der verbintenissen heeft geëischt.

In geval het uitstel voor een wissel, waarover het protest overeenkomstig § 4, der Verordening van 3 November 1914 verlengd werd, op grond van het voorschrift van lid 1 ten einde loopt, blijven niettemin protest en verhaal op den wissel voorshands verboden.

Dit voorschrift is ook op checks van toepassing.

§ 5. De beschikkingsbeperkingen van artikel 1 der Verordening van 5 Mei 1916, betreffend het vermogen van onderdanen van vijandelijke Staten, zijn op het onder likwidatie vallende vermogen niet van toepassing, in geval de beschikkingen van den likwidator uitgaan.

§ 6. Zijn zekere gegevens voor handen die toelaten aan te nemen, dat een onderneming in de kategorie valt, waarover § 1 handelt, zoo heeft de tot het bevelen van de likwidatie bevoegde overheid het recht, boeken en geschriften in te zien en van de beheerders, bezitters en bedienden, evenals van alle personen, die in staat zijn omtrent de onderneming mededeelingen te doen, inlichtingen over de zakentoestanden te verlangen.

§ 7. De onderneming moet alle uit de likwidatie voortvloeiende kosten dragen. Deze kosten gelden als bevoorrechte schuldvorderingen. Het deel van de opbrengst der likwidatie, dat aan Britsche staatsburgers toekomt, moet in bewaring worden gegeven. De overheid, die de likwidatie beveelt, kan de uitbetaling van de voor hun onderhoud vereischte bedragen toestaan aan in België wonende rechthebbenden van Britsch staatsburgerschap.

§ 8. De likwidator is voor de uitvoering der hem opgedragen werkzaamheden uitsluitend tegenover den Generalgouverneur verantwoordelijk.

§ 9. Als Britsch gebied in den zin dezer Verordening gelden: Groot-Britanje en Ierland, evenals al de Brit-

sche koloniën en buitenlandsche bezittingen, met uitzondering van Kanada en de Zuid-Afrikaansche Unie; als Britsche staatsburgers gelden de burgers dezer landen, evenals de volgens het Britsch recht opgerichte rechtspersonen.

§ 10. Wie opzettelijk eenen overeenkomstig deze Verordening aangestelden likwidator voorwerpen geheel of gedeeltelijk onttrekt of bij het onttrekken behulpzaam is, of wie de onder § 6 voorgeschreven inlichtingen opzettelijk niet geeft of bewust uit nalatigheid valsche verklaringen doet, wordt met ten hoogste 100.000 mark boete en ten hoogste 5 jaar gevangenis of met één van beide gestraft.

De poging tot overtreding dezer Verordening is strafbaar.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en de Duitsche krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 29n Augustus 1916.

C. C. IV A 13011.

BEKANNTMACHUNG.

Auf Grund der Artikel 9, 11, 13, 29 und 31 des organischen Gesetzes über den höheren Unterricht vom 15. Juli 1849 und auf Grund der Verordnung vom 12./22. August 1916 über die Schaffung von Honorarprofessuren habe ich hisher folgende Ernennungen an der Universität Gent vorgenommen.

Es sind ernannt:

In der philosophischen Fakultät:

1. Herr J. *De Decker*, Dokter der Philosophie, Dr. specialis der klassischen Philologie, Professor am städtischen Athenäum von St. Gillis bei Brüssel, wissenschaftlicher Mitarbeiter für alte Geschichte

am soziologischen Institut Solvay, zum ordentlichen Professor für klassische Philologie.

2. Herr Lucien *Brulez*, Doktor der Rechte, in Watermaal bei Brussel, zum Dozenten fur Philosophie.

3. Herr Pieter Lodewijk *Tack*, Doktor der Philosophie, Professor am Athenäum in Elsene und an der mittelbaren Normalschule für Mädchen in Brüssel, z. Zt. in das Ministerium für Wissenschaft und Kunst berufen, zum ordentlichen Honorarprofessor für niederländische Philologie.

4. Herr W. A. *Baehrens*, Dokter der Philosophie, Privatdozent an der Universität Groningen und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, zum ausserordentlichen Professor für klassische Philologie.

5. Herr Everhardus Cornelis *Godée Molsbergen*, Dokter der Philosophie, Lektor an den Universitäten Amsterdam en Leiden, zum ordentlichen Professor für aussereuropäische Geschichte, insbesondere Kolonialgeschichte, und für politische Geographie.

II. In der juristischen Fakultät:

6. Herr Alfons Rosa *van Roy*, Doktor der Rechte und Advokat in Gent, zum ausserordentlichen Professor für Rechtsenzyklopädie und Handelsrecht.

III. In der naturwissenschaftlichen Fakultät:

7. Herr F. *Stöber*, Doktor der Naturwissenschaften, ausserordentlicher Professor an der Universität Gent, unter Beibehaltung seines Lehrauftrages zum ordentlichen Professor.

8. Herr Cäsar *De Bruyker*, Dokter der Medizin und der Naturwissenschaften, Leiter der Arbeiten

im Botanischen Institut, Lehrer an der städtischen Normalschule und am Mädchengymnasium in Gent, zum ausserordentlichen Professor für allgemeine und landwirtschaftliche Pflanzenkunde sowie für Vererbungslehre, zugleich als Vertreter des abwesenden Professors Mac Leod.

9. Herr Dr. Jan *Versluys*, ausserordentlicher Professor an der Universität Giessen und früherer Assistent und Privatdozent an der Universität Amsterdam, zum ordentlichen Professor für Zoologie und vergleichende Anatomie.

10. Herr Dr. A. *Van den Berghe*, Repetitor an der Universität Gent, zum ausserordentlichen Professor für allgemeine Chemie.

11. Herr J. J. Ph. *Valeton*, Dokter der Chemie und Dokter der Philosophie aus Arnhem (Holland), zum ausserordentlichen Professor für allgemeine und physikalische Chemie.

12. Herr M. G. J. *Minnaert*, Doktor der Naturwissenschaften, in Gent, zum Dozenten für Physik.

IV. In der medizinischen Fakultät:

13. Herr Adr. *Martens*, Dokter der Medizin und praktischer Arzt in Deinze, zum ausserordentlichen Professor für allgemeine Pathologie und Leiter einer internen Poliklinik.

14. Herr Joseph *De Keersmaecker*, Doktor der Medizin und praktischer Arzt in Antwerpen, zum ordentlichen Honorarprofessor für Urologie.

V. An den mit der Universität verbundenen technischen Schulen:

15. Herr A. *Fornier*, Ingenieur und Lehrer an

der höheren Industrieschule in Gent, zum Professor für mechanische Technologie und Maschinenzeichnen.

Brüssel, den 2. September 1916.

C. C. III*b* 711.

Conformément aux articles 9, 11, 13, 29 et 31 de la loi organique du 15 juillet 1849 sur l'enseignement supérieur et de l'arrêté des 12/22 août 1916 concernant l'institution du grade de professeur honoraire, j'ai, jusqu'à présent, nommé à l'Université de Gand:

(Voir les nommes ci-dessus).

Bruxelles, le 2 septembre 1916.

C. C. III*b*. 711.

Op grond van de artikelen 9, 11, 13, 29 en 31 der wet van 15 Juli 1849 tot regeling van het Hooger onderwijs en op grond van het besluit van 12/22 Augustus 1916 rakende instelling van eere-professoraten, heb ik tot dusver de volgende benoemingen aan de Universiteit Gent gedaan:

Zijn benoemd

(Voor de namen zie hierboven).

Brussel, den 2n September 1916.

*C. C. III*b *711.*

DIENSTANWEISUNG

über den Gebrauch der deutschen und der vlämischen Sprache im Dienstverkehr der belgischen staatlichen Verwaltungsbehörden (in Ausführung des Gesetzes vom 22. Mai 1878).

Nachstehende Dienstanweisung gebe ich mit dem Bemerken bekannt, dass von ihrer Ausdehnung auf die Gemeindeverwaltungen vlämischer und

deutscher Orte in der Erwartung einstweilen Abstand genommen worden ist, dass sie, wo dies noch nicht der Fall sein sollte, nunmehr freiwillig der Muttersprache der Bevölkerung in entsprechender Weise zu der ihr gebührenden Geltung auch im amtlichen Verkehr verhelfen werden.

Für die Gerichtsbehörden verbleibt es bei den Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Mai 1899 in der Fassung der Königlichen Verordnung vom 16. September 1908, des Gesetzes vom 4. September 1891 sowie der Königlichen Verordnung vom 31. Mai 1891, deren genaue Beachtung ich ebenfalls erwarte.

I. *Vorschriften über den Gebrauch der vlämischen Sprache.*

1. Zum vlämischen Landesteil im Sinne dieser Dienstanweisung gehören:

a) die Provinzen Ostflandern, Westflandern, Antwerpen, Limburg und von der Provinz Brabant die Kreise Brüssel und Löwen;

b) in der Provinz Lüttich die Gemeinden: Attenhoven, Aubel, Elisem, Laar, Landen, Moelingen, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden Remersdaal, Roost-Krenwik, Rumsdorp, 's-Graven-Voeren, Sint Martens-Voeren, Sint Pieters-Voeren, Teuven, Waasmond, Wals-Houthem, Walsbets, Wange, Wezeren;

c) in der Provinz Hennegau die Gemeinden: Bever, Edingen, Everbeek, Lettelingen, Mark, Sint Pieters Kapelle.

2. Unberürt bleiben die für die staatlichen Verwaltungsbehörden in den nicht zum Generalgouvernement gehörenden besetzten Teilen der Provinzen West- und Ostflandern (Operations- und

Etappengebiet) erlassenen Vorschriften. Darnach ist im inneren Dienst jeder Behörde und an alle staatlichen Verwaltungsbehörden im vlämischen Landesteil in vlämischer Sprache zu schreiben. Schreiben, die an die Zentralbehörden bestimmt sind, sind ausschliesslich in vlämischer Sprache abzufassen.

3. An Behörden, Gemeinden und Privatpersonen im Operations- und Etappengebiet haben alle staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten, die in dem zum Generalgouvernement gehörenden vlämischer Landesteil ihren Sitz haben, ausschliesslich in vlämischer Spräche zu schreiben.

4. Die staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten, deren Amtsbezirk ganz oder teilweise im vlämischen Landesteil des Generalgouvernements liegt, haben in ihren Schreiben an Gemeinden und Privatpersonen in demselben Gebiete die vlämische Sprache anzuwenden, es sei denn, das der Empfänger um eine französische Antwort gebeten oder selbst französisch geschrieben hat.

Befindet sich sowohl der Absender als auch der der Empfänger in Gross-Brüssel, so können die Schreiben in vlämischer oder in französischer Sprache abgefasst werden; sie müssen vlämisch abgefasst werden, wenn der Empfänger darum gebeten oder selbst vlämisch geschrieben hat.

Zum Bereich von Gross-Brüssel rechnen die Gemeinden Anderlecht-Kuregem, Brüssel, Etterbeek, Elsene, Sint Gillis, Sint Pieters Jette, Sint Joostten-Noode, Koekelberg, Laken, Sint Jans Molenbeek, Schaarbeek, Ukkel, Vorst.

5. Im gegenseitigen Dienstverkehr der staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten im vlämischen Landesteil des Generalgouvernements ist

die vlämische Sprache zu gebrauchen. In Gross-Brüssel findet die Vorschrift unter Ziffer 4, Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Im Dienstverkehr der Ministerien und sonstigen Zentralbehörden in Brüssel mit den ihnen unmittelbar unterstellten Behörden im vlämischen Landesteil des Generalgouvernements kann bis zum 1. Januar 1917 die vlämische oder die französische Sprache gebraucht werden. Von diesem Zeitpunkt an erfolgt auch dieser Dienstverkehr ausschliesslich in vlämischer Sprache. Dies gilt schon jetzt für den Dienstverkehr der Ministerien mit denjenigen ihnen unmittelbar unterstehenden Behörden und Beamten im Gebiete des Generalgouvernements, die an sie in vlämischer Sprache berichten.

6. Im Dienstverkehr innerhalb jeder einzelnen Behörde im vlämischen Landesteil des Generalgouvernements ist die flämische Sprache anzuwenden. Dies gilt nicht für den inneren Dienst innerhalb der staatlichen Verwaltungsbehörden in Gross-Brüssel.

7. Die Bestimmungen unter Ziffer 1—6 sind auch zu beachten, soweit für den Schriftverkehr der Behörden Formblätter gebraucht werden. Die vorhandenen Bestände an französischen Formblättern können bis zum 1. Januar 1917 im Gebiete des Generalgouvernements weiter verwendet werden, auch wenn sie diesen Vorschriften nicht entsprechen. Sie sind aber nach meiner näheren Anordnung schon jetzt nach und aus dem vlämischen Landesteil des Generalgouvernements herauszunehmen und im Verkehr mit den wallonisch sprechenden Provinzen aufzubrauchen. Bei jedem Neudruck von Formblättern ist ihr Text meinen Generalreferenten zur Genehmigung vorzulegen.

Ich behalte mir vor, wegen der sonstigen innerhalb der einzelnen Behörden im Gebrauch befindlichen Formblätter (Kassenbücher, Register u. s. w.) besondere Anordnungen zu treffen, sowie in besondere Fällen Ausnahmen von vorstehender Bestimmung zu gestatten.

8. In sinngemässer Anwendung des Gesetzes vom 18. April 1898 sind alle durch Druck oder sonstwie mechanisch oder chemisch vervielfältigten Rundverfügungen in den vlämischen Landesteil des Generalgouvernements in vlämischer Sprache hinauszusenden. Eine französische Uebersetzung kann beigefügt werden.

Alle Bekanntmachungen und Mitteilungen, welche die Behörden und Beamten an die Oeffentlichkeit richten, müssen im vlämischen Landesteil in vlämischer Sprache erfolgen. Eine französische Uebersetzung kann beigefügt werden, wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Ein solches ist anzuerkennen für diejenigen Gemeinden, in denen ein erheblicher Teil der Einwohner der vlämischen Sprache unkundig ist.

Dagenen können wissenschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Ministerien, die fortlaufend erscheinen und bisher nur im französischen Text veröffentlicht wurden, sofern sie keinen Rechtserwerb oder Rechtsverlust begründen, bis zum 1. Januar 1917 noch in lediglich französischem Text erscheinen.

II. *Vorschriften über den Gebrauch der deutschen Sprache.*

1. Das hochdeutsche Sprachgebiet im Sinne dieser Dienstanweisung umfasst die folgenden Gemeinden:

a) in der Provinz Lüttich:
Aubel, hinsichtlich des Teils Klause (La Clouse), Balen,
Gemmenich,
Henri Chapelle,
Homburg-Bleyberg,
Homburg (Mitte),
Membach,
Montzen-Bleyberg,
Montzen (Mitte),
Moresnet,
Sippenaken,
Welkenraad;

b) In der Provinz Luxemburg:
Arel (Arlon) [mit Spetz (Quatre Bras).]
Athem (Athus),
Attert [mit Parett und Schockweiler],
Bochholz (Beho) [mit den Telien Deyfeld und Urth-Watermaal],
Bonnert [mit den Teilen Frassem, Neumühle, Altenhofen (Viville) und Waltzingen],
Diedenburg (Thiaumont) [mit den Teilen Lischert und Lottert],
Elcheroth (Nobressart) [mit Almeroth und Luchert],
Feiteler (Fauvillers), hinsichtlich der Teile Bödingen und Wiesenbach,
Girsch (Guirsch) [mit Heckbus],
Heischlingen (Heinsch) [mit Freilingen, Papiermühle, Watzerat (Posterie) und Stockem],
Herzig (Hachy) [mit Offen (Fouches) und Saas (Sampont)],
Hewerdingen (Habergy) [mit den Teilen Bebingen und Gelf],
Holdingen (Halanzy), hinsichtlich Bettenhofen

(Battincourt) und Esch auf der Hurt (Aix sur Cloie),

Hondelingen (Hondelange) [mit Büwingen und Wolkringen],

Ibingen (Aubange) [mit Klemeresch (Clemerais)],

Martelingen (Martelange) [mit Greimelingen, Neuperl und Radelingen],

Metzig (Messancy) [mit Gerlingen, Laser (Longeau), Niedlingen (Noedelange) und Türpingen (Turpange)],

Nieder-Elter (Autelbas) [mit Ober-Elter, Bardenburg (Clairfontaine) und Sterpenich],

Selingen (Selange),

Tintingen (Tintange) [nebst Oell, Romeldungen und Warnach],

Törnich [mit Glandfurt (Pont Lagland) und Uedingen],

Tontelingen (Tontelange) [mit Beierchen (Côte rouge).

2. Schreiben, die von den Ministerien und sonstigen Zentralbehörden in Brüssel an Gemeinden und Privatpersonen im hochdeutschen Sprachgebiet gerichtet werden, sind in deutscher Sprache abzufassen, es sei denn, dass der Empfänger um eine vlämische oder französische Antwort gebeten oder selbst vlämisch oder französisch geschrieben hat. Dasselbe gilt für die staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten, zu deren Amtsbezirk Orte des hochdeutschen Sprachgebiets gehören.

3. Im gegenseitigen Dienstverkehr der staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten im hochdeutschen Sprachgebiet sowie in ihrem Dienstverkehr mit den Ministerien und in ihrem inneren Dienst ist die deutsche Sprache anzuwenden.

4. Alle Bekanntmachungen und Mitteilungen,

welche die Behörden und Beamten an die Oeffentlichkeit richten, müssen im hochdeutschen Sprachgebiet in deustcher Sprache erfolgen. Eine französische Uebersetzung kann beigefügt werden, wenn ein dringendes Bedürfnis vorliegt. Ein solches ist anzuerkennen für diejenigen Gemeinden, in denen ein erheblicher Teil der Einwohner der deutschen Sprache unkundig ist.

III. *Einzelbestimmungen.*

Die Bestimmungen vorstehender Dienstanweisung finden gemäss den Gesetzen vom 24. Juni 1885 und 26. August 1913 auch auf die Nationale Kleinbahngesellschaft und die Nationale Wasserleitungsgesellschaft Anwendung.

IV. *Schlussbestimmung.*

Die Dienstanweisungen vom 22. März 1916 sowie die Rundverfügungen an die Generalsekretäre der Ministerien vom 29. April und 16. Juni 1916 treten hiermit ausser Kraft.

Brussel, den 2. September 1916.

C. C. III*a* 3145.

Ordre de service relatif à l'emploi des langues allemande et flamande dans les relations de service des autorités administratives belges de l'Etat (en exécution de la loi du 22 mai 1878).

En donnant le présent ordre de service, je fais observer qu'il n'est pas encore rendu applicable aux admi-

nistrations communales des localités flamandes et allemandes, dans l'espoir que lesdites autorités communales qui, jusqu'à présent, n'auraient pas procuré à la langue maternelle des habitants le rôle qui lui revient dans les relations officielles, combleront cette lacune de leur propre initiative.

Les autorités judiciaires restent soumises aux dispositions de la loi du 3 mai 1889, modifiée par l'arrêté royal du 16 septembre 1908, de la loi du 4 septembre 1891 et de l'arrêté royal du 31 mai 1891; je compte que les dispositions de ces lois et arrêtés seront également appliquées exactement.

I. *Prescriptions concernant l'emploi de la langue flamande.*

1. Appartiennent à la partie flamande du pays quant à l'application du présent ordre de service:

a) les provinces de Flandre orientale, Flandre occidentale, Anvers, Limbourg et, dans la province de Brabant, les arrondissements de Bruxelles et de Louvain;

b) dans la province de Liége, les communes d'Attenhoven, Aubel, Elixem, Laer, Landen, Mouland, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden, Remersdael, Rosoux-Crenwick, Rumsdorp, Fouron-le-Comte, Fouron-Saint-Martin, Fouron-Saint-Pierre, Teuven, Wamont, Houtain-l'Evêque, Walsbetz, Wanghe, Wezeren;

c) dans la province de Hainaut, les communes de Biévène, Enghien, Everbecq, Petit-Enghien, Marcq, Saint-Pierre-Cappelle.

2. Ne sont pas modifiées les prescriptions décrétées à l'usage des autorités administratives de l'Etat installées dans les parties occupées des provinces de Flandre occidentale et de Flandre orientale qui ne dépendent pas

du Gouvernement général (territoire des opérations et des étapes). Conformément à ces prescriptions, on doit, dans la partie flamande, se servir du flamand dans les relations écrites du service intérieur de toute autorité et rédiger en flamand les avis et communications adressés aux autorités administratives de l'Etat. Les écrits adressés aux autorités centrales doivent être rédigés uniquement en flamand.

3. Les autorités administratives et les fonctionnaires de l'Etat résidant dans la partie flamande du Gouvernement général doivent tous écrire uniquement en flamand lorsqu'ils s'adressent aux autorités, aux communes et aux particuliers du territoire des opérations et des étapes.

4. Les autorités administratives et les fonctionnaires de l'Etat qui exercent leurs fonctions dans un district se trouvant totalement ou partiellement dans la partie flamande du Gouvernement général doivent rédiger en flamand les avis ou communications qu'ils adressent aux communes ou aux particuliers de cette région, à moins que le destinataire n'ait demandé qu'on lui réponde en français ou n'ait lui-même écrit en français.

S'il s'agit à la fois d'un expéditeur et d'un destinataire de l'agglomération bruxelloise, lesdits avis et communications peuvent être rédigés en flamand ou en français: ils doivent être rédigés en flamand quand le destinataire l'a demandé ou a lui-même écrit dans cette langue.

Font partie de l'agglomération bruxelloise les communes d'Anderlecht-Cureghem, Bruxelles, Etterbeek, Ixelles, Saint-Gilles, Jette-Saint-Pierre, Saint-Josse-ten-Noode, Koekelberg, Laeken, Molenbeek-Saint-Jean, Schaerbeek, Uccle, Forest.

5. Dans la partie flamande du Gouvernement général, les autorités administratives et les fonctionnaires de

l'Etat doivent, de part et d'autre, faire usage de la langue flamande dans leurs relations de service. Dans l'agglomération bruxelloise, la disposition du chiffre 4, 2e alinéa, est applicable auxdites relations de service.

Dans les relations de service entre, d'une part, les ministères et autres autorités centrales résidant à Bruxelles et, d'autre part, les autorités immédiatement placées sous leurs ordres et résidant dans le partie flamande du Gouvernement général, on pourra, jusqu'au 1er janvier 1917, faire usage des langues flamande ou française. A partir du 1er janvier 1917, on devra, dans les relations de service desdites autorités, faire exclusivement usage de la langue flamande. Toutefois, la présente disposition est applicable dès maintenant, dans le territoire du Gouvernement général, aux relations de service des ministères avec les autorités et fonctionnaires placés immédiatement sous leurs ordres et qui leur adressent leurs rapports en flamand.

6. Dans les relations du service intérieur de chaque autorité de la partie flamande du Gouvernement général, on doit faire usage de la langue flamande. Cette disposition n'est pas applicable au service intérieur entre les autorités administratives de l'Etat établies dans l'agglomération bruxelloise.

7. Les dispositions des nos 1 à 6 sont aussi valables quand, dans leurs relations écrites, les autorités se servent de formules *ad hoc*. Les stocks des formules françaises déjà imprimées pourront encore servir jusqu'au 1er janvier 1917 dans le territoire du Gouvernement général, même si elles ne sont pas conformes aux nouvelles prescriptions. Cependant on devra, dès à présent, selon les instructions détaillées que je donnerai, les retirer peu à peu de la partie flamande du Gouvernement général et les utiliser dans les relations avec les provinces wallonnes. Avant de procéder à une nouvelle

impression de formules, on devra en soumettre le texte à mes référendaires généraux.

Je me réserve de prendre des dispositions spéciales quant aux autres formules (livres de caisse, registres, etc.) employées dans le service intérieur des diverses autorités et, dans des cas particuliers, d'autoriser des exceptions à la disposition précédente.

8. Conformément à l'esprit de la loi du 18 avril 1898, toutes les circulaires officielles reproduites soit par l'impression soit par un procédé mécanique ou chimique quelconque et expédiées dans la partie flamande du Gouvernement général doivent être rédigées en flamand. Une traduction française peut y être jointe.

Les avis et communications que les autorités et les fonctionnaires adressent au public doivent tous être publiés en flamand dans la partie flamande du pays. Lorsque la nécessité s'en fait vraiment sentir, une traduction française peut être jointe au texte flamand. Ce sera notamment le cas dans les communes dont une fraction importante de la population ignore le flamand.

Par contre, les publications scientifiques et statistiques des ministères paraissant d'une manière suivie en texte français seulement pourront encore être publiées uniquement dans cette langue jusqu'au 1er janvier 1917, à la condition qu'elles ne motivent ni acquisition ni perte de droits.

II. *Prescriptions relatives* à *l'emploi de la langue allemande.*

1. Les communes suivantes fout partie de la région linguistique allemande au point de vue de l'application du présent ordre de service:

(Voir les noms ci-dessus).

2. Les écrits adressés par les ministères ou les autres autorités centrales à Bruxelles aux communes ou aux particuliers de la région linguistique allemande du pays doivent être rédigés en allemand, à moins que le destinataire n'ait demandé qu'on lui réponde en flamand ou en français ou n'ait lui-même écrit en flamand ou en français. La même prescription est applicable aux autorités administratives et fonctionnaires de l'Etat dont le district comprend des localités appartenant à la région linguistique allemande.

3. Dans la région linguistique allemande, les autorités administratives et les fonctionnaires de l'Etat doivent faire usage de la langue allemande *a)* entre eux dans leurs relations de servive, *b)* dans leurs relations avec les ministères et *c)* dans leur service intérieur.

4. Les avis et communications que les autorités et les fonctionnaires adressant au public doivent tous être publiés en allemand dans la région linguistique allemande. Lorsque la nécessité s'en fait vraiment sentir, une traduction française peut être jointe au texte allemand. Ce sera notamment le cas dans les communes dont une fraction importante de la population ignore l'allegmand.

III. *Dispositions particulières.*

Les dispositions du présent ordre de service sont aussi applicables à la Société nationale des chemins de fer vicinaux et à la Société nationale des distributions d'eau, conformément aux lois des 24 juin 1885 et 26 août 1913.

IV. *Disposition finale.*

Sont abrogés les ordres de service du 22 mars 1916

et les circulaires officielles des 29 avril et 16 juin 1916, adressées aux secrétaires généraux des ministères.

Bruxelles, le 2 septembre 1916.

C. C. III*a*. 3145.

Dienstbevel over het gebruik van de Duitsche en de Vlaamsche taal in de dienstbetrekkingen van de Belgische bestuursoverheden van den Staat (in uitvoering der wet van 22 Mei 1878).

Ik breng onderstaand dienstbevel ter kennis, en vestig er de aandacht op, dat het voorloopig voor de gemeentebesturen in de Vlaamsche en Duitsche gewesten niet toepasselijk is gemaakt, in de verwachting dat bedoelde gemeentebesturen, waar dit nog niet het geval mocht zijn, voortaan uit zijn eigen beweging aan de moedertaal der bevolking, zooals het behoort, ook in de ambtelijke betrekkingen de haar toekomende plaats zullen toekennen.

Voor de gerechtelijke overheden blijven de bepalingen der wet van 3 Mei 1889, gewijzigd bij koninklijke besluit van 31 Mei 1891 van toepassing. Ik verwacht dat deze bepalingen eveneens stipt zullen worden nageleefd.

I. Voorschriften over het gebruik der Vlaamsche taal.

1. Tot het Vlaamsche land in den zin van dit dienstbevel behooren:

a) *de provinciën Oost-Vlaanderen, West-Vlaanderen, Antwerpen, Limburg en, binnen de provincie Brabant, de arrondissementen Brussel en Leuven;*

b) *in de provincie Luik de gemeenten: Attenhoven, Aubel, Elisem, Laar, Landen, Moelingen, Neerhespen, Neerlanden, Neerwinden, Overhespen, Overwinden,*

Remersdaal, Roost-Krenwik, Rumsdorp, 's-Graven-Voeren, Sint-Pieters-Voeren, Teuven, Waasmond, Wals-Houthem, Walsbets, Wange, Wezeren;

c) *in de provincie Henegouw de gemeenten: Bever, Edingen, Everbeek, Lettelingen, Mark, Sint Pieters-Kapelle.*

2. De voorschriften uitgevaardigd voor de bestuursoverheden van den Staat in de niet tot het General-gouvernement behoorende bezette gedeelten der provinciën West- en Oost-Vlaanderen (Operatie- en Etappengebied) worden hierbij niet gewijzigd. Overeenkomstig deze voorschriften moet in het Vlaamsche land voor de schriftelijke betrekkingen in den inwendigen dienst van elk bestuur, alsook met de bestuursoverheden van den Staat, het Vlaamsch worden verbruikt. Elk schrijven, tot de middenbesturen gericht, moet uitsluitend in de Vlaamsche taal opgesteld zijn.

3. Al de bestuursoverheden en ambtenaren van den Staat, die binnen het tot het General-gouvernement behoorende Vlaamsche land gevestigd zijn, moeten uitsluitend in het Vlaamsch schrijven aan overheden, gemeenten en bijzonderen binnen het Operatie- en Etappengebied.

4. De bestuursoverheden en ambtenaren van den Staat, wier ambtsomschrijving geheel of gedeeltelijk binnen het Vlaamsche gedeelte van het Generalgouvernement ligt, moeten in hun schriftelijke betrekkingen met gemeenten en bijzonderen binnen dat gebied, de Vlaamsche taal gebruiken, tenzij de bestemmeling om een Fransch antwoord verzocht of zelf in het Fransch geschreven heeft.

Verblijft d afzender zoowel als de bestemmeling binnen Groot-Brussel, zoo mogen de schriftelijke betrekkingen in het Vlaamsch of in het Fransch geschieden; zij moeten in het Vlaamsch gevoerd worden,

wanneer de bestemmeling daarom verzocht of zelf in het Vlaamsch geschreven heeft.

Tot het gebied Groot-Brussel behooren de gemeenten: Anderlecht-Kuregem, Brussel, Etterbeek, Elsene, Sint-Gillis, Sint-Pieters-Jette, Sint-Joost-ten-Noode, Koekelberg, Laken, Sint-Jans-Molenbeek, Schaarbeek, Ukkel, Vorst.

5. In de onderlinge dienstbetrekkingen der bestuursoverheden en ambtenaren van den Staat binnen het Vlaamsch gedeelte van het General-gouvernement, moet de Vlaamsche taal gebruikt worden. Voor Groot-Brussel is de bepaling onder nr. 4, lid 2, op bedoelde dienstbetrekkingen van toepassing.

In de dienstbetrekkingen der Ministeries en andere middenbesturen te Brussel met de onmiddellijk onder hen staande overheden in het Vlaamsch gedeelte van het Generalgouvernement, mag tot 1 Januari 1917 de Vlaamsche of de Fransche taal gebruikt worden. Van dat tijdstip af moeten ook deze dienstbetrekkingen uitsluitend in de Vlaamsche taal gevoerd worden. Dit geldt nu reeds voor de dienstbetrekkingen der Ministeries met al de onmiddellijk onder hen staande overheden en ambtenaren binnen het gebied van het Generalgouvernement, die in hun betrekkingen met de Ministeries de Vlaamsche taal gebruiken.

6. In het Vlaamsch gedeelte van het Generalgouvernement, moet de Vlaamsche taal bij de inwendige dienstbetrekkingen van elke overheid worden gebruikt. Dit geldt niet voor den inwendigen dienst der bestuursoverheden van den Staat in Groot-Brussel.

7. De bepalingen onder nrs. 1—6 zijn ook van toepassing, zooverre voor de schriftelijke betrekkingen der overheden formulieren gebruikt worden. De voorhanden stapels Fransche formulieren mogen tot 1 Januari 1917 binnen het gebied van het Generalgou-

vernement veder worden gebruikt, ook indien zij met deze voorschriften niet overeenstemmen. Volgens mijn nadere bevelen zullen zij echter in het Vlaamsch gedeelte van het Generalgouvernement nu reeds geleidelijk verwijderd en voor de betrekkingen met de Waalsche provinciën gebruikt worden tot zij uitgeput zijn. Bij elken nieuwen druk van formulieren moet de tekst ervan mijnen Generalreferenten ter goedkeuring worden voorgelegd.

Ik behoud mij het recht voor, omtrent de andere binnen de afzonderlijke diensttakken in gebruik zijnde formulieren (kasboeken, registers, enz.) bijzondere maatregelen te nemen, evenals in bijzondere gevallen uitzonderingen op vorenstaande bepaling toe te laten.

8. Naar den geest van de wet van 18 April 1898, moeten alle gedrukte of door eenig ander mechanisch of scheikundig middel vermenigvuldigde ambtelijke omzendbrieven, in het Vlaamsch gedeelte van het Generalgouvernement in het Vlaamsch opgesteld zijn. Een Fransche vertaling mag er aan toegevoegd worden.

Alle bekendmakingen en mededeelingen, die de overheden en de ambtenaren tot de bevolking richten, moeten in het Vlaamsche land in het Vlaamsch opgesteld zijn. Een Fransche vertaling mag er aan toegevoegd worden, wanneer daartoe dringende behoefte bestaat. Dit is namelijk het geval in de gemeenten waar een aanzienlijk deel der inwoners de Vlaamsche taal niet machtig is.

Daarentegen mogen wetenschappelijke en statistische uitgaven der Ministeries, die doorloopend het licht zien en, die tot nu toe uitsluitend in het Fransch uitgegeven werden, zooverre er geen verwerven of verliezen van rechten uit voortvloeit, tot den 1n Januari 1917 nog verder uitsluitend in het Fransch verschijnen.

II. Voorschriften over het gebruik der Duitsche taal.

1. Het Hoogduitsch taalgebied in den zin van dit dienstbevel, omvat de volgende gemeenten:

(Voor de namen zie hierboven.)

2. Elk schrijven, dat door de Ministeries of de andere Middenbesturen te Brussel aan gemeenten en bijzonderen in het Hoogduitsch taalgebied gericht wordt, moet in de Duitsche taal opgesteld zijn, tenzij de bestemmeling om een Vlaamsch of Fransch antwoord verzocht of zelf in 't Vlaamsch of in 't Fransch geschreven heeft. Hetzelfde geldt voor de bestuursoverheden en ambtenaren van den Staat, tot wier ambtsomschrijving plaatsen van het Hoogduitsch taalgebied behooren.

3. In het Hoogduitsch taalgebied moeten de bestuursoverheden en ambtenaren van den Staat in de onderlinge dienstbetrekkingen, evenals in hun dienstbetrekkingen met de Ministeries en in hun inwendigen dienst de Duitsche taal gebruiken.

4. Alle bekendmakingen en mededeelingen, die de overheden en de ambtenaren tot de bevolking richten, moeten binnen het Hoogduitsch taalgebied in de Duitsche taal opgesteld zijn. Een Fransche vertaling mag er aan toegevoegd worden, wanneer daartoe dringende behoefte bestaat. Dit is namelijk het geval in de gemeenten, waar een aanzienlijk deel der inwoners de Duitsche taal niet machtig is.

III. Afzonderlijke bepalingen.

De bepalingen van vorennstaand dienstbevel zijn, overeenkomstig de wet van 24 Juni 1885 en die van 26 Augustus 1913, ook op de Nationale Maatschappij

van Buurtspoorwegen en op de Nationale Maatschappij der waterleidingen van toepassing.

IV. Slotbepaling.

De dienstbevelen van 22 Maart 1916, evenals de omzendbrieven van 29 April en 16 Juni 1916 aan de Algemeene sekretarissen der Ministeries, houden hierbij op van kracht te zijn.

Brussel, den 2n September 1916.

*C. C. III*a *3145.*

VERORDNUNG, ***
über den Vertrieb von Malzkaffee durch das Comité National.

§ 1. In Ausführung meiner Verordnung, betreffend das Verbot des Röstens von Getreide vom 19. 7. 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 2414) erteile ich dem Comité national die Erlaubnis, Malzkaffee, der aus geröstetem Getreide hergestellt ist, in den Handel zu bringen.

§ 2. Der von dem Comité national in den Handel gebrachte Malzkaffee kommt nur in einer Einheitspackung in den Handel die der Zentral-Ernte-Kommission vorgelegt, von ihr geprüft und gebilligt worden ist.

§ 3. Diese Einheitspackung stellt eine braune Papiertüte dar, die 500 g Malzkaffee enthält und die auf ihrer Vorderseite in roter Schrift den Aufdruck

TORRÉALINE
Paquet de 500 Grammes

und in schwarzem Druck die Aufschrift

Marque déposée

Comité National de secours et d'Alimentation trägt.

Auf der Rückseite der Tüte befindet sich in vlämischer und französischer Sprache der Aufdruck:

„Das Torréaline ist ein völlig reines und gesundes Erzeugnis, es darf nur in geschlossenen Paketen verkauft werden."

„Das Torréaline wird nur in den Verkaufsläden des Comité national de secours et d'alimentation verkauft. Die Käufer können es nur innerhalb der Grenze der Rationierung und nur für ihren persönlichen Gebrauch erhalten. Jeder Wiederverkauf ist verboten."

Die Tüte ist oben und unten mit je einer kreisrunden Marke derart verschlossen, dass eine dieser Marken beim Oeffnen der Tüte zerrissen werden muss. Die Marke trägt in weissen Buchstaben auf rotem Grund die Aufschrift:

„Torréaline", und darüber bezw. darunter in roten kleinen Buchstaben auf weissem Grund die Aufschrift:

„Comité national de secours et d'alimentation".

§ 4 .Der Preis für 500 g Torréaline beträgt bis auf weiteres 50 ctms.

§ 5. Es ist verboten, Malzkaffee in anderer als der genannten Verpackung und in nicht dazu zugelassen Geschäften feilzuhalten und zu verkaufen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die Verbote in § 5 werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 5000.— M. bestraft. Auch kann auf beide Strafen nebeneinander und auf Einzie-

hung der zu Unrecht benutzten Vorräte erkannt werden.

Brüssel, den 7. September 1916.

Z. E. K. 622.

Arrêté * concernant la vente de café-malt par l'entremise du Comité national.**

§ 1er. En exécution de mon arrêté du 19 juillet 1916 concernant l'interdiction de torréfier de blé. (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 2414), j'accorde au Comité national l'autorisation de mettre en vente le café-malt obtenu avec du blé torréfié.

§ 2. Pour la vente du café-malt mis dans le commerce par le Comité national, il n'y aura qu'un seul type de paquet dont le modèle a été soumis à la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission) et approuvé par elle, après examen.

§ 3. Le paquet-type consiste en un sachet de papier brun contenant 500 grammes de café-malt et portant au recto en caractères rouges les mots:

TORRÉALINE
Paquet de 500 grammes

et en caractères noirs

Marque déposée
Comité National de secours et d'alimentation.

Au verso du sachet se trouve le texte suivant imprimé en flamand et en français:

„La „Torréaline" est un produit absolument pur et sain, elle ne peut se vendre qu'en paquets fermés.

„La „Torréaline" n'est en vente que dans les maga-

sins du „Comité national de secours et d'alimentation". Les acheteurs ne peuvent en obtenir que dans les limites du rationnement et uniquement pour leur consommation personnelle. Toute revente est interdite".

Les sachets sont fermés au-dessus et au-dessous à l'aide d'une étiquette ronde apposée de manière qu'on ne puisse ouvrir le paquet sans déchirer une des deux étiquettes. Les étiquettes portent, en caractères blancs sur fond rouge, le mot

„Torréaline" et au-dessus ou au-dessous de ce mot, en petits caractères rouges sur fond blanc, l'inscription:

„Comité national de secours et d'alimentation".

§ 4. Jusqu'à nouvel avis, la torréaline se vend au prix de 50 centimes les 500 grammes.

§ 5. Il est défendu de mettre en vente ou de vendre du café-malt dans d'autres emballages que dans le paquet-type et ailleurs que dans les magasins autorisés à cette fin.

§ 6. Les infractions aux interdictions du § 5 seront punies d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus ou d'une amende pouvant atteindre 5 000 marcs. En outre, on pourra appliquer les deux peines simultanément et prononcer la confiscation des quantités utilisées à l'encontre du présent arrêté.

Les tribuanux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 7 septembre 1916.

Z. E. K. 622.

Verordening * betreffend den verkoop van moutkoffie door het Nationaal Komiteit.**

§ 1. In uitvoering mijner Verordening van 19 Juli 1916 houdend verbod om koren te branden (Wet- en

Verordeningsblad, bl. 2414), verleen ik aan het Nationaal Komiteit de toelating, moutkoffie, uit gebrand koren vervaardigd, in den handel te brengen.

§ 2. De door het Nationaal Komiteit in den handel gebrachte moutkoffie wordt uitsluitend verkocht in een eenvormige verpakking, die aan de Centrale Oogstkommissie (Zentral-Ernte-Kommission) onderworpen, en door haar onderzocht en goedgekeurd werd.

§ 3. Weze eenvormige verpakking bestaat uit een bruinen papieren zak, die 500 gr. moutkoffie inhoudt en op de voorzijde met roode letter het volgende opschrift draagt:

TORRÉALINE
Paquet de 500 grammes

en met zwarte letter het opschrift:

Marque déposée.
„Comité National de secours et d'Alimentation."

Op de keerzijde van den zak staat in het Vlaamsch en in het Fransch de volgende melding:

De „Torréaline" is een heel zuiver en gezond product, zij mag maar in gesloten pakken verkocht worden.

„De „Torréaline" wordt nergens anders verkocht dan in de magazijnen van het „Comité national de secours et d'alimentation". De koopers zullen bediend worden volgens den voorraad die in de magazijnen is en alleenlijk voor hun persoonlijk gebruik. Het is hun verboden ze te verkoopen."

Elke zak is aan het boven- en het ondereind met een rond etiket gesloten, zoodat men het pak niet openen kan zonder een der etiketten te scheuren. Op elk etiket staat met witte letter op rooden grond het opschrift:

„Torréaline" en er boven of er onder met kleine roode letter op witten grond het opschrift:

„Comité national de secours et d'alimentation."

§ 4. De prijs voor 500 gr. torrealine bedraagt voorshands 0.50 fr.

§ 5. Het is verboden, moutkoffie te koop te stellen en te verkoopen in andere dan in gemelde verpakking en in winkels die daartoe geen toelating hebben bekomen.

§ 6. Overtredingen van het verbod onder § 5 worden met ten hoogste 1 jaar gevangenis of met ten hoogste 5.000 mark boete gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk uitgesproken worden; ook kunnen de ongeoorloofd gebruikte voorraden verbeurdverklaard worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Brussel, den 7n September 1916.

Z. E. K. 622.

5.

Durch Beschluss vom 6. September 1916 ist die Gemeinde-Kredit-Gesellschaft ermächtigt worden, für Rechnung von verschiedenen Verwaltungen eine Anleihe von Sechzig Millionen Frank (fr. 60 000 000) zu 4 % auszugeben; sie hat die Anleihe selbst gezeichnet unter Heranziehung ihres Kapitals und ihrer Reserven.

C. C. II*a*. 8902.

Par arrêté du 6 septembre 1916, la Société de Crédit communal a été autorisée à émettre, pour le compte de plusieurs administrations, un emprunt de soixante millions de francs (fr. 60.000.000) à 4 % ; elle l'a souscrit elle-même en y affectant son capital et ses réserves.
C. C. II*a*. 8902.

Bij besluit van 6 September 1916 werd de Maatschappij van het Gemeentekrediet gemachtigd, voor rekening van verschillende besturen, eene leening van zestig millioen frank (60.000.000 frank) tegen 4 % aan te gaan; zij heeft dezelve onderschreven met benuttiging van haar stamkapitaal en van haar steunkapitalen.
*C. C. II*a. *8902.*

No. 254. — 15. SEPTEMBER 1916. Pag. 2631

VERORDNUNG, ***
betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffln.

Art. 1. Der Höchstpreis für Kartoffeln aus der Ernte 1916 beträgt bei der Lieferung durch den Erzeuger im ganzen Bereiche des General-gouvernements:

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

für die Sorte blaue Riesen (grosses bleues des Ardennes) Franken 8,— f. 100 kg.

für alle übrigen Sorten Franken 10,— f. 100 kg.

Der Verwaltungschef kann für besonders hochwertige Speisekartoffeln Ausnahmen von den vorstehenden Höchstpreisen gewähren.

Art. 2. Die Höchstpreise gelten für gute, gesunde Kartoffeln bei sortenreiner Lieferung.

Art. 3. Die Höchstpreise gelten für Lieferungen ohne Sack. Sie schliessen die Kosten der Beförderung bis zu nächsten Güterbahnhofe, bei Wassertransport bis zur nächsten Anlegestelle des Schiffes oder Kahnes ein.

Art. 4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000,— M. bestraft, auf beide Strafarten kann nebeneinander erkannt werden.

Ausserdem kann auf Einziehung der Kartoffeln erkannt werden.

Art. 5. Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbehörden.

Art. 6. Die Verordnung vom 27. Mai 1916, betreffend die Regelung der Versorgung mit Frühkartoffeln (G. u. V. Bl. S. 2213), wird mit Wirkung vom 16. September 1916 ab aufgehoben mit der Massgabe, dass vom genannten Zeitpunkte ab auch in den bisher dem Verlader-Büro beim Zivilkommissar in Mecheln angeschlossenen Gemeinden die allgemeinen Bestimmungen, betreffend die Regelung des Verkehrs und die Versorgung mit Kartoffeln, Anwendung finden.

Die Verordnung vom 29. Januar 1916 (Ges. u. Verordnungsblatt S. 1564) wird aufgehoben. Die Verordnung vom 28. September 1915 (Ges. u. Verordnungsblatt S. 1090) bleibt, insoweit nicht vor-

stehende Verordnung oder die Verordnung vom 17. Januar 1916 (Ges. u. V. Bl. S. 1525) anderweitige Bestimmungen trifft, in Kraft.

Brüssel, den 7. September 1916.

C. C. VII. 8686.

Arrêté * fixant les prix maxima des pommes de terre.**

Art. 1er. Dans tout le territoire du Gouvernement général, le prix maximum des pommes de terre provenant de la récolte de 1916 est fixé comme suit, pour les livraisons effectuées par les producteurs:

grosses bleues des Ardennes . .	fr.	8.—	les 100 kg.
toutes les autres sortes	„	10.—	„ „ „

Pour les pommes de terre dont la variété est exceptionnellement bonne, le Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) peut autoriser des exceptions aux prix maxima sumentionnés.

Art. 2. Ces prix maxima s'entendent pour des pommes de terre saines, de bonne qualité et d'une même sorte non mélangée.

Art. 3. Ces prix maxima s'entendent pour fournitures sans sac; ils comprennent les frais de transport à la gare aux marchandises la moins éloignée ou, s'il s'agit d'un envoi par eau, au plus proche stationnement du bateau.

Art. 4. Les infractions au présent arrêté seront punies d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 10 000 marcs; les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément.

En outre, on pourra prononcer la confiscation des pommes de terre.

Art. 5. Les tribunaux et autorités militaires allemands ont compétence pour juger les infractions au présent arrêté.

Art. 6. L'arrêté du 27 mai 1916 concernant la réglementation de l'approvisionnement des pommes de terre hâtives (Bull. off. des lois et arr., p. 2213) sera abrogé à partir du 16 septembre 1916; à partir du 16 septembre 1916, les dispositions générales réglement le trafic et l'approvisionnement des pommes de terre seront aussi applicables dans les communes qui, jusqu'à présent, relevaient du Bureau de chargement (Verlader-Büro) placé sous les ordres du commissaire civil à Malines.

L'arrêté du 29 janvier 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 1564) est abrogé. L'arrêté du 28 septembre 1915 (Bull. off. des lois et arr., p. 1090) reste en vigueur pour autant que le présent arrêté ou l'arrêté du 17 janvier 1916 (Bull. off. des lois et arr., p. 1525) n'établisse pas de dispositions dérogatoires.

Bruxelles, le 7 septembre 1916.

C. C. VII. 8686.

Verordening * houdende vaststelling van hoogste prijzen voor aardappelen.**

Art. 1. De hoogste prijs voor aardappelen uit den oogst van 1916, door den voortbrenger geleverd, bedraagt in het heele gebied van het Generalgouvernement:

voor de blauwe reuzen (Ardeensche dikke blauwe) 8.— frank per 100 kgr.

voor alle andere soorten 10,— frank per 100 kgr.

Het Hoofd van het Burgerlijk Bestuur (Verwaltungschef) kan voor bijzonder fijne tafelaardappelen uitzonderingen op de vorenstaande prijzen toestaan.

Art. 2. De hoogste prijzen gelden voor goede, gezonde aardappelen van eenzelfde soort, zonder vermenging.

Art 3. De hoogste prijzen gelden voor leveringen

zonder zak. Zij bevatten de kosten van vervoer tot aan de naaste goederenstatie, of, bij vervoer te water, tot aan de naatste aanlegplaats van schip of schuit.

Art. 4. Overtredingen worden met ten hoogste één jaar gevangenis of met ten hoogste 10.000 mark boete gestraft; ook kunnen beide straffen tegelijk worden uitgesproken.

Buitendien kan tot de verbeurdverklaring van de aardappels besloten worden.

Art. 5. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsoverheden.

Art. 6. De Verordening van 27 Mei 1916 betreffend het regelen der bevoorrading met vroege aardappelen (Wet- en Verordeningsblad bl. 2213) houdt met ingang van 16 September 1916 op van kracht te zijn; daarentegen zijn van gemelden datum af, de algemeene bepalingen betreffend die regeling van den handel in en de bevoorrading met aardappelen in de gemeenten, die totnogtoe aangesloten zijn bij het verzendingskantoor bij den burgerlijken kommissaris (Verlader-Büro beim Zivilkommissar) te Mechelen van toepassing.

De Verordening van 29 Januari 1916 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1564) is opgeheven. De Verordening van 28 September 1915 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1090) blijft, zooverre vorenstaande Verordening of de Verordening van 17 Januari 1916 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1525) geen afwijkende bepalingen bevat, van kracht.

Brussel, den 7n September 1916.
C. C. VII. 8686.

BEKANNTMACHUNG.

Auf Befehl des Herrn Generalgouverneurs wird die für die schwerarbeitenden Industriearbeiter in

den Provinzen Hennegau und Lüttich am 31. 5. 1916 gewährte Zusatzration von 100 g Brotgetreide bis auf weiteres aufrechterhalten.

Brüssel, den 11. September 1916.

Sur l'ordre de Son Excellence le Gouverneur général, la ration supplémentaire de 100 gr. de blé, attribuée le 31 mai 1916, dans les provinces de Hainaut et de Liége, aux ouvriers industriels qui accomplissent de durs travaux, est maintenue jusqu'à nouvel avis.

Bruxelles, le 11 septembre 1916.
Z. E. K. 678.

Bij bevel van den Heer Generalgouverneur, blijft voor de nijverheidswerklieden van de provincies Henegouw en Luik, die zwaren arbeid te verrichten hebben, het op 31 Mei 1916 toegestaan bijrantsoen van 100 gram koren, tot nader bericht verder toegekend.

Brüssel, den 11n. September 1916.
Z. E. K. 678.

VERORDNUNG, ***

betreffend das Verbot der Veräusserung, des Erwerbes und der Ausfuhr von Pferden im Bereiche des Generalgouvernements während der Monate September und Oktober 1916.

§ 1. Die Veräusserung und der dauernde oder zeitig beschränkte Erwerb von Pferden in jeder Form, ebenso jede Ueberführung von Pferden aus einer Gemeinde in die andere wird für den Bereich des Generalgouvernements und für die Dauer vom 12. September bis 31. Oktober 1916 verboten. Ausnah-

men kann er Kreis-Chef der bisheriger Besitzer zulassen.

Die für diese Zeitdauer im Bereiche des Generalgouvernements angesetzten Pferdemärkte werden hiermit aufgehoben.

§ 2. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe von 300 M bis zu 10 000 M bestraft. Beide Strafen können nebeneinander verhängt werden. Auch kann auf Einziehung der Pferde erkannt werden.

§ 3. Zuständig zur Straverfolgung sind die deutschen Militärgerichte und Militärbefehlshaber.

Brüssel den 12. September 1916.

G. G. V. 7381.

Arrêté * portant défense de céder, d'acquérir et d'exporter, pendant les mois de septembre et d'octobre 1916, les chevaux se trouvant dans le territoire du Gouvernement général.**

§ 1er. Dans le territoire du Gouvernement général, il est défendu, pendant la période allant du 12 septembre au 31 octobre 1916, de céder et d'acquérir, d'une manière quelconque, des chevaux, à titre permanent ou provisoire, ou de les transférer d'une commune dans une autre. Les chefs d'arrondissement (Kreischef) des détenteurs actuels des chevaux pourront autoriser des exceptions à la présente interdiction.

Les marchés aux chevaux qui devaient se tenir pendant la période susmentionnée dans le territoire du Gouvernement général n'auront pas lieu.

§ 2. Quiconque aura enfreint le présent arrêté sera puni d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus

ou d'une amende de 300 à 10 000 marcs. Les deux peines pourront aussi être appliquées simultanément. En outre, on pourra prononcer la confiscation des chevaux qui auront formé l'objet de l'infraction.

§ 3. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 12 septembre 1916.

G. G. V. 7381.

Verordening * houdende verbod gedurende de maanden September en Oktober 1916 binnen het gebied van het Generalgouvernement paarden van de hand te doen, aan te schaffen en uit te voeren.**

§ 1. Het is verboden gedurende het tijdstip van 12 September tot 31 Oktober 1916 binnen het gebied van het Generalgouvernement op eenige wijze paarden van de hand te doen en voorgoed of voor tijdelijk gebruik aan te schaffen; het is evenzoo verboden paarden van de eene gemeente naar de andere over te brengen. De „Kreischef" kan aan de huidige bezitters uitzonderingen toestaan.

De paardenmarkten, die voor vorengemeld tijdstip binnen het gebied van het Generalgouvernement waren vastgesteld, worden hierbij opgegeven.

§ 2. Wie deze Verordening overtreedt, wordt met ten hoogste 1 jaar gevangenis of met een boete van 300 tot 10.000 mark gestraft. Beide straffen kunnen tegelijk uitgesproken worden. Ook kan tot de verbeurdverklaring der paarden worden besloten.

§ 3. De Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers zijn tot strafvervolging bevoegd.

Brussel, den 12n September 1916.

G. G. V. 7381.

No. 255. — 18. SEPTEMBER 1916. Pag. 2651

VERORDNUNG,
betreffend die Abänderung der Verordnung über die Ausfuhr von Gütern vom 15. April 1916.

Der Artikel 3 der Verordnung über die Ausfuhr von Gütern vom 15. April 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 1969) erhält folgende Fassung:

„Einer Genehmigung bedarf es nicht für die Durchfuhr von Gütern durch das Gebiet des Generalgouvernements, wenn die Güter auf Grund einer durchgehenden Frachturkunde befördert werden:

1) aus Deutschland,

2) aus oder nach dem Operations- und Etappengebiet im Westen, wenn die Aus- oder Einfuhr von der Ein- und Ausfuhrstelle im Grossen Hauptquartier genehmigt ist.

Jede andere Durchfuhr wird als Ein- und Ausfuhr behandelt.

Brüssel, den 13. September 1916.
C. C. IV. C. H. 19218.

Arrêté modifiant l'arrêté du 15 avril 1916 concernant l'exportation des marchandises.

L'article 3 de l'arrêté du 15 avril 1916 concernant l'exportation des marchandises (Bulletin officiel des lois et arrêtés, p. 1969) est modifié comme suit:

„Une autorisation n'est pas nécessaire pour le transit des marchandises par le territoire du Gouvernement général lorsque l'envoi se fait en vertu d'une lettre de

voiture valable jusqu'à destination et que les marchandises ainsi expédiées.

1) arrivent d'Allemagne,

2) viennent du territoire des étapes et des opèrations à l'ouest ou sont destinées à ce territoire, à la condition que l'exportation ou l'importation ait été autorisée par le Bureau des importations et exportations (Ein- und Ausfuhrstelle) du Grand Quartier général.

Toute autre espèce de transit sera considérée comme importation et exportation."

Bruxelles, le 13 septembre 1916.
C. C. IV. C. H. 19218.

Verordening houdende wijziging der Verordening van 15 April 1916 over den uitvoer van goederen.

Art. 3 der Verordening van 15 April 1916 over den uitvoer van goederen (Wet- en Verordeningsblad, bl. 1969), is als volgt gewijzigd:

„Voor den doorvoer van goederen door het gebied van het Generalgouvernement is geen toelating noodig, wanneer de goederen op grond van een doorvoervrachtbrief verzonden worden:

1) *uit Duitschland,*

2) *uit of aar het Operatie- en Etappengebied in het Westen, wanneer de uit- of invoer door het Kantoor voor In- en Uitvoer (Ein- und Ausfuhrstelle) bij het Groot Hoofdkwartier is toegelaten.*

Alle andere doorvoer wordt als in- en uitvoer behandeld."

Brussel, den 13n September 1916.
C. C. IV C. H. 19218.

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.

Volksschulwesen.

1. Durch Verfügung des Generalgouverneurs in Belgien vom 9. August 1916 ist der Kreisschulinspektor V. Dache zum Hauptschulinspektor dritter Klasse ernannt worden.

2. Durch Verfügung des Generalgouverneur in Belgien vom 19. August 1916 ist D. J. Delvaux, Gemeindelehrer in Paliseul, zum Kreisschulinspektor dritter Klasse ernannt worden.

C. C. III*a* 3233.

Ministère des Sciences des Arts.

Enseignement primaire.

1. Par ordonnance du 9 août 1916 du Gouverneur général en Belgique, M. V. Dache, inspecteur cantonal, a été nommé inspecteur principal de 3e classe.

2. Par ordonnance du 19 août 1916 du Gouverneur général en Belgique, M. D. J. Delvaux, instituteur communal à Paliseul, a été nommé inspecteur cantonal de 3e classe.

C. C. III*a* 3233.

Ministerie van Wetenschappen en Kunsten.

Lager onderwijs.

1. *De heer V. Dache, kantonnaal schoolopziener, is bij beschikking van 9 Augustus 1916 van den General-gouverneur in België tot hoofdschoolopziener 3de klasse benoemd.*

2. *De heer D. J. Delvaux, onderwijzer aan de gemeenteschool te Paliseul, is bij beschikking van 19 Augustus 1916 van den General-gouverneur in België tot kantonnaal schoolopziener 3de klasse benoemd.*

*C. C. III*a *3233.*

No. 256. — 21. SEPTEMBER 1916. Pag. 2663

VERORDNUNG.

In Abänderung der Verordnung vom 24. Juni 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2311) bestimme ich hiermit:

Der Lauf der in den Artikeln 5 und 7 des Gesetzes vom 1. Februar 1844 in der Fassung der Gesetze vom 15. August 1897 und 28. Mai 1914 vorgesehenen Frist für die Festsetzung von Fluchtlinien und die Einleitung des Enteignungsverfahrens beginnt ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Vorlage der Baugesuche mit dem 1. Oktober 1916, wenn sich diese Gesuche auf solche öffentliche Plätze und Strassen beziehen, von welchen durch die Kriegsereignisse ein oder mehrere Häuser zerstört worden sind.

Brüssel, den 16. September 1916.

C. C. VIII B. 1480.

Par modification à l'arrêté du 24 juin 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 2311), j'arrête ce qui suit:

Le délai prévu aux articles 5 et 7 de la loi du 1er février 1844, revisée par les lois des 15 août 1897 et 28 mai 1914, pour déterminer le plan d'alignement et intenter l'action en expropriation commence le 1er octobre 1916 (sans qu'il soit tenu compte de la date à laquelle les demandes de bâtir ont été présentées), lorsque les demandes se rapportent à des places publiques ou des rues dans lesquelles une ou plusieurs maisons ont été détruites par suite d'événements de guerre.

Bruxelles, le 16 septembre 1916.

C. C. VIII B. 1480.

In wijziging der Verordening van 24 Juni 1916 (Wet- en Verordeningsblad, bl. 2311), bepaal ik hierbij:

De onder art. 5 en 7 der wet van 1 Februari 1844 in de bewoording der wetten van 15 Augustus 1897 en 28 Mei 1914 voorziene termijn voor het vaststellen van rooilijnen en het inleiden der onteigeningsprocedure neemt aanvang, zonder rekening te houden met het tijdstip waarop de aanvraag om te mogen bouwen ingediend werd, op 1 Oktober 1916, indien deze aanvragen op zulke openbare plaatsen en straten slaan, waarvan door de oorlogsgebeurtenissen één of meer huizen verwoest werden.

Brussel, den 16n. September 1916.

C. C. VIII B. 1480.

No. 257. — 23. SEPTEMBER 1916. Pag. 2671

VERORDNUNG, ***

über die Bestandsmeldung von Schwefel, schwefelhaltigen Rohstoffen, Schwefelsäure, Asbest, Asbestfabrikaten und Kieselfluornatrium.

Art. 1. Sämtliche am 25. September 1916 im

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Gebiete des Generalgouvernements vorhandenen Bestände an:

a) Schwefel in allen Formen,

b) schwefelhaltigen Rohstoffen, wie Blenden, Schwefelkiesen, Gasreinigungsmassen,

c) Schwefelsäure in allen Konzentrationsgraden,

d) Asbest in rohem und verarbeitetem Zustande, asbesthaltigen Materialien (Wärmeschutzmassen, Dichtungen usw.),

e) Kieselfluornatrium (Na_2 Si Fl_6),

sind bis längstens 10. Oktober 1916 dem Verwaltungschef beim Generalgouverneur, Abteilung für Handel und Gewerbe, Rohstoff-verwaltungsstelle in Brüssel, Kunstherlevingslaan 30, anzumelden. Der Meldepflicht unnterliegen auch diejenigen Vorräte, die schon durch Einzelverfügung beschlagnahmt, sowie diejenigen, die für den Verbrauch freigegeben sind.

Art. 2. Nicht zu melden sind Vorräte, wenn sie bei den in Art. 1 unter

a) genannten Stoffen die Menge von 100 kg; bei den unter

b) genannten Stoffen die Menge von 1000 kg; bei den unter

c) genannten Stoffen die Menge von 1000 kg; bei den unter

d) genannten Stoffen die Menge von 100 kg; bei den unter

e) genannten Stoffen die Menge von 10 kg. nicht übersteigen.

Art. 3. Meldepflichtig sind alle privaten und öffentlichrechtlichen gewerblichen Unternehmen, Gesellschaften, Verbände und Einzelpersonen, in in deren Betrieben die in Art. 1 aufgeführten Stoffe erzeugt, verarbeitet, verkauft oder aufbe-

wahrt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Vorräte in deren Eigentum stehen oder nicht.

Art. 4. Die in Art. 3 bezeichneten Personen, Gesellschaften usw. sind für die Erhaltung und Sicherstellung der der Meldepflicht unterworfenen Stoffe verantwortlich; es ist ihnen verboten, die angemeldeten Vorräte ohne Erlaubnis der Rohstoffverwaltungsstelle der Abteilung für Handel und Gewerbe zu verkaufen, oder sonstwie durch Rechtsgeschäfte über dieselben zu verfügen.

Ausgenommen von dem Verbote sind nur die für den Verbrauch freigegebenen Vorräte.

Art. 5. Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 20000.— Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

a) wer die vorgeschriebene Bestandsmeldung unterlässt oder wissentlich oder grob fahrlässig eine falsche oder unvollständige Meldung erstattet

b) wer entgegen den Vorschriften des Art. 4 die in Art. 1 genannten Gegenstände verkauft oder kauft, oder andere rechtsgeschäftliche Verfügungen uber sie trifft oder wer diese Gegenstände beiseite schafft,

c) wer auf sonstige Weise dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Der Versuch ist strafbar.

Neben der Bestrafung können die Stoffe, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, eingezogen werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Militärbehörden.

Brüssel, den 16. September 1916.
C. C. IV. R. 27132.

Arrêté * concernant la déclaration des stocks de soufre, de produits sulfureux bruts, d'acide sulfurique, d'amiante, de produits fabriqués en amiante et de fluosilicate de soude.**

Art. 1er. Tous les stocks des produits suivants:

a) soufre sous toutes ses formes,

b) produits sulfureux bruts, tels que blendes, pyrites, masses d'épuration de gaz,

c) acide sulfurique (tous les degrés de concentration),

d) amiante brut ou travaillé, produits contenant de l'amiante (calorifuges, joints, etc.),

e) fluosilicate de soude (Na_2 Si Fl_6),

se trouvant le 25 septembre 1916 dans le territoire du Gouvernement général, doivent être déclarés le 10 octobre 1916 au plus tard au Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général, Section du commerce et de l'industrie (Abteilung für Handel und Gewerbe), Bureau des matières premières (Rohstoffverwaltungsstelle), à Bruxelles, 30, Avenue de la Renaissance. L'obligation de déclarer porte également sur les stocks qui ont déjà été saisis en vertu d'une ordonnance spéciale et sur ceux dont la saisie a été levée en faveur de la consommation.

Art. 2. Ne doivent pas être déclarés, les stocks désignés à l'article 1er, lorsqu'il s'agit de quantités inférieures à:

a) 100 kg. pour les produits indiqués à la lettre *a*,
b) 1000 kg. pour les produits indiqués à la lettre *b*,
c) 1000 kg. pour les produits indiqués à la lettre *c*.
d) 100 kg. pour les produits indiqués à la lettre *d*,
e) 10 kg. pour les produits indiqués à la lettre *e*.

Art. 3. L'obligation de déclarer incombe à toutes les

entreprises industrielles, privées ou de droit public, sociétés, associations, ainsi qu'à toutes les personnes physiques qui, dans leurs exploitations ou établissements, produisent, travaillent, vendent ou conservent les produits rentrant dans les catégories mentionnées à l'article 1er, peu importe que les stocks desdits produits soient ou non la propriété des déclarants.

Art. 4. Les personnes, sociétés, etc. désignées à l'article 3 sont responsables de la bonne conservation et de la mise en sûreté des produits dont la déclaration est imposée; il est interdit à ces intéressés de vendre les stocks déclarés ou de disposer d'eux, de toute autre manière, par transaction, à moins d'en avoir obtenu la permission du Bureau des matières premières de la Section du commerce et de l'industrie.

Seules les quantités dont la saisie a été levée en faveur de la consommation ne tombent pas sous l'application de cette interdiction.

Art. 5. Seront punis soit d'une peine d'emprisonnement de 5 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre:

a) quiconque aura omis de faire la déclaration prescrite ou, soit sciemment, soit par grave négligence, aura fait une déclaration fausse ou incomplète,

b) quiconque, contrairement aux dispositions de l'article 4, aura vendu ou acheté les objets nommés à l'article 1er, aura disposé desdits objets par transaction ou les aura caché,

c) quiconque, de toute autre manière, aura enfreint le présent arrêté.

La tentative d'infraction est punissable.

Indépendamment des peines précitées, on pourra prononcer la confiscation des produits qui auront formé l'objet de l'infraction.

Les tribunaux et autorités militaires allemands ont compétence pour juger lesdites infractions.

Bruxelles, le 16 septembre 1916.

C. C. IV. R. 27132.

Verordening * over de stapelaangifte van zwavel zwafelhoudende grondstoffen, zwavelzuur, asbest, asbestfabrikaten en sodiumvloeispaath-kiezelzuurzout.**

Alle stapels van navermelde stoffen:

a) *zwavel in alle vormen,*

b) *zwavelhoudende grondstoffen, zooals blenden, zwavelkies, gaszuiveringsstoffen,*

c) *zwavelzuur in alle verdichtingsgraden,*

d) *asbest in ruwen en bewerkten toestand, asbesthoudende materialen (warmtebeschermstoffen, verbindingen, enz.),*

e) *sodiumvloeispaathkiezelzuurzout* ($Na_2\ Si\ Fl_6$), *die op 25 September 1916 binnen het Gebied van het Generalgouvernement voorhanden zijn, moeten ten laatste op 10 Oktober 1916 aangegeven worden bij het Hoofd van het Burgerlijk bestuur bij den Generalgouverneur, afdeeling voor handel en nijvreheid, grondstoffenkantoor (Verwaltungschef beim Generalgouverneur, Abteilung für Handel und Gewerbe, Rohstoffverwaltungsstelle), Kunstherlevingslaan 30, te Brussel. De meldingsplicht geldt ook voor zulke stapels, die reeds bij afzonderlijke beschikking zijn aangeslagen, evenals voor zulke, die voor het gebruik vrij verklaard werden.*

Art. 2. De in artikel 1 bedoelde stapels moeten niet aangegeven worden, in geval zij niet grooter zijn dan

a) *100 kgr. voor de stoffen onder letter* a),

b) *1000 kgr. voor de stoffen onder letter* b),

c) *1000 kgr. voor de stoffen onder letter* c),

d) *100 kgr. voor de stoffen onder letter* d),

e) *10 kgr. voor de stoffen onder letter* e).

Art. 3. Zijn verplicht aangifte te doen, alle private en openbaarrechtelijke nijverheidsondernemingen, vennootschappen, bonden en afzonderlijke personen, in wier bedrijven de in artikel 1 opgesomde stoffen vervaardigd, verwerkt, verkocht of bewaard worden, om het even of de stapels al dan niet hun eigendom zijn.

Art. 4. De onder artikel 3 aangeduide personen, vennootschappen enz. zijn verantwoordelijk voor de goede bewaring en het houden te beschikking van de aan te geven stoffen; het is den belanghebbenden verboden, de aangegeven stapels zonder toelating van het grondstoffenkantoor der afdeeling voor handel en nijverheid te verkoopen, of er anderszins bij rechtshandeling over te beschikken.

De voor het gebruik vrijverklaarde stapels vallen niet onder dit verbod.

Art. 5. Wordt gestraft me t ten hoogste 5 jaar gevangenis en ten hoogste 20.000 mark boete of met één van beide straffen:

a) *wie verzuimt de voorgeschreven stapelaangifte te doen of wie bewust of uit grove nalatigheid een valsche of onvolledige aangifte doet,*

b) *wie, in strijd met de voorschriften van artikel 4, de onder artikel 1 vermelde voorwerpen verkoopt of koopt, of er anderszinrechtszakelijk over beschikt, of die voorwerpen verheelt,*

c) *wie op eenige andere wijze deze Verordening overtreedt.*

De poging tot overtreding is strafbaar.

Naast voormelde bestraffing kunnen de stoffen, waarop de overtreding betrekking heeft, verbeurdverklaard worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitschhe krijgsrechtbanken en krijgsoverheden.

Brussel, den 16n. September 1916.

C. C. IV. R. 27132.

No. 258. — 26. SEPTEMBER 1916. Pag. 2683

VERORDNUNG, ***

über den Transport von Gütern innerhalb des Generalgouvernements.

Art. 1. Für den Transport der in Spalte 1 der Anlage 1 zu dieser Verordnung aufgeführten Güter innerhalb des Generalgouvernements (Bekanntmachungen des Generalgouverneurs in Belgien vom 19. Dezember 1915, Gezetz- und Verordnungsblatt Seite 1436, und vom 21. Juli 1916 Seite 2421) ist die Genehmigung der in Spalte 2 bezeichneten Dienststellen erforderlich.

Eine Genehmigung ist auch dann erforderlich, wenn der Transport innerhalb von Städten und

*** Bei den mit drei Sternen bezeichneten Verordnungen ist Bekanntgabe auch durch Maueranschlag beabsichtigt. Die übrigen sind durch die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise insbesondere an die Interessenten bekannt zu geben.

Les arrêtés marqués de trois astérisques seront affichés. Les autres doivent être portés à la connaissance du public et spécialement des intéressés par les administrations communales, qui procéderont ainsi qu'elles ont coutume de le faire.

De met drie sterretjes gemerkte Verordeningen worden ook door middel van aanplakbrieven bekend gemaakt. Alle andere Verordeningen moeten door de gemeente-overheid volgens de gebruikelijke wijze van bekendmaken vooral aan de belanghebbenden medegedeeld worden.

Ortschaften erfolgt, es sei denn, dass es sich um unbedeutende Mengen handelt.

Art. 2. Die Genehmigung erfolgt durch Aufdruck eines Stempels nach Anlage 2, in den der runde Reichsadlerstempel mit der Umschrift der genehmigenden Dienststelle eingefügt ist.

Die Genehmigungsurkunde ist innerhalb von 5 Tagen nach dem Endtermine zurückzugeben.

Der Stempel muss von einem Offizier oder einem Beamten unterschrieben sein. Zur Unterzeichnung genügt eine im Wege der mechanischen Vervielfältigung hergestellte Namensunterschrift.

Die genehmigenden Dienststellen sind befugt, Dauergenehmigungen auszustellen.

Art. 3. Mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren und mit Geldstrrafe bis zu 30 000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird gestraft, wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann die Einziehung der Güter ausgesprochen werden.

Zuständig sind die deutschen Militärgerichte und Befehlshaber.

Art. 4. Die Verordnung vom 15. April 1916 über den Transport von Gütern innerhalb des Generalgouvernements (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2073) wird aufgehoben.

Soweit in anderen Verordnungen besondere Vorschriften über den Transport von Gütern enthalten sind, bleiben sie unberührt.

Die Vorschriften der belgischen Zoll- und Steuergesetzgebung über Transportausweise für abgabeplichtige Warenbleiben in Geltung.

Brüssel, den 5. September 1916.

C. C. IV CH 19004.

ANLAGE 1

zur Verordnung über den Transport von Gütern innerhalb des Generalgouvernements.

Spalte 1.

Transportgenehmigungsbedürftige Güter:

a. Metallbearbeitungsmaschinen.

b. Elektrische Maschinen, Transformatoren, Apparate und sämtliche für elektrische Installationen erforderliche Materialien mit Ausnahme von Leitung und Akkumulatoren (Vergl. 3.).

c. Ueberseeisches Holz, Nussbaumholz, Pappelholz, alles Holz aus den Lägern in Antwerpen (innere Fortlinie).

Walzmaterial, (Halbfabrikate aller Art, wie Rohblöcke, Brammen, Knüppel, Platinen usw.) Eisen- und Stahlbleche aus Walzwerken, Schienen und sonstiges Material für Normalspurbahnen, Feld- und Kleinbahnen, gleislose Lastzugmaschinen für Dampf- und elektrischen Betrieb, Lokomobilen, Holzbearbeitungsmaschinen, Haspeln und Winden, Pumpen, Ventilatoren und Kompressoren, Rohrleitungen, Betonmischmaschinen.

Einer Transportgenehmigung bedarf es nicht für Transporte aus Lägern die weniger als 10 Tonnen Bestand haben und für Blechtransporte aus den Lägern von Zwischenhändlern.

d. Kraftwagen, Krafträder, Verbrennungsmotore, deren Teilen und Zubehör, Rohgummi aller Art, einschliesslich Guttapercha, bearbeitet und unbearbeitet, vermischt und unvermischt, Gummireifen und sonstige Gummiwaren aller Art, Altgummi, Gummiabfälle, Spiritus, Benzin, Benzol, rein und in Mischungen,, Solventnaphtha

e. Lebens-, Genuss- und Futtermittel, Vieh und Pferde, die aus dem Gebiet der Kommandantur Maubeuge in das belgische Zollgebiet gebracht werden sollen.

f. Nebenprodukte des Kokereibetriebes mit Ausnahme von Reinbenzol und Solventnaphtha (hierfür siehe *d.).*

g. Nebenprodukte des Gasanstalten, einschliesslich ausgebrauchter Gasreinigungsmasse und ausschliesslich Gaskoks, Reinbenzol und Solventnaphtha (hierfür siehe *d.*).

h. Mineralische, tierische und pflanzliche Oel- und Fettstoffe und deren Rückstände, mit Ausnahme von Butter, Benzin, Reinbenzol und den aus dem Teer gewonnenen Stoffen (hierfür siehe *d. f.* und *g.*),

ferner Lacke, Oelfarben, Petroleum, Farblösungsmittel, Harz, Knochen, Hörner, Füsse, Knochenmehl, Knochenschrot, Leimleder, Futtermittel aus Kadaver- und Pansenverwertungsan stalten, Schuhwichse, Seife jeder Art, Kalziumkarbid, Oelsaaten und Oelkuchen.

Einer Transportgenehmigung bedarf es nicht für Sendungen innerhalb von Städten und Ortschaften und för solche Sendungen, die an die Talgschmelze von J. Weinhausen, Brüssel,, gerichtet sind.

i. Fensterglas, Spiegelglas jeder Art und Stärke, ungebrauchte Flaschen aller Art.

Artikel 1, Abs. 2 findet keine Anwendung.

k. Schotter, Natursteine, feuerfeste Steine und Kalkmaterial aller Art, wie insbesondere rohe Kalksteine, gebrannter Kalk, Marmor, Kreide; ferner Bruchsteine, rohe Blöcke, bearbeitete Blöcke, Pflastersteine, Rohphosphate, Schlackensand, Kies,

Grubenholz, mit Ausnahme der Sendungen, die an deutsche Militär- und Zivilbehörden, (nicht an Unternehmer), gerichtet sind, oder von diesen Behörden oder einem unter Zwangsverwaltung stehenden Unternehmen abgesandt werden.

Artikel 1, Abs. 2 findet keine Anwendung.

l. **1.** Wolle, sowohl getrennt vom Fell als noch auf dem Fell, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Seide, Kunstseide, Leder in Mengen von 50 kg an, Balata und deren Halb- und Fertigfabrikate, (darunter sind die Zwischenstufen vom Rohmaterial bis zur fertigen Ware, sowie Alt-Material zu verstehen), Treibriemen aus jeglichem Material, Tierhaare, Abfälle, Lumpen und die hieraus gewonnenen Erzeugnisse.

2. Papierabfälle.

3. Alle Roh-, Halb- und Fertigfabrikate von Weich-, Walz- und Hartblei, Antimon, Kadmium, Kupfer und Kupfervitriol, sowie Legierungen dieser Metalle, wie insbesondere Bronze, Rotguss, Messing, Neusilber, Weissmetal, Lötzinn, Setzmaschinenmetall, Schriftmetall, Stereotypiemetall, Galvanos, Notenplatten aus Zinn-Blei-Legierung (soweit es sich nicht um Kunst und kunstgewerbliche Gegenstände handelt); ferner Wolfram, Mangan, einschliesslich deren Erze und Legierungen, besonders auch Schnelldrehstahl jeglicher Form in Stangen, als Schrott und in ganz- und halbfertigen Werkzeugen.

Einer Transportgenehmigung bedarf es nicht für Einzelsendungen unter 5 kg.

4. Chlorkalk, Schwefel, schwefelhaltige Rohstoffe, Salpetersäure und Schwefelsäure, frei und in allen Verbindungen, Anilin und Teerfarben aller Art un in allen Mischungen, Alaun, schwe-

felsaure Tonerde, gereinigtes Ammoniak, Borax, Essigsäure und deren Salze, Roh-Holz-geist und Methylalkohol.

Artikel 1, Abs. 2 findet nur auf Schwefelsäure, sowie auf Anilin- und Teerfarben Anwendung.

5. Holzschuhe.

6. Handgetreidemühlen und Quetschmaschinen für Getreide.

7. Alle vorstehennd unter *a* bis *l* nicht genannten Güter, die beschlagnahmt oder der Deklarationspflicht unterworfen sind.

Von den unter 1. aufgeführten Gütern bedürfen jedoch einer Transportgenehmigung nicht:

a. Seilerwaren in Einzelsendungen unter 50 kg,

b. künstliche Blumen,

c. sämtliche Mustersendungen.

Spalle 2.

Für die Genehmigung zuständige Dienststelle:

a. General der Fussartillerie beim Generalgouvernement in Belgien, Wetstraat 10, Rue de la Loi 10, Brüssel).

b. Maschinenbeschaffungsstelle der Kgl. Feldzeugmeisterei, (Ruysbroeckstraat 74, Rue de Ruysbroeck 74, Brüssel).

c. General des Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg. J. II. (Regentenlaan 39, Boulevard du Regent 39, Brüssel.

General des Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg. J. III b. (Wetstraat 10, Rue de la Loi 10, Brüssel).

d. Leitung des Kraftfahrwesens beim Generalgouvernement in Zelgien, (Wetstraat 10, Rue de la la Loi, Brussel).

e. Kommandant von Maubeuge.

f. Kohlenzentrale in Belgien, (Kanzelarijstraat 19, Rue de la Chancellerie 19, Brüssel).

g. Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität, (Koningstraat 66, Rue Royale 66, Brüssel).

h. Oelzentrale in Belgien, (Kolonienstraat 54, Rue des Colonies 54, Brüssel).

i. Bergverwaltung des Bezirkes, aus dem der Transport vorgenommen werden soll.

k. Bergverwaltung des Bezirkes, aus dam der Transport vorgenommen werden soll.

l. Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Abtlg. für Handel und Gewerbe, Kunstherlevinglaan 30, Avenue de la Renaissance 30, 30, Brüssel).

ANLAGE 2.

Muster des Stempels.

Der Transport von *(Einfügung d. Güter)*.....
von *(Ort)* .... nach *(Ort)* ....
durch Schiff—Eisenbahn—Kleinbahn—Fuhrwerk wird genehmigt.

Gültig bis ....

(Stempel)

......, den ...... 19 .

Diese Urkunde ist innerhalb von fünf Tagen nach dem Endtermine zurückzugeben. Unterlassung zieht Bestrafung und Verweigerung weiterer Genehmigungen nach sich.

Arrêté *** concernant le transport des marchandises dans le territoire du Gouvernement général.

Art. 1er. Le transport dans le territoire du Gouvernement général (voir avis du 19 décembre 1915 [Bulletin officiel des lois et arrêtés, page 1436] et du 21 juillet 1916 [page 2421] de Son Excellence le Gouverneur général en Belgique) des marchandises désignées à la 1re colonne de la 1re annexe du présent arrêté ne peut se faire qu'en vertu d'une autorisation de l'autorité indiquée à la 2e colonne de la même annexe.

Ladite autorisation est également nécessaire quand le transport se fait à l'intérieur des villes et autres localités, à moins qu'il ne s'agisse de quantités insignifiantes.

Art. 2. L'autorisation se donne par l'apposition d'un cachet conforme à l'annexe 2, contenant un cachet rond avec l'aigle impériale, entourée du nom de l'autorité qui autorise.

L'acte d'autorisation doit être rendu dans les 5 jours à partir de l'expiration du délai.

Le cachet doit être signé par un officier ou un fonctionnaire. On peut se servir à cette fin d'une griffe reproduisant mécaniquement la signature.

Les autorités compétentes ont le droit d'accorder des autorisations permanentes.

Art. 3. Quiconque aura enfreint les prescriptions du présent arrêté sera puni soit d'une peine d'emprisonnement de 3 ans au plus et d'une amende pouvant atteindre 30,000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre.

Toute tentative d'infraction est punissable. Outre les peines précitées, on pourra prononcer la confiscation des marchandises.

Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 4. Est abrogé l'arrêté du 15 avril 1916 concernant le transport des marchandises dans le territoire du Gouvernement général (Bulletin officiel, page 2073).

Les dispositions spéciales contenues dans d'autres arrêtés et relatives aux transports de marchandises restent en vigueur.

Restent aussi en vigueur, les dispositions de la législation belge des douanes et accises ayant trait aux passavants pour marchandises soumises aux droits.

Bruxelles, le 5 septembre 1916.

C. C. IV. C. H. 19004.

ANNEXE 1

à l'arrêté concernant le transport des marchandises dans le territoire du Gouvernement général.

1re colonne.

Marchandises dont le transport doit être autorisé:

a. Machines à travailler les métaux.

b. Machines électriques, transformateurs, appareils et tous les matériaux nécessaires aux installations électriques, à l'exception des conduites et des accumulateurs (voir 3).

c. Bois d'outre-mer, bois de noyer, bois de peuplier, tous les bois des entrepôts d'Anvers (ligne intérieure des forts).

Produits de laminoirs (produits mi-ouvrés de tout genre, tels que lingots, brames, blooms, billettes, largets, etc.), tôles de fer et d'acier provenant des laminoirs, rails et accessoires de rails pour voie normale et pour chemins de fer de campagne ou à voie étroite, locomotives routières à vapeur ou à force électrique, locomobiles, machines à travailler le bois, treuils et dévi-

doirs, pompes, ventilateurs et compresseurs, conduites à tuyaux, bétonnières.

Le transport peut se faire sans autorisation s'il s'agit de marchandises prises à des stocks inférieurs à 10 tonnes ou s'il s'agit de tôles prises aux stocks des marchands intermédiaires.

d. Automobiles, motocyclettes, moteurs à essence, leurs pièces et accessoires, gommes brutes de tout genre (y compris la gutta-percha) travaillées ou non, mélangées ou pures, pneumatiques et tous les autres articles en caoutchouc. vieux caoutchouc, déchets de caoutchouc, esprit-de-vin, benzine, benzol pur ou mélangé, solventnaphte.

e. Vivres, friandises, cigares, etc., fourrages, bétail, chevaux, à expédier du district de la „Kommandantur" de Maubeuge à destination du territoire douanier belge.

f. Sous-produits de la fabrication des cokes, à l'exception du benzol pur et du solventnaphte (voir *d*).

g. Sous-produits des usines à gaz, y compris la masse épuratoire des gaz qui a servi et non compris le coke, le benzol pur et le solventnaphte (voir *d)*.

h. Huiles et graisses minérales, animales et végétales et leurs résidus, à l'exception du beurre, de la benzine, du benzol pur et des produits extraits du goudron (voir *d, f* et *g)*,

en outre, les vernis, les couleurs à l'huile, le pétrole, les dissolvants pour couleurs, les résines, les os, les cornes, les pieds, les os pilés ou broyés, les brochettes, les produits destinés à l'alimentation animale et provenant des établissements d'utilisation des cadavres et des panses d'animaux, les cirages, les savons de tout genre, le carbure de calcium, les graines oléagineuses et les tourteaux.

Les transports à l'intérieur des villes et autres localités et ceux qui sont adressés à la maison J. Wein-

hausen, fonderie de suif à Bruxelles, peuvent se faire sans autorisation.

i. Verres à vitres et glaces de tout genre et de toute épaisseur, bouteilles neuves de tout genre.

Le 2e alinéa de l'article 1er n'est pas applicable à la présente catégorie.

k. Gravier, pierres naturelles, briques réfractaires et materiaux calcaires de tout genre, tels que pierres calcaires brutes, chaux brûlée, marbre, craie; en outre, pierres de taille, blocs bruts et travaillés, pavés, phosphate brut, sable de scories, pierrailles, bois de mine, à l'exception des envois adressés aux autorités militaires ou civiles allemandes (pas aux entrepreneurs) ou expédiés par ces autorités ou par une entreprise placée sous séquestre.

Le 2e alinéa de l'article 1er n'est pas applicable à la présente categorie.

l. 1. Laine tondue ou sur peaux, coton, lin, chanvre, jute, soie, soie artificielle, cuir par quantités de 50 kg. au moins, balata et leurs produits finis et mi-ouvrés (c'est-à-dire tous les produits des différents degrés d'achèvement depuis le produit brut jusqu'au produit fini, y compris les vieux produits), courroies de transmission de toute composition, poils, déchets, chiffons et produits en dérivant.

2. Déchets de papier.

3. Tous les produits bruts, mi-ouvrés ou finis en plomb malléable, plomb laminé, masse de plomb, antimoine, cadmium, cuivre et vitriol de cuivre, les alliages de ces livers métaux, notamment bronze, tombac, laiton, argent d'Allemagne, métal blanc, étain à souder, métal de clicherie, métaux galvaniques, disques pour instruments de musique en alliage d'étain et de plomb (pour autant qu'il ne s'agisse ni d'objets d'art ni de produits de l'art industriel); en outre, wolfram, manganèse, y

compris leurs minerais et leurs alliages, notamment acier à coupe rapide de toute forme en barres, dans les déchets et les outils finis ou mi-ouvrés.

Le transport peut se faire sans autorisation s'il s'agit d'envois séparés n'atteignant pas 5 kg.

4. Chlorure de chaux, soufre, produits sulfureux bruts, acide nitrique et acide sulfurique libres ou combinés, toutes les espèces et tous les mélanges de couleur d'aniline et de couleurs extraites du goudron, alun, sulfate d'alumine, ammoniaque purifié, borax, acide acétique et leurs sels, esprit-de-bois brut et alcool méthylique.

Le 2e alinéa de l'article 1er n'est applicable qu'à l'acide sulfurique et aux couleurs d'aniline et de goudron.

5. Sabots.

6. Moulins à main pour moudre le blé et broyeurs à blé.

7. Tous les produits non désignés précédemment dans les catégories *a*—*l* et qui sont saisis ou doivent être déclarés.

Parmi les produits mentionnés au chiffre 1er, peuvent être transportés sans autorisation:

a. les cordages, lorsqu'il s'agit d'envois isolés inférieurs à 50 kg.,

b. les fleurs artificielles,

c. tous les envois d'échantillons.

2e colonne.

Autorités compétentes pour l'autorisation:

a. General der Fussartillerie beim Generalgouvernement in Belgien (Général de l'artillerie à pied près le Gouvernement général en Belgique), 10, rue de la Loi, Bruxelles.

b. Maschinenbeschaffungsstelle der Königlichen Feldzeugmeisterei (74, rue de Ruysbroeck, Bruxelles).

c. General des Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg. J. II (Général du corps du génie près le Gouvernement général en Belgique, section J. II), 39, boulevard du Régent, Bruxelles.

General des Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg. J. III*b*. (Général du corps du génie près le Gouvernement général en Belgique, section J. III*b*), 10, rue de la Loi, Bruxelles.

d. Leitung des Kraftfahrwesens beim Generalgouvernement in Belgien (Direction des automobiles près le Gouvernement général en Belgique), 10, rue de la Loi, Bruxelles.

e. Commandant de Maubeuge.

f. Kohlenzentrale in Belgien (Bureau central des charbons en Belgique), 19, rue de la Chancellerie, Bruxelles.

g. Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität (Bureau central du gaz, des eaux et de l'électricité), 66, rue Royale, Bruxelles.

h. Oelzentrale in Belgien (Bureau central des huiles), 54, rue des Colonies, Bruxelles.

i. Administration allemande des mines du district (Bergverwaltung) d'où les produits doivent être transportés.

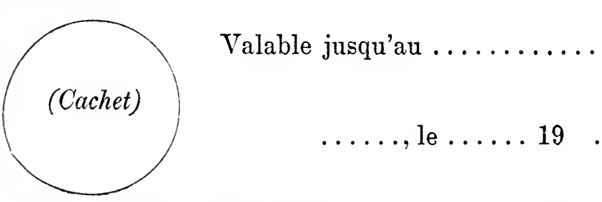
k. Administration allemande des mines (Bergverwaltung) du district d'où les produits doivent être transportés.

l. Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Abteilung für Handel und Gewerbe (Chef de l'administration civile près le Gouverneur général en Belgique, Section du commerce et de l'industrie), 30, avenue de la Renaissance, Bruxelles.

ANNEXE 2.

Modèle du cachet.

Le transport de *(désignation des marchandises)* .... de *(lieu)* ...... à *(lieu)* ...... par bateau—chemin de fer—vicinal—camion est autorisé.


(Cachet)

Valable jusqu'au ....

......, le ...... 19 .

La présente autorisation doit être rendue dans les cinq jours à partir de l'expiration du délai. L'intéressé qui n'observe pas cette disposition s'expose à être puni et à se voir refuser toute autorisation ultérieure.

Verordening * over het vervoer van goederen binnen het gebied van het Generalgouvernement.**

Art. 1. Binnen het gebied van het Generalgouvernement [Bekendmakingen van 19 December 1915 (Wet- en Verordeningsblad bl. 1436) en van 21 Juli 1916 (bl. 2421) van den heer Generalgouverneur in België] mogen de in kolom 1 van bijlage 1 dezer Verordening opgesomde goederen maar vervoerd worden mits toelating der in kolom 2 van bijlage 1 aangeduide overheden.

Uitgenomen voor onbeduidende hoeveelheden, is de toelating ook vereischt voor het vervoer binnen het gebied eener zelfde stad of gemeente.

Art. 2. De toelating wordt verleend door het afdrukken van een stempel volgens bijlage 2, waarin de ronde Rijksadelaarsstempel staat met, als randschrift, den naam van de overheid die de toelating verleent.

Het toelatingsbewijs moet binnen 5 dagen na verloop van den geldigheidsduur teruggegeven worden.

De stempelafdruk moet door een officier of door een beambte onderteekend zijn. Voor de onderteekening volstaat een gestempelde handteekening.

De bevoegde overheden kunnen ook bestendige toelatingen verleenen.

Art. 3. Wie de voorschriften dezer Verordening overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste drie jaar gevangenis en met ten hoogste 30.000 mark boete of met één van beide straffen.

De poging tot overtreding is strafbaar. Naast de straf kan ook de verbeurdverklaring der goederen uitgesproken worden.

Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en bevelhebbers.

Art. 4. De Verordening van 15 April 1916 over het vervoer van goederen binnen het Generalgouvernement Wet- en Verordeningsblad bl. 2073) is opgeheven.

De in andere Verordeningen voorkomende bijzondere bepalingen over het vervoer van goederen blijven van kracht.

Blijven eveneens van kracht, de bepalingen der Belgische tol- en accijnswetten betreffend vervoerbewijzen voor tolverschuldigde waren.

Brussel, den 5n September 1916
C. C. IV. C. H. 19004.

BIJLAGE 1.

tot de Verordening over het vervoer van goederen binnen het gebied van het Generalgouvernement.

Kolom 1.

Goederen waarvoor een vervoertoelating vereischt is:

a. *Metaalbewerkingsmachienen.*

b. *Elektrische maschienen, transformatoren, toestellen en alle materialen dienende tot herstelling van elektrische inrichtingen, met uitzondering van leiding en akkumulatoren (zie 3).*

c. *Overzeeschhout, notelaarhout, populierhout, alle hout uit de bergplaatsen te Antwerpen (binnenfortenlijn.)*

Pletmateriaal (allerhande halffabrikaten, zooals metaalstaven, staafijzer, billettes, platen, enz.), ijzer- en staalplaten uit pletmolens, spoorstaven en ander materiaal voor spoorwegen met normaal en met smal spoor en voor veldspoorwegen, door stoom of elektriciteit gedreven, vrachtlokomotieven zonder spoor, lokomobielen, houtbewerkingsmachienen, kaapstanders en windassen, pompen, luchtververschers en kompressoren, leidingsbuizen, cementmachienen.

Er is geen vervoertoelating noodig voor het wegbrengen uit stapels van minder dan 10 ton, noch voor vervoer van platen uit de stapels van tusschenhandelaars.

d. *Motorwagens, motorrijwielen, verbrandingsmotoren, de deelen en onderdeelen er van, allerhande ruwe gummi, met inbegrip van guttapercha, bewerkt of onbewerkt, vermengd of zuiver gummibanden en alle andere gummiwaren, oude gummi, gummiafval, spiritus, benzine, benzol, zuiver of vermengd, solventnafta.*

e. *Levens-, genotmiddelen en voederstoffen, vee en*

paarden, die uit het gebied der Kommandantuur Maubeuge binnen het Belgisch tolgebied moeten gebracht worden.

f. *Bijproducten uit het koksbedrijf, uitgenomen zuiver benzol en solventnafta (zie* d.*).*

g. *Bijprodukten der gasfabrieken, met inbegrip van de benuttigde gaszuiveringsstof, doch niet gaskoks, zuiver benzol en solventnafta (zie* d*).*

h. *Minerale, dierlijke en plantaardige olie- en vetstoffen en de bezinksels er van, uitgenomen boter, benzine, zuiver benzol en de uit teer gewonnen stoffen (zie* d, f *en* g*).*

Verder lakken, olieverwen, petroleum, verfoplossingsmiddelen, hars, beenderen, horens, hoeven, beendermeel, beendergort, lederafval om lijm te koken, voederstoffen uit kreng- en pensbenuttigingsinrichtingen, schoenblik, allerhande zeep, calciumcarbid, oliezaad en lijnkoek.

Eene vervoertoelating is niet noodig voor zendingen binnen het gebied eener zelfde stad of gemeente en voor zendingen, bestemd voor de vetsmelterij van J. Weinhausen, Brussel.

i. *Vensterglas, spiegelglas van elke soort en dikte, allerhande ongebruikte flesschen.*

Art. 1 lid 2 is niet van toepassing.

k. *Kies, natuursteenen, vuurvaste steenen en allerhande kalkmateriaal, evenals inzonderheid ruwe kalksteenen, gebrande kalk, marmer, krijt; verder gebroken steenen, ruwe blokken, bewerkte blokken, straatsteenen, ruwe fosfaten, slakkenzand, grof grint, mijnhout, uitgenomen zendingen die bestemd zijn voor Duitsche krijgs- en burgerlijke overheden (niet voor ondernemers), of die door zulke overheden of door een onder dwangbeheer staande onderneming verzonden worden.*

Art. 1, lid 2 is niet van toepassing.

1. 1. *Wol, zoowel geschoren als aan de huid, katoen, vlas, hennep, jute, zijde, kunstzijde, leder in hoeveelheden van ten minste 50 kgr., balata en de half- en heelfabrikaten er van (daaronder te verstaan alle tusschengraden van grondstof tot afgewerkte waar, evenals alle oud-materiaal), drijfriemen uit om 't even welke stof, dierenhaar, afval, vodden en de daaruit gewonnen voortbrengselen;*

2. *Papierafval;*

3. *Alle ruwe, half- en heelfabrikaten uit zacht lood, geplet lood en hard lood, antimonium, kadmium koper en kopervitriool, evenals de legeeringen van deze metalen, zooals inzonderheid brons, roodkooper, messing, nieuwzilver, witmetaal, soldeertin, metaal voor zetmachienen, schriftmetaal, stereotypiemetaal, galvanos, platen voor muziekinstrumenten uit legeeringen van tin en lood (zoover het geen kunst- of kunstnijverheidsvoorwerpen betreft); verder wolfram, mangaanijzer, met inbegrip van de ertsen en legeeringen daarvan, inzonderheid werktuigstaal van allerhanden vorm in staven, als afval en in heel- of halfafgewerkte werktuigen.*

Eene vervoertoelating is niet noodig voor afzonderlijke zendingen van minder dan 5 kgr.;

4. *Chloorkalk, zwafel, zwavelhoudende grondstoffen, salpeterzuren en zwavelzuren, vrij en in alle verbindingen, allerhande aniline- en teerverwen in alle vermengingen, aluin, zwavelzure aluminiumoxyde, gezuiverde ammoniak, borax, azijnzuren en de zouten er van, ruwe houtgeest en methylakohol.*

Art. 1, lid 2 is alleen op zwavelzuren, evenals op aniline- en teerverwen van toepassing;

5. *Blokken (klompen);*

6. *Handmolens en grutwerktuigen voor granen;*

7. *Alle vorenstaande, niet onder a tot l vermelde*

goederen, die aangeslagen zijn of moeten aangegeven worden.

Van de onder 1 vermelde goederen hebben echter de volgende geen vervoertoelating noodig:

a) *touwwerk in afzonderlijke zendingen van minder dan 50 kgr.,*

b) *kunstbloemen,*

c) *alle monsterzendingen.*

Kolom 2.

Overheid, die de toelating verleent:

a. *General der Fussartillerie beim General-Gouvernement in Belgien (Generaal der Artillerie te voet bij het Generalgouvernement in België), Wetstraat, 10, Brussel.*

b. *Maschinenbeschaffungsstelle der Kgl. Feldzeugmeisterei, Brussel, Ruysbroeckstraat, 74.*

c. *General der Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg., J. II (Generaal van het geniekorps bij het Generalgouvernement in België, Afd. J. II) Regentlaan, 39, Brussel.*

General des Ingenieur- und Pionierkorps beim Generalgouvernement in Belgien, Abtlg. J. III b *(General-gouvernement in België, Afd. J. III) Wetstraat, 10, Brussel.*

d. *Leitung des Kraftfahrwesens beim Generalgouvernement in Belgien (Motorwagenbestuur bij het Generalgouvernement in België) Wetstraat, 10, Brussel.*

e. *Kommandant van Maubeuge.*

f. *Kohlenzentrale in Belgien (Kolencentrale in België), Kanselarijstraat, 19, Brussel.*

g. *Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität (Hoofdkantoor voor gas, water en elektriciteit), Koningstraat, 66, Brussel.*

h. *Oelzentrale in Belgien (Oliecentrale in België), Koloniënstraat, 54, Brussel.*

i. *Duitsch mijnbestuur (Bergverwaltung) van de omschrijving, van waaruit het vervoer moet geschieden.*

k. *Duitsch mijnbestuur van de omschrijving, van waaruit het vervoer moet geschieden.*

l. *Verwaltungschef beim Generalgouverneur in Belgien, Abteilung für Handel und Gewerbe (Hoofd van het burgerlijk bestuur bij den General-gouverneur in België, Afdeeling voor handel en nijverheid), Kunstherlevingslaan, 30, Brussel.*

BIJLAGE 2.

Model van den stempel.

Het vervoer van (den naam der goederen invullen) .... *van* (plaats) .... *naar* (plaats) .... *per schip—spoor—buurtspoorweg—vrachtwagen is toegelaten.*

(*Stempel*)

Geldig tot ....

......, *den* ...... *19* .

Deze vervoertoelating moet binnen vijf dagen na het verstrijken van den slottermijn teruggegeven worden. Wie dat verzuimt is strafbaar en loopt gevaar geen nieuwe toelatingen meer te krijgen.

BEKANNTMACHUNG.

Die Universität Gent wird am 24. Oktober 1916 mit einer Antrittsrede des Rektors eröffnet werden. Die Vorlesungen werden am Tage nach der Eröffnung beginnen.

Brüsel den 21 September 1916.

C. C. III*b* 851.

L'ouverture des cours de l'Université de Gand se fera le 24 octobre 1916 par un discours inaugural du recteur. Les cours commenceront le lendemain.

Bruxelles, le 21 septembre 1916.

C. C. III*b* 851.

De lessen van de Hoogeschool van Gent zullen den 24n October 1916 met eene openingsrede van den rector geopend worden. De voorlezingen zullen den volgenden dag beginnen.

Brussel, den 21n September 1916.

*C. C. III*b *851.*

BEKANNTMACHUNG. ***

Auf Grund meiner Verordnung vom 8. Juli 1916, betreffend die Ernte-Kommissionen sowie der dazu am 8. Juli 1916 erlassenen Ausführungsbestimmungen, habe ich auf Vorschlag der Zentral-Ernte-Kommission die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, Mehl, Kleie und Brot bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

für Weizen	ab Lager oder Mühle geliefert	Fr.	45.05	für 100 kg.
„ Roggen	„ „ „ „ „	„	27.88	„ „ „
„ Mengekorn	„ „ „ „ „	„	29.36	„ „ „
„ ungeschälten Spelz	„ „ „	„	26.94	„ „ „
„ Weizenkleie	ab Mühle geliefert . .	„	22.—	„ „ „
„ Mengekornkleie	„ „ „ . .	„	20.—	„ „ „
„ Roggenkleie	„ „ „ . .	„	18.—	„ „ „
„ Weizenmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„	56.05	„ „ „
„ Roggenmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„	35.96	„ „ „
„ Mengekornmehl den Bäckern oder Verbrauch. geliefert	. . . .	„	37.34	„ „ „
„ Weizenbrot	den Verbrauchern geliefert	„	—.49	„ 1 kg.

Diese Höchstpreise treten am 15. Oktober in Kraft.

Den Provinzial- Ernte-Kommissionen wird die Befugnis erteilt, für den Bezirk einzelner Gemeinden auf Antrag oder nach Anhörung der Bürgermeister, je einen niedrigeren Höchstpreis für Weizenbrot, sowie Höchstpreise für Brot, zu dessen Zubereitung Roggenmehl verwandt wird, festzusetzen.

Für die Verkäufe der Erzeuger von Brotgetreide an das Comit National de Secours et d'Alimentation bleiben die in den Ausführhrungsbestimmungen zu der Verordnung betreffend die Ernte-Kommissionen vom 8. Juli 1916 festgesetzten Höchstpreise in Geltung.

Brussel, den 25. September 1916.
Z. E. K. 912

Comme suite à mon arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), et aux dispositions réglementaires du 8 juillet 1916 dudit arrêté, j'ai, sur la proposition de la Commission centrale de la récolte (Zentral-Ernte-Kommission),

fixé, jusqu'à nouvel avis, les prix maxima suivants, applicables aux ventes de blé battu, farine, son et pain:

froment	pris au dépôt ou au moulin	fr.	45.05	les 100 kg.
seigle	„ „ „ „ „ „	„	27.88	„ „ „
méteil	„ „ „ „ „ „	„	29.36	„ „ „
épeautre non pelé	„ „ „ „ „	„	26.94	„ „ „
son de froment pris au moulin	. . . .	„	22.—	„ „ „
son de méteil	„ „ „	„	20.—	„ „ „
son de seigle	„ „ „	„	18.—	„ „ „
farine de froment livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	56.05	„ „ „
farine de seigle livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	35.96	„ „ „
farine de méteil livrée aux boulangers ou aux consommateurs	. . . .	„	37.34	„ „ „
pain de froment livré aux consommateurs		„	—.49	le kg.

Ces prix maxima entreront en vigueur le 15 octobre.

Les commissions provinciales de la récolte auront le droit, dans certaines communes, sur la demande du bourgmestre ou après avoir entendu ce dernier, d'abaisser le prix maximum du pain de froment, ainsi que d'établir des prix maxima pour le pain contenant de la farine de seigle.

Pour le blé vendu par les producteurs au Comité national de secours et d'alimentation, les prix maxima déterminés dans les dispositions réglementaires de l'arrêté du 8 juillet 1916, concernant les Commissions de la récolte (Ernte-Kommissionen), restent en vigueur.

Bruxelles, le 25 septembre 1916.
Z. E. K. 912.

Op grond mijner Verordening van 8 Juli 1916 betreffend de Oogstkommissies, evenals der uitvoeringsbepalingen van 8 Juli 1916 tot deze Verordening, heb ik, op voorstel der Centrale Oogstkommissie (Zentral-

Ernte-Kommission), de hoogste prijzen voor den verkoop van gedorscht koren, meel, zemelen en brood voorshands als volgt vastgesteld:

voor tarwe uit stapelplaats of molen geleverd	*fr.*	*45.05*	*per 100 kg.*
„ rogge „ „ „ „ „	*„*	*27.88*	*„ „ „*
„ masteluin „ „ „ „ „	*„*	*29.36*	*„ „ „*
„ ongepelde spelt „ „ „ „	*„*	*26.94*	*„ „ „*
„ tarwezemelen uit molen geleverd . . .	*„*	*22.—*	*„ „ „*
„ masteluinzemelen „ „ „ . . .	*„*	*20.—*	*„ „ „*
„ roggezemelen „ „ „ . . .	*„*	*18.—*	*„ „ „*
„ tarwemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*„*	*56.05*	*„ „ „*
„ roggemeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*„*	*35.96*	*„ „ „*
„ masteluinmeel aan bakkers of verbruikers geleverd	*„*	*37.34*	*„ „ „*
„ tarwebrood aan verbruikers geleverd . . .	*„*	*—.49*	*„ kgr.*

Deze hoogste prijzen worden op 15 October van kracht.

Den Provincialen Oogstkommissies (Provinzial-Ernte-Kommissionen) wordt de bevoegdheid verleend, voor de omschrijving van afzondrlijke gemeenten op verzoek of na raadpleging van de burgemeesters, telkens eenen lageren hoogsten prijs voor tarwebrood, evenals hoogste prijzen voor brood, tot het bereiden waarvan roggemeel wordt gebruikt, vast te stellen.

Voor de verkoopen der voortbrengers van koren aan het Nationaal Hulp- en Voedingskomiteit, blijven de hoogste prijzen, vastgesteld in de uitvoeringsbepalingen tot de Verordening van 8 Juli 1916, betreffend de Oogstkommissies, van kracht.

Brussel, den 25n September 1916.

Z. E. K. 912.

No. 259. — 29. SEPTEMBER 1916. Pag. 2703

VERORDNUNG,

betreffend den Abbau des Moratoriums für die ostflandrischen Gemeinden Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) und Nieuwkerken-Waas.

Für die mit Bekanntmachung vom 21. Juli 1916 (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 237) dem Gebiete des Generalgouvernements in Belgien zugeteilten vier ostflandrischen Gemeinden Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) und Nieuwkerken-Waas wird die Verordnung vom 5. Januar 1916, betreffend den Abbau des Moratoriums (Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens Nr. 165), mit folgenden Abänderungen in Kraft gesetzt:

1. Anstelle des Artikels 1 der Verordnung tritt folgender Artikel 1.

„Die durch Verordnung vom 16. Juni 1916 (Verordnungsblatt für das Etappengebiet der IV. Armee Nr. 39) bestimmten Fristen für die Erhebung des Protestes und für die sonstigen zur Erhaltung der Regressrechte notwendigen Handlungen werden für gezogene Wechsel, die vor dem 3. August 1914 ausgestellt und in der Zeit vom 31. Juli 1914 bis 30. September 1916 einschliesslich im Gebiete des Generalgouvernements Belgien zahlbar sind, bis zum Ablauf von 27 Monaten und 7 Tagen nach dem Verfalltage, jedoch nicht über den 8. April 1917 hinaus verlängert.

Vor Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Frist kann die Einlösung von den Indossanten und den

andern Verpflichteten nicht verlangt werden. Die Erhebung des Protestes ist von der Verkündung dieser Verordnung nur innerhalb der letzten sieben Tage vor Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Frist zulässig.

Hinsichtlich der Zinsen bleiben die bisherigen Vorschriften unberührt."

2. Anstelle des Artikels 9 tritt folgender Art. 9:

„Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1916 in Kraft."

Brüssel, den 12. September 1916.

B. A. 2554.

Arrêté concernant la suppression graduelle du moratorium dans les communes de Thielrode, Tamise, Saint-Nicolas (Waes) et Nieukerken-Waes (Flandre orientale).

Dans les quatre communes de Thielrode, Tamise, Saint-Nicolas (Waes) et Nieukerken-Waes (Flandre orientale) incorporées au territoire du Gouvernement général en Belgique par avis du 21 juillet 1916 (Bulletin officiel des lois et arrêtés pour le territoire belge occupé, no. 237), l'arrêté du 5 janvier 1916 concernant la suppression graduelle du moratorium (Bulletin officiel des lois et arrêtées pour le territoire belge occupé, no. 165) est mis en vigueur avec les modifications mentionnées ci-après:

1. L'article 1er de l'arrêté est remplacé par l'article 1er suivant:

„Pour les lettres de change émises avant le 3 août 1914 et payables dans le territoire du Gouvernement général en Belgique entre le 31 juillet 1914 et le 30 septembre 1916 (ces deux jours y compris), les délais fixés par l'arrêté du 16 juin 1916 (Bulletin officiel

des arrêtés pour le rayon des étapes de la 4e armée, no. 39) pour le protêt et tous actes concernant les recours sont prorogés jusqu'à l'expiration d'une période de 27 mois et 7 jours après le jour de l'échéance et au plus tard jusqu'au 8 avril 1917.

Le remboursement ne peut être demandé aux endosseurs et autres obligés avant l'expiration du délai fixé par le 1er alinéa. A dater de la publication du présent arrêté, il ne pourra être levé de protêt que dans les sept derniers jours précédant l'expiration du délai prévu au 1er alinéa.

Les dispositions concernant le cours des intérêts restent en vigueur."

2. L'article 9 de l'arrêté est remplacé par l'article 9 suivant:

„Le présent arrêté entrera en vigueur le 1er octobre 1916."

Bruxelles, le 12 september 1916.

B. A. 2554.

Verordening betreffend de trapsgewijze opheffing van het moratorium voor de Oostvlaamsche gemeenten Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) en Nieuwkerken (Waas).

Voor de, door bekendmaking van 21 Juli 1916 (Wet- en Verordningsblad voor de bezette streken van België, nr. 165) aan het gebied van het Generalgouvernement in België toegevoegde vier oostvlaamsche gemeenten Tielrode, Temsche, Sint-Niklaas (Waas) en Nieuwkerken (Waas) wordt de Verordening van 5 Januari 1916 betreffend de trapsgewijze opheffing van het moratorium, met volgende wijzigingen, geldig:

1. In plaats van artikel 1 der Verordening komt volgend artikel 1:

„De bij Verordening van 16 Juni 1916 (Verordeningsblad voor het Etappengebied van het IVe leger nr. 39) bepaalde termijn voor het protestopmaken en andere noodwendige handelingen tot vrijwaring van verhaal, worden voor wissels, die vóór den 3n Augustus 1914 getrokken werden en van 31 Juli 1914 tot en met 30 September 1916 binnen het gebied van het General-gouvernement in België betaalbaar zijn, tot na het verstrijken van 27 maanden en 7 dagen na den vervaldag, echter niet langer dan tot 8 April 1917 verlengd.

Vóór het verstrijken van den in lid 1 bepaalden termijn, kan geen betaling gevorderd worden van den indossant en van de andere aansprakelijke personen. Het protestopmaken is van de afkondiging dezer Verordening af alleen binnen de laatste zeven dagen vóór het verstrijken van den in lid 1 bepaalden termijn toegelaten.

Aangaande de intresten, blijven de tot nu bestaande voorschriften ongeroerd."

2. In plaats van artikel 9 komt volgend artikel 9:

„Deze Verordening wordt op 1 Oktober 1916 van kracht."

Brussel, den 12n September 1916.

B. A. 2554.

VERORDNUNG, ***
über den Vertrieb inländischer Lebens- und Futtermittel.

Art. 1. Die Präsidenten der Zivilverwaltung der Provinzen sind berechtigt, Geschäftsbetriebe von Einzelpersonen, juristische Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen, welche inländische Lebens- und Futtermittel vertreiben,

zeitweise oder dauernd zu schliessen, wenn diese das Publikum ausbeuten oder zwecks Preistreibungen Vorräte vom Verkauf zurückhalten, wenn sie gewisse Bevölkerungsklassen oder einzelne Personen vom Bezug der Waren ohne berechtigten Grund ausschliessen oder hierbei bevorzugen, oder sonst dem allgemeinen Interesse zuwiderhandeln. Gegen die Entscheidungen der Präsidenten der Zivilverwaltungenn ist die Beschwerde an den Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur zulässig. Der Verwaltungschef entscheidet eindgültig.

Art. 2. Wird ein Geschäftsbetrieb gemäss Artikel 1 geschlsosen, so können die in ihm vorhandenen Vorräte an Lebens- und Futtermitteln von den Präsidanten der Zivilverwaltungen zwecks Verwertung für die Zivilbevölkerung in Belgien enteignet werden. Der Verkauf erfolgt für Rechnung und auf Kosten des Inhabers des geschlossenen Geschäftsbetriebes. Diesem ist der nach Abzug der Kosten der Verwertung verbleibende Erlös auszuhändigen.

Art. 3. Die Präsidenten der Zivilverwaltungen, die Zivilkommissare bei den Kreischefs oder die von ihnen Beauftragten haben das Recht, jederzeit in Geschäfts- und sonstigen Räumen der beteiligten Betriebe Feststellungen zu machen, insbesondere Bücher und Geschäftspapiere einzusehen, sowie den Sitzungen der Organe von juristischen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen der in Artikel 1 erwähnten Art, beizuwohnen.

Art. 4. Wer den auf Grund der Artikel 1—3 von den Präsidenten der Zivilverwaltungen oder den Zivilkommissaren bei den Kreischefs oder ihren Beauftragten getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und

mit Geldstrafe bis zu 20000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Zuständig sind die deutschen Militär-Gerichte und Militärbefehlshaber.

Art. 5. Diese Verordnung findet auf das Comité National de Secours et d' Alimentation keine Anwendung.

Art. 6. Der Verwaltungschef wird mit der Durchführung der Verordnung beauftragt.

Brüssel, den 23. September 1916.

C. C. V. 9548.

Arrêté * concernant la vente de vivres et de fourrages de provenance indigène.**

Art. 1er. Les Présidents des administrations civiles des provinces ont le droit de fermer définitivement ou temporairement les entreprises vendant des vivres ou des fourrages de provenance indigène, peu importe qu'elles appartiennent à des personnes physiques ou civiles, à des sociétés, à des sociétés coopératives ou à des associations, si elles exploitent le public, conservent des stocks dans un but de spéculation, excluent certaines classes de la population ou certaines personnes de la vente ou avantagent d'autres à cette occasion sans motif légitime, ou bien, d'une manière quelconque, agissent contrairement à l'intérêt public. Il est permis d'exercer un recours contre les décisions des Présidents des administrations civiles en s'adressant au Chef de l'administration civile (Verwaltungschef) près le Gouverneur général. Le Chef de l'administration civile décidera définitivement.

Art. 2. Si une entreprise est fermée conformément à l'article 1er, les stocks de vivres et de fourrages qui s'y trouvent pourront être expropriés par les Présidents des administrations civiles pour êtres mis à la dispo-

sition de la population civile en Belgique. La vente se fera pour compte du patron de l'entreprise fermée et à ses frais. Il touchera le produit de la vente déduction faite des frais précités.

Art. 3. Les Présidents des administrations civiles, les Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement et leurs mandataires ont le droit de faire, à tout instant, les constatations nécessaires dans les locaux de vente et autres des entreprises intéressées; ils sont notamment autorisés à prendre connaissance des livres de commerce et des papiers d'affaires et à assister aux séances des organes des personnes civiles, sociétés, sociétés coopératives ou associations visées par l'article 1er.

Art. 4. Quiconque aura enfreint les ordres donnés en vertu des articles 1 à 3 par les Présidents des administrations civiles, les Commissaires civils près les Chefs d'arrondissement ou leurs mandataires, sera puni soit d'une peine d'emprisonnement d'un an au plus et d'une amende pouvant atteindre 20 000 marcs, soit d'une de ces deux peines à l'exclusion de l'autre. Les tribunaux et commandants militaires allemands sont compétents pour juger lesdites infractions.

Art. 5. Le présent arrêté n'est pas applicable au Comité national de secours et d'alimentation.

Art. 6. Le Chef de l'administration civile est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 23 septembre 1916.

C. C. V. 9548.

Verordening * betreffend den verkoop van inlandsche levensmiddelen en voederstoffen.**

Art. 1. De voorzitters van het burgerlijk bestuur der provincies (Präsidenten der Zivilverwaltung) zijn ge-

rechtigd, zakenbedrijven van bijzonderen, rechtspersonen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden, welke inlandsche levensmiddelen en voederstoffen verkoopen, tijdelijk of voor goed te sluiten, indien deze de bevolking uitbuiten of, om de prijzen op te jagen, voorraden uit den handel achter houden, indien zij zekere klassen der bevolking of zekere personen, zonder gegronde reden, van den warenaankoop uitsluiten of daarbij bevoordeeligen, of anderzins tegen het belang van 't algemeen handelen. De belanghebbenden kunnen tegen de beslissingen der voorzitters van het burgerlijk bestuur verzet aanteekenen bij het Hoofd van het burgerlijk bestuur (Verwaltungstchef) bij den General-Gouverneur. De uitspraak van het Hoofd van het burgerlijk bestuur is beslissend.

Art. 2. Wordt een zakenbedrijf krachtens artikel 1 gesloten, zoo kunnen de aldaar voorhanden voorraden levensmiddelen en voederstoffen door de voorzitters van het burgerlijk bestuur, ten bate der burgerlijke bevolking in België, onteigend worden. De verkoop er van geschiedt voor rekening en op kosten van den houder der gesloten zaak. Deze ontvangt de opbrengst van den verkoop, na aftrek van de onkosten.

Art. 3. De voorzitters van het burgerlijk bestuur, de burgerlijke kommissarissen (Zivilkommissare) bij de „Kreischefs" of hunne lasthebbers zijn gerechtigd, te allen tijde in bedrijf- en andere lokalen der belanghebbende zakenhuizen vaststellingen te doen, inzonderheid de boeken en de zakenpapieren in te zien, evenals de vergaderingen van de in artikel 1 bedoelde rechtspersonen, vennootschappen, samenwerkende maatschappijen of bonden bijtewonen.

Art. 4. Al wie de op grond van artikel 1 tot 3 door de voorzitters van het burgerlijk bestuur of door de burgerlijke kommissarissen bij de „Kreischefs" of door

hunne lasthebbers genomen bevelen overtreedt, wordt gestraft met ten hoogste één jaar gevangenis en ten hoogste 20.000 mark boete of met één van beide straffen. Bevoegd tot oordeelvellen zijn de Duitsche krijgsrechtbanken en krijgsbevelhebbers.

Art. 5. Deze Verordening is niet van toepassing op het Nationaal Hulp- en Voedingscomiteit.

Art. 6. Het Hoofd van het burgerlijk bestuur is met de uitvoering dezer Verordening belast.

Brussel, den 23n September 1916.

C. C. V. 9548.

VERORDNUNG, ***

Mit dem 1. Oktober 1916 wird der westlich der Eisenbahnlinie Ronse—Leuze—Péruwelz—Condé liegende Teil des deutschen Militärkreiss *Tournai* an die Etappen-Inspektion der 6. Armee abgetreten.

Aus dem beim Generalgouvernement verbleibenden Teile dieses Kreises wird mit dem gleichen Tage der *Militär-Kreis Ath* gebildet und der Sitz des bisherigen Kreischefs Tournai nach Ath verlegt.

Die Bekanntmachung vom 19. Dezember 1915 I*a* Nr. 1488! auf Seite 1436 des Gesetz- und Verordnungsblattes wird hierdurch entsprechend geändert.

Brüssel, den 27. September 1916.

G. G. I*b* 7265.

A partir du 1er octobre 1916, la partie de l'arrondissement militaire allemand de *Tournai* qui se trouve à l'ouest de la voie ferrée de Renaix-Leuze-Péruwelz-Condé dépendra de l'Inspection des étapes de la 6e armée.

A dater du même jour, les parties de cet arrondissement qui continuent à appartenir au Gouvernement général formeront l'*arrondissement militaire d'Ath:* le chef de l'ancien arrondissement de Tournai transférera à Ath le siège de son administration.

L'avis du 19 décembre 1915 (I*a* no. 14881), paru à la page 1436 du Bulletin officiel des lois et arrêtés, est modifié en conséquence.

Bruxelles, le 27 septembre 1916.

G. G. I*b* 7265.

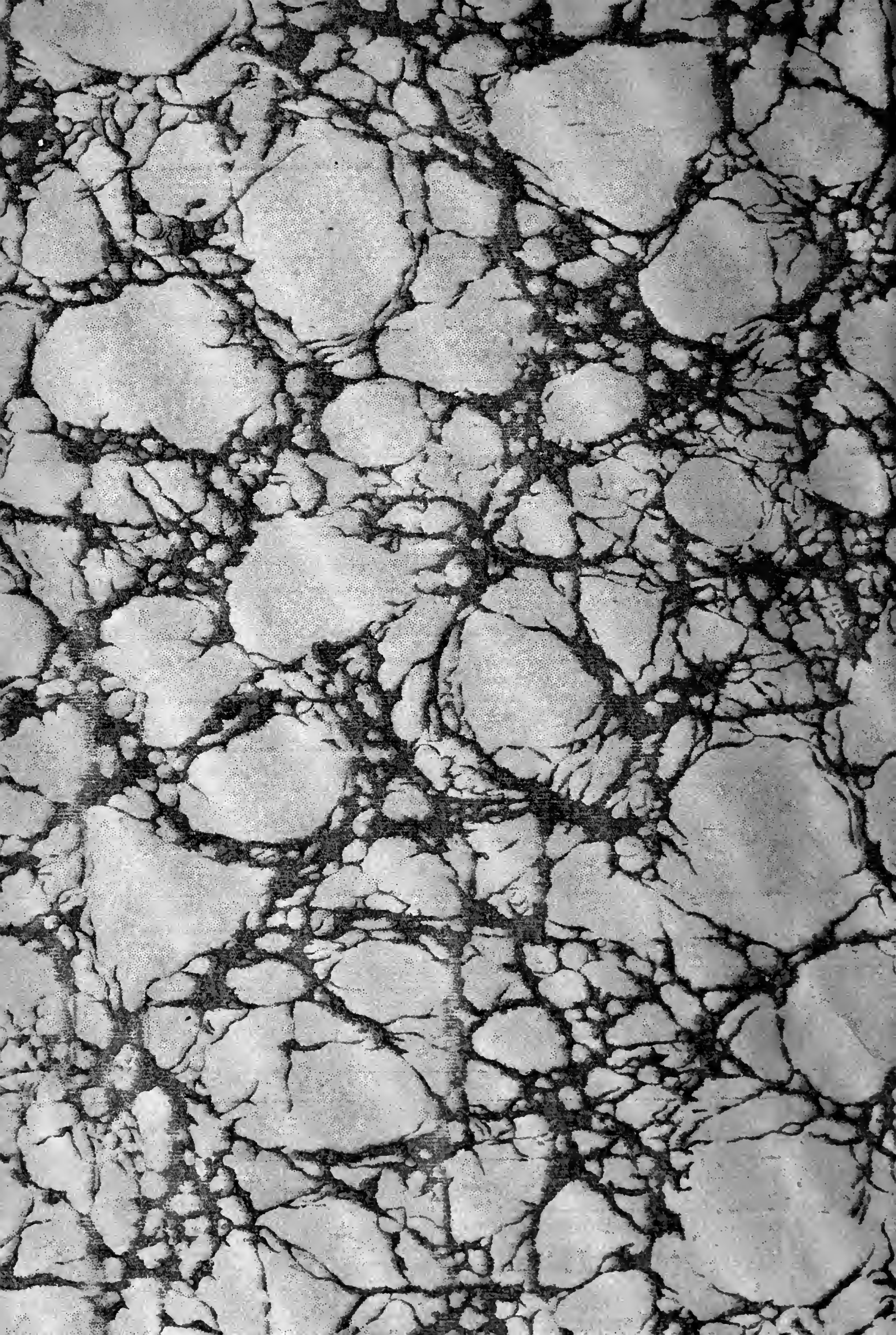
Te rekenen van 1 Oktober 1916, zal het gedeelte van het Duitsch militair arrondissement Doornik, *dat ten W. van den spoorweg Ronse—Leuze—Péruwelz—Condé ligt, van de Etappeninspektie van het 6de leger afhangen.*

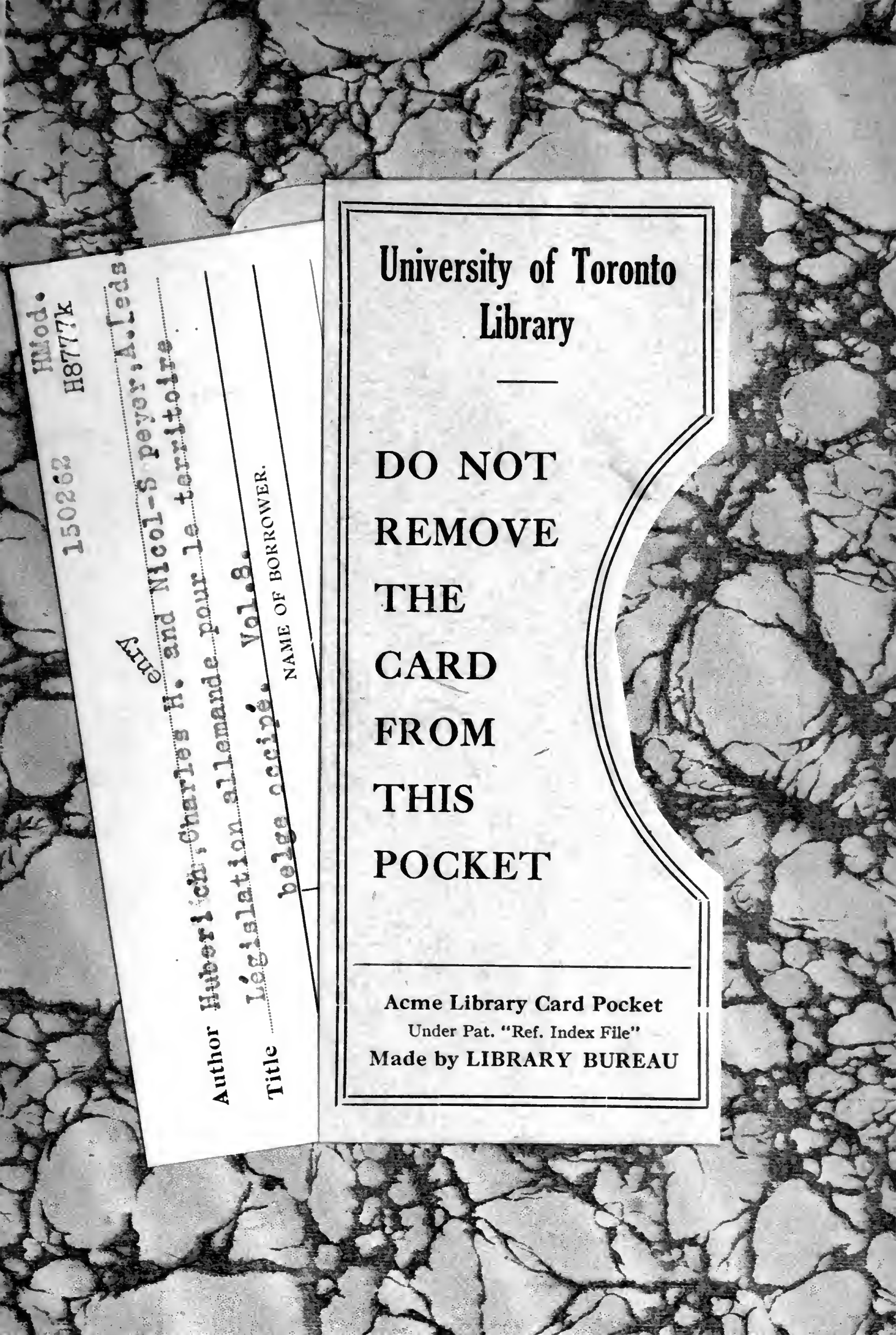
Met ingang van denzelfden dag, zullen de gedeelten van bedoeld arrondissement, die tot het Generalgouvernement blijven behooren, het militair arrondissement Ath *uitmaken. Het Hoofd van het voormalig arrondissement Doornik, zal den zetel van zijn beheer naar* Ath *overbrengen.*

*De bekendmaking van 19 December 1915 (*Ia *nr. 14881), in het Wet- en Verordeningsblad verschenen op bladzijde 1436, is dienovereenkomstig gewijzigd.*

Brussel, den 27n September 1916.

*G. G. I*b *7265.*





University of Toronto Library
DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU
HMod.
H8777k
150262
Author Hubert, Charles Henry and Nicol-Speyer, A. Leds.
Title Législation allemande pour le territoire belge occupé. Vol. 8.
NAME OF BORROWER.

